

Vol.: 9

# KULTURREPORT

EUNIC-JAHRBUCH 2018

# Kulturen des Wir?

Europa und  
die Suche nach  
einem neuen  
Narrativ

ifa | Steidl

KULTURREPORT  
EUNIC-JAHRBUCH 2018

# KULTURREPORT EUNIC-JAHRBUCH 2018



Abschottung, der Erfolg von Populisten und Europaskepsis. Europa muss reagieren. Nach innen kommt es darauf an, nach Jahren der Austeritätspolitik den Menschen wieder eine Perspektive zu geben. Ein Europa ohne Gesellschaft ist nicht möglich, nur ein Wir-Gefühl kann den Kontinent zusammenhalten. Kultur kann dabei helfen. Nach außen braucht der Kontinent Antworten auf Isolationismus, aber auch auf die Kriege in Syrien und der Ukraine, auf Flüchtlingskrise und Klimawandel. Wie kann Europa seine existenziellen Werte verteidigen – Menschenrechte, Multilateralismus und internationale Solidarität? Kann Kultur ein Schlüssel sein, Spaltung zu überwinden? Auf diese und andere Fragen finden 30 Autoren aus 25 Ländern Antworten.

---

Vorwort	
Auf der Suche nach dem verlorenen Sinn <i>Von Sebastian Körber</i>	4
<hr/>	
Kapitel 1: GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN – EUROPA IN DER WELT	
<hr/>	
Kulturen des Wir? <i>Von Chandran Nair</i>	8
Stark und flexibel <i>Von Timothy Garton Ash</i>	16
Die Governance-Lücke <i>Von Ladislau Dowbor</i>	22
Das Versprechen der Stadt <i>Von Nicholas J. Cull</i>	28
Kultureller Bürgerkrieg <i>Von Jochen Hippler und Fatemeh Kamali Chirani</i>	36
Verantwortung statt Fantasiewelt <i>Von Bernd Reiter</i>	42
Neue Pole in unsicheren Zeiten? <i>Von Xin Xin</i>	48
Nach der Annäherung <i>Von Thorsten Jelinek</i>	54
Zur Verteidigung des Universalismus <i>Von François Matarasso</i>	60
Bastion der Demokratie <i>Von Can Dündar</i>	64

---

Kapitel 2: POPULISMUS, NATIONALISMUS UND EUROSKEPTIZISMUS IN EUROPA – WIE KÖNNEN WIR DIE „EUROPÄISCHE ANGST“ ÜBERWINDEN?

---

Generation Erasmus unter Druck <i>Von Heribert Prantl</i>	90
Nicht nur verhutzelte Greise <i>Von Claus Leggewie</i>	108
Was will Europa? <i>Von Slavoj Žižek</i>	112
Wie liebt man Europa im 21. Jahrhundert? <i>Von Jagoda Marinič</i>	130
Demos oder Populus? <i>Von Vladimíra Dvořáková</i>	141
Europa im Jahr 2032 <i>Von Navid Kermani</i>	148
Eine Antwort auf den Populismus <i>Von Mafalda Dâmaso</i>	151
Mein Europa <i>Von Beqë Cufaj</i>	158
Pässe, Hochzeitsglocken und Beuteltiere <i>Von Glenn Patterson</i>	164
Zwischen Ideal und Wirklichkeit <i>Von Sigita Parulskis</i>	170

---

Kapitel 3: AGENDA DER VERÄNDERUNGEN – EINE NEUE STRATEGIE FÜR KULTUR IN DEN AUSSENBEZIEHUNGEN EUROPAS

---

Es ist die Kultur, Dummkopf! <i>Von Helga Trüpel und Jochen Eisenburger</i>	178
Flexibilität plus Handlungsbereitschaft <i>Von Mai'a K. Davis Cross</i>	184
Die nächsten Schritte für eine Vision der Zukunft <i>Von Anna Triandafyllidou</i>	190
Werkzeuge für die Wiederherstellung des sozialen Gefüges <i>Von Pietro de Matteis</i>	196
Auseinandersetzung auf Augenhöhe <i>Von Ayoko Mensah</i>	200
Eine Agenda für Veränderung <i>Von Gottfried Wagner</i>	208

---

Kapitel 4: EUNIC UND DIE KULTURINSTITUTE – WIE SIE SICH WELTWEIT ENGAGIEREN UND INTERKULTURELLES VERSTEHEN UND GEGENSEITIGES VERTRAUEN STÄRKEN KÖNNEN

---

Die Europäische Kulturpolitik im In- und Ausland: <i>ein Gespräch mit Walter Zampieri, Andrew Murray und Koen Verlaeckt</i>	218
EUNIC 2017	223
Spotlight EUNIC: <i>Das Netzwerk lebt – Berichte und Features aus aller Welt</i>	224



„European Life“, so heißt die Reihe des Berliner Fotografen Edgar Zippel für die Bildstrecke dieser Ausgabe. Zippel zog los in die Länder Europas und hielt die Lebenswirklichkeiten der Menschen fest. Er rollt Europa von den östlichen Rändern auf und die Menschen wirken seltsam entrückt, fragil und in sich gekehrt. Die Szenerie ist eher trist, selten glamourös. Und der Betrachter fragt sich: „Was ist schlimmer: die Stimmung oder die Lage?“ Ein blühender Kontinent scheint in weiter Ferne.

## Auf der Suche nach dem verlorenen Sinn

Die Europäische Union steckt in einer tiefen Vertrauenskrise. Populistische und europafeindliche Bewegungen erfahren in ganz Europa Zulauf. Angst vor Terror und sozialem Abstieg gehen einher mit Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Misstrauen gegen Eliten, etablierte Parteien und Medien. Die europäischen Institutionen, die schon immer als bürgerfern empfunden wurden, leiden darunter besonders. Europa scheint derzeit nicht in der Lage, seine Zukunft konstruktiv gestalten zu können. Was hält Europa noch zusammen? Kann Kultur dazu beitragen, das Konzept der europäischen Wertegemeinschaft mit neuem Leben zu füllen? Brauchen wir ein neues Narrativ, das einen Begründungszusammenhang, einen einleuchtenden Sinn für Europa bietet? Oder ist es vielleicht gar nicht so schlimm? Trifft doch die Diagnose von Timothy Garton Ash zu, der in Abwandlung von Winston Churchills berühmten Zitat sagt, dass dies das denkbar schlechteste Europas sei, „abgesehen von allen anderen Europas, die bisher ausprobiert wurden“. Er gehört zu den Autoren dieser Ausgabe des EUNIC-Jahrbuchs, die die These von der Krise der Demokratie mit Skepsis betrachten. Immerhin waren nie zuvor so viele Länder Europas freiheitliche Demokratien. Und auch international, zumal bei den Vereinten Nationen, habe sich das Ideal der demokratischen Regierungsführung weitgehend durchgesetzt, pflichtet ihm die Politologin Mai'a Davis Cross aus den USA bei.

Und dennoch, die Spaltung zwischen denjenigen, die die weltweite wirtschaftliche, politische und kulturelle Verflechtung begrüßen und denjenigen, die sich gegen den Wandel wehren, nimmt in einem Maße zu, dass Autoren wie Jochen Hippler und Fatemeh

Kamali Chirani sogar von einem „kulturellen Bürgerkrieg“ sprechen: „Dieser Krieg wird nicht mit Waffen ausgetragen, sondern in den Köpfen der Menschen. Dieser Krieg wird nicht um ein Territorium geführt, sondern um die kulturelle Hegemonie. Es geht darum, zu definieren, wer wir sind, in welcher Art von Gesellschaft wir leben und wen wir als unsere Freunde sehen.“ Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie sieht die europäische Kultur im Modus des Widerstands, und der slowenische Philosoph Slavoj Žižek fasst überspitzt zusammen: „Das Problem der Verteidigung der europäischen Zivilisation gegen die immigrantisches Bedrohung ist, dass die Grausamkeit der Verteidigung eine größere Bedrohung der Zivilisation darstellt als beliebig viele Muslime.“ Der Journalist Heribert Prantl warnt, der politische Extremismus sei zwar kein eruptives Naturereignis, aber er grassiere wie ein Wald- und Weltbrand. In der Analyse sind sich die meisten Autoren einig: Die populistische Rhetorik der Nationalisten nutzt die Bürgerferne der EU, aber auch die repräsentative Krise in den Mitgliedstaaten als Schwachstellen konsequent aus. Sie streuen nationale Erzählungen, wecken Ängste und Emotionen. Flüchtlinge und Muslime werden als Eindringlinge und mit Hilfe abenteuerlicher Verschwörungstheorien und eingängiger Parolen (Bevölkerungsaustausch, Abendland retten) als Bedrohung dargestellt. Die politische Kultur wird systematisch unterhöhlt: Parteien, Medien, Regierungen, Gerichte, kurz, die Säulen des politischen Systems, werden stets dem Vorwurf ausgesetzt, eine Konspiration gegen die eigene Bevölkerung zu betreiben. Soziale Netzwerke dienen als Echoräume, zur eigenen Selbstvergewisserung und Radikalisierung.

Wenn es um die Entwicklung geeigneter Gegenstrategien geht, sind sich die Autoren nur insofern einig, als dass Beschwichtigung und Abwarten auf Selbstentlarvung der Nationalisten keine Option sind. Auch die

Arroganz der Eliten, unliebsame Gegner allzu schnell als Populisten zu diffamieren oder sich verächtlich gegenüber Globalisierungsverlierern zu äußern, wird kritisiert. Aufgabe der Kultur sei es, so die Einwanderungsexpertin Jagoda Marinic, den Bürger an den „höheren Zweck“ zu erinnern, dem die EU zu dienen habe. „Wir wollen nicht zusehen, wie Europa zurück ins Mittelalter geworfen wird“ und dabei sogar die Kultur als Argument für den Rückzug ins Nationale missbraucht werde. Der Schriftsteller François Materasso betont: „Europa ist kein Ort, keine Regierung und keine Verwaltung.“ Europa sei ein Raum der Begegnung, für den die Kultur sorgen könne, wenn sie nur vielfältig und tolerant genug sei, um über Spaltungen hinweg zu wirken. Gemeint sind Werke, die Menschen bewegen, faszinieren, sie dazu bringen können, ihr Leben zu ändern und nicht die übliche Beschwörung eines gemeinsamen Wertehimmels in Sonntagsreden, ergänzt Leggewie.

Kann man den verloren gegangenen Sinnzusammenhang der EU mit Hilfe eines Narrativs wieder rekonstruieren? Oder bleibt die Hoffnung, wieder eine Öffentlichkeit für alle herzustellen, in der die demokratische Gesellschaft mit Falschmeldungen und Aufmerksamkeitsgerangel besser umgehen kann, eine Illusion? Der Begriff der „Erzählung“ ist in Mode gekommen, auch die Werbebranche empfiehlt das „Storytelling“, um Emotionen zu wecken. Der Stil der Sachlichkeit, den Europa, das ursprünglich auf jede Symbolik verzichtet – keine Flagge, keine Hymne, keine Parade – lange Zeit bewusst gepflegt hat, gilt inzwischen als hinderlich. „In einen Binnenmarkt verliebt man sich nicht“, lautet ein typisches Argument, den Technokraten spreche gelte es zu überwinden. Der Begriff Narrativ geht auf den französischen Philosophen François Lyotard zurück: Durch die Enttarnung eines nicht hinterfragten Sinnzusammenhangs wie „Der Westen“ als „Narrativ“ wollte Lyotard

dessen Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Aber: „Wenn die andere Seite Kultur als Waffe in einem Krieg betrachtet, bleibt nichts anderes übrig, als Kulturdiplomatie auch als eine Form des Widerstands zu sehen“, gibt Mai'a Cross zu bedenken. Die Netzwerk-Propaganda sei zu einem ernstesten Problem geworden. Rechte Vordenker wie Andrew Breitbart und Stephen Bannon sprächen offen davon, Narrative als Waffen zu benutzen.

Ausgerechnet in Zeiten einer existenziellen Krise hat die EU nun neue Strategievorschläge für die internationalen Kulturbeziehungen entwickelt. Finden sie die nötigen Antworten auf die Probleme, die den Zusammenhalt der Union bedrohen? Mittelfristig wird Europa, wenn es nicht weiter an Glaubwürdigkeit verlieren will, mehr Verantwortung für die Bewältigung globaler Herausforderungen tragen müssen. Welche Chancen hat der angestrebte konzertierte Ansatz angesichts wachsender nationalistischer Tendenzen? Auch dies ist Thema des diesjährigen EUNIC-Jahrbuchs. Für EUNIC selbst war 2017 ein entscheidendes Jahr, betonten Andrew Murray, Direktor von EUNIC Global und Koen Verlaeckt, amtierender EUNIC-Präsident, in ihrem Beitrag. Durch die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Europäischen Kommission habe das Netzwerk einen großen Schritt nach vorne gemacht und die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Pilotprojekte zwischen EUNIC-Clustern und EU-Delegationen geschaffen. Wie wichtig diese substanzielle Arbeit der Kultur ist, wird spätestens beim Lesen der im Jahrbuch versammelten Beiträge klar. Ich wünsche eine anregende Lektüre und danke allen Beteiligten, insbesondere den Autoren, Übersetzern für die produktive Zusammenarbeit und der Robert Bosch Stiftung für die freundliche Unterstützung.



Sebastian Körber ist Stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Abteilung Medien des Instituts für Auslandsbeziehungen.

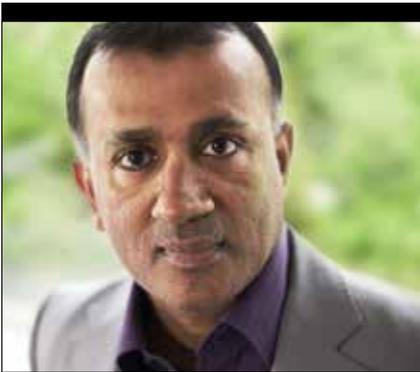




## **Kapitel 1: Globale Herausforderungen**

**Trump, Putin, Erdoğan: Europa steht vielen Herausforderungen gegenüber. Kann Kultur Xenophobie, Wut, Hass und Angst eindämmen? Was tun gegen postfaktischen Populismus und Twitterdemokratie? Kann Kultur ein Schlüssel sein, um das verloren gegangene Vertrauen in Europa zu fördern und die europäischen Werte mit neuem Leben zu füllen?**

**Kulturen des Wir?** Der Autor wehrt sich gegen die einseitige Umklammerung durch den Westen, auch wenn sie noch so gut gemeint ist. Ein globales Narrativ, das über die Spaltungen der Welt hinwegtrösten soll, sei nicht glaubwürdig. Stattdessen könne Europa ein Narrativ entwickeln, das kulturelle Unterschiede zwischen Gesellschaften anerkennt, das zu anderen politischen Strukturen, Überzeugungen und Werten führt. *Von Chandran Nair*



**I**m vergangenen Jahr gab es offenbar zwei gegensätzliche Narrative. Auf der einen Seite ist die Welt viel enger verbunden als jemals zuvor. Ökonomien sind stärker miteinander verknüpft und Informationen gehen sofort um die Welt. Der Wohlstand scheint zu wachsen und Technologie wird als das große Allheilmittel betrachtet.

Doch auf der anderen Seite scheint die Welt manchmal auseinanderzudriften. Kulturelle und nationale Spaltungen treten immer deutlicher hervor und eine neue Ära der asymmetrischen Kriegsführung scheint anzubrechen – angetrieben von uralten Vorurteilen und Resentiments – und ebenfalls ermöglicht durch technische Fortschritte. Dies hat sich besonders deutlich im Westen gezeigt, der sowohl der große Treiber hinter unserer modernen Wirtschaftsstruktur ist als auch vielleicht der Ort, an

dem wir eine der stärksten Reaktionen dagegen beobachten. Beim Versuch, dem Ganzen einen Sinn zu verleihen, und die Zusammenarbeit auf einer globalen Ebene voranzutreiben, werden tröstliche Narrative und Slogans gesucht. Einer davon lautet, die Welt solle eine „Wir-Kultur“ entwickeln. Mir gefällt diese Idee nicht. Eine solche Kultur geht davon aus, dass es das Beste für die menschliche Gesellschaft sei, wenn jeder an die gleichen Dinge glaubt, in gleichartigen Gesellschaften lebt und die gleichen Dinge konsumiert.

Aber es ist wichtig festzuhalten, dass diejenigen, die eine solche Universalkultur am stärksten vorantreiben wollen, eher Menschen aus dem Westen sind oder zumindest stark von westlichen Ideen beeinflusst. Deren universale Gesellschaft basiert auf dem, womit sie sich selbst am wohlsten fühlen – eine westliche Gesellschaft mit Demokratie, Wirtschaft und Werten nach westlichem Vorbild. Dieses wird oft idealisiert, sodass schlechtes Verhalten westlicher Regierungen sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart einfach entschuldigt werden kann.

Wenn die sich verbreitenden Werte jedoch keine westlichen sind, erscheint das Gespräch darüber plötzlich in ganz anderem Licht. Wenn in den westlichen Medien, bei internationalen Konferenzen oder auch in von Chinesen finanzierten Thinktanks eine chinesische Haltung vertreten wird, sind die Argumente schon als „Propaganda“ abgelehnt worden.

Das Konfuzius-Institut, Chinas Ansatz, das Studium chinesischer kultureller Werte zu fördern, wurde dargestellt als staatlich finanzierter Ansatz, um die eigene Soft Power zu vergrößern. Die Bemühungen von Präsident Xi Jinping, ein anderes Modell chinesischer Regierungsführung zu formulieren und zu definieren, wurden in europäischen Medien abgelehnt, wo man sich stattdessen dafür entschied, China zu kritisieren, weil es darin versagt habe, liberalen Idealen nachzueifern.

Sicherlich ist es richtig, diese Anstrengungen als staatlich finanziert und motiviert zu beschreiben. Doch diese Begriffe wurden verwendet, um sich erst gar nicht mit den angeführten Argumenten auseinanderzusetzen zu müssen. China argumentiert nicht „richtig“, also werden die Argumente abgelehnt, während westliche Regierungen sich durchaus entsprechend verhalten dürfen. Tatsächlich möchten viele nicht wahrhaben, dass Peking inzwischen auf Augenhöhe mit westlichen Ländern für seine Sache eintritt. China ist in dieser Hinsicht vielleicht das erste, aber sicherlich nicht das letzte Land. Es kann schwierig sein, gegen das „Wir“-Narrativ zu argumentieren, denn die Al-

„Aber es ist wichtig festzustellen, dass diejenigen, die eine solche Universalkultur am stärksten vorantreiben wollen, eher Menschen aus dem Westen sind oder stark von westlichen Ideen beeinflusst. Deren universale Gesellschaft basiert auf dem, womit sie sich selbst am wohlsten fühlen – eine westliche Gesellschaft mit Demokratie, Wirtschaft und Werten nach westlichem Vorbild.“

ternative wird oft gesehen als „Wir gegen die anderen“: eine Welt, in der kulturelle Unterschiede uns davon abhalten, die globalen Probleme gemeinsam zu lösen, eine Welt, in der die Starken die Schwachen unterdrücken, und eine Welt, die Menschen kein sicheres Leben ermöglichen kann. Und im Extremfall wird eine Welt ohne universale Werte sogar betrachtet als eine Welt ohne Frieden.

### *Zivilisatorische Blöcke*

Der Unterschied zwischen einer „Wir-Kultur“ und dem Ansatz „Wir gegen die anderen“ führt uns zu einer der zentralen Debatten seit dem Ende des Kalten Kriegs. Die „Wir-Kultur“ entspricht Francis Fukuyamas „Das Ende der Geschichte“. Für Fukuyama bedeutet der Fall der Sowjetunion das Ende des einzigen Konkurrenten der liberalen westlichen Demokratie. Letztlich würden alle Länder und Regierungen „westlich“ werden: Es gäbe keine Alternative.

Das Narrativ „Wir gegen die anderen“ entspricht dagegen Samuel Huntingtons Rede vom Zusammenprall der Kulturen. Nach Ansicht Huntingtons ist die Menschheit unwiderruflich aufgeteilt in verschiedene zivilisatorische Blöcke. Gesellschaften geraten nicht aufgrund universaler Ideologien aneinander, sondern aufgrund kultureller Werte, die zu fundamental sind für jedweden Kompromiss. Indem sich die Welt globalisierte und mehr Kontakt zwischen den verschiedenen Völkern entstand, wurden diese kulturellen Spaltungen offensichtlicher und erzeugten zwischen einzelnen Gesellschaften Spannungen und Konflikte.

Diese Werke wurden in den 1990er Jahren in den unmittelbaren Nachwehen des Kalten Kriegs geschrieben und zwar aus einer westlichen Perspektive. Keine dieser Denkrich-tungen hat sich angesichts der jüngsten Entwicklungen gut behaupten können. Es ist klar,

## Globale Herausforderungen

dass der Aufstieg Chinas und seines alternativen Modells von wirtschaftlicher Entwicklung und Regierungsführung die Vorstellung infrage stellt, die westliche liberale Demokratie sei die einzig mögliche Variante. Selbst Fukuyama hat eine andere Tonart angeschlagen und zeigte sich im Vorfeld des amerikanischen Einmarsches im Irak zunehmend enttäuscht von seiner eigenen Theorie.

Das Problem mit dem Argument des „Kampfes der Kulturen“ ist ein anderes. Es stimmt, dass man dieses Modell auf die heutige Welt beziehen könnte. Aber dann wird das Problem zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Wenn nämlich Länder glauben, ein Kompromiss mit anderen Kulturen sei unmöglich, werden sie nicht versuchen, mit diesen zusammenzuarbeiten und erzeugen so die Spannung und den Konflikt, wie ihn Huntington vorhergesagt hat. Wir brauchen also ein Modell, das zwischen den universalen Werten der „Wir-Kultur“ und dem andauernden Konflikt „Wir gegen die anderen“ liegt. Wir brauchen ein Narrativ, das die kulturellen Unterschiede zwischen Gesellschaften anerkennt, zu anderen politischen Strukturen führt, anderen Überzeugungen und auch zu anderen Werten. Aber diese Unterschiede sollten Frieden und Zusammenarbeit nicht unmöglich machen. Ein gesunder Respekt vor Unterschieden – und die Entscheidung, keinem anderen die eigenen Werte aufzuzwingen – öffnen möglicherweise tatsächlich den Raum, um bei globalen Themen voranzukommen. Keine Seite wird glauben, Zusammenarbeit sei für kulturellen Wandel ein trojanisches Pferd.

Die Vorstellung einer „Wir-Kultur“ hat ihre Wurzeln in einem liberalen Narrativ der Globalisierung, nach dem alles werden sollte wie im Westen oder, genauer gesagt, wie in den Vereinigten Staaten oder im Vereinigten Königreich. Dies wurde nicht nur im Westen behauptet: Viele Menschen in den Entwicklungsländern unterwarfen sich gerne westlichen Ideen. Tech-

nokraten wurden zu Anführern vieler Entwicklungsländer: eine westlich gebildete Person, möglicherweise mit Arbeitserfahrung bei einem westlichen Weltkonzern oder einer Bank, die versprach, die „richtigen“ ökonomischen Strategien umzusetzen, wie sie von westlichen Ökonomen und Institutionen definiert worden waren. Diese Argumente wirken sogar stärker als das öffentliche Gefühl, während unterstützende Behörden und Sicherheitsmaßnahmen durch die Regierung abgeschafft werden, damit das Land sich noch besser an das westliche Modell anpasst.

Dieses Narrativ funktionierte so lange wie westliche Länder die reichsten, mächtigsten und die am meisten respektierten waren. Aber der Aufstieg des Rests stellt inzwischen die Vorentwertung westlicher Länder und Institutionen infrage. Dies hat Bevölkerungen im Westen verunsichert, die daran gewöhnt waren, sich selbst als die Spitze zu betrachten. Diese Bevölkerungen haben sich nun gegen die elitären Denkschulen gerichtet, die Liberalisierung und Globalisierung vorangetrieben haben, und populistische Politiker haben aus der Angst, die dieser Aufstieg des Rests erzeugt hat, Kapital geschlagen.

### *Eine bittere Pille*

Es ist eine bittere Pille, zuzugeben, dass man nicht länger die Nummer eins ist. Zumindest in Europa wird dies vielleicht zum Teil auf der intellektuellen Ebene anerkannt (was man nicht über die Vereinigten Staaten sagen kann). Aber es ist zu verstehen, warum sich eine Bevölkerung, der man jahrelang erzählt hat, ihr Land und ihre Werte seien überlegen, plötzlich vom Rest infrage gestellt fühlt.

Der Aufstieg des Rests bedeutet, wir sollten sehr viel ernster nehmen, dass verschiedene Regionen verschiedene Erfahrungen haben und

deshalb andere Herangehensweisen an die Welt.

Europas größte Angst ist beispielsweise die Rückkehr der zwischenstaatlichen Kriegsführung auf den Kontinent. Der Aufstieg des Nationalismus im 19. Jahrhundert, gefolgt vom Autoritarismus und Faschismus im 20. Jahrhundert, führte zu mehreren verheerenden Kriegen und Konflikten. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich Europa aufgrund der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion immer am Rande eines neuen Weltkriegs. Man kann also verstehen, warum Europa die Europäische Union, Demokratie und Liberalismus so sehr schätzt – da es diese als besten Weg sieht, um Konflikte in Europa vorzubeugen.

Doch die Entwicklungsländer haben eine lange Leidensgeschichte aufgrund von Kolonialismus und Imperialismus. Westliche Kolonialmächte zerstörten traditionelle politische Strukturen, unterdrückten lokale kulturelle Aufgliederungen und gestalteten Gesellschaften für ihre eigenen Zwecke um. Diese Aktionen wurden als notwendig gerechtfertigt – wenn sie überhaupt gerechtfertigt wurden –, um den Rest der Welt nach westlichen Wertvorstellungen zu „zivilisieren“. Deshalb wurden Eliten an bri-

„Technokraten wurden zu Anführern vieler Entwicklungsländer: eine westlich gebildete Person, möglicherweise mit Arbeitserfahrung bei einem westlichen Weltkonzern oder einer Bank, die versprach, die „richtigen“ ökonomischen Strategien umzusetzen, wie sie von westlichen Ökonomen und Institutionen definiert worden waren.“

tische und französische Universitäten geschickt, um diese in westlichen Ideen zu schulen und deshalb rechtfertigten die Vereinigten Staaten auch ihre eigenen kolonialen Unternehmungen damit, nichtwestliche Gesellschaften für die Demokratie „bereit“ zu machen.

Tatsächlich haben die Kolonialmächte wenig dazu beigetragen, ihre Kolonien zu verbessern. Als diese nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig werden durften, wurden die postkolonialen Staaten mit nur wenigen leitenden Institutionen zurückgelassen, was oftmals zu mehr Konflikten führte. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis viele dieser Kolonien dieses Defizit abtragen konnten, einige frühere Kolonien haben dies noch vor sich.

### *Programm des Imperialismus*

Man kann also verstehen, warum Entwicklungsländer jeden Versuch, eine universale Kultur aufzuerlegen, skeptisch betrachten. Sie haben erlebt, wie diese Sprache zuvor benutzt wurde, um ein Programm des Imperialismus zu rechtfertigen. Westliche Staatsoberhäupter mögen immer wieder behaupten, dass es dieses Mal anders sein wird – manchmal mit ehrlichen Absichten – aber Entwicklungsländer wissen, wohin diese Worte führen.

Aber der Westen und der Rest betrachten die Welt nicht nur aus unterschiedlichen Erfahrungen heraus. Sie haben auch auf dem Weg in ein 21. Jahrhundert mit beschränkten Ressourcen eine jeweils unterschiedliche Zukunft vor sich.

Es ist offensichtlich, dass unsere Verschwendung von Ressourcen schwerwiegende Folgen für die Gesellschaft hat, angefangen von Klimawandel und extremem Wetter bis hin zur Verseuchung des Bodens, zunehmend knappen Rohstoffen und auf Hochtouren laufenden Städten. Die Welt wird sich auf ein nachhal-

## Globale Herausforderungen

tigeres wirtschaftliches Modell hinbewegen müssen, das nicht auf einem zügellosen konsumgetriebenen Wachstum um jeden Preis beruht und stattdessen Ressourcenmanagement ins Zentrum der wirtschaftlichen Planung rückt.

Aber die entwickelten Länder und die Entwicklungsländer werden diese Herausforderung unterschiedlich betrachten. Der Westen ist wohlhabend, da er von Jahrzehnten des wirtschaftlichen Wachstums profitiert hat. Dort hat man im Wesentlichen Bevölkerungen, die relativ klein sind und nicht wachsen (wenn sie nicht sogar schrumpfen) mit den nötigen Grundlagen und zufriedenstellenden sozialen Diensten versorgt. Deren Wachstum ereignete sich in einer Zeit üppigerer Ressourcen, was es ihnen ermöglichte, gemeinsame und öffentliche Ressourcen zu verschwenden, ohne selbst unter den Folgen leiden zu müssen. Der Rest ist zu großen Teilen immer noch arm, trotz der manchmal erstaunlichen Wachstumsraten. Sogar China – das größte und wohl erfolgreichste Mitglied dieses Rests – hat immer noch ein Durchschnittseinkommen, das deutlich unter dem OECD liegt. Diese Bevölkerungen wachsen auch schnell: Die große Mehrheit der Menschen, die in den nächsten paar Jahrzehnten geboren werden, lebt künftig in Asien und in Subsahara-Afrika, wobei sowohl Indien, Indonesien und Nigeria massiv wachsen werden. Dies bedeutet, mehr Menschen müssen ernährt, untergebracht, beschäftigt und anderweitig versorgt werden, was den Ressourcenverbrauch dieser Länder nur noch steigern wird.

### *Konsumkultur als westliches Modell*

Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass Entwicklungsländer das Leben ihrer wachsenden Bevölkerungen in einer Welt mit viel knapperen Ressourcen verbessern müssen. Die Antwort darauf kann kein westliches Modell bieten, das auf

einen Lebensstil hinausläuft, der im großen Stil Ressourcen verschwendet. Der Westen präsentiert oftmals die eigene Lebensweise und Konsumkultur als nachzuzahmendes Vorbild. Womöglich tut er dies nicht explizit (insbesondere, da immer mehr Menschen verstehen, wie wenig nachhaltig dieser Lebensstil ist), aber er tut es implizit durch die dominierende Stellung der Populärkultur, die Art der Bildung und des Geschäftslebens. Wenn ‚universale Werte‘ auf die westliche Konsumgesellschaft ausgerichtet sind, hat der Planet eine düstere Zukunft vor sich.

Wir wissen, dass der Wunsch der Europäer nach einer universalen Kultur Grenzen hat. Europa hat beispielsweise eine viel längere Geschichte als die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland (die als ehemalige britische Kolonien auch eine Sprache und gemeinsame Wurzeln teilen). Also sind europäische Länder an bestimmte Themen anders herangegangen als ihre angelsächsischen Partner. Europa ist etwa bereiter dazu, gegen Sprache und Symbole des Hasses vorzugehen, was man verstehen kann vor dem Hintergrund, dass eine solche Rhetorik dort institutionalisiert worden war – mit tödlichen Konsequenzen.

Trotz dieser Unterschiede zieht Europa in der Praxis oftmals mit dem mit, was Amerika will. Europa hat die Vereinigten Staaten niemals wegen einer Entscheidung, mit der es nicht einverstanden war, sanktioniert, niemals ist es über verbale Kritik hinausgegangen. Vom Irakkrieg bis zur aktuellen Auseinandersetzung über den Atomwaffen-Deal mit dem Iran hat Europa nie etwas in Bezug auf die Entscheidungen in Washington unternommen. Dies hat Europas Fähigkeit begrenzt, auf dem Weg ins 21. Jahrhundert einen eigenen Platz, eine eigene Rolle und ein eigenes Selbstverständnis zu definieren.

Es gibt also deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern. Diese Unterschiede sollten jedoch nicht gemeinsame Lösungen verhindern. Wir brauchen ein Narrativ, das

es Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen Werten ermöglicht, zum gegenseitigen Nutzen zusammenzukommen und globale Probleme zu lösen. Statt eines „Wir“-Narrativs und statt des Narrativs „Wir gegen die anderen“ brauchen wir ein Narrativ des „Wir mit den anderen“. Indem die Balance zwischen dem Westen und dem Rest wiederhergestellt wird (wenn nicht sogar zugunsten des Rests gekippt wird), besteht die Chance, einen Rahmen zu schaffen, in dem verschiedene Kulturen und Länder zur Lösung von Problemen zusammenarbeiten können.

Was könnte dabei Europas Rolle sein? Und wie sollten wir die „europäische Kultur“ verstehen, wenn sie nicht länger mit universalen Werten in Verbindung gebracht wird? Europa ist womöglich besser als andere westliche Länder in der Lage, mit dem Rest auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Anders als etwa die Vereinigten Staaten hatte Europa mehrere Jahrzehnte Zeit, sich mit seiner veränderten Stellung in der Welt zu arrangieren und es hat auch nicht den Wunsch ausgedrückt, die Welt zu dominieren. Dies bedeutet, dass Europa mit aufsteigenden Mächten wie China arbeiten kann, ohne dabei das eigene Image zu gefährden. Die Vereinigten Staaten hätten Schwierigkeiten, das Gleiche zu tun, ohne der eigenen Selbstwahrnehmung als einer für die Welt „unentbehrlichen Nation“ zu widersprechen.

Aber dies bedeutet, mit China als gleichwertigem Partner zu arbeiten, der Interessen, Werte und Ideen hat, die ernst zu nehmen sind. Es bedeutet, zu akzeptieren, dass China manche Probleme womöglich besser gelöst hat als der Westen, was wiederum bedeutet, bereit dazu zu

sein, wie ein Schüler zu betrachten, was China richtig gemacht hat. Und Europa sollte China nicht belehren.

Das Gleiche gilt für andere Länder und Staatsoberhäupter jenseits des Westens. Europa muss nicht nur bereit sein, mit Ländern wie Russland, Türkei, den Philippinen und anderen zu arbeiten, sondern auch verstehen, was sie antreibt. Diese Länder reagieren alle auf eine geopolitische Struktur, die ihnen beim globalen Aushandeln der Spielregeln keinen Platz eingeräumt hat und die nun plötzlich mehr Ressourcen haben und mehr Mitspracherecht einfordern. Trotz aller Probleme mit Staatsführern wie Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdoğan und Rodrigo Duterte (und da gibt es einige), ist ihre Weigerung, ein westliches Modell zu akzeptieren, das ihre Länder gebremst, wenn nicht sogar ihrer Entwicklung geschadet hat, der Grund dafür, warum sie in ihrem Land immer noch sehr beliebt sind.

### *Imperialer Glanz*

Es kann schwer sein, „europäische Kultur“ zu definieren. Manchmal wurde der Begriff gebraucht, um sich auf einen imperialen Glanz in der Vergangenheit zu berufen und aggressives sowie rassistisches Verhalten gegenüber anderen Kulturen zu rechtfertigen. Ein Teil der populistischen Wende in Europa, angefacht durch die Flüchtlingskrise, hat den Begriff „Europas Kultur“ genutzt, um Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit zu rechtfertigen.

Ich bin kein Europäer, es liegt also nicht an mir, zu bestimmen, was europäische Kultur sein sollte. Das ist Sache der Europäer. Aber sie entscheiden vielleicht, dass sie mit Respekt für Demokratie und westlichen politischen und bürgerlichen Rechten zu tun hat. Europäer haben womöglich das Gefühl, sie sei sowohl von außen als auch von innen bedroht. Doch der beste

„Wenn ‚universale Werte‘ auf die westliche Konsumgesellschaft ausgerichtet sind, hat der Planet eine düstere Zukunft vor sich.“

## Globale Herausforderungen

Weg, sie zu schützen, besteht nicht darin, andere Länder dazu zu zwingen, fehlerhafte demokratische Strukturen zu übernehmen, sondern darin, die eigenen Regierungssysteme zu unterstützen. Ein Europa, das sich darauf konzentriert, die eigenen Institutionen und die eigene Governance zu stärken, und diese Stärke dann nutzt, um mit anderen an der Lösung der Probleme in der Welt zu arbeiten, wird weit mehr zu weltweitem Frieden, Fortschritt und Wohlstand beitragen als ein Europa, das andere darüber belehrt, wie sie das Ideal einer „Wir-Kultur“ verfolgen. Europa kann und muss integraler Bestandteil einer „vielfältigen menschlichen Zivilisation“ sein. Aber es muss auch bereit sein, zu akzeptieren, dass es eine Kultur unter vielen ist.

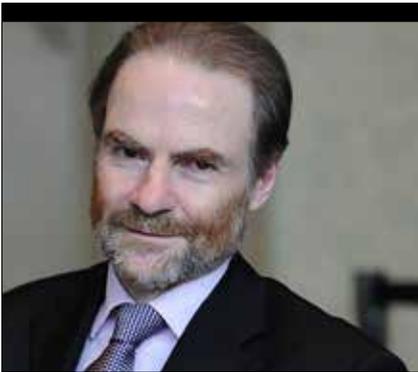
**Chandran Nair** ist der Gründer des „Global Institute for Tomorrow“, einem unabhängigen Thinktank in Hongkong. Er ist Mitglied des Global Agenda Council for Sustainability des Weltwirtschaftsforums [https://en.wikipedia.org/wiki/Chandran\\_Nair\\_\(businessman\)\\_cite\\_note-4](https://en.wikipedia.org/wiki/Chandran_Nair_(businessman)_cite_note-4) und hat sich bei zahlreichen Foren, unter anderem bei der APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft) und der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) für eine radikale Reform des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells und strenge Begrenzungen des Konsums ausgesprochen. Er ist Autor des Buchs „Consumptionomics: Asia's role in reshaping capitalism and saving the planet“.





**Stark und flexibel** Mit der EU-Mitgliedschaft ist es wie mit der Gesundheit: Man weiß sie erst dann zu schätzen, wenn sie verloren geht, so der Autor angesichts des Brexit. Europa sei dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein. Aber das muss nicht unbedingt ein Fluch, sondern kann auch ein Segen sein. So hat das ewig unfertige Europa die Chance, immer jung zu bleiben.

*Von Timothy Garton Ash*



**E**iner der wichtigsten Berater Kaiser Karls des Großen war ein Angelsachse, nämlich der Gelehrte Alkuin von York. Meine Universität in Oxford ist seit 900 Jahren eine europäische Universität. Eine Geschichte Europas, die all die eigenständigen und gemeinsamen Beiträge von Engländern, Schotten, Walisern und Iren, von Shakespeare, Adam Smith, Winston Churchill und George Orwell unerwähnt ließe, wäre wie ein Symphonieorchester ohne Streicher (oder vielleicht eher ohne die Blechbläser?). Wie ich am Tag nach dem Brexit-Votum schrieb, kann Großbritannien Europa genauso wenig verlassen wie der Piccadilly Circus London.

Doch jeder gelangt auf seinem ganz eigenen Weg zu einem bewussten Selbstverständnis als Europäer. Ich wurde zu einem

leidenschaftlichen Europäer durch meine intensive, unvergessliche persönliche Erfahrung, in einem geteilten Deutschland zu leben, die Entstehung der Solidarność-Bewegung in Polen mitzuverfolgen und zusammen mit bedeutenden mitteleuropäischen Karlspreisträgern wie Václav Havel, Bronisław Geremek und György Konrad, in Warschau, Prag, Budapest und Berlin die Befreiung mitzuerleben. In diesen inspirierenden Zeiten marschierten die Sache der Freiheit und die Sache Europas vereint, Arm in Arm: Freiheit bedeutete Europa, Europa bedeutete Freiheit.

Bekanntlich verstehen sich nicht alle meine Landsleute so freudig als Europäer. Als ich die Dankrede des letzten britischen Preisträgers, Tony Blair, noch einmal las, konnte ich mir ein ironisches Lächeln nicht verkneifen, als ich seine zentrale Botschaft vernahm: „Großbritannien muss seine ambivalente Einstellung gegenüber Europa überwinden.“ Diese ambivalente Haltung ist freilich keine britische Besonderheit mehr – sozusagen das politische Pendant zu Fish ‘n’ Chips. „Britische“ Euroskepsis und nationalistischer Populismus finden sich heute in allen Ecken des Kontinents.

Ebenso wenig ist die britische Ambivalenz mit dem Brexit-Votum wie von Zauberhand irgendwie verschwunden. Tatsächlich habe ich noch nie in meinem Leben so viel leidenschaftliches Pro-Europäertum erlebt

wie im heutigen Großbritannien, insbesondere in Schottland, in London und unter jungen Menschen. Nicht wenige der 48 Prozent, die für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union stimmten, haben sich noch immer nicht mit dem Ergebnis abgefunden. Mit der EU-Mitgliedschaft ist es wie mit der Gesundheit: Man weiß sie erst dann wirklich zu schätzen, wenn sie verloren geht. Aber seien Sie versichert: Wir britischen Europäer haben nicht aufgegeben.

Das bringt mich zu einer wichtigen Frage, die das Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv betrifft. Die Idee einer formellen, rechtlichen Art von individueller EU-Staatsbürgerschaft für britische Post-Brexit-Europäer ist sicherlich unrealistisch, aber einer politischen Gemeinschaft, die ihre Mitglieder lediglich über ihre Zugehörigkeit zu einem Mitgliedstaat definiert und die einen selbst in intellektuellen und politischen Debatten ständig nach dem Pass fragt, fehlt etwas. Wenn wir unser europäisches Gemeinschaftsgefühl vertiefen wollen, müssen wir lernen, uns gegenseitig als individuelle Europäer zu sehen und anzuerkennen.

Politik und Geschichte haben unterschiedliche Zeitrechnungen. Ein britischer Premierminister bemerkte einmal, eine Woche sei in der Politik eine lange Zeit. Die Uhr der Geschichte dagegen misst in Jahrhunderten. Nun lässt sich die europäische Geschichte über die Jahrhunderte deuten als fortwährendes Oszillieren zwischen Zeiten europäischer Ordnung, so hegemonial und

ungerecht diese Ordnungen auch immer sein mochten, und Phasen üblicherweise gewaltvoller Unordnung. So gesehen ist unsere Epoche ziemlich exzeptionell.

### *70 Jahre Frieden*

Denn in den über 70 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben wir in Europa keinen großen zwischenstaatlichen Krieg mehr erlebt. Ich finde in den letzten zehn Jahrhunderten keinen vergleichbar langen Zeitraum ohne einen großen Krieg. Nun muss man natürlich sofort dazusagen, dass es in Europa seit 1945 ganz schreckliche Kriege gegeben hat, vom griechischen Bürgerkrieg über die blutigen Kriege im ehemaligen Jugoslawien bis zum bewaffneten Konflikt in der Ostukraine, der von Wladimir Putin weiter auf kleiner Flamme am Köcheln gehalten wird. Aber es gab keine großen Kriege. Das ist umso bemerkenswerter, als es in diesem Zeitraum zu einer tektonischen Verschiebung von einer Ordnung zu einer anderen kam: zum Ende des sowjetischen Imperiums und des Kalten Krieges in den Jahren 1989 bis 1991. In der Vergangenheit wäre ein solch grundstürzendes Ereignis mit einem Krieg einhergegangen. Nie zuvor waren so viele europäische Länder freiheitliche Demokratien, von denen sich die meisten in den gleichen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitsspezifischen Gemeinschaften wiederfinden. Um Winston Churchills berühmte Bemerkung über die Demokratie aufzugreifen: Das ist das denkbar schlechteste Europa, abgesehen von allen anderen Europas, die zeitweilig ausprobiert wurden.

Doch der Historiker mag auf diese Zeitspanne von über 70 Jahren blicken und sagen: „Nun ja, eine große Krise ist wahrhaft überfällig.“ Und zweifellos verbinden sich die zahlreichen Krisen, mit denen verschie-

„Wenn wir unser europäisches Gemeinschaftsgefühl vertiefen wollen, müssen wir lernen, uns gegenseitig als individuelle Europäer zu sehen und anzuerkennen.“

## Globale Herausforderungen

dene Teile Europas heute zu kämpfen haben, zu einer existenziellen Krise des gesamten europäischen Projekts, wie es sich seit 1945 entwickelt hat. Hier spielen der Historiker und der Politiker, oder allgemeiner Intellektuelle und Politiker, zwangsläufig unterschiedliche Rollen. Meine Aufgabe lässt sich ganz einfach so zusammenfassen: Es geht darum, nach der Wahrheit zu suchen, die Wahrheit ausfindig zu machen, soweit das kritisch überprüfte Belege und rationale Argumente erlauben, und dann diese Wahrheit so sorgfältig, deutlich und lebendig wie möglich auszusprechen.

### *Ursachen der existenziellen Krise*

Ich tue also meinen Job, wenn ich versuche, die Ursachen dieser existenziellen Krise auszumachen und auf die Schwachstellen hinzuweisen, die nationalistische Populisten ausnutzen. So übt beispielsweise ein direkt gewähltes Europaparlament tatsächlich beträchtliche demokratische Kontrolle über europäische Gesetze und politische Maßnahmen aus, doch die meisten Europäer haben nicht das Gefühl, dass sie in Brüssel direkt vertreten werden und ihre Stimme dort Gehör findet.

Viele europäische Gesellschaften haben große Schwierigkeiten damit, Ausmaß und Tempo der Zuwanderung zu akzeptieren, nicht zuletzt derjenigen, die durch den Abbau der Binnengrenzen in Europa bei gleichzeitiger unzureichender Sicherung der Außengrenzen des Schengenraums erleichtert wird. Und ich hoffe, dass sich der Karlspreisträger des Jahres 2002 – der Euro – nicht persönlich beleidigt fühlt, wenn ich darauf hinweise, dass die Eurozone, die ursprünglich die europäische Einigung vorantreiben sollte, in den letzten Jahren schmerzliche Gräben zwischen Nord- und Südeuropa

entstehen ließ. Das sind unbequeme Wahrheiten, aber ich glaube, der Geist des Alkuin von York würde mir beipflichten, dass es Aufgabe des Wissenschaftlers ist, sie auszusprechen.

Der Politiker dagegen muss immer von den aktuellen Gegebenheiten ausgehen, er muss stets auf seine Worte achten und ein Gefühl des „yes, we can“ – oder auf Deutsch „wir schaffen das“ – vermitteln. Der Intellektuelle muss die Wahrheit aussprechen, dass kein Imperium, kein Staatenbund, kein Bündnis und keine Gemeinschaft auf Erden je ewig währte, und das wird auch im Falle der Europäischen Union nicht anders sein. Der Politiker muss darauf hinarbeiten, dass unser beispielloses, freiwilliges, friedliches europäisches Imperium so lange wie menschenmöglich Bestand hat.

Doch wenn Sie wie ich ein spectateur engagé sind, können Sie durchaus einen Beitrag zu diesem politischen Unterfangen leisten, indem Sie schlicht die historische Wahrheit deutlich machen. Ich würde behaupten, dass der wichtigste Antriebsfaktor der europäischen Integration für drei Generationen nach 1945 individuelle, persönliche Erinnerungen an Krieg, Besatzung, Holocaust und Gulag, an Diktaturen, ob faschistische oder kommunistische, sowie an extreme Formen von Nationalismus, Diskriminierung und Armut waren. Nun haben wir zum ersten Mal eine ganze Generation von Europäern, die überwiegend – nicht alle, aber die meisten – seit 1989 ohne traumatische und prägende Erfahrungen dieser Art aufgewachsen sind.

Sie kennen nur ein Europa, das weitgehend geeint und überwiegend frei ist. Fast zwangsläufig neigen sie dazu, das für selbstverständlich zu halten; denn der Mensch neigt ganz allgemein dazu, das, womit er aufgewachsen ist und was er um sich herum

wahrnimmt, als in gewisser Weise normal, ja sogar natürlich zu betrachten. Czeslaw Miłosz beschreibt dieses Phänomen eindrücklich in seinem Buch „Verführtes Denken“. Er vergleicht uns darin mit Charlie Chaplin in dem Film Goldrausch, wo dieser vergnügt in einer Holzhütte herumwuselt, die bedrohlich über einem Abgrund hängt.

Ich hoffe, wir sind noch nicht so weit, aber wir müssen dieser Generation irgendwie vermitteln, dass das, was sie heute als normal betrachtet, historisch gesehen tatsächlich zutiefst abnormal ist – außergewöhnlich, außerordentlich. In seiner Dankesrede erwähnte Papst Franziskus im vergangenen Jahr Elie Wiesels Forderung nach einer „Erinnerungstransfusion“ an jüngere Europäer. Genau darum geht es. Natürlich lässt sich nichts mit der Wirkung unmittelbarer, persönlicher Erfahrung vergleichen. Doch die Beschäftigung mit der Geschichte hat unter anderem den Zweck, von den Erfahrungen anderer Menschen zu lernen, ohne sie selbst durchmachen zu müssen. Zu den ermutigenden Zeichen der letzten Monate gehört eine neue Mobilisierung bei dieser Nach-89er-Generation von Europäern, die zeigt, dass ihr Puls für Europa schneller schlägt.

Eine weitere, allgemeinere Lehre aus der

„Viele europäische Gesellschaften haben große Schwierigkeiten damit, Ausmaß und Tempo der Zuwanderung zu akzeptieren, nicht zuletzt derjenigen, die durch den Abbau der Binnengrenzen in Europa bei gleichzeitiger unzureichender Sicherung der Außengrenzen des Schengenraums erleichtert wird.“

Geschichte ist: Was ursprünglich nur Mittel zum Zweck war, kann im Laufe der Zeit zum Selbstzweck werden. (Wer je versucht hat, ein Universitätsgremium oder irgendeine andere Institution abzuschaffen, weiß, wovon ich spreche.) In seiner Eröffnungsrede auf dem Europa-Kongress in Den Haag im Mai 1948 sagte Graf Richard Coudenhove-Kalergi, der Mann, der später als Erster den Karlspreis entgegennehmen sollte: „Denken wir daran, liebe Freunde, dass die Europäische Union ein Mittel und kein Zweck ist.“ Und das von einem Hohepriester der europäischen Einigung zu einer Zeit, als die Europäische Union nur ein Traum war.

### *Warnung mit besonderer Relevanz*

Seine Warnung ist heute von besonderer Relevanz. All die europäischen Institutionen, die wir geschaffen haben, sind Mittel für einen höheren Zweck, nicht Selbstzweck. Wir sollten uns stets fragen: „Erfüllt diese Institution oder jenes Instrument noch immer ihren oder seinen Zweck, ist es das am besten für diesen Zweck geeignete?“ Es bringt nichts, einfach immer nur „mehr Europa, mehr Europa“ zu fordern. Die richtige Antwort wird oftmals sein, dass wir von diesem mehr, von jenem aber weniger brauchen. Nur eine Organisation, die in der Lage ist, Macht sowohl nach unten wie nach oben umzuverteilen, je nach wechselnden Bedürfnissen, wird von ihren Bürgern als lebendig und responsiv betrachtet werden.

Und schließlich ist da der Gegensatz, der die europäische Geschichte am stärksten charakterisiert – der von Einheit und Vielfalt. Denken wir an das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das europäische Imperium, das am längsten Bestand hatte. Wie der Historiker Peter Wilson zeigt, hatte das vor allem einen Grund: Man hatte das

## Globale Herausforderungen

Gefühl, dass seine übergreifenden Strukturen die enorme Vielfalt an politischen, kirchlichen und rechtlichen Gemeinschaften, die unter seiner Ägide versammelt waren, nicht übermäßig zu zentralisieren und zu homogenisieren drohten, sondern sie im Gegenteil sicherten und schützten. Seine Legitimität und seine Langlebigkeit bezog dieses Reich aus seiner Fähigkeit, mit dieser Komplexität und damit auch mit einem gewissen Maß an chronischer Uneinigkeit zu leben: „Obwohl das Reich nach außen Einheit und Harmonie betonte, funktionierte es in Wirklichkeit dadurch, dass es Streit und Verstimmung als dauerhafte Bestandteile seiner Innenpolitik akzeptierte.“ Ich glaube, darin steckt eine Lehre für die Europäische Union.

### *Wenig bewegliches Gelenk*

Unsere heutige europäische Vielfalt ist nicht nur die von Staaten und Geschichten, sondern auch die von Kulturen und den Sprachen, in die diese eingebettet sind. Diese grundlegenden Unterschiede in Kultur, Sprache und Denktraditionen haben auch prägenden Einfluss auf unsere Vorstellungen von Staat, Recht und Politik und damit von der politischen Ordnung, die zwischen unseren Staaten und Völkern errichtet werden soll. Europa wird stärker sein, wenn es all diesen Formen von Vielfalt Platz bieten kann. Wenn es um Gelenke geht, kennt die Medizin zwei gegensätzliche Probleme: die Hypermobilität, d.h. das Gelenk ist zu locker, und Hypomobilität, d.h. das Gelenk ist zu wenig beweglich. Europa wird geschwächt, wenn sich seine Strukturen zu sehr lockern, aber auch, wenn sie zu rigide sind. Wie ein olympischer Wettkämpfer muss Europa beides sein, stark und flexibel: stark, weil es flexibel ist, flexibel, weil es stark ist.

Sie werden inzwischen gemerkt haben, dass ich Sie in einer Art rasantem Wiener Walzer durch eine ganze Reihe von Gegensätzen geführt habe: das Individuum und das Kollektiv, historische Zeit und politische Zeit, der Intellektuelle und der Politiker, Mittel und Zweck, national und europäisch, Realismus und Idealismus und, last but not least, Komplexität und Einfachheit. Denn letztlich ist das, was wir wollen, recht einfach: Wir wollen, dass die Menschen in Europa Freiheit, Frieden, Würde, Rechtsstaatlichkeit, angemessenen Wohlstand und soziale Sicherheit genießen. Wie wir diese schlichten Ziele erreichen, ist das, was zwangsläufig reichlich kompliziert ist.

Lassen Sie mich zum Schluss ein paar Worte an Deutschland und die Deutschen richten. Als ich zum ersten Mal nach Deutschland kam, Anfang der 1970er Jahre, waren die Schatten des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Diktatur noch allgegenwärtig. (Mein erstes Forschungsthema war Berlin im Dritten Reich.) Das Land war schmerzlich geteilt, und ich erlebte aus nächster Nähe jene zweite deutsche Diktatur, welche die ganze Welt heute mit einem hässlichen Kurzwort assoziiert: Stasi. Dann kam plötzlich das annus mirabilis 1989, und Deutschland erhielt völlig unerwartet seine „zweite Chance“, um Fritz Sterns zu Recht berühmte Formulierung aufzugreifen. Über mehr als ein Vierteljahrhundert habe ich seitdem mit wachsender Bewunderung beobachtet, wie gut das vereinigte Deutschland diese zweite Chance genutzt hat. Ich persönlich finde es unglaublich bewegend, dass sich heute Flüchtlinge aus aller Welt nach Deutschland sehnen, als wäre es das Gelobte Land. Es ist doch wunderbar, dass Deutschland heute wie eine Insel der Stabilität, der Besonnenheit und der Liberalität aus einem Ozean des nationalis-

tischen Populismus herausragt. Wenn ich diese historische Wende vom Dunkel zum Licht betrachte, erfüllt mich das jedes Mal mit echter und großer Freude.

Aber – es gibt immer ein „Aber“ – die zweite Chance, genauer gesagt: die zweite Hälfte der zweiten Chance, liegt noch immer vor Ihnen – nämlich die gesamteuropäische Hälfte. Mit einem neuen, entschieden proeuropäischen französischen Präsidenten ergibt sich für Deutschland und Frankreich erneut die Gelegenheit, wie schon so oft zuvor in der Geschichte der europäischen Integration, gemeinsam voranzugehen. Diese zweite Hälfte der zweiten Chance wird aber nicht leicht sein. Deutschland steht noch immer vor dem alten Problem der „kritischen Größenordnung“ – zu klein, aber doch zu groß; zu groß, aber doch zu klein.

Kluge Führung in Europa bedarf der ausgeprägten Fähigkeit, Europa immer auch mit den Augen der anderen Europäer zu sehen, sie braucht Einfühlungsvermögen. Sie braucht auch Gelassenheit, Zuversicht und Mut.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat das Wort „Mut“ zum Schlüsselbegriff seiner Antrittsrede gemacht. Dazu gehört der „Mut zur Wahrheit“, von dem Präsident Emmanuel Macron sehr eindrucksvoll gesprochen hat. Dazu gehört aber auch der Mut zum Kompromiss. Der Mut, mit Ungewissheit, Unvollkommenheit, ja sogar Unverbindlichkeit zu leben – so wie im Heiligen Römischen Reich. Kurzum: Das Leben ist kein Gesamtkonzept! Das gilt erst recht für das politische Leben Europas. In seiner Studie zur Geschichte Berlins schrieb Karl Scheffler vor 100 Jahren, die Stadt sei „dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein“. Das Gleiche könnte man von Europa sagen. Es wird nie jener hehre Augenblick kommen, in dem man ausrufen

kann: „Da ist es, das fertige Europa! La belle finalité européenne – verweile doch, du bist so schön!“

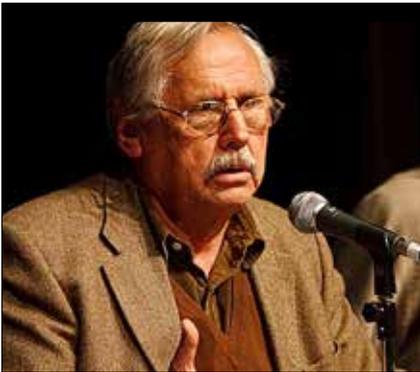
Nein, auch Europa ist dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein. Aber das muss nicht unbedingt ein Fluch, es kann auch ein Segen sein. Wenn man etwas älter ist, sieht man, dass die Jahre des Werdens oft die schönsten Jahre des Lebens sind. So hat das ewig unfertige Europa die Chance, immer jung zu bleiben. Gestalten wir es also gemeinsam: das niemals endende Werden Europas.

*Übersetzung von Andreas Wirthensohn*

**Timothy Garton Ash**, 1955 geboren, ist Professor für Europäische Studien an der Universität Oxford und Senior Fellow an der Hoover Institution der Stanford University. Daneben schreibt er regelmäßig für wichtige internationale Zeitungen und Zeitschriften. Er lebt in Oxford und Stanford. Dieser Beitrag geht auf seine Dankrede anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises 2017 zurück.



Die Governance-Lücke Die westliche Demokratie hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Eine Studie in 17 lateinamerikanischen Ländern hat ergeben, dass die Hälfte der Bevölkerung den Nutzen der Demokratie anzweifelt und überzeugt ist, sie sei ein System für die Reichen. Der Autor meint: Angesichts der sozioökonomischen Ungleichheiten können wir es uns nicht leisten, diese Katastrophe in Zeitlupe zu ignorieren. Die Probleme werden nicht verschwinden, es sei denn wir organisieren uns, um sie zu lösen. Plädoyer für einen „New Global Deal“ *Von Ladislau Dowbor*



Es ist nicht die Tatsache, dass die mächtigste Nation der Welt von einem Typen wie Donald Trump regiert wird, die mich nicht schlafen lässt. Es ist die Tatsache, dass solch ein wohlhabendes Land, mit all seinen Magazinen und Universitäten, ein Land, das so reich an Informationen ist, einen solchen Typen gewählt hat. Das Land der Freiheitsstatue, von Thomas Jefferson, von Lincoln, all diesen Symbolen. Gunnar Myrdal hatte am Ende doch recht in seinem Klassiker „The American Dilemma“: Das Mysterium besteht darin, wie Menschen gleichzeitig von den Ideen der Freiheit und Demokratie erfüllt sein können und von so viel Hass. Wie sie die Hymne singen und sich begeistern für den Ku-Klux-Klan. „Making America great again“ (Amerika wieder großartig machen) wurde leider allgemein übersetzt als „We’re the

best, f... the rest“ (Wir sind die Besten, scheiß auf den Rest). Aber beziehen wir das nicht nur auf die Amerikaner. Wir haben Liberté, Egalité, Fraternité und Le Pen. Die Begrüßung im Nahen Osten lautet entweder Schalom oder Salam, so viel zum Thema Frieden. Die Türkei versinkt in Gewalt und Doppelmoral. Natürlich mit demokratischen Wahlen. Geht es den Philippinen besser? Was geschieht im politischen Gedächtnis der Russen, die keinen Tag Demokratie erlebt haben? Ist Maduro der einzige Böse? Nach El Salvador und Paraguay hat Brasilien den Coup d’état light erfunden, die weiche Diktatur. In Argentinien sieht es nicht besser aus. Polen arbeitet an einer neuen Version des katholischen Fundamentalismus und fährt demokratische Rechte herunter. Ist der Brexit intelligenter, die Entscheidung, es alleine zu machen, pisser en Suisse, wie die Schweizer es nennen, in ihrem selten gebrauchten Sinn für Humor?

Terror ist das große Thema. Aber seien wir doch ehrlich: Wenn jemand bereit ist, sich selbst zu töten, mit dem einzigen Ziel, jeden anderen, wo auch immer, zu töten, mit einem Flugzeug, Auto oder einem Hammer, gibt es keinen Schutz, kein passendes Polizeiaufgebot, keine Illusion von Sicherheit. Jeder kann es sein, an jedem Ort, zu jeder Zeit. Und wir sprechen hier vom Homo sapiens, oft Menschen mit Diplomen. Sie können in Charlottesville sein, sich zu jeder oder keiner Religion bekennen.

Wie können wir vergessen, dass in den USA

4,5 Prozent der Weltbevölkerung leben und 25 Prozent der Inhaftierten der Welt, die meisten von ihnen sind Farbige und sitzen für das dumme Marihuana.

In Brasilien gab es im vergangenen Jahr 60.000 Morde, im Stillen mehr als in Syrien und im Irak zusammen. Eine Studie zu 17 lateinamerikanischen Ländern ergab, dass die Hälfte der Bevölkerung den Nutzen der Demokratie anzweifelt und tatsächlich davon überzeugt ist, Demokratie sei ein System für die Reichen. Liegen sie falsch? Sollten wir uns nicht mehr mit den Ursachen dieser Sicht beschäftigen?

Die gesamte muslimische Welt hat die Dokumentationen zu Abu Ghraib gesehen, anschauliche Bilder fröhlicher Jungs und Mädchen, die nackte Gefangene foltern und Selfies machen. Wer das nicht gesehen hat im Westen, sollte sich das besser einmal anschauen. Der Westen hat ein Problem mit Glaubwürdigkeit. Ist irgendetwas überraschend angesichts der ehemals geheimen Dokumente der britischen Regierung, in denen man kurz vor dem Einmarsch in den Irak in freudiger Aufregung über die Gelegenheit, Waffen verkaufen zu können? Und schaut übrigens irgendetwas ernsthaft auf den blühenden Welthandel mit hochentwickelten Waffen? Wenn sich die Bemitleidenswerten der Erde auf Wohltätigkeitsorganisationen freuen müssen, um ihre Grundbedürfnisse zu stillen, sei es wegen AIDS oder Hunger oder was auch immer – was ist dann aus der demokratischen

Zitat: „Wie können wir vergessen, dass in den USA 4,5 Prozent der Weltbevölkerung leben und 25 Prozent der Inhaftierten der Welt, die meisten von ihnen sind Farbige und sitzen für das dumme Marihuana.“

Regierung geworden, was aus der Public Policy? Besteht die Priorität darin, Kim Jong-Un zu übertönen?

### *Den Planeten verheizen, alles verschmutzen*

Zurück zu den Grundlagen. Wir verheizen den Planeten, langsam, zugegeben, aber Homo sapiens hasst es, langfristig zu denken. Wir holzen den Regenwald ab, verschmutzen Wasser, sterilisieren den Ackerboden, zerstören die Biodiversität, verstopfen unsere Städte und verunreinigen, was auch immer wir anfassen. Etwa 7,4 Milliarden Einwohner, die, sieht man sich nur in unserem gegenwärtigen System der Governance um, danach schauen, wer noch ein größeres Stück abbekommt. Wir sind nicht die letzte Generation auf der Erde, aber verhalten uns so. Und vergessen wir Musk, den Mann, der zum Mars reisen will. Wir haben nur diesen Planeten. Bei den sozialen Themen sieht es nicht besser aus. Die erstaunlichen Zahlen von Crédit Suisse und Oxfam zeigen, dass acht Familien mehr Reichtum haben als die ärmere Hälfte der Menschheit und dass ein Prozent mehr besitzt als die restlichen 99. Ungleichheit sorgt für Dramen, Leiden und politisches Chaos. Wie können wir uns selbst regieren, geschweige denn reagieren, wenn wir nicht verstehen, wie es dazu gekommen ist und wie es weitergeht. Das grundlegende Problem ist: Menschen werden nicht aufgrund dessen reicher, was sie zum globalen Wohlstand beitragen, sondern inwieweit sie Regierungsführung zugunsten ihrer eigenen Interessen drehen und wie viel sie aus der produktiven Welt herausquetschen können.

Sogar Albert Einstein hat es verstanden: „Zinseszins ist das achte Weltwunder. Wer es versteht, verdient ihn, wer es nicht versteht, zahlt ihn.“ Der Rest von uns, nicht unbedingt Einsteins, muss auf Einfachheit zurückgreifen.

## Globale Herausforderungen

Der durchschnittliche jährliche Kursgewinn lag laut How Money Works bei etwa sieben Prozent. Aber das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beträgt ungefähr zwei oder 2,5 Prozent. Das bedeutet schlichtweg: Wenn man in die Produktion investiert, arbeitet man viel und verdient wenig. Aber wenn man in Papiere investiert, was bedeutet, einen geeigneten Vermittler anzurufen oder ein paar Anweisungen auf dem Computer einzutippen, verdient man dreimal so viel und arbeitet viel weniger. Und das mit Zinsen verdiente Geld wird wieder investiert und generiert magischen Reichtum. Dafür musste man nicht produzieren, aber nun hat man ein fettes Bankkonto, das einem Rechte auf die Produkte anderer Menschen verschafft. Die Arbeit des französischen Ökonomen Thomas Piketty ist wunderbar, aber man muss nicht die 720 Seiten von „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ lesen, um das zu verstehen. In meinem jüngsten Buch nenne ich es „A era do capital improdutivo“. Das verstehen Sie sogar auf Portugiesisch: Geld spricht eine internationale Sprache. Der frühere Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, nennt es „unearned income“, unverdientes Einkommen.

### *Das Geld der 99 Prozent*

Das Geld der 99 Prozent wird im Wesentlichen genutzt, um Miete oder Hypothek, Kinder, Transport usw. zu bezahlen. Aber das große Geld fließt tendenziell dorthin, wo es am meisten verdient wird. Und das ist nicht die Produktion. Wir können also reiche Gesellschaften haben oder Gesellschaften mit reichen Menschen, viel Ungleichheit und eine stagnierende Wirtschaft. In den USA zum Beispiel hat ein Großteil der Bevölkerung in den letzten vier Jahrzehnten kaum Verbesserungen erlebt. Ihre Sicht auf die Demokratie hat sich schnell verschlechtert, und das aus vernünftigen

Gründen. Europa bewegte sich einige Zeit im Märchen Sparsamkeit, mit großen quantitativen Erleichterungen für Banken – was wiederum nicht genutzt wurde, um produktive Aktivitäten zu finanzieren, sondern in die Papiere zu investieren, die gerade mehr einbrachten. Der Unterschied ist auf Französisch leichter zu fassen, seitdem placements financiers für Finanzpapiere steht und investissements für die echte Wirtschaft. Tatsache ist: Wir haben ein System, das produktive Anstrengungen nicht kompensiert, aber kompensiert, was der „Economist“ spekulative Investoren nennt. Das ist kein Detail, sondern ein Fehler im System.

Aber natürlich muss dieses unproduktive Kapital Zugang haben zur wahren Weltwirtschaft, die Güter und Dienstleistungen produziert. Durch öffentliche Schulden, Studienkredite, Kreditkarten, Ratenzahlungen, Derivate und eine beeindruckende Zahl komplexer Mechanismen wird die wahre Wirtschaft sozusagen gerupft und kann nicht mehr wachsen und Arbeitsplätze generieren. So geht das grundlegende moralische Gefühl für Gerechtigkeit, basierend auf ehrlicher Arbeit und fairer Umverteilung, verloren. Die meisten Menschen verstehen die entsprechenden Mechanismen nicht, aber haben das Gefühl, das System sei falsch. Daher auch das allgemeine Gefühl, das politische System sei nicht mehr repräsentativ. Die grundlegende Struktur unserer politischen Stabilität wird stark ausgehöhlt.

Diese systemische Deformation, erzeugt durch das, was man Finanzialisierung nennt, reicht viel weiter als die Krise von 2008. Es ist die Frage, wie der Prozess der Entscheidungsfindung im Unternehmen funktioniert, wie der angeblich wichtige Compliance-Mechanismus seine Fähigkeit verloren hat, selbst einfache Rechtssicherheit einzuhalten. Die CCP Research Foundation spricht von einer Strafe für Fehlverhalten von 2012 bis 2016 über schwindelerregende 340 Milliarden Dollar, was „Zwei-

fel aufwirft zu den Bemühungen der großen Finanzdienstleister, das Vertrauen in den Sektor wiederherzustellen.“ Alle großen Banken, die wir kennen, finden sich auf der Liste. Aber das Chaos der Unternehmensführung reicht viel weiter, da die Geschäfte der wahren Wirtschaft finanzielle Gewinne sichern müssen.

Hier finden wir den absurden VW-Schwindel, Medizinbetrug bei GSK, Steuerflucht bei Apple und so weiter, bei wenigen großen Unternehmen ist es anders. Auf kurzfristige finanzielle Gewinne kommt es an, vergisst die Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt oder auch nur ein Minimum an Respekt für die Spielregeln. Nur die Whistleblower sind auf der Flucht, nicht die Missetäter. Für den Konzern ist es inzwischen wichtiger, die kurzfristigen Interessen der größten Aktionäre zu schützen, als der soziale und wirtschaftliche Nutzen, und sie werden großzügig und anteilmäßig bezahlt. Aber Regierungen sind auch gespalten zwischen zwei Seiten, den zur Wahl gehenden Bürgern, die sie vertreten sollen, und dem durch finanzielle Ergebnisse und öffentliche Schulden bestehenden Druck. Der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck hat diese Spaltung zwischen dem Staatsvolk und dem Marktvolk schön gezeigt. Sogenanntes Vertrauen in den Markt, womit die Befriedigung der Interessen von Privatiers gemeint ist, und, wenn möglich Anlagebonität, sind zum Maßstab guter Governance geworden. Das Gesamtergebnis ist ziemlich deutlich: Das System zerstört zum Nutzen weniger Menschen

„In den USA zum Beispiel hat ein Großteil der Bevölkerung in den letzten vier Jahrzehnten kaum Verbesserungen erlebt. Ihre Sicht auf die Demokratie hat sich schnell verschlechtert, und das aus vernünftigen Gründen.

die Umwelt. Und die Ressourcen, die dafür gebraucht werden, den Planeten in Ordnung zu bringen und Ungleichheit zu reduzieren, liegen außerhalb demokratischer Kontrolle. In Streecks Worten ist das nicht das Ende des Kapitalismus, aber des demokratischen Kapitalismus.

### *Wir sind ein reicher Planet*

Und trotzdem... Wir sind ein reicher Planet, reich an Technologie, zu beeindruckender Wissenschaft fähig; wir produzieren mehr als 3.000 Dollar im Monat an Gütern und Dienstleistungen pro Familie mit vier Mitgliedern. Können wir nicht sicherstellen, dass Kinder die Nahrung bekommen, die sie brauchen, dass die Jugend eine Zukunft für sich sehen kann, dass verschiedene Kulturen lernen, miteinander zu leben? Wir wissen im Wesentlichen, was getan werden sollte; wir wissen, wie es zu tun ist und wir haben auch das dafür erforderliche Geld. Der Schlüssel ist natürlich die Rettung der Governance, der Fähigkeit, den Gebrauch unserer Ressourcen auf nützliche Art zu kontrollieren. Die Philosophie des Ganzen ist ziemlich einfach. François Villon hat es vor vielen Jahrhunderten in seinem wundervollen „La Prière“ aufgeschrieben: „Herr, gib jedem, was er braucht, und vergiss mich nicht.“ Sogar die Russen singen es, in der bewegenden Melodie von Boulat Okudjava. Die enorme Macht, die die Finanzmogule der Welt an sich reißen, kann in einem anderen Licht betrachtet werden. Sicherlich sind sie mächtig, aber sie sind nicht produktiv und verschwenden wertvolle Ressourcen, die wir für positive Initiativen brauchen. Jedes kleine Unternehmen, das echte Güter und Dienstleistungen hervorbringt, sogar, wenn es oftmals seine Arbeiter ausnutzt, produziert zumindest etwas, zahlt seine Steuern, generiert Jobs. Diese Parasiten töten, wie es Michael Hudson darstellt, den Wirt. Dies sind keine zu harten

## Globale Herausforderungen

Worte, wir sprechen noch nicht einmal von bösen Typen, sondern von einem schlechten System. Als ein System – Martin Wolf, Chefkomentator bei der „Financial Times“, schätzt es korrekt ein – hat es seine Legitimität verloren.

Natürlich wissen wir, was funktioniert. Roosevelts New Deal besteuerte stark die sehr Reichen, die im Geld wie in nutzlosem Fett untergehen und finanzierte soziale Programme und öffentliche Investitionen, welche die Nachfrage erhöhten, was wiederum das Geschäftsleben anregte, wieder Fahrt aufzunehmen. Und als die Wirtschaft wieder in Gang gekommen war, erweiterte sich der Steuerfluss und glich die finanziellen Bemühungen der Regierung aus. Europa hatte mit Hilfe des Wohlfahrtsstaates, der den Konsum der Familie steigerte und allmählich die gesamte Wirtschaft stimulierte, 30 goldene Jahre. Lula wendete dies über zehn Jahre hinweg an, das qualifizierte sich mit beeindruckenden Ergebnissen als das Goldene Jahrzehnt im jüngsten Bericht der Weltbank über Brasilien. Totes Kapital zu besteuern, den unverdienten Verdienst, regt auch die Reichen dazu an, etwas Sinnvolles mit ihrem Geld zu tun. Sobald Mieten hoch genug besteuert werden, dass ein produktiver Nutzen des Geldes profitabler wird, und wenn wir uns dafür entscheiden, Steueroasen ein Stück weit zu kontrollieren, dann kann es funktionieren. Die Wirtschaft wieder ins Lot zu bringen, bedeutet in jedem Fall, unsere Ressourcen dort zu nutzen, wo sie am besten der Bevölkerung dienen. Direkt, inklusive des allgemeinen Grundeinkommens.

Und es ist wichtig, zu erkennen, wie absurd die Alternative ist, die darauf basieren würde, die Reichen reicher zu machen, damit sie investieren können. Joseph Stiglitz hat es so zusammengefasst: „Die Lösung ist immer die gleiche: niedrigere Steuern und Deregulierung, um Investoren „Anreize zu bieten“ und der Wirtschaft „Freiräume zu verschaffen“. Präsident Donald Trump schwört auf dieses Paket, um Amerika

wieder großartig zu machen. Das wird es nicht tun, weil es dies nie getan hat.“

Wir können es uns nicht leisten, weiterhin die Katastrophe in Zeitlupe zu ignorieren, die wir in der Welt auslösen. Die Probleme werden nicht verschwinden, es sei denn, wir organisieren uns, um sie anzugehen. Wir sind eine Welt, eine Menschheit und eine multikulturelle Welt. Keine Mauer wird irgendetwas lösen, das sollten wir von China gelernt haben. Im Großen und Ganzen betrachtet, führt kein Weg an einem globalen New Deal oder an der Wohlfahrtswelt vorbei, wie immer man nennen mag, was nötig ist, um uns vor großem, großem Ärger zu retten, wie Trump es ausdrücken würde. Statt lächerliche hochintellektuelle Umweltskepsis zu verbreiten und die Armen auszuschließen, müssen wir uns den Herausforderungen stellen und unsere finanziellen und technologischen Ressourcen bündeln, um damit den Planeten zu retten und die Armut zu beseitigen. Das wird uns großartig machen. Wird es alle unsere Probleme lösen? Nun, die Menschheit wird weiterhin diese stürmische, schwafelnde, streitlustige Sippschaft sein, die wir nur allzu gut kennen. Aber es wird uns in die richtige Richtung führen und wenn man die aktuellen Trends betrachtet, wäre ein etwas zivilisierter Kapitalismus schon einmal ein Anfang.

**Ladislau Dowbor** ist Wirtschaftswissenschaftler. Er unterrichtet an der Katholischen Universität von São Paulo, arbeitet mit zahlreichen Regierungs- und Non-Profit-Institutionen und mit verschiedenen Agenturen der Vereinten Nationen zusammen. Er ist Autor von mehr als 40 Büchern und einer Reihe technischer Studien im Bereich der Entwicklungsplanung. Seine Veröffentlichungen sind vollständig gelistet auf der Internetseite <http://dowbor.org> und kostenlos verfügbar für den nicht kommerziellen Gebrauch (Creative Commons). Sein neuestes Buch „The era of unproductive capital“ wird gerade für eine englische Ausgabe übersetzt.



Das Versprechen der Stadt Brexit, Flüchtlingskrise, Populismus und Klimawandel – jetzt sollte die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um zu reagieren, inklusive der Kulturdiplomatie, aber wie kann dieses Werkzeug eingesetzt werden, um Kooperation neu aufzubauen? Wenn Städte voller Vielfalt als Teil der Lösung begriffen werden, sollte Europa der Stadtkultur als diplomatische Strategie eine Priorität geben, meint der in Los Angeles lebende Autor. *Von Nicholas J. Cull*



**D**ies ist eine schwierige Zeit für Europa. Die europäischen Nationen und der Westen stehen vor einer entmutigenden Reihe gemeinsamer Probleme, unter anderem Klimawandel, Extremismus (zu Hause und im Ausland) sowie der Aufstieg zerstörerischer antidemokratischer Kräfte. Trotzdem wurde unsere gemeinsame Antwort untergraben durch einen deutlichen Rückzug aus der Kooperation. Innerhalb Europas muss die EU die Konsequenzen von Großbritanniens Entscheidung, die Union zu verlassen, bewältigen, offiziell seit Frühling 2017, sowie unilaterales Gepolter aus anderen Gebieten in der Region.

Was die weitere Welt angeht, muss die EU mit der unkooperativen Haltung umgehen, welche die neue Trump-Regierung in den Vereinigten Staaten eingenommen hat,

die sich einseitig aufspielt statt bei Themen von gemeinsamem Interesse zu kooperieren. Besonders besorgniserregend war Trumps Bereitschaft, sich aus Verpflichtungen seiner Vorgänger zu lösen: das Pariser Klimaabkommen und das iranische Nuklearabkommen sind dabei die offensichtlichsten Beispiele. Die Situation wird noch erschwert durch das Fehlen einer überzeugenden Vision von einer gemeinsamen Zukunft, um die Öffentlichkeit von den komfortablen alten Gewissheiten des Nationalismus abzubringen. Es ist ein Zeitpunkt erreicht, an dem die Europäische Union als Reaktion darauf alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen sollte, inklusive der Kulturdiplomatie, aber wie kann dieses Werkzeug eingesetzt werden, um Zusammenarbeit neu aufzubauen?

2017 war in der europäischen Kulturdiplomatie ein Jahr der Ironie. In mancherlei Hinsicht stand es für einen noch nie dagewesenen Fortschritt, da die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini ihre Vision der Kulturdiplomatie als Schlüsselement der auswärtigen Politik der Europäischen Union entwickelt hat. Das Jahr brachte neue Initiativen und Plattformen für den kulturellen Austausch und eine Reihe neuer Initiativen im Bildungssektor, unter anderem einen Masterabschluss für Kulturdiplomatie an der Catholica Universität in Mailand und am Goldsmiths College in London. Andererseits stellten sich in diesem Jahr

auch neue kulturelle Herausforderungen in allen Aspekten des europäischen Lebens. Die Flüchtlingskrise brachte in vielen Bürgern dieser Region das Schlechteste hervor: Kultur wurde eher als etwas Heiliges beschworen, das geschützt werden muss, denn als Feld für Entwicklung oder Zusammenarbeit oder auch als Zone, in der Erfahrungen konstruktiv ausgetauscht werden können. Eine effektive europäische Kulturdiplomatie wird einen ehrlichen Blick auf die relevanten Themen werfen müssen.

Europäische Länder haben Kultur tendenziell als etwas automatisch Positives für sich betrachtet. Im Gefolge des Kalten Kriegs, als der Harvard-Politologe Joseph Nye sein Konzept der Soft Power beschrieb und bemerkte, dass internationale Akteure mit attraktiven Werten und einer attraktiven Kultur mehr in der Welt bewegen können, haben europäische Nationen beinahe einheitlich zwei Kästchen abgehakt: Große Werte? Haben wir! Bewundernswerte Kultur? Haben wir! Diese Länder rückten Kultur pflichtbewusst in den Vordergrund – glänzender neuer Nation-Branding-Strategien, die sie zur gleichen Zeit entwickelten. Tatsächlich kann die Attraktivität der europäischen Kultur nicht als selbstverständlich angenommen werden. Kultur ist nicht einfach nur das Erbe eines Regals dicker Baedeker-Reiseführer voller architekto-

„Angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten und einer neuen Herausforderung durch Russland hat die Europäische Kommission offensichtlich Stabilität dem demokratischen Prinzip vorgezogen, indem sie die Nachbarn des Westbalkans zum Thema Beitritt belehrte.“

nischer Wunderwerke und großer Kunst. Sie beinhaltet die Gesamtsumme an Haltungen in einer Gesellschaft. Sie bildet die Grundlage für Politik. Bei einem Querschnitt durch das Europa des Jahres 2017 zeigt sich vieles in der Kultur, das eher abschrecken als anziehen kann. Intoleranz am Grund der Gesellschaft ist leicht auszumachen: die Stärkung populistischer Parteien, die Demonstrationen gegen Migranten und so weiter; aber Intoleranz an der Spitze ist nicht viel weniger deutlich. Einer der schockierendsten Aspekte des vergangenen Jahres war die Bereitschaft der Anführer bestimmter europäischer Nationen, die vereinbarten Gründungsprinzipien europäischer Kultur einzutauschen – das Recht auf freie Meinungsäußerung und Widerspruch – um ihren eigenen Zugriff zur politischen Macht zu sichern. Brüssel ist hier auch nicht ohne Schuld. Angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten und einer neuen Herausforderung durch Russland hat die Europäische Kommission offensichtlich Stabilität dem demokratischen Prinzip vorgezogen, indem sie die Nachbarn des Westbalkans zum Thema Beitritt belehrte.

Der „Economist“ nannte die sich daraus ergebende hybride Politik „stabilocracy“ und stellte eine Bereitschaft fest, Themen wie Presse- und Meinungsfreiheit beiseitezuschieben. Es ist äußerst wichtig, anzuerkennen, dass Kultur mit Politik zusammenhängt und deshalb bestimmte politische Prioritäten erfordert, von denen der Schutz der Meinungsfreiheit im Zentrum steht.

Es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass Europas Kultur attraktiv ist, weil sie pur ist oder von ihren Nachbarn isoliert. Ihre am meisten bejubelten Bestandteile basieren, sowohl regional als auch global, auf Durchmischung und Austausch. Am leichtesten ist dies in der kulinarischen Kultur Europas zu sehen, die geprägt ist durch Erfahrungen mit dem

## Globale Herausforderungen

Handel und dem Imperium. Kaffee mag das ultimative europäische Getränk sein, doch er kam nicht aus einheimischen Plantagen. Frederica Mogherini hat hervorgehoben, dass zu diesem Austausch eine jahrhundertlange Kommunikation mit dem Islam gehörte und dass der Islam bereits ein Teil Europas ist. Man könnte das Gleiche über asiatische und afrikanische Kulturen sagen. Sie sind bereits hier. Warum also zögert Europa so sehr, diese Tatsache anzuerkennen, geschweige denn sie zu einer effektiven kulturellen Strategie weiterzuentwickeln? Ein Teil des Problems für Europa ist die Reibung zwischen den traditionellen Bausteinen europäischer Identität – den konzeptionell stabilen einzelnen Nationalstaaten – und der Aufgabe der Assimilierung und Zusammenarbeit. Assimilierung erfolgte immer auf der lokalen Ebene, auf Straßen und in Stadtvierteln, wo sich Gemeinschaften vermischen und neue Arten des Lebens und Denkens entstehen. Die besten Bausteine für ein starkes und gemeinschaftliches Europa sind die europäischen Städte.

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die Städte zu idealen Akteuren machen, wenn es darum geht, die internationalen Beziehungen zu verbessern.

Zum einen können viele von ihnen ein älteres Anrecht beanspruchen: Sie sind älter als ihre gastgebenden Nationalstaaten. Zum anderen scheinen Städte heutzutage oftmals zusammenhängender zu sein als Nationalstaaten. Viele Bürgermeister haben Mehrheiten, wie sie in der nationalen Politik undenkbar wären und sie sind in der Lage, Interessen und Identitäten auf eine Art miteinander in Einklang zu bringen, wie es nationale Staatsoberhäupter nicht vermögen.

Es ist auffällig, dass viele der neuen Nationalisten von Brexit-Großbritannien bis hin zu Orbans Ungarn am stärksten außerhalb der großen Städte sind. Im Hinblick auf ihre

Soft Power haben Städte eine Reihe von Vorteilen: Sie sind die Motoren ihrer nationalen Ökonomien und generieren in der Regel mehr als 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie agieren unter dem Radar des Vorurteils: Racheaktionen richteten sich gegen Nationen, nicht gegen Städte; Städte schüchtern selten ein; Städte sind für Außenstehende wie für die eigenen Bewohner zu verstehen.

Die menschliche Phantasie scheint sich mit der Perspektive aus der Stadtebene wohlzufühlen. Sie ist wie eine Art Voreinstellung aus der fernen Vergangenheit, zu der sie zurückkehrt. Vielleicht werden künftige Generationen das Wiederaufleben der Stadt der Technologie zuschreiben. So wie Nationalstaaten in einer Symbiose von Druckerpresse und Eisenbahn erbaut wurden, hat das Internet uns in Interessengruppen aufgeteilt und in Knotenpunkte eines Netzwerks, in dem eine Annäherung auf Stadtebene einfach am sinnvollsten ist.

Die Vorstellung, dass Städte in der Diplomatie eine größere Rolle spielen sollten, hat sich nun seit einigen Jahren verbreitet. Die große Versöhnung von Frankreich und Deutschland nach dem Krieg begann mit vielen Verbindungen auf dem Gebiet der Stadtdiplomatie, da Bürgermeister mit ähnlich gesinnten Kollegen im Nachbarland in Kontakt traten und so war die verbindende Idee der Partnerstädte geboren. Zu jüngeren Initiativen zählen Stadtdiplomatie-Plattformen, die Zusammenarbeit auf Gebieten wie Sicherheit, Umwelt und Kultur fördern sollen. Im Jahr 2016 startete das Weltparlament der Bürgermeister als Ort für den Dialog zwischen Städten und um Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden.

2017 brachte der Rückzug der Nationalstaaten in eine populistische Fantasie und das Unvermögen ihrer Staatsführer, einige der drängendsten Themen effektiv anzupacken,

den Gründer des Weltparlaments der Bürgermeister – den amerikanischen Professor Benjamin Barber – dazu, seine Meinung weiter zu verschärfen. In seinem Buch „Cool Cities“ vertrat Barber nicht nur die Haltung, dass Stadtdiplomatie eine gute Sache sei, sondern auch, dass die Städte der Welt ein Recht und eine Verpflichtung haben, im Hinblick auf den Klimawandel zu handeln. Sein Argument war täuschend einfach. Die Souveränität liegt bei den Menschen und ist an den Nationalstaat abgegeben worden als Teil eines gesellschaftlichen Vertrags, der ihnen im Gegenzug Sicherheit bietet. Wenn die Nation dem Bürger in einer so wichtigen Angelegenheit wie dem Klima aber nun keine Sicherheit bieten kann, geht die Souveränität zurück an die Menschen und sollte nun erweitert werden auf die effektivste Ebene der Regierung, an der sie teilhaben, nämlich die Stadt. Leider starb Barber im Frühling 2017 und konnte seine Einsicht nicht mehr weiterentwickeln.

### *Kultur in ziviler Hinsicht*

Welche Konsequenz hat dieses Wieder-  
aufleben der Stadt für die Kulturdiplomatie?  
Zunächst sind wir durch die Konzeptualisierung  
der Kultur in ziviler Hinsicht gezwun-

„Assimilierung erfolgte  
immer auf der lokalen Ebene, auf  
Straßen und in Stadtvierteln, wo  
sich Gemeinschaften vermischen  
und neue Arten des Lebens und  
Denkens entstehen. Die besten  
Bausteine für ein starkes und ge-  
meinschaftliches Europa sind die  
europäischen Städte.“

gen, die oftmals versiegelten Kanister nationaler Kultur aufzubrechen und auf einer Ebene zu arbeiten, auf der Identität zugänglicher ist und weniger wesentlich. Zweitens wird die geteilte Erfahrung des zivilen Lebens über Grenzen hinweg gerne anerkannt, was eine Grundlage für kulturelle Zusammenarbeit schafft. Drittens beherbergen Städte bereits eine komplette kulturelle Infrastruktur miteinander verbundener Museen, Galerien, Festivals, Biennalen, Sportwettbewerbe, Universitäten und so weiter. EUNIC-Cluster operieren schon in diesen Netzwerken und sind Teil vieler dieser besonders bedeutenden Städte für den Austausch auf der Welt geworden. Wenn wir Städte voller Vielfalt als Teil der Lösung sehen, dann ist es sinnvoll, Stadtkultur als diplomatische Strategie für Europa in den Vordergrund zu stellen.

Die Pflege der Stadtkultur ist ein Weg nach vorne für eine Reihe von Europas drängendsten Problemen. Ein Beispiel ist die Herausforderung russischsprachiger Minderheiten im Baltikum und an anderen Orten jenseits der russischen Grenze. Zwischen Entertainment und tendenziösen Nachrichtenprogrammen vertreten die Kreml-Medien die Ansicht, dass sich Russen im Ausland der einheitlichen Vision einer russischen Welt im Sinne von Herrn Putin anschließen und keine andere Identität haben sollten. Die Realität vor Ort sieht so aus: Wenn sie eine Chance bekommen, können diese Bürger Möglichkeiten nutzen, Identitäten zu entwickeln, die spezifisch für ihre Städte sind, die der Wirklichkeit ihres Lebens entsprechen und es ihnen ermöglichen – etwa – gleichzeitig europäisch, estnisch, russischsprachig und Bürger von Narva zu sein. Kulturprogramme von Organisationen wie dem British Council oder dem Schwedischen Institut arbeiten hart daran, diesen Prozess zu unterstützen: als Hebammen bei der Geburt von starken und

## Globale Herausforderungen

inklusive lokalen Identitäten. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Radikalisierung ist es sinnvoll, Wege zu finden, historisch marginalisierte Gruppen in das zivile Leben einzubeziehen, und es ist gut zu beobachten, dass Städte auf der ganzen Welt, darunter auch viele europäische Städte, sich über ihre Best Practices austauschen durch Foren wie das Strong Cities Network. Zudem scheint ein hohes Maß an kulturellem Engagement Hand in Hand zu gehen mit einem hohen Maß an politischem Engagement; so sollte also die Arbeit an kultureller Integrität und Teilhabe in einer Stadt auch die politische Integrität und Teilhabe verbessern.

Im Hinblick auf Beziehungen, bei denen die Nationalregierung ein Problem darstellt – inklusive der Vereinigten Staaten – ist es ein wichtiger Schritt nach vorne, sich auf Stadtebene zu vernetzen. Es gibt amerikanische Bürgermeister, die sich leidenschaftlich für die Umwelt einsetzen und amerikanische zivile Einrichtungen, die über Grenzen hinweg nach Partnern suchen. In Los Angeles gibt es dafür ein großartiges Beispiel. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Präsident davon spricht, Mauern zu bauen und sein Land von ausländischen Einflüssen abzuschirmen, hat sich eine Gruppe von 40 Museen und Galerien in ganz L.A. zu einem gemeinsamen Projekt zusammengefunden – Pacific Standard Time: LA/LA – um mit Galerien in Südamerika zusammenzuarbeiten und die künstlerischen und kulturellen Verbindungen zwischen Los Angeles und Lateinamerika auszustellen. Ein solches Modell sollten auch europäische Städte einmal in Betracht ziehen. Gemeinsame zivile Projekte könnten das Erbe der Vielfalt erforschen, von dem Federica Mogherini gesprochen hat. Es wäre eine fantastische Sache, wenn Galerien in Berlin oder Paris gemeinsam eine ganze Saison lang ihre Querverbindungen mit dem Islam oder Ostasien erkun-

den würden. Und was ist mit der Zukunft? Die kollektiven Lösungen, die gebraucht werden, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, werden weniger, da der Nationalismus wieder stark ansteigt. Die Präzedenzfälle sind besorgniserregend. Miteinander konkurrierende einseitige nationalistische Agenden befeuerten die größten Krisen in Europas Vergangenheit: den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Umgekehrt wurden diese Krisen nicht einfach nur gelöst durch die Anwendung von Gewalt, sondern durch die Formulierung von so konkurrenzfähigen Zukunftsvisionen, dass nicht nur die Gewinner sie begrüßten, sondern auch die Verlierer. Diese Visionen hatten kulturelle Dimensionen: Man nutzte Kunst und Literatur, um diese zu unterstützen. In diesen beiden historischen Fällen wurden die Zukunftsvisionen unterstützt und sogar angetrieben von den amtierenden amerikanischen Präsidenten: Wilson beziehungsweise Roosevelt.

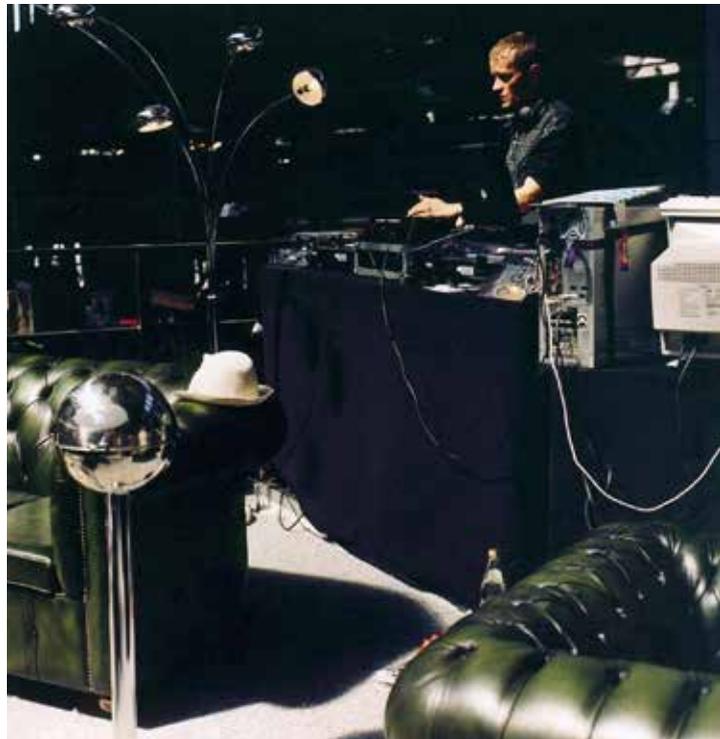
Es scheint äußerst unwahrscheinlich, dass sich die Welt in naher Zukunft hinter diese inklusiven Vision versammelt, die Donald Trump beschrieben hat. Also wartet die Welt auf Roosevelt.

Kann Kulturdiplomatie als Hebamme einer Vision dienen, welche die zentrifugalen Impulse des Augenblicks umkehrt? Das ist eine einschüchternde Aufgabe, aber der Prozess der Kulturdiplomatie mit ihrer Betonung auf gemeinsamen Erfahrungen in Lebensbereichen, in denen das gegenseitige Misstrauen geringer ist, wirkt als bewährter Weg, um die Art von Vertrauen zu entwickeln, das zu gegebener Zeit bei der Annahme einer Vision helfen würde. Vielleicht können Netzwerke des Dialogs, der kreativen Arbeit und des Austauschs, die durch Kulturdiplomatie entstehen, tatsächlich eine Vision hervorbringen, wozu Europa und die ganze Welt in der Lage ist.

**Nicholas J. Cull** ist Professor für Public Diplomacy sowie Gründer und Leiter des Studiengangs Master of Public Diplomacy an der University of Southern California. Seine Forschung und Interessen in der Lehre sind interdisziplinär und haben den Schwerpunkt Public Diplomacy und – allgemeiner – die Rolle von Medien, Kultur und Propaganda in der internationalen Geschichte. Er ist Autor von zwei Bänden zur Geschichte der US-amerikanischen Public Diplomacy: „The Cold War and the United States Information Agency: American Propaganda and Public Diplomacy, 1945-1989“ (Cambridge 2008) und „The Decline and Fall of the United States Information Agency: American Public Diplomacy, 1989-2001“ (Palgrave, New York, 2012). Sein erstes Buch „Selling War“, 1995 veröffentlicht von OUP New York, war eine Untersuchung britischer Informationsarbeit zu den Vereinigten Staaten vor Pearl Harbor. Zusammen mit David Culbert und David Welch hat er Propaganda and Mass Persuasion: A Historical Encyclopedia, 1500-present“ (2003) herausgegeben und zusammen mit David Carrasco Alambrista and the U.S.-Mexico Border: Film, Music, and Stories of Undocumented Immigrants (University of New Mexico Press, Albuquerque, 2004). Er ist als aktiver Filmhistoriker Teil der Bewegung, Film und andere Medien in den Mainstream historischer Quellen aufzunehmen. Zu seinen Veröffentlichungen in diesem Bereich zählen zwei Bücher, die er zusammen mit James Chapman geschrieben hat: Projecting Empire: Imperialism in Popular Cinema (IB Tauris, London, 2009) und Projecting Tomorrow: Science Fiction in Popular Cinema (IB Tauris, 2013). Sein neuester Band (herausgegeben mit Francisco Rodriguez und Lorenzo Delgado) heißt US Public Diplomacy and Democratization in Spain: Selling Democracy? (Palgrave, New York, 2015).







# Kultureller Bürgerkrieg

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Europa und die Vereinigten Staaten heute einen kulturellen Bürgerkrieg erleben, so die beiden Autoren. Dieser Krieg werde nicht mit Waffen ausgetragen, sondern in den Köpfen der Menschen. Dieser Krieg werde nicht um ein Territorium geführt, sondern um die kulturelle Hegemonie. Es geht darum, zu definieren, wer wir sind, in welcher Art von Gesellschaft wir leben und wen wir als unsere Freunde sehen. *Von Jochen Hippler und Fatemeh Kamali Chirani*



Europäer und Amerikaner haben es lange Zeit genossen, sich als Beispiele für zivilisierte, kultivierte und demokratisch denkende Menschen zu präsentieren. Sie prahlten gerne damit, dass ihre Aufklärung so einzigartig sei, die, neben anderen guten Dingen, schließlich zur Aufzeichnung der Menschenrechte geführt hat. Während des Kalten Kriegs sahen sich die Menschen im Westen als demokratischen Gegenpol zur kommunistischen Diktatur und nach deren Ende als libertäre Alternative zu ethnischem Chaos und muslimischem Extremismus.

Sie waren die Guten, was mit ihren Werten Liberalismus, Freiheit und Demokratie zu tun hatte, zumindest aus ihrer Perspektive. Es schien dabei nicht allzu relevant zu sein, dass diese Selbstwahrnehmung bei früheren Kolo-

nien wie Namibia, Algerien, Vietnam und so vielen anderen Orten oder aus der Sicht von Auschwitz einige Zweifel hervorgerufen haben dürfte. Die Menschen im Westen stellten sich gerne vor, ihre Länder und Werte oder ihr ökonomisches System seien Leuchtturm zur Orientierung der gesamten Menschheit. Historischer „Fortschritt“ bedeutete, dass alle anderen Länder und Kulturen, nachdem sie einmal eine „Entwicklung“ durchlaufen hätten, mehr und mehr wie der Westen werden würden. Die Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er Jahre drückte diese Erwartung sehr offen aus und der betrunkene Triumphalismus nach dem Ende des Kalten Kriegs produzierte viele Beispiele für solches Wunschenken. Ein Paradebeispiel war die außergewöhnliche Idee, sogar die gesamte Geschichte sei an ihrem Ende angelangt. Westliche Werte waren die Erfüllung dieser menschlichen Geschichte.

Wenn man zurückblickt, ist man versucht, sich über solche Exzesse von kulturellem Narzissmus lustig zu machen. Aber tatsächlich waren sie keineswegs lustig. Selbsttäuschung ist etwas Trauriges, zumindest, wenn wir uns daran erinnern, wo die USA und Westeuropa inzwischen kulturell und politisch angekommen sind, und wie schnell dies geschah.

Was bedeuten „westliche Werte“ heute, was sind „europäische Werte“ im Jahr 2018 und darüber hinaus? Die Vereinigten Staaten von Amerika sind – immer noch – das wichtigste

Land der Welt und obschon wir zögern würden, es noch „den Anführer der freien Welt“ zu nennen, ist es immer noch demokratisch und westlich. Was aber ist mit den „westlichen Werten“ passiert? US-Präsident Donald Trump scheint alles zu verachten, was darunter fällt. Er ist erkennbar stolz darauf, rassistisch zu sein. Er ist fremdenfeindlich, zumindest wenn die Menschen nicht aus Norwegen stammen. Haiti, El Salvador und Afrika sind „Drecklöcher-Länder“, „shithole countries“, soweit er weiß. Mexikaner sind Drogendealer und Vergewaltiger, Moslems sogar noch gefährlicher. In seinem eigenen Land versteht Trump Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung nicht und er akzeptiert diese auch nicht.

Er denkt, systematisches Lügen sei sein unveräußerliches Recht, denn seine Lügen sind „alternative Fakten“; gleichzeitig wird jeder andere beschimpft, der nicht die Wahrheit gesagt hat (selbst wenn dies der Fall war). Er kennt nicht die Bedeutung der freien Medien oder einer demokratischen Opposition und es schert ihn auch nicht. Er droht einer ausländischen Diktatur mit – nuklearer – Zerstörung, und kurz darauf macht er eine Kehrwende, um zu betonen: „Ich habe wahrscheinlich eine sehr gute Beziehung zu Kim Jong-un.“ Der zufällig die gleiche Person ist, die Trump kurz zuvor Anführer einer „Bande von Kriminellen“ nannte und über den er später sagte, er sei ein „Wahnsinniger“ oder „ein kranker Welp.“

Es ist „wahrscheinlich“ nicht beruhigend, dass der US-Präsident plötzlich meint,

„Ein Paradebeispiel war die außergewöhnliche Idee, sogar die gesamte Geschichte sei an ihrem Ende angelangt. Westliche Werte waren die Erfüllung dieser menschlichen Geschichte.“

er habe eine gute Beziehung mit diesem Gentleman. Hier gibt es zwei wichtige Dinge anzumerken. Erstens ist es ziemlich schwierig, auszumachen, was überhaupt unter diesen so viel besprochenen „westlichen Werten“ zu verstehen sei, wenn dieser Anführer der freien Welt spricht – oder Nachrichten verschickt. Zweitens ist das Hauptproblem nicht die Person Donald Trump, sondern, dass seine Präsidentschaft auf eine große kulturelle Verschiebung in den USA verweist. Vor nicht allzu langer Zeit wäre es noch undenkbar gewesen, dass eine Person zum amerikanischen Präsidenten gewählt wird, die arrogant damit prahlt, aufgrund ihres Prominentenstatus einer Frau an „die Pussy fassen“ zu können. Das kulturelle Klima in den USA hat sich dramatisch verändert und die Auswirkung auf die politischen Werte ist beträchtlich.

In Europa und darüber hinaus können wir ebenfalls entsprechende Entwicklungen beobachten. Die Brexit-Kampagne in Großbritannien opferte Verstand, rationale Debatte und Logik verwirrten Gefühlen und Fremdenfeindlichkeit. Zu einem hohen Grad war es ein Referendum gegen Migration, mit Untertönen von „Großbritannien zuerst“. Gleichzeitig haben wir Regierungen in Polen und Ungarn, die extreme nationalistische Diskurse führen, auch hier mit starken fremdenfeindlichen Elementen und antimuslimischer Hysterie. Bemerkenswerterweise schwächen auch sie die Unabhängigkeit der Gerichte, beschränken die Meinungsfreiheit und arbeiten auf eine Demokratie hin, die von oben kontrolliert wird. Nach den Regeln zu spielen und die Werte der Europäischen Union anzunehmen, scheint für diese EU-Mitglieder nicht akzeptabel zu sein. In Frankreich, in den Niederlanden, in Österreich, Deutschland und Italien beobachten wir den Aufstieg rechter populistischer Bewegungen, die sich an den Wahlurnen sehr gut schlagen.

## Globale Herausforderungen

Obschon sich all diese Bewegungen und Regierungen voneinander unterscheiden, haben sie doch mehrere gemeinsame kulturelle (und politische) Merkmale. Zunächst ist der Nationalismus zentrales Element ihrer Rhetorik. Es ist ein ethnisch definierter Nationalismus, der sich nicht auf ein gemeinsames politisches System gründet, nicht auf demokratische und inklusive Werte, sondern auf ethnische Identität. Zweitens verbindet sich diese Identität oftmals mit einer sehr konservativen oder rechtsgerichteten kulturellen und politischen Rhetorik. Schwule und Lesben, Progressive und Minderheiten werden ideologisch ausgeschlossen. Drittens ist Fremdenfeindlichkeit ein Schlüsselfaktor. Ausländer im Allgemeinen und, in vielen Fällen, Muslime im Besonderen werden als Bedrohung wahrgenommen, als Eindringlinge oder als Fünfte Kolonne. Viertens: Während die Demokratie an sich offiziell nicht abgelehnt wird, wird sie doch begrenzt, neu definiert, eingeschränkt. Die demokratische Kultur wird systematisch unterhöhlt.

Solche Trends gibt es nicht nur in EU-Mitgliedsländern. Putin, Erdoğan oder Duterte sind Teil eines rechten Populismus, der auf allen Kontinenten hochgekommen ist. Doch für die USA und die EU stellt sich das Problem anders dar. Russland, die Türkei oder die Philippinen haben sich nämlich nicht systematisch dargestellt als Symbole der Aufklärung, Demokratie, Toleranz und des Liberalismus und sind noch weniger als solche wahrgenommen worden. Aber für die EU und die USA waren genau diese Werte ihr Markenzeichen. Sogar die Nato präsentiert sich nicht nur als militärische Allianz, sondern auch als eine Wertegemeinschaft.

Drei Aspekte sind wichtig. Erstens steht die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel. Andere Länder über Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und demokra-

tische Werte im Allgemeinen zu belehren, ist sehr viel weniger überzeugend, wenn mehrere EU-Mitgliedsländer damit beschäftigt sind, diese Werte zu untergraben, zu entwerten und infrage zu stellen.

Zweitens wird die europäische Identität beeinträchtigt, unterhöhlt oder deformiert. Was es heißt, „europäisch“ (oder „westlich“) zu sein, verändert sich. Auch wenn die positive Selbstwahrnehmung (West-)Europas als zivilisiert, demokratisch und aufgeklärt in der Vergangenheit zu einem bestimmten Grad Übertreibung und Prahlerei gewesen ist, so war sie doch nicht völlig falsch. Statt die Wirklichkeit zu beschreiben, war sie eher ein fortlaufendes Projekt, das noch seiner Vollendung harrete.

Es war aber nicht falsch, sondern einfach die Vorgabe, man habe bereits ein Ziel erreicht, wenn es tatsächlich bis dahin noch ein langer Weg war. Verglichen mit den Katastrophen und der Verrohung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist dessen zweite Hälfte sehr viel demokratischer und zivilisierter verlaufen. Verglichen mit vielen anderen Regionen der Welt war Westeuropa eine positive Ausnahme und ist dies immer noch. Die Möglichkeit, weiteren Fortschritt in diesem Sinne zu erreichen, ist nun von innen her gefährdet. Drittens werden Demokratie, Liberalismus und Menschenrechte angegriffen. Dies reicht weit über die europäischen Grenzen hinaus. Unter anderem Putin, Erdoğan, Sisi, Assad und der spektakuläre Erfolg des Autoritarismus in China untergraben weltweit die weitere Verbreitung dieser Werte. Nun, da sich noch der amerikanische Präsident, die Polen, die Ungarn und andere westliche und EU-Regierungen dazugesellen, zusammen mit beträchtlichen Teilen ihrer Bevölkerung, sind humane Wege, menschliche Gesellschaften zu organisieren, in der Defensive.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Europa und die Vereinigten Staaten heute

einen kulturellen Bürgerkrieg erleben. Dieser Krieg wird nicht gewaltsam und nicht mit Waffen geführt, aber in den Köpfen der Menschen, an der Basis der Gesellschaft, im Internet, im Radio und im Fernsehen und in den Printmedien. Großen Medien wird eine „Konspiration gegen die Menschen“ vorgeworfen oder auch „Verrat“; man nennt sie „Lügenpresse“ oder „Fake News“, wenn sie nicht mit den kulturellen Auführern übereinstimmen oder mit Trump, Orban, Putin oder Erdoğan.

Dieser Krieg wird nicht um ein Territorium geführt, sondern um die kulturelle Hegemonie. Es geht darum, zu definieren, wer wir sind, in welcher Art von Gesellschaften wir leben und wen wir als unsere Feinde sehen. In Deutschland sind Mainstream-Politiker wiederholt „Volksverräter“ genannt worden, ein Begriff, der wohl bekannt ist aus der Nazi-Diktatur, als er legalisierten Massenmord rechtfertigte.

Wir befinden uns mitten in einem kulturellen Bürgerkrieg, ob uns diese Vorstellung gefällt oder nicht. An einigen Orten haben die aufrührerischen Barbaren bereits die Festung erobert, während andere Horden immer

„Wir brauchen heute nicht noch mehr Selbstmitleid, was ja so sehr in Mode ist, und auch kein arrogantes Ignorieren dieses fortlaufenden Konflikts. Wir brauchen eine Kriegsstrategie, die anerkennt, dass der Kampf lang andauern wird und Blut, Schweiß und Tränen fordert. Was in kultureller Hinsicht bedeutet, dass es viele Anstrengungen braucht, viel Geduld und viel Einsatzbereitschaft.“

noch geräuschvoll draußen vor dem Tor und der Stadtmauer stehen. Beschwichtigungspolitik wird nicht funktionieren. Ein Arrangement damit wäre, kulturell gesehen, selbstmörderisch.

Europäische und andere westliche Intellektuelle haben sich zu einem hohen Grad gezähmt und beschränken sich darauf, die Hohlköpfigkeit der kulturellen Auführer lahm zu beklagen. Das stimmt schon. Doch ein „Schwachkopf“ zu sein (laut US-Außenminister Tillerson) hat Donald Trump nicht vom Weißen Haus abgehalten. Demagogische Dummköpfe zu sein, hat diese Leute nicht aus der österreichischen Regierung oder aus dem deutschen Parlament herausgehalten. Wir brauchen heute nicht noch mehr Selbstmitleid, was ja so sehr in Mode ist, und auch kein arrogantes Ignorieren dieses fortlaufenden Konflikts. Wir brauchen eine Kriegsstrategie, die anerkennt, dass der Kampf lang andauern wird und Blut, Schweiß und Tränen fordert. Was in kultureller Hinsicht bedeutet, dass es viele Anstrengungen braucht, viel Geduld und viel Einsatzbereitschaft.

Um diesen Krieg zu gewinnen, sind zwei Dinge absolut notwendig: Erstens müssen wir uns mit den Gründen für den Niedergang der politischen Kultur in Europa und in den USA beschäftigen. Zweitens müssen wir kulturell in die Offensive gehen und den Hügel der kulturellen Hegemonie neu erobern. Der zweite Aspekt wird nicht möglich sein ohne den ersten.

Der kulturelle Aufruhr geschah nicht zufällig; er hat Gründe, die wir ernst nehmen sollten. Diese sind oft verbunden mit einer wachsenden Ablehnung dessen, was als distanzierte „Eliten“ betrachtet wird. Das Trump-Phänomen, der Brexit, der Aufstieg rechter Populisten in Deutschland und an anderen Orten sind ein Ausfluss dieser Rebellion gegen „die Eliten“, die als egoistisch, arrogant und herablassend wahrgenommen werden.

## Globale Herausforderungen

Das Problem ist, dass diese Kritik nicht ganz unberechtigt ist.

Das Problem bei der Reaktion darauf besteht darin, dass die Kritik in vielerlei Hinsicht auf sehr grobe Art geäußert wird und mit überraschenden Sündenböcken verbunden ist (Flüchtlinge und Muslime anzugreifen wird oftmals damit gerechtfertigt, dass man behauptet, die „Eliten“ handelten für „sie“ und nicht für „uns“). Doch die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten sind heute ihren eigenen Gesellschaften ferner als vor 30 oder 50 Jahren. Zudem werden unsere Gesellschaften oft auf sehr undurchsichtige, anonyme und bürokratische Art reguliert, was frustrierend und unverständlich erscheinen kann. Vor Jahren bemerkte selbst der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt öffentlich, er könne nicht einmal seine Betriebskostenabrechnungen verstehen, was viel leichter sein sollte, als die Mechanismen unserer Gesellschaft und Politik zu verstehen. Davon abgesehen, scheinen unsere Eliten, insoweit man sie identifizieren kann, sowohl die Fähigkeit als auch das Interesse daran verloren zu haben, ihre betreffenden Länder tatsächlich zu regieren.

### *In die Rinne*

Globalisierung (unterstützt von diesen Eliten) hat nach mehr als zwei Generationen die Fähigkeit des Staats, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Wohlergehen der Gesellschaft zu verbessern, dramatisch reduziert. Die Macht wird zu einem großen Anteil nicht mehr durch nationale Regierungen (oder die EU) kontrolliert, sondern hat sich auf anonyme globale Märkte verlagert. Warum also sollten die Menschen eine Regierung wählen, wenn diese überhaupt nicht in der Lage ist, soziale Missstände zu beseitigen? Kein Wunder,

dass die Wahlbeteiligung im Laufe der Zeit zurückgegangen ist. Unsere Regierenden scheinen es nun akzeptiert zu haben, dass sie Verwalter sind statt politischer Anführer.

Sich durchzuwursteln ist an die Stelle einer selbstbewussten Gestaltung einer besseren Zukunft getreten. The New Deal, Sozialdemokratie, der Sozialstaat, Sozialismus, sogar die „Freie Marktwirtschaft“ sind tot oder liegen im Sterben und nichts hat ihren Platz eingenommen. Es gibt kein überzeugendes Narrativ, wie man unsere Zukunft politisch gestalten könnte und keine Vision. Niemand kann uns sagen, wohin wir gehen wollen.

Die Eliten sind selbstbezogen und spielen Spiele, aber sie erledigen nicht ihren eigentlichen Job, zu regieren. Warum sollte ihnen irgendjemand vertrauen? Die Rebellion gegen „Eliten“ mag also vielleicht grob sein, oftmals dumm, reaktionär und sie mag viele kulturelle Werte bedrohen, die seit der Aufklärung und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, errungen worden sind. Trotzdem ist es nicht schwer zu verstehen. Unter all dem rassistischen Dreck und der autoritären Nostalgie liegt ein Aspekt begraben, den man anerkennen – und mit dem man sich beschäftigen muss – will man den kulturellen Bürgerkrieg ernsthaft führen. Die meisten westlichen Eliten sind politisch bankrott und erkennen dies nicht einmal, weil es ihnen selbst gut geht.

Damit verbunden ist ein anderer zentraler Aspekt: Westliche Intellektuelle haben sich als so steril erwiesen wie die politischen und wirtschaftlichen Eliten. Akademische Intellektuelle haben sich zu einem hohen Grad in Bürokraten verwandelt, die gründliches und kritisches Denken der selbstbezogenen und modernen Langeweile opfern. Wir wursteln uns auch einfach nur durch. Weder radikale noch kritische Analyse noch visionäres Denken sind im Zentrum unserer Arbeit, sondern die Produktion von am Mainstream orientierten,

akzeptablen Beiträgen, die entweder den Status quo verteidigen oder sich mit kleinen Anpassungen zufriedengeben. Das ist nicht gut genug. Europäische Gesellschaften befinden sich in der Krise und fangen an, zu stagnieren und zu verrotten. Nicht nur, weil Europa und der Westen in globaler Hinsicht zurückfallen, sondern auch, weil die Wirtschaft, Bildung und die Regierungssysteme langsam erodieren. Die Aufgabe der Intellektuellen wäre es, die Gründe für diesen Niedergang schonungslos und selbstkritisch zu analysieren und dann kreative und mutige Ideen für eine große Reform zu entwickeln. Wir brauchen dafür eine Vision und nur Intellektuelle können sie entwerfen. Wir als Intellektuelle scheitern nicht nur, wir versuchen nicht einmal etwas. Das Ergebnis ist Orientierungsmangel, eine allgemeine Verwirrung und ein intellektuelles Vakuum, was das Feld weit offen lässt für Demagogie und rechten Populismus.

Der Kampf gegen die Selbstverrohung des Westens hat begonnen. Es ist ein Kampf für die westliche Seele und Identität. Um darin erfolgreich zu sein, muss die EU die Gründe verstehen und die Tatsache anerkennen, dass der kulturelle Aufruhr das Ergebnis einer Krise der politischen und zu einem gewissen Grad auch der wirtschaftlichen Systeme ist. Sie ist eine selbst zugefügte Wunde. Heute ist es extrem dringend, diesem Verfall Herr zu werden und eine funktionierende Strategie zu entwickeln, um eine bessere Zukunft für die betroffenen Gesellschaften zu schaffen, nicht nur für die obersten zehn Prozent. Um dies zu erreichen, haben Intellektuelle die Pflicht, eine Vision zu entwerfen und zu verbreiten, die gleichzeitig sinnvoll und praktikabel ist. Mit diesen beiden Maßnahmen kann die Demagogie und die ideologische Idiotie, der wir heute ausgesetzt sind, zurück in die Rinne getreten werden. Wenn Europa daran scheitert, wird es den Kampf verlieren. Nicht heute, nicht morgen,

aber schrittweise, im Laufe der nächsten oder der nächsten beiden Generationen. Wir dürfen nicht zulassen, dass dies geschieht.

**Jochen Hippler** ist Politikwissenschaftler und Friedensforscher am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität von Duisburg-Essen. Ein zentraler Schwerpunkt seiner Arbeit ist der Zusammenhang zwischen politischer Gewalt, Governance und politischen Identitäten und militärischen Interventionen durch westliche Länder. Der regionale Fokus seiner Forschung liegt auf dem Nahen Osten, Afghanistan und Pakistan.

**Fatemeh Kamali Chirani** ist eine iranische Doktorandin an der Universität Augsburg. Sie lebt in Duisburg. Das Thema ihrer Dissertation lautet „Interkultureller Dialog zwischen muslimischen und westlichen Ländern – Eine Analyse der kulturellen Außenpolitik von Iran und Deutschland von 1998 bis 2013“.



**Verantwortung statt Fantasiewelt** Wie können wir die hasserfüllte Spaltung der Gesellschaft in Kosmopoliten und Globalisierungsgegner überwinden? Eine vereinte europäische Kultur, geschweige denn eine Weltkultur, liege außerhalb der Möglichkeiten, so der Autor. Den einzigen Weg aus der Krise weise die lokale Kultur. Das von ihr ausgehende politische Engagement biete die Basis für eine glaubwürdige repräsentative Demokratie. *Von Bernd Reiter*



Zumindest in den Augen des Autors scheint sich im Laufe der letzten Jahrzehnte eine weltweite Spaltung aufgetan zu haben: eine Spaltung zwischen Menschen, die sich als progressiv und modern verstehen – und jenen, die sich gegen den Wandel wehren oder zumindest gegen dessen Geschwindigkeit, die sie als zu hoch empfinden.

Vordergründig handelt es sich dabei um eine politische Spaltung, die wir jedes Mal beobachten können, wenn es neue Wahlen gibt, egal an welchem Ort.

In den Vereinigten Staaten war ein schwarzer Präsident, der die schwule Ehe legalisierte und eine umfassende Gesundheitsreform für alle anordnete, einigen Menschen zu viel auf einmal. Sie protestieren gegen das, was sie als „spezielle“ Rechte für Minderheiten ansehen,

und ihnen ist die Debatte über Transgender-Menschen, die selbst entscheiden, auf welche Toilette sie gehen wollen, ein Gräu­el.

In Europa hat jeder EU-Mitgliedsstaat und diejenigen, die als Nächstes beitreten, ähnliche Gegenbewegungen. Dort mobilisieren und organisieren sich die Menschen gegen die EU, gegen Einwanderung und gegen Asylbewerber. In Großbritannien hat dieser Protest zum Brexit geführt – ungeachtet der abzuschenden wirtschaftlichen Folgen.

Die Tatsache, dass es vor allem alte Menschen waren, die für den Brexit stimmten, verweist auf den Konservatismus und den rückwärtsgewandten Charakter dieser Bewegungen.

Jenseits von Europa haben wir beobachtet, dass Menschen in Ländern wie Iran, Türkei, Tunesien, Ägypten, Syrien und Libyen für gleiche Rechte, Demokratie und modernes Leben auf die Straße gingen – auch wenn viele Proteste schnell von jenen unterdrückt wurden, die den Wandel ablehnen, weil sie durch ihn etwas zu verlieren haben. Es mag irritieren, aber aus dieser Perspektive betrachtet ist der Unterschied zwischen dem IS, rechten Aktivisten gegen Einwanderung und Erdogans Partei AK lediglich einer der Quantität und der jeweiligen Mittel – kein qualitativer – da sich alle gegen Veränderungen wehren.

Die meisten Menschen in den meisten Ländern geraten entlang einer Trennlinie

aneinander, die vor allem kultureller Natur ist, indem nämlich die einen moderne Lebensweisen begrüßen, während andere sie fürchten; manche sehen Veränderungen gelassen entgegen, andere dagegen versuchen sie zu vermeiden. Die Trennlinie scheint so tief zu sein, dass das eine Lager nicht bereit oder nicht in der Lage ist, dem anderen zuzuhören, geschweige denn, dessen Positionen und Meinungen in Betracht zu ziehen. Wir müssen nur auf die Vereinigten Staaten schauen, wo Demokraten meist von der Trump-Regierung angewidert sind, während die Unterstützer Trumps die Demokraten und Liberalen mit Verachtung und Abscheu betrachten. Der Grad des Misstrauens und des Hasses übersteigt bei Weitem die politischen Meinungsverschiedenheiten, die, trotz allem, mit einem Minimum an Toleranz und Kompromissbereitschaft gelöst werden könnten.

Stattdessen aber erleben wir in den USA, aber auch in Deutschland, in Österreich, in den Niederlanden, in Frankreich, Polen, Ungarn, Großbritannien, in der Türkei, im Iran und überall sonst eine tiefe kulturelle Spaltung jenseits der Möglichkeiten des politischen Pragmatismus. Auf beiden Seiten existieren Stereotype im Überfluss. Für selbsterklärte „Progressive“ in den Vereinigten Staaten besteht das Trump-Lager aus den „Kläglichen“ (Hillary Clinton), das heißt: dummen und hasserfüllen Chauvinisten. Für jene, die in den USA Donald Trump unterstützen, in

„In den Vereinigten Staaten war ein schwarzer Präsident, der die schwule Ehe legalisierte und eine umfassende Gesundheitsreform für alle anordnete, einigen Menschen zu viel auf einmal.“

Frankreich Marine Le Pen, in Deutschland Frauke Petry, in Österreich Heinz-Christian Strache, in Ungarn Viktor Orban und so viele andere, sind wiederum die „Progressiven“ arrogante Feiglinge, Schurken und Verräter. Das gegenseitige Misstrauen und der Mangel an Verständnis ist so groß, dass dies nur zu verstehen ist, wenn man es durch eine kulturelle Brille betrachtet. Das heißt: als Trennung zwischen grundsätzlich sehr unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Welt und des Lebens. Ein weiterer Beleg für die Kultur als Grund dieser Trennung ist die Tatsache, dass beide Seiten schon seit Langem kein kohärentes politisches Programm mehr verfolgen. Vieles von dem, mit dem die „Linke“ argumentiert, stammt eigentlich traditionell aus der rechten Ecke (nehmen wir zum Beispiel die Anti-Globalisierungs-Haltung).

### *Kulturell durchdrungener Lebensstil*

Analog dazu hat die „Rechte“ nicht kohärente und sogar widersprüchliche ideologische und politische Positionen übernommen, indem sie für starke Staaten streitet, wenn es um Militär und Fragen der Reproduktion geht, während sie in den meisten wirtschaftlichen Angelegenheiten für schwache Staaten plädiert. Für die meisten Menschen links und rechts ist Politik zu einem kulturell durchdrungenen Lebensstil verkommen. Als solche scheint sie bestimmt zu sein von der Art, sich zu kleiden, zu konsumieren und überhaupt zu sein. Insider stellen ihre Zugehörigkeit zu unterschiedlichen, kulturell definierten Communitys zur Schau und signalisieren: „Ich möchte nicht mit dir sprechen oder dir zuhören.“

Wenngleich sich dieser Konflikt auf der politischen Bühne nahezu aller Länder unserer heutigen Welt zeigt, möchte ich in die-

## Globale Herausforderungen

sem Essay die These aufstellen, dass dieser Spaltung tatsächlich die Kultur zugrunde liegt, nicht die Politik.

Die meisten Kulturanthropologen definieren Kultur als ein symbolisches System, das Menschen nutzen, um der Welt, in der sie leben, einen Sinn zu verleihen. Im Wesentlichen ist Kultur also ein etablierter und weithin akzeptierter Weg, Sinn zu finden und zu generieren. Eine Veränderung bedroht also die Fähigkeit, unsere Welt zu verstehen. Eine Lösung für dieses Problem, dass mit einer Veränderung möglicherweise auch Sinn verloren geht, ist die Religion. Denn die Religion kann Sinn absorbieren und ihn von der materiellen Welt umleiten hin zu einer göttlichen, ewigen und sich niemals verändernden symbolischen Welt, in der Rettung und somit auch Orientierung auf einem klar vorgeschriebenen Weg möglich wird. Als Lösung wird auch der ethnische Nationalismus gesehen, der im Kern verspricht, unter jenen bleiben zu können, die man im Wesentlichen als seinesgleichen betrachtet, und somit dem Sog von Veränderung und Modernität besser standzuhalten. Dass der ethnische Nationalismus heutzutage von so vielen begrüßt wird, weist auf die zentrale Bedrohung hin, die Modernisierung und Wandel mit sich bringen: das Anderssein. Viele Menschen fühlen sich scheinbar durch die Gegenwart unbekannter Anderer bedroht – von Menschen, die sie nicht kennen und als grundlegend anders und deshalb als „unverständlich“ wahrnehmen.

Kultur ist ein Gemeinschaftsprojekt, denn eine Person alleine kann keine Kultur schaffen oder aufrechterhalten. Kultur braucht Gemeinschaft. Kultur erfordert auch ein Minimum an Menschen, die an ihr teilnehmen, scheint aber auch eine Obergrenze zu haben, die wahrscheinlich bedingt ist durch unsere sehr menschlichen kognitiven Begrenzungen bei der Verarbeitung von Kom-

plexität. Eine „Weltkultur“ oder auch nur eine „europäische Kultur“ liegt womöglich für immer außerhalb unserer Möglichkeiten. Und wir sind womöglich nie dazu in der Lage, uns voll und ganz mit Menschen und Gruppen zu identifizieren und Solidarität für jene zu empfinden, deren Sprache wir nicht verstehen und deren Art, der Welt und Umwelt Sinn zu verleihen, sich von der unseren unterscheidet.

Zunächst einmal ist es auch alles andere als offensichtlich, dass eine „europäische Kultur“ eine gute Sache ist, denn das wirft die Frage auf: „Welche Kultur wird es sein?“ Aus gutem Grund ist zu befürchten, dass eine so umfassende europäische Kultur eine leicht veränderte deutsche oder französische Kultur wäre. Und dies würde zu einer Situation führen, die jener ähnelt, welche die Nazis herbeiführen wollten, die sich vorgenommen hatten, die Welt mit der deutschen Kultur zu heilen (Am deutschen Wesen soll die Welt genesen). Eine vereinte europäische Kultur, geschweige denn Welt kann und sollte nicht die Lösung sein für den fortwährenden und unter Umständen sinnzerstörenden Prozess des Wandels und der Modernität.

Was also dann? Dieser Autor nimmt die bescheidene Haltung ein: Der einzige Weg, die Fähigkeit zu erwerben und zu erneuern, Sinn in einer sich wandelnden Welt zu finden, liegt in der lokalen Kultur, die fest verankert ist in lokalen Gemeinschaften. Hier liegt aber auch das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben und der ursächliche Grund der von mir zuvor beschriebenen kulturellen Spaltung: In den vergangenen 200 Jahren kam es zu einer enormen und sich immer mehr beschleunigenden Zerstörung lokaler Gemeinschaften, zumeist für den Profit, was eigentlich heißt: für den Profit weniger zum Nachteil vieler. Sei es unter direkter kolonialer Herrschaft, wie während der ersten Hälfte dieser kurzen 200 Jahre oder auch während der späteren Phasen

der postkolonialen westlichen und nördlichen Dominanz (im Falle der früheren Kolonien) oder auch während des späten Kapitalismus (unter den früheren Kolonialisten). Kapitalistische „Entwicklung“ bedeutete fast überall und mit sehr wenigen Ausnahmen die Zerstörung lokaler Gemeinschaften und damit ihrer Fähigkeit, einen sinnvollen kulturellen Rahmen zu bieten, in dem die Menschen vor Ort Orientierung finden.

### *Der Verlust persönlicher Interaktionen*

Um es deutlich auszusprechen: In dem Ausmaß, in dem wir individualisierte Konsumenten von Massenkultur werden und keine persönlichen Interaktionen mit unseren Nachbarn und Freunden mehr haben, verlieren wir diese Bindungen, die unserem Leben Bedeutung, Sinn und eine Richtung geben. Da wir unserer Natur nach soziale Lebewesen sind, wissen wir aus Erfahrung nur zu gut, was als Nächstes passiert: Wir versuchen den Verlust echter Verbindung, Freundschaft und Bindungen mit sekundären und künstlich geschaffenen zu ersetzen: Kirchen, Moscheen und Synagogen nehmen diesen Platz ein, wie

„Veränderung bedroht also die Fähigkeit, unsere Welt zu verstehen. Eine Lösung für dieses Problem, dass mit einer Veränderung möglicherweise auch Sinn verloren geht, ist die Religion. Denn die Religion kann Sinn absorbieren und ihn von der materiellen Welt umleiten hin zu einer göttlichen, ewigen und sich niemals verändernden symbolischen Welt.“

auch Yoga, übermäßiger Konsum, Reisen zu immer exotischeren Orten und andere Institutionen, die scheinbar Sinn und Bedeutung bieten, wenn diese einmal verloren gegangen sind. Doch entweder können alle diese Bemühungen keinen Sinn, keine Orientierung und Bedeutung geben (wie Yoga, Konsumismus oder Reisen) oder sie haben schwerwiegende und möglicherweise unerwünschte Nebenwirkungen (wie die Religion, die leicht von der Bemühung, sich um andere zu kümmern, umschlagen kann in den Eifer, die Nichtgläubigen zu hassen und zu fürchten).

Die lokale Gemeinschaft jedoch ist der geeignete Ort, um Bedeutung, Sinn und Orientierung zu finden durch Freundschaft, Liebe, Sorge, Selbstverpflichtung und geteilte Verantwortung. Wenn wir aktive Mitglieder einer lokalen Gemeinschaft werden, müssen wir Sinn und Bedeutung nicht woanders suchen. Die griechisch-amerikanisch-türkische Kulturanthropologin Dorothy Lee (1905-1975) hat eine meiner Lieblingserklärungen dafür gegeben, wie Kultur, lokale Gemeinschaft und Freiheit zusammenhängen: „In Verbindung mit der höchsten persönlichen Autonomie finden wir tatsächlich oftmals eine besonders kompliziert entwickelte Struktur; und es ist diese Struktur, die Autonomie in einer Gruppensituation möglich macht.“ (siehe ihr Buch „Freedom and Culture“. Long Grove: Waveland Press 1987).

Lee fand bei ihren Forschungen unter verschiedenen einheimischen Gesellschaften in Amerika und im Pazifikraum heraus, dass die starke Verankerung einer lokalen Kultur, in der angelsächsischen Tradition oftmals als „stammeszugehörig“ bezeichnet, nicht nur einen festen Rahmen bietet, um zu verstehen, wo der eigene Platz in der Welt ist; sie schafft auch die Bedingungen, um als Mensch frei und autonom zu sein. Die Vorstellung, lokale Kultur müsse restriktiv und begrenzend sein,

## Globale Herausforderungen

stimmt nur dann, wenn die gesuchte Freiheit egoistischer Natur ist. Solange sich die persönliche Freiheit weitgehend mit der Freiheit der anderen in derselben Gemeinschaft deckt, garantiert die lokale Gemeinschaft persönliche Freiheit und setzt sie durch – neben der Freiheit der gesamten Gemeinschaft.

Der Schlüssel dafür, persönliche Freiheit und Autonomie in einer starken und sinnhaften lokalen Gemeinschaft zu finden, gründet sich, so weit ich das verstehe, auf der Verantwortung und Pflicht gegenüber dieser Gemeinschaft. Nur wenn sich Menschen in ihre Communitys aktiv einbringen, kann es einen lebendigen Prozess geben, Veränderungen gemeinsam anzugehen und so auf diese zu reagieren, dass es für die gesamte Gemeinschaft wie auch für ihre einzelnen Mitglieder sinnvoll ist.

Stattdessen aber haben uns 200 Jahre kapitalistischer Entwicklung eine massive Individualisierung gebracht; die Zerstörung lokaler Gemeinschaften, die Verwässerung von Verantwortung und bürgerlichen Pflichten; und eine Welt völlig unverbundener Individuen, die sich verloren fühlen.

Während das Problem der aktuellen Polarisierung der Welt ursächlich kultureller Natur zu sein scheint, ist der Weg, eine solch tiefe Spaltung und gegenseitiges Misstrauen zu überwinden, ein politischer. Denn Kultur, obschon beständig und manchmal widerständig, kann sich auch in dem Sinne verändern und formen, dass sie sich an neue Umstände und Herausforderungen anpasst. Eine Kultur des gegenseitigen Verstehens und der Zusammenarbeit hat Grenzen – kognitive wie logistische – aber sie kann überleben und gedeihen, wenn die Menschen in ihren lokalen Gemeinschaften zu aktiven Bürgern werden, die Verantwortung übernehmen und Aufgaben erfüllen. Genau dies jedoch untergraben unsere aktuell vorherrschenden Systeme libe-

raler, kapitalistischer, repräsentativer Demokratien. Anstatt Verantwortung zu übernehmen und uns selbst zu organisieren, delegieren wir unsere Rollen als Bürger an gewählte Beamte, die für uns handeln, vorgeblich an unserer Stelle. Je mehr sie tun, desto weniger haben wir die Chance, mit anderen Mitgliedern der Gemeinschaft zu interagieren und desto isolierter werden wir. Statt mit jenen zu lernen, mit denen wir gemeinsame Ziele erreichen können, verlassen wir uns am Ende auf Stereotypen und Ängste vor verschiedenen „anderen“, denen wir nicht trauen können. Wir leben letzten Endes in einer Fantasiewelt, genährt von Ängsten und Isolation, gedüngt durch einen Mangel an gemeinsamen Aktionen – insbesondere wenn es um die Dinge geht, die uns allen am meisten am Herzen liegen sollten: wie wir leben und was wir in unseren lokalen Gemeinschaften tun.

Tatsächlich ist es nur in der Theorie möglich, zu glauben, jemand könne nur dann ein Freund sein, wenn er oder sie die gleiche Hautfarbe, Nationalität, Religion oder politische Orientierung hat. Denn sobald wir wirklich mit anderen zusammenarbeiten, merken wir schnell, dass Hautfarbe, Nationalität, Religion – selbst eine gemeinsame Sprache – keine Garantien dafür sind, gut miteinander auszukommen.

Erst in der Praxis der gemeinsamen Arbeit können wir herausfinden, dass ein Mensch, der anders aussieht, trotzdem ein Gefährte sein kann und sich tatsächlich am Ende gar nicht so sehr von uns unterscheidet; dass jemand mit einer anderen Religion trotzdem den gleichen moralischen Prinzipien folgt; dass man jemandem mit einer anderen sexuellen Orientierung trotzdem trauen kann und dieser ein guter und verlässlicher Freund werden kann.

Die einzige Lösung für die Probleme des wachsenden gegenseitigen Misstruens,

Missverständnisses, von Trennung und Terror liegt in der Zusammenarbeit, wo Zusammenarbeit in lokalen Gemeinschaften am besten umgesetzt werden kann – selbst, wenn dies nicht der einzige Ort und Raum dafür ist. Sie kann nicht unter ausbeuterischen Bedingungen gedeihen, weshalb es auch keine echte Zusammenarbeit mit jenen geben kann, die wir ausbeuten und ausnutzen.

Kolonialismus und postkolonialer Paternalismus haben also genau die Bedingungen echter Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Communitys des Kolonisators untergraben. Kapitalistische Ausbeutung hat das Gleiche unter den Kolonisatoren gemacht, sie getrennt in diejenigen, die etwas haben und die anderen, die nichts haben.

Die repräsentative Demokratie, das System, welches Kolonialismus und westliche Hegemonie hervorgebracht hat und versucht, es auf der ganzen Welt zu verbreiten und zu propagieren, hat selbst überall die Möglichkeit echter aktiver Teilhabe an einer Gemeinschaft untergraben sowie auch die politische Teilhabe. Und sie hat aus aktiven Bürgern, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und ihre Zukunft gestalten, passive Konsumenten von Politik gemacht. Und so konsumieren wir Politik zusammen mit anderen Dingen, die wir nicht brauchen, die uns krank machen und die Möglichkeit nehmen, unsere Bestimmung als politische Wesen zu erfüllen, die in der Lage und willens sind, ihrem Leben eine Richtung zu geben.

Die kulturelle Spaltung kann nur überwunden werden, wenn wir uns in gegenseitiger Verantwortlichkeit und im Engagement üben und zusammenarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Der beste Ort dafür, wenn auch nicht der einzige, ist die dynamische, offene, lokale Gemeinschaft. Kapitalismus, Kolonialismus und die Ausbeutung, die sie beide kennzeichnet, haben die

Zusammenarbeit untergraben. Politische Repräsentation, ein System, in dem Politik zu einer Sache wird, die sich Menschen anschauen und konsumieren, hat die gegenseitigen Verantwortlichkeiten und Pflichten unterhöhlt und Bürgern die Essenz dessen genommen, was es eigentlich heißt, ein Bürger zu sein. Die gute Nachricht lautet: Die Lösung liegt in Kooperation, gegenseitiger Zusammenarbeit und politischer Teilhabe. Um dies zu erreichen, brauchen wir weniger Berufspolitiker und mehr Möglichkeiten für direktes Engagement und Beteiligung der Bürger.

**Bernd Reiter** ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der University of South Florida. Bevor er in die Wissenschaft ging, arbeitete er als Sozialarbeiter und NGO-Berater in Brasilien und Kolumbien. Er machte seinen Doktor in Politikwissenschaft am Graduiertenzentrum der City University von New York und war bereits als Gastwissenschaftler in Deutschland, Kolumbien und Spanien. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Demokratie und Bürgerschaft. Zu seinen Veröffentlichungen zählen „The Dialectics of Citizenship“ (2013), „Bridging Scholarship and Activism“ (2014), „The Crisis of Liberal Democracy and the Path Ahead“ (2017), und „Constructing the Pluriverse“ (2018). Siehe auch: <https://www.youtube.com/watch?v=4Uv-RQKs-hs>. Zum gleichen Thema: <http://www.rowmaninternational.com/blog/the-crisis-of-liberal-democracy/>

Neue Pole in unsicheren Zeiten? Die Wahl von Trump, Putins Intervention auf der Krim, Erdogans Extremismus: Die Bedingungen für Europas Außenbeziehungen haben sich verändert. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Werden Europa und China engere Beziehungen pflegen? Voraussetzung sei allerdings, so die Autorin, ein koordinierteres Auftreten der Europäer – trotz Krise der Eurozone, trotz Flüchtlingskrise, trotz Brexit. *Von Xin Xin*



Es gibt eine Reihe komplizierter geopolitischer Unsicherheiten, die in der Zukunft die Beziehungen zwischen China und Europa behindern könnten und zwar auf unvorhersehbare Weise. Trotzdem hört man in öffentlichen und akademischen Debatten zur Zukunft der chinesisch-europäischen Beziehungen einen (vorsichtig) optimistischen Ton. Dies gilt besonders in China. Beispielsweise veröffentlichte Professor Wang Yiwei, ein Experte für internationale Beziehungen an der Renmin Universität in China am 31. Mai 2017 einen Kommentar auf Seite eins der „People’s Daily Overseas Edition“, einen Tag vor dem offiziellen Besuch von Chinas Premier Li Keqiang in Europa, der ein rosiges Bild der künftigen Beziehungen zwischen China und Europa zeichnete.

Er schrieb darüber, dass der globale Ein-

fluss dieser Beziehungen in Zukunft stärker sein wird, da sowohl das „globale China“ als auch das „globale Europa“ zu wichtigen Polen im 21. Jahrhundert werden. Diesen Optimismus kann man teilweise als Nebenprodukt sehen von Chinas wachsender Selbstsicherheit in den auswärtigen Beziehungen im Allgemeinen und mit Europa im Besonderen. Zudem haben China und Europa die gleiche Schlussfolgerung gezogen: Sie brauchen mehr als je zuvor ein kooperatives und partnerschaftliches Verhältnis miteinander, um im Zeitalter von Trump mit den verschiedenen Unsicherheiten auf globaler Ebene umzugehen.

Sie haben auch das gemeinsame langfristige Ziel, eine wahrhaft multipolare Weltordnung herzustellen. Aus chinesischer Sicht hält man die Beziehung mit Europa für weniger schwierig als die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Nachbarn Japan. Denn weder eine intensive geopolitische Rivalität (wie etwa zwischen China und den USA) noch die Last der Geschichte (die der Beziehung mit Japan schadet) sind Hindernisse in den aktuellen oder zukünftigen Beziehungen zwischen China und Europa. Diese sind relativ frei von Ballast und so kann man besser nach vorne schauen.

Aus Sicht Chinas ist dies nun tatsächlich die richtige Zeit, um die „strategische Partnerschaft“ mit der Europäischen Union zu stärken.

Dafür sprechen mindestens zwei triftige Gründe. Zum einen hat Präsident Xi Jinping gerade seine zweite Amtszeit, also weitere fünf Jahre (2017-2022) angetreten. Zum anderen wurde unter seiner Führung 2013 Chinas ehrgeizige „Belt and Road Initiative“ (BRI) gestartet und ist nun voll im Gang – in Eurasien und in den Nachbargebieten.

Die „strategische Partnerschaft“ zwischen China und der EU begann offiziell im Jahr 2003. Seitdem hat es in den Beziehungen zwischen China und der EU Höhen und Tiefen gegeben. Es kam zu Auseinandersetzungen, die man in einer Partnerschaft zwischen der größten Gruppe entwickelter liberal-demokratischer Länder und dem größten sich entwickelnden autoritären Land als unvermeidlich betrachten könnte. Diese Auseinandersetzungen haben teilweise mit dem Handel zu tun und teilweise mit verschiedenen Auslegungen grundlegender Menschenrechte und zentraler politischer Werte. Einige dieser Auseinandersetzungen, vor allem jene, die sich auf den Handel bezogen, sind beigelegt worden; andere, vor allem jene, die politische Werte und Ideologien betreffen, werden wahrscheinlich in absehbarer Zukunft nicht beendet werden. In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage: Wohin entwickeln sich die Beziehungen zwischen China und Europa in den nächsten fünf Jahren?

„China und Europa haben die gleiche Schlussfolgerung gezogen: Sie brauchen mehr als je zuvor ein kooperatives und partnerschaftliches Verhältnis miteinander, um im Zeitalter von Trump mit den verschiedenen Unsicherheiten auf globaler Ebene umzugehen.“

Seit 2014 haben chinesische politische Akteure und Wissenschaftler offen dazu aufgerufen, die mehrdimensionale Beziehung zwischen den beiden zentralen Zivilisationen, die China und Europa darstellen, zu stärken.

Laut einer neuen, von Martin Jacques, einem Chinaexperten in Großbritannien, inspirierten Sichtweise einiger chinesischer Wissenschaftler hat es China verdient, als „zivilisierter Staat“ behandelt zu werden, dem es wie auch Europa gelungen ist, mit einer fortlaufenden/ununterbrochenen Zivilisation zu überleben.

Um die chinesische Zivilisation neu zu beleben, hat China in den letzten Jahren der relativ unterentwickelten kulturellen Dimension der Beziehungen zwischen China und der EU, die den langfristigen außenpolitischen Prioritäten des Lands dient, mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Darüber hinaus ist China unter der Führung von Xi nicht mehr schüchtern, wenn es darum geht, die eigenen Ambitionen hinter den neuen Zielen zu offenbaren, mit Betonung auf einer weit gefassten Kultur.

Obwohl sich das Konzept der „Kultur“ bekanntermaßen schwer definieren lässt, im Gegensatz zu dem der „Ideologie“, mit der sie verwandt ist, hat sie keinen negativen Beigeschmack, insbesondere in den liberalen demokratischen Ländern. Trotz des rhetorischen Gebrauchs der Kultur in öffentlichen Diskursen und Mediendebatten zeigt Chinas neuer Hang dazu, den kulturellen Austausch mit der Außenwelt zu stärken, insbesondere mit europäischen Ländern, dass die sich entfaltende chinesische Gesellschaft bereit ist zu interkulturellen Dialogen mit „verschiedenen Anderen“ statt sich selbst zu isolieren oder einen neuen ideologischen Krieg zu starten.

Dieser Wandel ist zweifellos eine positive Geste der zweitgrößten Wirtschaft der Welt gegenüber den anderen und speziell gegenüber Europa. Derweil passt Chinas Be-

## Globale Herausforderungen

mühung, die kulturellen Beziehungen mit europäischen Ländern zu stärken, gut zum langjährigen Plan der EU, Multipolarität und Multikulturalismus, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas zu fördern. In dieser Hinsicht ist dies auch der richtige Moment für EU-Mitgliedstaaten, ihre Beziehungen mit China gemeinsam neu zu betrachten, inklusive ihrer kulturellen Beziehungen. Sowohl China als auch Europa haben sich im letzten Jahrzehnt entscheidend verändert und ihr Einfluss auf den Umgang mit zentralen globalen und regionalen Themen wie Klimawandel und globaler wirtschaftlicher Integration hat sich vergrößert. Somit signalisiert, vereinfacht gesagt, die Betonung der Kultur in Chinas auswärtigen Beziehungen die Bereitschaft des Landes, ungeachtet seiner wachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht, eine langfristige gutwillige Entwicklung fortzuführen. Obendrein ist dies eine bezeichnende Entwicklung für ein Land, das noch vor nicht allzu langer Zeit zuließ, dass die Ziele für die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts jede andere Initiative, die keine unmittelbaren wirtschaftlichen Erträge einbrachte, überschattete.

Trotzdem schmälert die stärkere Betonung der Kultur nicht die Bedeutung von Handel und Kommerz in Chinas Beziehungen mit europäischen Ländern. Ganz im Gegenteil: Außenhandel und Investitionen im Ausland bleiben so wichtig wie sie in der jüngsten Vergangenheit waren, vor dem Hintergrund, dass Chinas Wirtschaft nachlässt und Wachstum notwendig ist, um die Arbeitslosenrate des Landes niedrig zu halten. Deshalb wird wahrscheinlich Chinas Bündelung der Kräfte dazu führen, die Rolle der Kultur als Vehikel für wirtschaftliches Wachstum in den kommenden Jahren zu betonen.

Auf die stärkere Betonung der Kultur in Chinas bestehendem Modell für Wirt-

schaftswachstum wird bereits auf der innenpolitischen Ebene agiert durch den Vorstoß, das Wachstum der nationalen Kultur- und Kreativindustrien zu fördern. Diesen auf Chinas auswärtige Beziehungen im BRI-Rahmen auszudehnen, ist wohl nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Dies steht im Einklang mit Chinas mittel- bis langfristigem Plan, den boomenden Kultursektor zu einer tragenden Industrie innerhalb der nationalen Wirtschaft zu machen.

### *Tragende Industrie*

Doch damit ist Chinas Plan für einen kulturellen Aufstieg noch nicht zu Ende. China nutzt „Kultur“ zunehmend als neues hegemoniales Werkzeug für seine globale Positionierung und Neu-Positionierung parallel zu der sich ständig verstärkenden wirtschaftlichen und Handels-Macht. Dies haben auch andere aufstrebende Mächte wie Indien getan, die erpicht darauf sind, in Bezug auf die Ausübung von Soft/Smart Power von der Erfahrung europäischer Länder zu lernen. Für China steht die Bedeutung der Kultur auch in Beziehung mit der Besorgnis angesichts des anhaltenden kulturellen Außenhandelsdefizits mit entwickelten Ländern und mit der nationalen kulturellen Sicherheit.

In anderen Worten: Die Bedeutung der Kultur für China ist auf der nationalen strategischen Politikebene angekommen. In der Praxis sind eine Reihe chinesischer Kulturinitiativen seit den frühen 2000er Jahren weltweit unter dem Motto „Ins Ausland gehen“ gestartet worden, inklusive der Konfuzius-Institute (dem erfolgreichsten Projekt), mit dem Ziel, die chinesische Sprache, das Kulturerbe, traditionelle Artefakte und interkulturellen Dialog zu fördern. Die meisten Kulturinitiativen erhalten weiterhin Gelder

von der Regierung und sorgen dabei bisher für wenige oder keine wirtschaftlichen Erträge. Wenngleich diese Projekte zur Kulturdiplomatie und den Kulturbeziehungen innerhalb und außerhalb Chinas dafür kritisiert wurden, nicht kosteneffektiv zu sein, ist die chinesische Regierung entschlossen, diese kontinuierlich zu unterstützen, um die langfristigen außenpolitischen Ziele zu verfolgen und zugleich die Soft Power des Landes zu erweitern.

Die Haltung der chinesischen Regierung in Hinblick auf ihr langfristiges Projekt Soft Power wurde im aktuellen nationalen Entwicklungsplan erneut bestätigt sowie auch in einer Reihe neuerer politischer Dokumente zur Reform der Medien, der Kultur- und Kreativindustrien. Kultur wurde also zu einer Säule in Chinas wachsender Soft oder Smart Power gemacht, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Trotz der politischen Unterstützung und der Ressourcen, die seit 2009 zunehmend eingesetzt wurden, hat Chinas Soft-Power-Projekt auch seine Schwachstellen. Laut 2017 durchgeführten globalen Meinungsumfragen des Pew Research Centre und auch des BBC World Service wird China in Europa allgemein immer noch negativ wahrgenommen, mit der Ausnahme von Griechenland, wo 50 Prozent der Befragten eine positive Sicht auf China hatten. Spanien (15 Prozent), Deutschland (20 Prozent) und Frankreich (35 Prozent) haben die negativsten Haltungen zu China in Europa, wie

„China wird in Europa allgemein immer noch negativ wahrgenommen, mit der Ausnahme von Griechenland, wo 50 Prozent der Befragten eine positive Sicht auf China hatten.“

die Umfrage der BBC 2017 zeigte. Dies ist aus chinesischer Sicht sicherlich besorgniserregend. Chinesische Wissenschaftler fanden sowohl „interne“ als auch „externe“ Gründe dafür, warum sich die Wahrnehmung Chinas in europäischen Ländern nicht verbessert. Intern ist Chinas Imageproblem seinem international unbeliebten Kommunikationssystem geschuldet, das in der Hinsicht verbessert werden muss, wie man der Welt „eine gute Geschichte über China“ erzählt, um den medialen und kulturellen Einfluss des Landes im Ausland zu vergrößern. Eine Reihe staatlicher Medienorganisationen wie Xinhua News Agency, People's Daily, China Central Television, China Daily und China Radio International haben die Gelegenheit genutzt, ihre Infrastruktur und Geschäftsaktivitäten in Europa und in anderen Teilen der Welt auszubauen. Sie haben auch damit angefangen, Talente vor Ort zu rekrutieren, inklusive altgedienter europäischer Journalisten. Extern betrachten chinesische Wissenschaftler Chinas Versagen, „Herzen und Köpfe“ in Europa für sich einzunehmen, hauptsächlich als Folge der Tatsache, dass die Berichterstattung über China in den westlichen Medien über einen langen Zeitraum hinweg überwiegend negativ gewesen ist, vor allem aufgrund ideologischer Unterschiede. Dies wurde als wichtiger Grund gesehen für den Zusammenprall zwischen chinesischen Patrioten und globalen Zivilgesellschaften/nichtchinesischen Protestierenden während des Pekinger olympischen Fackellaufs 2008 in Europa. Seitdem versucht China, seine Soft Power in Europa zu stärken, insbesondere in Ländern, die für China von strategischer Bedeutung sind wie Großbritannien und Frankreich. Doch Chinas Bemühungen um Soft Power waren auffällig, aber nicht sehr effektiv dabei, die negativen Wahrnehmungen Chinas in Europa zu verändern. Dies hat China

## Globale Herausforderungen

dazu motiviert, andere Lösungen für dieses Problem zu suchen wie etwa den Einsatz von „Smart-Power“-Werkzeugen, indem kommerzielle Investitionen im Ausland mit interkulturellem Austausch verbunden werden. Nichtsdestotrotz ist es nun Teil eines langfristigen nationalen Entwicklungsplans, Chinas Soft Power in der Welt und speziell in Europa zu erweitern. Deren Bedeutung hat Xi erst vor Kurzem in seinem neuen Entwurf für den Aufbau des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen für ein neues Zeitalter“ wieder betont, den er in einer Grundsatzrede an alle Parteimitglieder im Oktober 2017 dargestellt hat. Xis Entwurf beschreibt einen zweistufigen Ansatz, um China zu einem großen modernen sozialistischen Land zu machen, das bis 2035 so von der Welt anerkannt wird.

Dies zeigt, dass der Kultur in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus wahrscheinlich eine sogar noch größere Rolle in Chinas nationaler Wirtschaft und in seinen Außenbeziehungen eingeräumt werden wird. Speziell in Bezug auf die EU werden wahrscheinlich mehr Ressourcen zugeteilt, um die kulturellen Beziehungen mit europäischen Ländern im Allgemeinen und den Kulturaustausch zwischen Menschen im Besonderen zu verbessern. Staatliche Organisationen und Unternehmen sollen eine Hauptrolle dabei spielen, Chinas kulturellen Austausch mit der Außenwelt zu fördern. Mit mehr Unterstützung von der Regierung werden sie auch angeregt, federführend zu sein bei der Umsetzung eines „präziseren“ Kommunikationsansatzes, um die besonderen Bedürfnisse der Zielgruppe eines jeden Ziellandes/einer Zielgesellschaft/einer Zielcommunity zu erfüllen, wie vor Kurzem ein chinesischer Thinktank an der Communication University in Peking öffentlich gemacht hat.

Ob dieser neue Ansatz funktioniert und wie er in europäischen Ländern und anderswo

eingesetzt wird, muss sich noch zeigen. Aber diese Botschaft soll darauf verweisen, dass China nicht nur darauf vorbereitet ist, mit der EU in ihrer Gesamtheit umzugehen, sondern auch willens, in künftigen Kulturprojekten mit jedem Mitgliedsstaat in Kontakt zu treten, indem eine individuell angepasste Herangehensweise gewählt wird.

Zumindest in den nächsten fünf Jahren werden sich Chinas Kulturbeziehungen mit der Außenwelt im Allgemeinen und mit Europa im Besonderen wahrscheinlich auf drei zentrale Felder konzentrieren: Handel und Investition im Bereich Kultur, Kulturdiplomatie/Public Diplomacy und Kulturaustausch von Mensch zu Mensch.

Die Zunahme von Chinas ausländischem Handel und Investitionen im Bereich Kultur führt vielleicht zu einer allmählichen Öffnung des chinesischen Markts, der jedoch stark reguliert bleiben wird. Kulturdiplomatie/Public Diplomacy und Kulturaustausch von Mensch zu Mensch überschneiden sich in der Praxis. Dieses gemischte Vorgehen wird wahrscheinlich in der nahen Zukunft beibehalten werden, da die aktuelle Regierung dazu tendiert, die Kontrolle über Chinas kulturelle Aktivitäten zu zentralisieren, sowohl intern als auch extern.

Mehr Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und nicht staatlich finanzierte Institutionen werden wohl in die drei Felder eingebunden werden, aber ihre Aktivitäten in China bleiben strenger Regulierung und Supervision unterworfen. Letzten Endes sollen Chinas auswärtige Kulturbeziehungen die folgenden Zwecke erfüllen: den kulturellen Einfluss des Landes zur Unterstützung außenpolitischer Prioritäten erhöhen; die boomenden Kultur- und Kreativindustrien anregen; Chinas Image im Ausland verbessern; kulturellen Austausch und interkulturellen Dialog von Mensch zu Mensch ermöglichen.

Die EU verfolgt vielleicht ähnliche Ziele mit ihren Kulturbeziehungen, wenn auch mit leicht unterschiedlichen gemeinsamen und nationalen außenpolitischen Prioritäten. Im Hinblick auf kulturellen Einfluss, Soft Power, Wahrnehmung im Ausland und den Beitrag der nationalen Kultur-/Kreativindustrien zum Bruttoinlandsprodukt liegen einige EU-Mitgliedstaaten weiterhin weit vor China. Aber China versucht, aufzuholen. Es ist auch bereit, in diesen Gebieten und darüber hinaus mehr von Europa zu lernen, auch wenn es jegliches vorgeformte europäische politische/wirtschaftliche Modell ablehnt. Was noch wichtiger ist: China ist dazu bereit, mit Europa in vielen Bereichen zusammenzuarbeiten, um ein besseres internationales Umfeld zu schaffen, das es China ermöglicht, seinen „Chinesischen Traum“ oder die „nationale Erneuerung“ zu verwirklichen.

Unter diesen Umständen sollte die EU es als Möglichkeit wahrnehmen oder sogar als dringende Angelegenheit, seine Beziehungen mit China sowohl kurz- als auch langfristig strategisch anzupassen. Dies bedeutet auch, dass Europäer, die sich kulturell und ethnisch voneinander unterscheiden, in ihren kollektiven und nationalen Beziehungen mit China vereinter und koordinierter sein sollten – trotz Krise der Eurozone, trotz Flüchtlingskrise, trotz Brexit. Sie müssen sich schnell bewegen, am besten bevor China herausarbeitet, wie es mit jedem europäischen Staat einzeln verhandelt. Eine koordinierte und effektive Herangehensweise an die künftigen Kulturbeziehungen mit China auszuarbeiten, heißt in vielerlei Hinsicht, den ersten obligatorischen Test für die Zukunft des europäischen Projekts und das Standing der EU in einer sich entwickelnden multipolaren Welt zu bestehen.

**Xin Xin** ist Dozentin in Internationaler Kommunikation mit einem speziellen Schwerpunkt auf China an der University of Westminster in Großbritannien. Ihr erstes Buch „How the Market Is Changing China's News: The Case of Xinhua News Agency“ (Lanham: Lexington) erschien im September 2012. In ihrem kommenden Buch geht es um Chinas Soft Power. Vor Beginn ihrer akademischen Karriere arbeitete Xin sieben Jahre als Journalistin am Hauptsitz von Xinhua in Peking und verbrachte ein Jahr (1999-2000) als Gastwissenschaftlerin am Staatlichen Puschkin-Institut der russischen Sprache in Moskau. 2006 erhielt sie ihren Doktor mit einer Arbeit über die Nachrichtenagentur Xinhua und Globalisierung und 2003 ihren Master in (internationalem) Journalismus, beides von Westminster. 1994 machte Xin in Peking ihren Bachelor in russischer Sprache und Literatur.



**Nach der Annäherung** In den vergangenen Jahrzehnten hat China sich geöffnet, aber auch weiterhin westliche Erwartungen enttäuscht. Man warf China entweder vor, die Menschenrechte im Land zu verletzen oder Gesetze international zu ignorieren. Neben Chinas wachsender wirtschaftlicher Macht löste die sich schnell entwickelnde militärische Stärke des Landes im Westen Sorge aus. Wie sollte sich Europa gegenüber China positionieren? *Von Thorsten Jelinek*



**B**is vor Kurzem glaubte der Westen immer noch, dass China letzten Endes die liberale Demokratie und volle Marktwirtschaft übernehmen würde. Diese Überzeugung gründete sich auf der westlichen Erfahrung und Geschichte des Kapitalismus und dem Glauben, dass die liberale Demokratie für einen florierenden und funktionierenden Kapitalismus notwendig sei. Der Zusammenbruch des Ostblocks 1989 bekräftigte diese Überzeugung. Der liberale demokratische Kapitalismus war ein effizientes System; es sorgte im 20. Jahrhundert für das höchste kollektive Niveau an Wohlstand und Würde. Diese tiefverwurzelte Liberalisierungsprämisse, verbunden mit konkreten wirtschaftlichen, kulturellen und geopolitischen Strategien, bestimmte seit Jahrzehnten die westliche Außenpolitik gegenüber China. Seit den 1970er Jahren verfolgten die Vereinigten Staaten eine Politik der

Normalisierung und beabsichtigten, sich nach Jahren der Isolierung China zu öffnen. Diese Politik war von Richard Nixon und Henry Kissinger initiiert und von folgenden US-Regierungen weitgehend übernommen worden. Im Laufe der Jahre gewährte Amerika China weiterhin Zugang zu internationalen Organisationen, förderte den wirtschaftlichen Handel, den Austausch zwischen Menschen und bot sogar gemeinsame militärische Aktionen an. Die Absicht und Hoffnung bestanden immer darin, China zu liberalisieren und näher an den Westen heranzuführen. Europa verfolgte eine ähnliche „Entspannungspolitik“, indem es sich auf den wirtschaftlichen Handel konzentrierte. Insbesondere Großbritannien, Frankreich und Deutschland führten engere diplomatische Beziehungen und führten in den 1970er und 1980er Jahren den Hauptanteil des europäischen Handels mit China.

Doch es waren weiterhin die USA, die den Grund der diplomatischen Beziehungen bestimmten. Ihre Ziele waren die Schwächung der Sowjetunion und die Eindämmung des Kommunismus, insbesondere nachdem die USA in der Zeit des Kalten Krieges drei Kriege in Asien verloren hatten. Danach öffnete sich China und begann seit den Reformen von 1978, enorm von seiner allmählichen Einführung liberaler Marktkräfte zu profitieren. Nachdem der Vorsitzende Mao Zedong 1976 gestorben war, veränderte China auch sein politisches System: Aus einem totalitären wurde ein modernes autoritäres kollektives Führungssystem. 2001, ein bisschen mehr als ein

Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, gewährten die USA China Zugang zur Welthandelsorganisation (WTO), ein Schritt, der den Optimismus des Westens hinsichtlich Chinas Reformen und Weg zur Liberalisierung herausstellte. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation bot China einen neuen Anreiz für das wirtschaftliche Wachstum und rechtfertigte weitere wirtschaftliche Reformen im Inneren. Zu dieser Zeit war die WTO immer noch eine junge Organisation, aber ein Symbol dafür, dass die Globalisierung sich schon mehr als je zuvor ausbreitete. China war auf dem Weg dazu, der größte ausländische Kreditgeber der USA zu werden und ihr größter Exportmarkt. BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) wurde zu einer immer bekannteren Abkürzung, nicht nur im Hinblick auf die potenziell großen Märkte für westliche Produkte und ausgelagerte Versorgungsketten, sondern auch für den Aufstieg einer parallelen Weltordnung und den Anfang des relativen Abstiegs des Westens.

China öffnete sich, aber enttäuschte auch weiterhin die Erwartungen des Westens. Man warf China entweder die Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land vor oder das Ignorieren von Gesetzen weltweit. Neben Chinas wachsender wirtschaftlicher Macht löste Chinas sich schnell entwickelnde militärische Stärke im Westen Sorge aus aufgrund von Chinas Marktprotektionismus und Mangel an politischer Liberalisierung. Rückwirkend betrachtet entwickelte sich die Beziehung zwischen China und dem Westen, insbesondere mit den USA, laut Kurt Campbell und Ely Ratner als Rückwärtsbewegung von vermessenen Optimismus und Annäherung hin zu Skeptizismus und versuchter Eindämmungspolitik.

Eine Zeitlang erinnerte Amerika China weiterhin an die „Universalität“ westlicher liberaler Werte. In den 1980er Jahren bekräftigte George H. W. Bush, China könne nicht einfach nur westliche Produkte importieren, „und gleichzei-

tig ausländische Ideen an der Grenze aufhalten“. In den 1990er Jahren erklärte Bill Clinton, dass China ohne Freiheit und Demokratie, „deutlich im Nachteil sein wird, indem es mit völlig offenen Gesellschaften konkurriert“. George W. Bush, der mit Amerikas Kampf gegen den Terrorismus und der Deregulierung einer Wirtschaft beschäftigt war, was zur größten Rezession in der Geschichte führte, sagte, dass „die Menschen Chinas die grundlegende Freiheit verdienen, die das angeborene Recht aller Menschen ist.“ In der Zwischenzeit betonte Chinas damaliger Präsident Hu Jintao den „friedlichen Aufstieg“ des Landes, um den Westen zu beruhigen. Von 2009 ab erreichten die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und China einen Tiefpunkt. Barack Obama versuchte China in Schach zu halten, indem er Streitkräfte umverteilte und China aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) ausschloss. Er erinnerte China daran, dass es „genau die Regeln, die [China] erfolgreich gemacht haben, aufrechterhalten“ solle.

Nur ein paar Wissenschaftler stellten infrage, dass China eine Demokratie nach westlichem Vorbild brauche, um Millionen aus der Armut zu befreien und die Nachteile eines schnellen und unausgewogenen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, das die ersten drei Jahrzehnte von Chinas Entwicklung geprägt hatte, in den Griff zu bekommen. 2004 meinte der Cambridge-Professor Peter Nolan, dass China zu seinem eigenen „Dritten Weg“ aufgebrochen war. Es war ein allmählicher Reformweg, was nicht bedeutete, dass sich der Staat nach und nach zurückzog, um einer liberalen Ordnung Platz zu machen. Im Gegenteil: Es war die Fortführung des Einparteiensystems und des starken Staates, um Chinas Stabilität zu gewährleisten und zu helfen, „den ‚Igel‘ der Marktdynamiken mit der ‚Schlange‘ sozialen Zusammenhalt zu verheiraten“. Diese „gegenseitig symbiotische Beziehung zwischen Staat und Markt“ war für Nolan nicht einfach nur eine Haltung zwischen Sozialismus

## Globale Herausforderungen

und Kapitalismus, sondern auch etwas, das China bereits seit Jahrhunderten praktiziert hatte und das tief in Chinas Kultur verankert war.

China konnte sich auf seine Jahrtausende alte Geschichte einer „Agrarmacht“ und auf die konfuzianische Kultur stützen, um „staatliches Wohlfühlen“ zu propagieren und lange Perioden von Stabilität und Wohlstand zu sichern. Für Nolan war Hu Jintaos Konzentration auf den Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ und das „Gleichgewicht zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und dem Wohlergehen der Menschen“ ein klarer Ausdruck dieser Kultur und Geschichte. Jetzt, vier Jahrzehnte nachdem Deng Xiaoping die Reformen von 1978 initiierte, ist aus China immer noch keine liberale Demokratie oder freie Marktwirtschaft geworden und es ist sogar noch unwahrscheinlicher, dass es in naher Zukunft zu solchen Veränderungen kommen wird. Im Gegenteil: Seitdem Präsident Xi Jinping im November 2012 sein Amt antrat, war Chinas „Einzigartigkeit“ im Inneren und im Ausland niemals so deutlich und aktiv gefördert worden. Auf dem 19. Nationalkongress der Kommunistischen Partei im Oktober 2017 verkündete Präsident Xi den Anbruch einer „neuen Ära“ des „Sozialismus chinesischer Prägung“.

### *Langfristige Meilensteine*

Diese neue Ära wird bestimmt durch zwei langfristige Meilensteine für Chinas Erneuerung: China bis 2035 zu einer „moderat wohlhabenden Gesellschaft“ zu entwickeln und bis 2049, dem 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China, zu einem „großen modernen sozialistischen Land“ zu werden. Die konkreten politischen Maßnahmen, um diese fernen Ziele zu erreichen, sind ein nach innen orientiertes Programm namens „Made in China 2025“ und die nach außen orientierte „Belt and Road Initiative“ (BRI). „Made in China 2025“ ist eine um-

fassende industriepolitische Agenda, die China nutzen will, um „eine der weltweit fortschrittlichsten und wettbewerbsfähigsten Ökonomien aufzubauen“. Ähnlich wie der Westen bei seinem eigenen Aufstieg möchte China autark und technisch unabhängig werden, indem es „alle High-Tech-Industrien, die stark zum wirtschaftlichen Wachstum in entwickelten Ökonomien beitragen“ anvisiert. Um diese Agenda einzuhalten, möchte China mit dem Westen zusammenarbeiten, etwa mit der Initiative 4.0 der deutschen Wirtschaft, aber der Westen hat diese politische Agenda mit Vorsicht wahrgenommen, da es sehr gut möglich ist, dass China den Westen in Schlüsselindustrien überholen wird. Innenpolitisch ist die BRI ein deutlicher Bruch mit Deng Xiaopings alter Maxime „Halte dich zurück und warte ab“, womit er meinte, dass „China keinesfalls die Führung übernehmen sollte“. In den Augen Xi Jinpings ist China „reich und stark geworden“ und nun bereit dazu, die Führung zu übernehmen als „Schaffer von weltweitem Frieden, Beitragender zur Entwicklung globaler Governance und Bewahrer der internationalen Ordnung“. Xi Jinping bietet jedoch nicht an, die bestehende, von den USA dominierte, globale liberale Ordnung zu erneuern. Stattdessen schlägt er mit der BRI ein alternatives Entwicklungsmodell vor, welches das Potenzial hat, die Plattform eines neuen Multilateralismus zu werden.

Präsident Xi hat die BRI zum ersten Mal 2013 während seines Besuchs in Kasachstan erwähnt, aber westliche Regierungen haben dieses beispiellose Entwicklungsprogramm erst auf dem Belt-and-Road-Eröffnungsforum für internationale Zusammenarbeit (BARF) in Peking im Mai 2017 wirklich wahrgenommen. Während viele nichtwestliche hochrangige Teilnehmer, darunter Kasachstans Präsident Nasarbajew, Chinas moderne Seidenstraße als „Jahrhundertprojekt“ rühmten, haben die Europäer und Amerikaner gerade erst begonnen, die Bedeutung und die mögliche Wirkung der BRI zu realisieren.

Aufgrund ihres Skeptizismus gegenüber China lehnten sie es ab, die gemeinsame Handelsvereinbarung des BARF zu unterzeichnen.

Diese ehrgeizigen politischen Agenden werden in einem Schlüsselmoment definiert. Als Präsident Xi sein Amt übernahm, sah er die Notwendigkeit, vom früheren wachstumsstarken, auf das Bruttoinlandsprodukt fokussierten Entwicklungsmodell abzukommen, und sich stattdessen darauf zu konzentrieren, eine von Schulden angetriebene Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen; sich vom schnellen zum qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Wachstum zu verlagern; Armut, insbesondere in den zuvor vernachlässigten ländlichen Regionen des Westens zu lindern und gegen die starke Umweltverschmutzung vorzugehen. Gleichzeitig war Xi Jinping, wie Professor Carl Minzner betont, mit einem sich ausbreitenden Verfall konfrontiert, mit einem Mangel an Disziplin innerhalb der Kommunistischen Partei, mit ideologischer Polarisierung sowie mit einer Legitimationskrise außerhalb der Partei. Während der ersten fünfjährigen Amtsperiode kämpfte Xi Jinping deshalb also auch mit der weitverbreiteten Korruption, während er die Macht zunehmend auf sich selbst und einige vertraute Mitarbeiter konzentrierte. Die Verschärfung des Parteistaatsapparats und die Reinstallation der „Parteidisziplin“ kennzeichnet ebenfalls Chinas neue Ära. Für Präsident Xi sind eine starke Partei und ein starker Staat unerlässlich, um langfristige Stabilität gewährleisten und jene ehrgeizigen politischen Pläne umsetzen zu können. Der Höhepunkt dieser Verschärfung, die China noch weiter von einer westlichen liberalen Ordnung entfernt, war die Abschaffung der befristeten Amtszeit des Präsidenten.

Der Westen sieht diese Entwicklungen unter Xi Jinping mit Skeptizismus, Feindseligkeit und ergeht sich in einem stetigen China-Bashing. Der Economist verurteilte Xi Jinpings starke Führung als eine Rückkehr von „kollektiver Governance“ zur „Alleinherrschaft“ und eine Entwicklung von

der „Autokratie zur Diktatur“. Die BRI wird abgeurteilt als Chinas eigennütziger „Marshall-Plan“, da er im Wesentlichen dabei hilft, die unterentwickelten Regionen im Westen zu integrieren, industrielle Überkapazitäten zu kompensieren, zukünftige internationale Märkte zu sichern und die eigene geopolitische Macht in Eurasien und anderen aufstrebenden „Belt-and-Road“-Ökonomien zu behaupten.

### *Richtung Konfrontation*

In der Vergangenheit haben die Europäische Union und die USA China dazu gedrängt, seine Märkte weiter zu öffnen und faire Bedingungen zu sichern. Jetzt bewegt sich der Westen, zusätzlich zu diesen handelsbezogenen Spannungen weiter in Richtung Konfrontation. Er spricht nicht mehr länger selektiv bestimmte Verletzungen an, sondern hat damit angefangen, China öffentlich als konkurrierendes System zu brandmarken, das mit dem Westen nicht kompatibel ist. Laut Sigmar Gabriel, dem früheren Vizekanzler und Außenminister Deutschlands, entwickelt China ein umfassendes Alternativsystem zur westlichen Welt, das nicht auf unserem Modell von Freiheit, Demokratie und individuellen Menschenrechten aufbaut.

Die Rhetorik in den USA ist noch viel schärfer und hat klar einen Wendepunkt erreicht. Zum ersten Mal seit der Annäherung der 1970er Jahre sprach ein amerikanischer Präsident von China als einem „Rivalen“, einer „revisionistischen Macht“ und einer „primären Bedrohung für die US-amerikanische wirtschaftliche Vorherrschaft“. Die Wahlkampagne von Präsident Donald Trump gründete sich auf Feindseligkeit gegenüber China. Er droht mit einem Handelskrieg und beschuldigt China für das enorme Handelsdefizit zwischen beiden Ländern. Doch Amerikas Handelsdefizit ist hauptsächlich auf die makroökonomische Innenpolitik zurückzuführen. Hil-

## Globale Herausforderungen

lary Clinton hat China, wie auch Russland und den Iran als „existenzielle Bedrohung“ bezeichnet, die „Befürchtungen“ und „Sorgen“ hervorruft. Trotz der Versuchung zu denken, dass China mit seiner wirtschaftlichen, technologischen und steigenden militärischen Macht auf die Welt Druck ausüben wird und Präsident Xi in der Lage sein wird, nach Belieben Kontrolle auszuüben, sollte man nicht übersehen, dass diese Darstellungen mehr über den Westen als über China offenbaren. Sie offenbaren auch, wie tiefverwurzelt die westliche Hegemonie ist und wie sie die Fähigkeit begrenzt, die Konsequenzen des relativen Abstiegs des Westens reflektiert einzuschätzen und seine Fähigkeit, sich an die aufkommende multipolare Welt anzupassen.

Professor Slavoj Žižek meint, dass nicht nur der Kommunismus im 20. Jahrhundert, sondern auch die liberale Demokratie daran gescheitert ist, mit den Zerrüttungen des globalen Kapitalismus zurechtzukommen. Weder der kurzlebige fukuyamaistische Wohlfahrtsstaat der 1990er Jahre noch das Vordringen post-keynes'scher Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben dabei geholfen, die stetige Zunahme ungerechter Bezahlung zu verhindern. Laut dem französischen Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty ist die Ertragsrate auf Kapital höher geblieben als die Wachstumsrate einer Wirtschaft während dieser Zeit. Deshalb wuchs der „geerbte Wohlstand“ schneller als der „verdiente Wohlstand“, was für eine höhere Konzentration von Wohlstand und deshalb auch für Ungleichheit in Wohlstand und Einkommen gesorgt hat. Die Wirtschaftskrise von 2008, die größte Rezession seit der Großen Depression, war keine Ausnahme, sondern ein unvermeidliches Ergebnis dieses Prozesses der Wohlstandskonzentration seit den 1970er Jahren. Ein irritierendes Ergebnis jener Jahre der globalen kapitalistischen Entwicklung war der Anstieg des Populismus im Westen. Einkommensungerechtigkeit und Stagnation, Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung, erhöhtes Ar-

mutrisiko und soziale Ausgrenzung sind die wichtigsten Ursachen für den Anstieg des Populismus im Westen. Die Menschen haben ein generelles Misstrauen gegenüber etablierten politischen Parteien und Figuren entwickelt und beschuldigen sie, sich ihrer Sorgen angesichts eines empfundenen Verlusts von Sicherheit, Kultur und Identität nicht anzunehmen. Globalisierung, Liberalisierung und Digitalisierung haben den Nationalstaat geschwächt und langsam die Fähigkeit von Regierungen untergraben, die in Identitätspolitik und den Kampf an Nebenschauplätzen verstrickt gewesen sind, sich mit diesen Zerrüttungen zu befassen. Statt der etablierten Parteien haben charismatische populistische Anführer zunehmend von der Wut der Menschen in Europa und Amerika profitiert.

Populismus stellt die größte Bedrohung für die liberale Demokratie dar. Wie Professor David Runciman hervorhebt, der an der Cambridge University Politik und Geschichte unterrichtet, beschäftigen sich Populisten mit den richtigen Kämpfen und Ängsten, aber geben falsche Antworten, indem sie eine schnelle Rückkehr zu einer angeblich intakten und kulturell homogenen Vergangenheit versprechen. Ihre Rhetorik polarisiert die Gesellschaft und erzeugt weitere Angst, was die Wut der Öffentlichkeit eher befeuert als dabei hilft, sie zu überwinden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die verlängerte Wirkung der Verheiratung des Westens von liberaler Demokratie mit dem Kapitalismus den langsamen und relativen Abstieg des Westens verursacht hat. China wird populistisch als Sündenbock aufgebaut, um abzulenken von der Wirtschafts- und Legitimitätskrise des Westens und der fehlenden Perspektive, wie die liberale Ordnung und ihr Versprechen von Würde und gleichmäßigem Wohlstand erneuert werden kann. Es gibt noch keine neue Perspektive dazu, denn der Westen hat zunehmend sein eigenes Vertrauen in die liberale Ordnung verloren, was Protektionismus zu einer populistischen Lösung werden ließ. Die sprung-

hafte Trump-Regierung der USA, Protektionismus und die verlängerte Schuldenkrise in der Europäischen Union mit ihrer tief gespaltenen Wirtschaft und Flüchtlingskrise haben das aktuell fehlende Vertrauen nur noch vermindert und westlichen Liberalismus als wünschenswerten Transformationsweg untergraben.

Peter Nolan hatte recht. China brauchte nicht die liberale Demokratie, um vier Jahrzehnte erfolgreicher Reformen aufrechtzuerhalten und um mit den Zerrüttungen des Kapitalismus zurechtzukommen. Es ist jedoch fraglich, ob eine konzeptuelle Verbindung zu einer fernen Vergangenheit dem modernen China dabei helfen wird, die künftigen Herausforderungen für eine globalisierte und digitalisierte Welt zu bewältigen, zu der es in der Geschichte nichts Vergleichbares gibt. Doch es mag trotzdem immer noch helfen, zu erklären, warum Chinas Regierung, anders als andere autoritäre Regierungen, weiterhin moralisch verpflichtet ist, dem eigenen Volk zu dienen und Wohlwollen zu üben. Staatliches Wohlwollen ist eine Regierungsform, die immer noch jenseits des Verständnisses des Westens liegt, der eine „moderne Bürokratie“ entwickeln musste, „Rechtsstaatlichkeit“ und „demokratische Verantwortlichkeit“, um seinen Despotismus zu überwinden. China hat seine Andersartigkeit unter Präsident Xi klar manifestiert und der Westen glaubt nicht länger an Chinas Selbstverwestlichung, aber China ist immer noch viel westlicher geworden als der Westen chinesisch. China hat sich die Macht der Liberalisierung eingeflößt – das unbegrenzte Recht auf Subjektivität, das Modernität definiert. In Verbindung mit dem Ideal des Profits regte es Chinas schnelles und verlängertes Wachstum an, das zu einem wichtigen Legitimationsgrund des Einparteiensystems geworden ist. Die Liberalisierungsmacht kann diese Legitimität gleichermaßen abtragen und Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit verlangen, was nach Francis Fukuyama die markanten Säulen westlicher Demokratie sind, die China fehlen. Chinas moderne

Bürokratie, die lange vor dem Aufstieg des Westens existierte, mag vielleicht nicht ausreichen, um mit einer zunehmend anspruchsvollen Zivilgesellschaft zurechtzukommen. Doch die neuere Geschichte hat infrage gestellt, ob die westliche liberale Demokratie ihre Funktion in der Zukunft effektiv erfüllen kann. Westliche Regierungen sind viel technokratischer und interventionistischer geworden, um Marktversagen möglichst zu verhindern oder dessen zerstörende Wirkung abzufedern. Ein stärkerer Staat wird womöglich eher die Norm als die Ausnahme werden wie der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung gezeigt hat. Um noch düsterer zu werden – nach Meinung des israelischen Historikers Yaval Harari könnte der Aufstieg des Liberalismus seinen Untergang auslösen. Technologischer Fortschritt, nicht politische Interventionen, führen vielleicht das Ende des Liberalismus herbei. Also ist ein stärkerer Staat auf lange Sicht vielleicht unvermeidlich oder sogar wünschenswert. In der Zwischenzeit erzeugen die ideologischen Unterschiede zwischen China und dem Westen komplizierte diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. Gut möglich, dass dies ein ideologischer Kampf zwischen Chinas „Wohlwollen“ und dem westlichen Liberalismus wird.

**Thorsten Jelinek** ist der Europa-Direktor des Taihe Institute, einem Public-Policy-Thinktank in Peking. Das Taihe Institute bietet wirkungsorientierte Forschung durch eine Fokussierung auf die drängendsten Themen mit Bezug zur wirtschaftlichen, zur gesellschaftlichen und zur politischen Entwicklung, zu Sicherheit, fortgeschrittenen Technologien, Nachhaltigkeit sowie Kultur und Bildung. Zuvor war er als stellvertretender Direktor beim Weltwirtschaftsforum verantwortlich für die wirtschaftlichen Beziehungen in Europa. Thorsten Jelinek hat zudem weitreichende berufliche Erfahrungen durch die Arbeit mit kleinen und großen Unternehmen und er hat einen Doktor in politischer Ökonomie von der University of Cambridge und einen Master of Science in Sozialpsychologie von der London School of Economics.

Zur Verteidigung des Universalismus In einer fragmentierten Welt kann Kultur helfen, über Spaltungen hinweg in Kontakt zu treten. Das kann sie nur tun, wenn sie vielfältig und tolerant ist. Hierfür trage Europa eine besondere Verantwortung, so der Autor: Europa ist kein Ort, keine Regierung und keine Verwaltung. Europa ist ein Raum der Begegnung. *Von François Matarasso*



In „Les Misérables“ schrieb Victor Hugo: „La guerre civile? Qu'est-ce à dire? Est-ce qu'il y a une guerre étrangère? Est-ce que toute guerre entre hommes n'est pas la guerre entre frères?“ („Bürgerkrieg? Was bedeutet das? Gibt es einen ausländischen Krieg? Ist nicht jeder Krieg zwischen Männern Krieg zwischen Brüdern?“)

Hugo stellt die gedanklichen Gewohnheiten infrage, die diesen Begriff des „anderen“ rechtfertigen, indem er sagt, der Weg, um über „wir“ versus „die anderen“ hinauszukommen, besteht darin, schon diese Vorstellung abzulehnen. Das hat nichts mit Pietät oder Semantik zu tun. Wenn wir die Untrennbarkeit der Menschheit aus den Augen verlieren, wie können wir dann Konzepte wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verteidigen? Die ele-

mentare Bedeutung dieses Textes – so oft wir auch dabei versagen, diesen Verpflichtungen nachzukommen – besteht darin, dass er nicht zwischen Menschen unterscheidet.

Diese Errungenschaft, universale Werte zu etablieren, wurde teuer erkaufte. Ich bin ein Kind der Generation, die unter der massiven Selbstverletzung, die der Zweite Weltkrieg darstellte, zu leiden hatte – die Globalisierung der Gewalt. Die Generation meiner Eltern waren Opfer und Täter beispielloser Verbrechen. Es war ein Bürgerkrieg zwischen Menschen, die sich von ihren Unterschieden überzeugen mussten, um einander zu töten.

Es tut mir Leid, solche düsteren Überlegungen in eine Diskussion über Kultur und ihr heilendes Potenzial einzubringen, aber es ist notwendig. Denn dieser Konflikt ist der Ursprung der Vereinbarung nach dem Krieg, die sich nun auflöst. Deren Grundlage ist das Konzept der universalen Menschenrechte, die in der UNO-Erklärung von 1948 und in der Europäischen Konvention von 1950 festgehalten wurden.

Der aktuelle Aufstieg des Nationalismus ist hässlich und angsteinflößend. Aber noch schlimmer ist die Anfechtung der Vorstellung universaler Menschenrechte. Die Zeichen sind überall. Manchmal ist der Angriff formell und juristisch wie beim Vorschlag der britischen Regierung, den Human Rights Act von 1998 durch die britische Bill of Rights zu ersetzen – keine universelle, per

definitionem. An anderen Stellen ist dieser Angriffskriminell und chaotisch, wie bei den außergerichtlichen Tötungen in den Philippinen seit der Wahl von Präsident Duterte. Mord ist nichts Neues, es fühlt sich präzedenzlos an, wenn ein demokratisch gewählter Politiker seine Beteiligung daran feiert. Der amerikanische Historiker David Armitage schreibt, dass „demokratische Politik in der Welt jetzt mehr denn je wie Bürgerkrieg mit anderen Mitteln aussieht.“

Gibt es in einem solchen Kontext wirklich eine Übertreibung?

Ich muss nicht die aktuellen Attacken gegen die Demokratie, gegen Rechtsstaatlichkeit und vor allem gegen das grundlegende Konzept der Menschenrechte spezifizieren. Es ist ein globales, nur allzu vertrautes Phänomen. Die Gründe sind vielfältig, aber die durch sehr schnellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel erzeugte Angst ist ein entscheidender und entzweierender Faktor.

Viele Millionen Europäer glauben nicht nur, dass ihr Leben schlechter geworden ist, sondern auch, dass ihre politischen Anführer ihr Leiden als akzeptablen Preis für den Wohlstand betrachten. Dies wird, nicht ganz ungerechtfertigt, so interpretiert, dass sie weniger wert sind als andere Menschen. Wo ist also der Universalismus der Menschenrechtskonvention?

„Wir müssen beurteilt werden anhand unseres Handelns, nicht aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Kultur und unserer Überzeugungen. Nur unsere Handlungen bilden eine legitime Grundlage für Unterscheidungen.“

An den jüngsten Abstimmungen fällt am stärksten auf – ob man sich nun den Brexit anschaut, die amerikanischen und französischen Präsidentschaftswahlen oder das türkische Verfassungsreferendum – wie knapp die Ergebnisse sind und wie sehr sich die Wahl der Menschen an sozioökonomischen Bedingungen orientiert wie Standort, Klasse, Bildung und Alter. Diese scharfe Trennung sorgt nicht nur für ein moralisch und rechtlich falsches Denken entlang der Kategorien „wir und die anderen“, sondern auch für ein gefährliches. Um es noch einmal zu sagen: Man kann universale Rechte nicht verteidigen, indem man Bürger in Gruppen aufteilt. Ich stimme Martin Luther King zu. Wir müssen beurteilt werden anhand unseres Handelns, nicht aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Kultur und unserer Überzeugungen. Nur unsere Handlungen bilden eine legitime Grundlage für Unterscheidungen.

Wie können wir also in solch einer gespaltenen Welt gut handeln? Und kann Kultur in der aktuellen Krise eine Rolle spielen? Lassen Sie mich zunächst sagen: Ich glaube nicht, dass es die Aufgabe der Kunst ist, solche Probleme zu lösen. Abgesehen von anderen Überlegungen liegt es jenseits ihrer Möglichkeiten. Aber sie spielt eine wichtige Rolle als Raum für Begegnung, Dialog und – vielleicht – für größeres Verständnis.

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen, wie Künstler – professionelle und nicht-professionelle – heute nach Wegen zur Überbrückung dieser Spaltungen suchen und sie oft auch finden.

In Friesland, dem Zentrum der Landwirtschaft im nördlichen Teil der Niederlande, arbeitete Titia Bouwmeester mit Bauern, um eine interaktive Theateraufführung auf die Beine zu stellen, die ihr Wissen und ihre Arbeit in der Milchwirtschaft feierte,

## Globale Herausforderungen

während sie mit der Abschaffung der Milchquoten der EU zu tun hatten. „Lab Molke“ spielte auf einem Bauernhof und der Prozess der Recherche, kreativen Arbeit, des Probens und Aufführens war ein offener Dialog über verschiedene Lebensweisen zwischen Menschen aus städtischen und ländlichen Communitys.

In Porto arbeiten Hugo Cruz und Maria João im Theater mit Menschen aus verschiedenen Teilen der Stadt, darunter Arbeiter aus der Korkindustrie, taube Menschen, Senioren, Roma und Sinti, Flüchtlinge und Kinder. Nach mehreren Theateraufführungen mit jeder Gruppe und für jede Gruppe brachten sie fünf von ihnen in MAPA zusammen, einem spektakulären Community-Stück über die Vergangenheit und Zukunft der Stadt, in dem ihre unterschiedlichen Perspektiven dargestellt waren und zwar am Teatro Nacional im Stadtzentrum.

In Alexandria brachte Hatem Hassan Salama sehr persönliche Aufführungen in die Nachbarschaftscafés der städtischen Arbeiterviertel. In Zusammenarbeit mit einem Geschichtenerzähler, einem Fotografen, einem Tänzer und einem Musiker kreierte er spontane Events an Orten, deren traditionelle und maskuline Kultur nicht an eine solch moderne Kunst gewöhnt war. Aber es kam zu so intensiven Unterhaltungen über Kunst, Politik und Moral, dass sie noch zwei oder drei Stunden nach der Vorstellung weitergingen.

In Stoke-on-Trent nutzt Anna Francis ihre Fähigkeiten in visueller Kunst, um mit ihren Nachbarn in der heruntergekommenen Gegend, in der sie lebt, ins Gespräch zu kommen. Im letzten Sommer gründete sie ein zeitlich begrenztes Gemeinschaftszentrum in einem alten Pub und rund 600 Menschen kamen zu 50 verschiedenen Aktivitäten im Monat: Nun gibt es Pläne, dies

zu einer permanenten Einrichtung zu machen. An einem sehr benachteiligten Ort, der nicht wirklich gehört wird, wird dies neue Möglichkeiten eröffnen.

### *Vertrauen fördern*

Diese Projekte und hunderte anderer in und außerhalb Europas sehen Kunst als einen Ort, an dem Gespräche darüber beginnen, wo wir stehen und was wir tun können. Aber es sind künstlerische Aktionen, keine politischen oder gar sozialen Interventionen. Sie fördern Vertrauen, Fähigkeiten, Wissen, Selbstvertrauen und Netzwerke, weil sie eben nicht versuchen, diese Dinge zu produzieren. Es kommt ganz natürlich dazu, wenn Menschen an einem gemeinsamen künstlerischen Projekt arbeiten, das eine Verbindung zu ihrem Leben hat.

Kunst ist ein Raum, in dem immer noch Begegnungen möglich sind, insbesondere, wenn die anderen Plattformen für Dialog wie Politik, Medien und die Online-Welt so polarisiert sind, dass wir einander dort nicht mehr hören – oder tolerieren können. Kunst ist sicher, weil sie beim Eintritt nicht unsere Ausweise kontrolliert. Sie trennt nicht uns von den anderen.

Tatsächlich heißt Kunst, wie diese Beispiele zeigen, Unterschiede, Komplexität, sogar Konflikt willkommen – innerhalb der schützenden Möglichkeiten für Charakter, Symbol, Metapher und Nicht-Realität. Kunst erlaubt es uns, unsere unausgesprochenen, sogar unbewussten Gefühle zu inszenieren und anderen Menschen zu begegnen, darunter dem gefürchteten Ausländer oder verhassten Nachbarn.

Sie ermutigt und ermöglicht Reflexion. Kunst hat Platz für uns alle und sie toleriert alles, was wir fühlen, denken und sagen wol-

len – nicht, weil alles gut oder auch nur akzeptabel ist, sondern, weil es da ist. Kunst weiß, dass es gefährlicher ist, unsere Gefühle zu verleugnen, als etwas Kreatives mit ihnen zu machen.

Aber dies ist nur eine Vorstellung von Kunst. Das weiß ich. Sie ist weder unausweichlich noch unumstritten. Ich respektiere, aber teile nicht die Ängste vor Instrumentalisierung, die Künstler manchmal zum Ausdruck bringen. Kunst ist nicht selbstgenügsam.

Ich glaube an Kunst um der Menschen willen, denn ohne Menschen hat Kunst keine Bedeutung. Sie hört auf, zu sein.

Aber die Falle der Propaganda – insbesondere der wohlmeinenden Propaganda – ist gefährlich. Sie zieht jene an, die Kunst ihrer komplexen Mehrdeutigkeit, die ich schätze, berauben wollen, und die Kunst zum Sklaven ihrer Vision machen. Das Risiko ist real und am besten zu verhindern, indem man denen zuhört, wirklich zuhört, deren Stimmen für uns am unbequemsten sind. Wie der polnische Philosoph Leszek Kołakowski schrieb: „Toleranz wird am besten nicht so sehr durch das Gesetz geschützt als durch den Erhalt und die Stärkung einer toleranten Gesellschaft.“

Wenn Kunst darin besteht, in unserer fragmentierten Welt über Spaltungen hinweg miteinander in Kontakt zu treten, wird sie dies nur tun, indem sie demokratisch, vielfältig und tolerant ist – eine Kultur, die dem Artikel 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht wird: „Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzuhaben.“ Das wäre eine wirklich universale Kultur. Europa ist kein Ort. Es ist keine Regierung oder Verwaltung. Es

ist eine Kultur, deren größte Werte geprägt wurden als Antwort auf seine größten Traumata. Wir brauchten sie 1945; wir brauchen sie heute.

**François Matarasso** ist freier Schriftsteller, Wissenschaftler und Berater und spezialisiert auf die soziale Dimension der Kultur. Seine Arbeit als Berater umfasst Evaluation, Organisationsentwicklung, Lehre und öffentliche Vorträge. Er arbeitet auch an seiner eigenen Community-Kunst und hat viel veröffentlicht über die Teilhabe in der Kunst.



**Bastion der Demokratie** Die aus Hitlerdeutschland in die Türkei geflüchteten Menschen leisteten viel für den Aufbau der jungen Republik. Heute sehe man aber, so der Autor, in einigen Hauptstädten ein stabiles Regime in der Türkei lieber als demokratische Instabilität. Er hofft auf eine „Welle von unten“, auf die Solidarisierung von Partnerstädten, Gewerkschaften, Journalisten usw. Seine persönlichen Erfahrungen mit dem türkischen Regime erzählt er so: Wir haben eine Menge Wasser geschluckt, aber wir haben uns nicht vom Wasser verschlucken lassen. *Von Can Dündar*



**A**m 17. September 1933 schrieb Albert Einstein einen Brief an Mustafa Kemal Atatürk. Er bat „Seine Exzellenz“ zu gestatten, dass 40 Professoren und Doktoren aus Deutschland ihre wissenschaftliche und medizinische Tätigkeit in der Türkei fortsetzen durften. Bei den Wahlen ein halbes Jahr zuvor hatten die Nationalsozialisten beinahe 45 Prozent der Stimmen erhalten, anschließend oppositionelle Abgeordnete verhaften lassen und begonnen, das Land mit Dekreten zu regieren. Eines ihrer ersten Ziele waren die Universitäten. Wissenschaftler, die gegen die Nazis waren, wurden von den Hochschulen entfernt.

Die meisten suchten außerhalb Deutschlands Zuflucht. Die Türen in Europa waren verschlossen, Amerika war weit. Es wurde ein Verband gegründet, um ihnen zu helfen.

In seinem Brief an Atatürk erklärte der berühmte Physiker, die 40 Wissenschaftler seien vom Verband aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählt worden und seien bereit, „ein Jahr ohne jede Vergütung“ in der Türkei tätig zu werden. Er erinnerte daran, dass es sich hierbei um einen Akt großer Humanität handeln würde, von dem die Türkei außerdem profitieren könnte.

Was ja auch stimmte. Die Republik, die gerade seit zehn Jahren bestand, brauchte Menschen, die fähig waren, die von den Osmanen übernommenen Institutionen zu modernisieren. Die Regierung hatte Anfang 1932 Albert Malche von der Universität Genf eingeladen, einen Bericht für die angestrebte Universitätsreform zu erstellen.

Aufgrund dessen waren bei der Gründung der Universität Istanbul 42 deutsche Akademiker berufen worden. 1933 war diese Zahl bereits auf 300 angestiegen. Eduard Hirsch etwa verfasste das 800-seitige türkische Rechtswörterbuch und bereitete zugleich die Gründung der Freien Universität Berlin vor.

Der SPD-Abgeordnete Ernst Reuter war als Berater im Finanzministerium tätig und unterrichtete Stadtplanung an der Politischen Fakultät der Universität Ankara. Der Komponist Neuer Musik Paul Hindemith gründete das staatliche Konservatorium in Ankara.

Der Intendant der Berliner Deutschen Oper, Carl Ebert, kam aus Argentinien, wohin er sich zunächst geflüchtet hatte, nach

Ankara und legte den Grundstein für das türkische Staatstheater und die Staatliche Oper. Ernst Praetorius, Generalmusikdirektor des Deutschen Nationaltheaters Weimar, dirigierte nun das Philharmonische Orchester des türkischen Staatspräsidenten. Der Musikpädagoge Eduard Zuckmayer führte modernen Musikunterricht an türkischen Schulen ein und adaptierte deutsche Lieder für die türkische Sprache.

Clemens Holzmeister, Architekturprofessor an der Wiener Akademie der bildenden Künste und Präsident des Österreichischen Werkbunds, entwarf unter anderem die Stadtvilla Atatürks in Cankaya und das Parlamentsgebäude.

Der Pädiater Albert Eckstein leitete die Kinderklinik am Numune-Krankenhaus Ankara und zog gemeinsam mit 31 deutschen Ärzten durch die Dörfer Anatoliens und brachte den Kindern dort Heilung.

Diese Menschen, die vor Hitlers Repressionsregime geflüchtet waren, leisteten dank Atatürks Vision einen ungeheuren Beitrag für den Aufbau der jungen, auf westliche Werte gründenden Republik.

Sie konnten, unbehelligt von der nationalsozialistischen Anschuldigung, Vaterlandsverräter zu sein, ihre Berufe weiter ausüben und zugleich gemeinsam mit anderen Exilierten darangehen, eine Zukunft für Deutschland zu entwerfen. Ihre Zahl stieg stetig weiter und erreichte schließlich etwa 1.000. Als sie nach dem Krieg in ihr Land zurückkehrten, bauten sie Deutschland neu auf.

„Die Republik, die gerade seit zehn Jahren bestand, brauchte Menschen, die fähig waren, die von den Osmanen übernommenen Institutionen zu modernisieren.“

Ernst Reuter etwa, der 1946 zurückkehrte, wurde Oberbürgermeister von West-Berlin und prägte die deutsche Geschichte in unvergesslicher Weise. Eduard Hirsch wurde Rektor der Freien Universität Berlin. Manche, wie etwa Eduard Zuckmayer, fanden dagegen in der Türkei ihre letzte Ruhestätte.

Als ich nach Berlin kam, dachte ich, dass ich das Schicksal dieser Menschen, derer wir voller Bewunderung und Dankbarkeit gedenken, nun umgekehrt erlebte. Das Regime, vor dem sie 80 Jahre zuvor geflüchtet waren, verdeckte nun den Himmel über der Türkei. Eine Partei, die bei den Wahlen 45 Prozent bekommen hatte, ließ oppositionelle Abgeordnete verhaften und hatte begonnen, das Land mit Dekreten zu regieren. Eines ihrer ersten Ziele waren die Universitäten. Regierungskritische Wissenschaftler wurden von den Hochschulen entfernt.

Nun war Deutschland an der Reihe, den von diesem Regime Bedrohten die Arme zu öffnen. Und an uns war es, unbehelligt von der Anschuldigung, Landesverräter zu sein, unser Engagement fortzuführen und den Faschismus zu besiegen...

Kaum in Berlin angekommen, machte ich mich daran, Deutschland und Europa von der Türkei zu berichten. In zwei Wochen besuchte ich neun Städte in sechs Ländern. Als jemand, der den Brand gesehen, das Feuer berührt und sich die Haut verbrannt hatte, eilte ich atemlos von einem Ort zum anderen und rief: „Es brennt bei uns, seht ihr das denn nicht!“, bemüht, alle aufzurütteln, mit denen ich redete.

Das einzige laizistische und demokratische Land der islamischen Welt, ein frühes Mitglied des Europarats, verwandelte sich vor aller Augen in ein totalitäres Regime. Die hartnäckig ignorierte „andere Türkei“ aber kämpfte gegen den Tod.

Ich wollte, dass alle das wahrnahmen, dass sie sich für die demokratischen Kräfte in der

## Globale Herausforderungen

Türkei einsetzen, sie zumindest nicht in den Schatten stellen.

Die europäischen Regierungen verschlossen die Augen und wandten den Kopf ab. Ihr Schweigen bedeutete Unterstützung für die Repression.

Kann ein Kontinent Angst haben? Europa hatte Angst.

In der Angst, Millionen Flüchtlinge, die aus dem brennenden Nahen Osten flohen, würden seine Länder stürmen, den Menschen hier die Arbeit wegnehmen und ihr Leben auf den Kopf stellen, wartete Europa ab, seine Pforten und Lippen fest geschlossen.

Den einzigen Ausweg sah es darin, der Türkei, die großzügig ihre Tore für drei Millionen Flüchtlinge geöffnet hatte, Geld für deren Aufnahme zu geben sowie das Versprechen auf Visumsfreiheit für türkische Bürger. Allerdings gab es noch einen weiteren Preis dafür zu bezahlen:

Die Augen verschließen vor jedweder Repression des „Wächters“, mit dem man übereingekommen war, dass er die Tore der Flüchtlingslager hüten würde. Und sich aller Reaktionen enthalten, die ihn verärgern könnten.

Bei der kleinsten Beschwerde drohte der Wächter: „Ich öffne die Tore, dann werdet ihr schon sehen!“

Angesichts dieser Drohung von Erdoğan schwieg Europa. Erdoğan bezog seine Stärke gegenüber Europa aus dieser demütigen Haltung. Und wir saßen auch aufgrund dieses bangen Schweigens, dieser gewissermaßen indirekten Zustimmung im Gefängnis oder im Exil.

Diese Haltung Europas enttäuschte Millionen von Menschen, die Repressalien erlitten, weil sie für europäische Werte eintraten, für Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltentrennung, Pressefreiheit, Laizismus, die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sie sahen, wie leicht

der alte Kontinent um tagespolitischer Interessen willen seine Grundprinzipien preisgab.

Wenn ich meine Gesprächspartner darauf hinwies, senkten sie beschämt den Kopf und murmelten: „Aber Sie wissen doch, die Flüchtlingsfrage ist ungeheuer wichtig.“

Doch es ging nicht allein um die Flüchtlinge. Seit einem halben Jahrhundert ist die Türkei der treue Soldat des Westens, der die Südostgrenze der Nato bewacht. Sie ist ein unverzichtbarer Markt für das europäische Kapital. Und ein ausgezeichneter Kunde, der jedem Waffenhändler das Wasser im Munde zusammenlaufen lässt. Allein durch den massiven Anstieg der Waffenkäufe im Jahr 2016 rückte die Türkei in der Liste der Länder, die von Deutschland Rüstungsgüter kaufen, von Platz 25 auf Platz 8 vor.

Offensichtlich sieht man in einigen Hauptstädten und Kapitalkreisen ein stabiles repressives Regime in der Türkei lieber als demokratische Instabilität. Das bedeutet auch, dass zur Verteidigung der Werte, die als westliche gelten, gegebenenfalls auch gegen den Westen gekämpft werden muss. Genau wie Atatürk es während des nationalen Befreiungskriegs in den 1920er Jahren tat.

Glücklicherweise besteht der Westen nicht allein aus ängstlichen Regierungschefs, schwachen Führungen und Geschäftemachern. Überall, wo ich hinkam, lernte ich auch Po-

„Das einzige laizistische und demokratische Land der islamischen Welt, ein frühes Mitglied des Europarats, verwandelte sich vor aller Augen in ein totalitäres Regime. Die hartnäckig ignorierte ‚andere Türkei‘ aber kämpfte gegen den Tod.“

litiker, Nichtregierungsorganisationen, Berufsverbände und Journalistenkollegen kennen, die diese Politik kritisierten und unseren Kampf unterstützten, und verstand, dass wir nicht allein waren. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen setzten sich für uns ein, vom internationalen Schriftstellerverband PEN bis zu Reporter ohne Grenzen, vom Komitee zum Schutz von Journalisten CPJ bis zu Amnesty International. Da nun einmal die europäischen Regierungen wegen des Flüchtlingsabkommens in Schweigen verfallen waren, kam es nun darauf an, die Beziehungen zu Europa über die diplomatische und militärische Ebene hinaus zu entwickeln, die „andere Türkei“ musste nachhaltige, persönliche und lokale Verbindungen in die europäischen Parlamente, zu Kommunen, Berufsverbänden, NGOs und zur Öffentlichkeit herstellen.

Es galt, mehr Partnerstädte zu gewinnen und Austauschprogramme für Lehrer und Schüler zu fordern. Anwaltskammern, Kammern anderer Berufsgruppen, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände, Journalisten sollten sich solidarisieren. Wirtschaftsverbindungen auf kleiner und mittlerer Ebene mussten ausgebaut werden. Gemischte Parlamentsausschüsse sollten gebildet werden. Gemeinschaftliche Kunstprojekte, Festivals waren zu unterstützen, Filme und Serien sollten gemeinsam gedreht werden, Bücher in beiden Sprachen erscheinen. Den Türkei-Europa-Beziehungen, die sich auf höchster Ebene in Verhandlungen verrannt hatten, sollte eine Welle von unten aufhelfen. Wir wollten keine Barmherzigkeit vom Westen, wir waren auf der Suche nach einer dauerhaften, gesunden, demokratischen Beziehung auf Augenhöhe, die nicht auf Abhängigkeit, Ausbeutung und Erpressung beruhte. Anders als die Regierungen lieb das „oppositionelle Europa“ der Stimme der oppositionellen Türkei sein

Ohr. Dieses Interesse störte Ankara schon bald. Am 31. Oktober 2016 riss mich um fünf Uhr morgens der Aufschrei meines Handys aus dem Schlaf. Ein Anruf um diese Zeit bringt immer schlechte Nachrichten. Hasan Cemal war dran. „Steh auf, Junge, Überfall!“ Ich fuhr hoch, wie von einer Bettfeder geschleudert.

*„Sie stürmen die ‚Cumhuriyet‘!“*

„Was für ein Überfall?“

„Sie stürmen die ‚Cumhuriyet‘!“

Ich war in Köln. Es war der Morgen nach einer misslichen Nacht. Ich war zur Gedenkfeier für einen alten Freund nach Köln gefahren. Tarik Akan, der unvergessene Star des türkischen Kinos und Kämpfer für die Demokratie, war vor einigen Wochen seiner Krankheit erlegen. Wir hatten gemeinsam Dokumentarfilme gedreht, Gespräche geführt, Reisen unternommen.

Zu der Feier in Deutschland sollten seine Familie und Freunde nach Köln kommen. Darunter enge Freunde von mir, auch mein Freund und Anwalt Akin Atalay, der Herausgeber der „Cumhuriyet“. „Wir sehen uns da“, hatten wir am Telefon vereinbart. Ein paar Wochen wartete ich auf eine Einladung; als niemand anrief, fuhr ich einfach hin. Immerhin sehe ich meine Freunde dort, dachte ich. Ich sah die Freunde in Köln und zugleich, wie sehr sich das Leben verändert hatte. Und erlebte einen der schwersten Tage meines Lebens im Exil.

Hast du eine herzliche Atmosphäre der Freundschaft verlassen, glaubst du, dein Platz werde dir warmgehalten, auch wenn Zeit vergeht, das hoffst du zumindest. Doch es kann vorkommen, dass das Leben den Platz, die Speise, die Freundschaften abkühlen lässt. Einige Freunde umarmten mich innig wie stets, manche zeigten noch mehr Nähe als früher,

## Globale Herausforderungen

brachten gar Koffer voller Kleider von zu Hause für mich mit, doch in den Augen anderer spürte ich die Eiskälte des Argwohns. Mich froh.

Ihr Verhalten zeigte deutlich, wie ungelegen es ihnen kam, dass ich uneingeladen aufgetaucht war. Misstrauten sie mir, oder hatten sie Sorge, mit mir zusammen gesehen zu werden? Warum hatten sie mich nicht eingeladen, obwohl sie doch wussten, dass ich in Deutschland war? Oder sollte etwa ...?

Ich stellte dort fest, dass ich nicht nur von der Regierung als Aussätziger behandelt wurde, sondern auch in einigen Bezirken „unseres Viertels“. Einer der Veranstalter fühlte sich hektisch zu einer Erklärung genötigt, ohne dass ich danach gefragt hatte: „Wir haben dich unterstützt, als du im Gefängnis saßest, wie du weißt. Bei dieser Feier aber wollten wir die Politik außenvorlassen. Deine Situation ist ja bekannt ...“

Meine Situation? Da ging mir ein Licht auf. Der Wind hatte sich gedreht: Ich war ein vom Staat gesuchter „Verbrecher“. Ein Attribut, das die Feier und die Teilnehmer bei ihrer Rückkehr in die Türkei gefährden konnte. Wie eine ansteckende Krankheit hatte die Angst also auch hier Einzug gehalten.

„Versteh es nicht falsch, wir fürchteten, durch deine Teilnahme könnte die Feier eine andere Richtung bekommen. Den Saal in der Universität haben wir nur bekommen, weil wir dafür garantiert haben, dass es keine politische Veranstaltung wird.“ Jeder Satz, der erklären sollte, vertiefte nur meine Enttäuschung. „Nicht das Schwert tötet den Helden, sondern ein böses Wort, pflegte mein seliger Vater zu sagen. Ich war es gewohnt, von Gegnern ausgegrenzt zu werden, bei Freunden aber traf mich das unvorbereitet. Die stacheligen Attacken Erdogans taten nicht weh, doch jetzt stach mir eine Rose in die Hand, als ich an ihr schnuppen wollte, eine Rose, die ich kannte.

Ich bemühte mich zu kaschieren, wie verletzt ich war. Wir gingen alle gemeinsam essen an jenem Abend. Ohne um Erlaubnis gebeten zu haben, teilte ich ein Foto als glückliche Erinnerung auf Twitter, versehen mit der Zeile: „Unter Freunden / Am Tisch der Sonne.“ Dass ich sie damit in Schwierigkeiten brachte, wurde mir erst später klar.

Ebenso, dass ich nicht mehr „der alte Can“ war. Es war riskant, mit mir auf einem Foto abgebildet zu sein, ein Risiko, das einen teuer zu stehen kommen konnte. So warteten denn auch die regimetreuen Medien nicht einmal den Morgen ab, sondern brandmarkten sie alle noch in der Nacht auf ihren Internetseiten. Mit der Bürde dieses Wissens war ich zu Bett gegangen. Mit der Nachricht vom Überfall stand ich am nächsten Morgen auf.

Winston Churchill hatte einst gesagt: „Wenn es morgens um sechs Uhr an meiner Tür läutet und ich sicher sein kann, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe.“ Wir dagegen hatten in der Schule des Lebens gelernt, dass es die Polizei ist, wenn es morgens an der Tür läutet. In der Morgendämmerung läutete es an 16 Türen. Vom Vorsitzenden der Stiftung, die die „Cumhuriyet“ herausgibt, bis zum Chefredakteur, vom Kolumnisten bis zum Karikaturisten, vom Buchhalter bis zum Anwalt wurde die gesamte Führungsriege der Zeitung aus dem Bett geholt und festgenommen. Wir hatten die Operation seit Monaten erwartet. Meine Frau Dilek war in Izmir, welch glücklicher Zufall. Als niemand die Tür öffnete, hatte die Anti-Terror-Einheit die Nachbarn aus dem Bett geholt und genötigt, Dilek anzurufen. Als ich mit ihr sprach, war sie wieder einmal gelassen und mutig:

„Normalerweise lassen sie einen Schlosser öffnen und gehen rein, aber als ich sagte, ich komme sofort, wollten sie warten. Ich fliege gleich hin und schließe ihnen auf.“ Die Heim-

suchung stand buchstäblich bei uns vor der Tür. Ich versuchte sofort, die Mitarbeiter der Zeitung zu erreichen. Die Telefone waren ausgeschaltet. Die meisten hatte man auf die Polizeiwache mitgenommen.

Hilflos verfolgte ich auf dem Fernsehbildschirm, wie meine Kollegen von Polizisten abgeführt wurden. Es kamen Freunde, die am Morgen davon gehört hatten. Alle waren besorgt: Manche fürchteten, bei der Zeitung würde ein Zwangsverwalter eingesetzt werden, andere waren in Panik, bei der Rückkehr womöglich selbst verhaftet zu werden.

Abgeordnete fragten uns verzweifelt: „Was sollen wir tun?“, meine engsten Freunde: „Schreib vorerst nichts, zieh dich in ein Dorf in den Bergen zurück, bring dich eine Weile in Vergessenheit.“ Solche Worte, die Atmosphäre des Niedergangs, die Verzweiflung ringsum stachelten mich nur weiter auf.

Ich bemühte mich, ruhig zu bleiben. Bald bekam das Geschehen Konturen: Wegen angeblicher „Unterstützung und Beihilfe für PKK und FETO17“ waren Ermittlungen eingeleitet und Festnahmen angeordnet worden. Über die Ermittlungen war Geheimhaltung verhängt worden, um Debatten von vornherein zu unterbinden.

Die „Cumhuriyet“ war ein Titan, ebenso alt wie die Republik, deren Namen sie trägt. Atatürk persönlich hatte sie gegründet. Sie war die älteste und angesehenste Zeitung der Türkei. Ihr Einfluss war weit größer als ihre Auflage. Zu allen Zeiten war sie für Demokratie, La-

izismus, Freiheit und das Gedankengut der Aufklärung eingetreten, immer wieder hatte sie dafür teuer bezahlen müssen. Sechs ihrer Autoren hatte sie bei Attentaten verloren, unzählige waren ins Gefängnis gesperrt worden, mehrfach war sie verboten worden, es war auf sie geschossen worden, sie war zensiert worden, doch geschwiegen hatte sie nie, nie hatte man sie zum Schweigen bringen können.

Die Cumhuriyet war eine der letzten Bastionen, die sich Erdoğan, der die zentralen Medien übernommen und sein eigenes Medienimperium errichtet hatte, entschieden entgegenstellte. In unserer Abwesenheit hatten sie nun diese Festung attackiert und unsere Kollegen als Geiseln genommen. Nun mussten wir uns für ihre Befreiung einsetzen und unsere Bastion verteidigen.

In meiner Kolumne, die am nächsten Tag erscheinen sollte, schrieb ich: „Wir wissen, warum ihr durchdreht: Ihr hofft, wenn es euch gelingt, diese Zeitung zu fällen, habt ihr damit eine weitere wichtige Kurve auf dem Weg zur Abschaffung der Republik, deren Namen die ‚Cumhuriyet‘ trägt, genommen. (...) Ihr könnt nicht hinnehmen, dass die Republik nicht kapituliert, sondern ganz im Gegenteil viele für sie eintreten. ‚Wir drangsalieren sie nach Kräften, doch sie geben immer noch nicht auf‘, wütet ihr. Eure Kultur ist die Kultur der Unterwerfung, deshalb ist euch diese Art der Auflehnung fremd. Es ist uns eine Pflicht, euch damit bekanntzumachen.“

Mittags kam Dilek Hals über Kopf aus Izmir nach Istanbul zurück. Sechs Polizisten standen seit dem Morgen vor der Tür. Treue Freunde, die von der Sache gehört hatten und sofort zu unserem Haus eilten, waren noch vor Dilek eingetroffen. Wie es weiterging, hörte ich am Telefon gewissermaßen live mit: Der Einsatzleiter schickte seine Leute in mein Arbeitszimmer mit der Anweisung: „Ihr wisst, wir suchen digital!“ Das bedeutete im Klar-

„Wenn es morgens um sechs Uhr an meiner Tür läutet und ich sicher sein kann, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe.“

*Winston Churchill*

## Globale Herausforderungen

text: „Kümmert euch nicht um die Bücher, schaut euch Computer und Telefone an!“ In meinem geräumigen Arbeitszimmer wurden die Bibliothek, Ordner und Schubladen durchsucht, drei Stunden später war nichts Handfestes gefunden worden, nur mein altes Handy wurde beschlagnahmt. Nach der Durchsuchung verfolgte ich im Fernsehen, wie Dilek vor der Haustür in die wartenden Kameras sprach: „Can hat so viele Bücher, deshalb hat es so lange gedauert.“

Auf die Frage, ob ihr Mann in die Türkei zurückkommen werde, antwortete sie: „Can ist zur Fahndung ausgeschrieben. Man hat ihn hier leider zur Zielscheibe gemacht. Bei der Rückkehr würde man ihn sofort festnehmen. Ich halte es für besser, wenn er nicht zurückkommt.“

Wir waren jetzt mit folgender Frage konfrontiert: „Werden sie zurückkommen?“

Konnten wir draußen bleiben nun, da unsere Zeitung gestürmt und unsere Kollegen hinter Gitter gebracht worden waren? Sollten wir heimkehren und mit ihnen gemeinsam ins Gefängnis gehen oder bleiben und uns hier weiter engagieren? Am besten war es wohl, ein paar Tage zu beobachten, wie sich die Lage entwickelte, und dann mit klarem Kopf eine Entscheidung zu treffen.

Am nächsten Tag erschien die „Cumhuriyet“ mit der Schlagzeile: „Wir geben nicht auf“. Hunderte Leser waren zur Zeitung gekommen und hatten bis in die Nacht hinein vor der Tür Wache gehalten. Der Chef der größten Oppositionspartei hatte die Zeitung besucht. Es hagelte Proteste aus aller Welt. Die Erdoğan-nahe Presse dagegen triumphierte. Die Zeitung „Takvim“ berichtete von dem Überfall unter der Schlagzeile: „Operation gegen die Terrorfestung – das war überfällig“.

Unter dem Foto von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, der sagte: „Die Türkei hat die rote Linie überschritten“, hieß es:

„Deutschland in Panik“. Dabei hatte Merkel die Festnahmen nicht einmal verurteilt. Nur der Verband deutscher Zeitungsverleger hatte erklärt, das Schweigen der Kanzlerin sei nicht hinnehmbar. Die Sache war in der deutschen Geschichte ja nicht unbekannt: Am Abend des 26. Oktober 1962 hatten Polizisten die Räume des „Spiegel“ durchsucht, in der Folge kamen Herausgeber Rudolf Augstein und die Verfasser des Artikels, der den Polizeieinsatz ausgelöst hatte, in Untersuchungshaft, genau wie uns wurde ihnen Verrat von Staatsgeheimnissen vorgeworfen. Kanzler Adenauer bezichtigte Augstein des Landesverrats, genau wie Erdoğan uns.

Die Ermittlungen gegen den Spiegel wurden in Deutschland als Anschlag auf die Pressefreiheit gewertet, die Öffentlichkeit stellte sich hinter die inhaftierten Redakteure, genau wie unsere Leser und Berufsverbände sich an unsere Seite stellten. Hier aber enden die Ähnlichkeiten. Die „Spiegel“-Affäre wurde zum Wendepunkt im Kampf für die Pressefreiheit in Deutschland, der Verteidigungsminister zahlte den Preis für die Überschreitung seiner Kompetenzen mit dem Rücktritt, bald darauf

„Am Abend des 26. Oktober 1962 hatten Polizisten die Räume des ‚Spiegel‘ durchsucht, in der Folge kamen Herausgeber Rudolf Augstein und die Verfasser des Artikels, der den Polizeieinsatz ausgelöst hatte, in Untersuchungshaft, genau wie uns wurde ihnen Verrat von Staatsgeheimnissen vorgeworfen. Kanzler Adenauer bezichtigte Augstein des Landesverrats, genau wie Erdoğan uns.“

stürzte das gesamte Kabinett. In der Türkei dagegen wurden nach der Veröffentlichung der Video-Aufnahmen in der „Cumhuriyet“ die Verantwortlichen für den Skandal befördert, Premier Erdoğan wurde Staatspräsident. Das türkische Gericht verurteilte die Journalisten wegen „Enthüllung von Geheimdokumenten“, der Bundesgerichtshof in Deutschland dagegen hatte die Klage gegen Augstein fallengelassen und in seinem Urteil nicht die Journalisten verurteilt, die ihre berufliche Pflicht erfüllt hatten, sondern Politiker wegen Amtsmissbrauchs getadelt. Der „Spiegel“ ging als Sieger aus der Affäre hervor, 55 Jahre später dagegen wurde die „Cumhuriyet“ mit einer groß angelegten Operation in die Zwingen genommen. Den Unterschied zwischen beiden Fällen macht aus, dass Deutschland die furchtbaren Folgen einer unkontrollierten, die Gewaltenteilung missachtenden, autoritären Macht in der eigenen Geschichte erlebt hatte. Und natürlich, dass es Wert legte auf unabhängige Justiz, Rechtsstaatlichkeit, parlamentarische Kontrolle und eine organisierte Zivilgesellschaft. Wir erwarteten, dass man die gleiche Sensibilität nun auch uns gegenüber an den Tag legen würde. In der Türkei brachten regimetreue Medien meine Statements, in denen ich das Schweigen der deutschen Regierung verurteilte, mit der Schlagzeile: „Aus Can wurde Hans“. Ihre Lügen kannten keine Grenzen. Eine unglaubliche Negativpropaganda hatte eingesetzt, auf die im Einzelnen zu reagieren uns die Kraft, die Geduld und die Zeit fehlte. Mit Beleidigungen, Verdrehungen und Fake-News wurden wir tagtäglich von den Titelblättern attackiert. Das gesamte „Material“, das wir später in der Anklageschrift wiederfanden, stand bereits auf ihren Seiten: Unsere Berichte, unsere Kommentare, unsere Schlagzeilen. Unsere Schuld war es, Journalisten zu sein. Engagierte Journalisten, die jede Untat der Regierung aufdeckten. Bitter war, dass auch ein paar chema-

lige „Cumhuriyet“-Mitarbeiter, die es auf unsere Stellen bei der Zeitung abgesehen hatten, in den Chor mit einstimmten, sie kritisierten uns und hofften auf Positionen unter einer neuen Führung. Gemeinsam mit „Cumhuriyet“-Mitarbeitern, die zu der Veranstaltung nach Köln gekommen waren, besprach ich die Lage. Ich war dafür, nicht zurückzukehren. Ich hatte das Gefängnis kennengelernt, das Problem sah ich weniger in erneuter Inhaftierung als vielmehr darin, dass die Justiz mittlerweile vollständig außer Kraft gesetzt war. Einmal hinter Gittern, gab es inzwischen kaum eine Chance, wieder freizukommen. Der Journalist Cem Kucuk, der als Sprachrohr der Regierung fungierte, ließ im Fernsehen Drohungen vom Stapel: „Ihr werdet krepieren, ob auf dem Rechtsweg oder auf anderen Wegen!“

### *Verhaftung von Oppositionspolitikern*

Wenn man uns verhaften würde, war niemand mehr da, der die Zeitung administrativ leiten konnte. Die Einsetzung eines Zwangsverwalters konnte aufs Tapet kommen. Ich versuchte, die Kollegen zu überzeugen: „Wir können von hier aus viel besser agieren.“ Am Tag des Feuers waren wir nicht im Haus gewesen und diskutierten nun, ob wir uns hineinstürzen und die Freunde und Kollegen retten sollten oder von außen Wasser herbeischaffen. Wir suchten nach einer Entscheidung zwischen Haft und Exil.

Draußen zu sein, während die anderen drinnen waren, war eine schwere moralische Bürde. Dazu käme noch die Last des Spruchs: „Er hat sich davongemacht.“

Drei Tage nach dem Überfall auf die „Cumhuriyet“ wurden die beiden Ko-Vorsitzenden der HDP, der zweitgrößten Oppositionspartei der Türkei, Selahattin Demirtaş und Figen Yükseskağ, festgenommen. Erdoğan steuerte

## Globale Herausforderungen

jetzt auf die Felsen zu. Die Türkei entglitt uns und raste in Richtung Diktatur.

In diesem Klima verkündete der Herausgeber der Zeitung Akın Atalay seine Entscheidung: „Ja, sie werden mich direkt vom Flughafen ins Gefängnis bringen. Aber als Vorsitzender der „Cumhuriyet“-Stiftung kann ich in diesen Zeiten nicht draußen bleiben. Es hat mehr Wirkung, wenn ich im Gefängnis bin. Bleibe ich im Ausland, führt das zu der Auffassung, ich hätte mir etwas zuschulden kommen lassen. Auch wird meine Rückkehr eine moralische Unterstützung für die Kollegen sein.“

„Dann gehen wir zusammen zurück“, warf ich ein. „Du musst hierbleiben“, entgegnete er. „Bei dir ist nicht nur deine Freiheit bedroht, sondern dein Leben. Selbst in der Haft besteht die Gefahr, dass sie dich umbringen. Außerdem kannst du hier deinen Beruf ausüben, kannst dir von hier aus in aller Welt Gehör verschaffen. Für mich wäre das schwierig.“

Seine Entscheidung war gefallen. Was ich auch sagte, war vergebens. Sollte auch ich zurückkehren? Sollte ich dem Exil die Haft vorziehen? Sollte ich eine Gefangenschaft von ungewisser Dauer in Kauf nehmen? Ich würde nicht in ein Land, sondern ins Gefängnis zurückkehren, in eine Zelle aus Beton. Überdies war diese Zelle nicht mehr dieselbe, in der ich ein Jahr zuvor gesessen hatte. Das Klima der Repression, das das ganze Land erfasst hatte, zeigte sich auch dort. Das Recht, unsere Anwälte zu sehen, wann wir wollten, und mit ihnen so lange zu reden, wie wir wollten, hatte man uns genommen. Die jetzt inhaftierten Kollegen durften nur noch einmal in der Woche für eine Stunde ihren Anwalt sprechen. Familienbesuch war von einer Stunde wöchentlich auf einmal alle zwei Wochen reduziert worden. Ebenso das Recht zu telefonieren. Briefe zu bekommen und Briefe zu schreiben, war verboten worden. Als ich gefangen war, konnte ich Artikel schreiben, konnte mich an die Welt

wenden, das war jetzt unmöglich.

Als ich etwa den bekannten Schriftsteller, Journalisten und Herausgeber der Zeitung „Taraf“ Ahmet Altan über seine Tochter für die Türkei-Sendung von „Aspekte“ (der Kultursendung im deutschen Fernsehen) um einen Text bat, ließ er mir ausrichten: „Ich werde schweigen. Das ist meine Botschaft.“ Es war der stumme Aufschrei eines Autors. So weit war es gekommen. Im Studio „verlas“ ich Ahmets Botschaft in Form einer Schweigeminute, zuvor bat ich die Zuschauer, an die im Gefängnis zum Schweigen gebrachten Schriftsteller und Journalisten zu denken.

Silivri, wo sich die Haftanstalt für politische Gefangene befindet, war zum Bezirk mit der höchsten Alphabetisierungsrate der Türkei geworden, die Bücher, die dort zurzeit Inhaftierte geschrieben hatten, standen in der Gefängnisbibliothek, wurden ihnen aber nicht ausgehändigt. Bitterer noch war, dass die Höfe hinter den Zellen, der einzige Ort, von dem aus die Gefangenen den Himmel sehen konnten, vergittert worden waren, um Kommunikation unmöglich zu machen.

In seinem berühmten Gedicht schrieb Sabahattin Ali: „Auch wenn du das Meer nicht siehst / Heben den Kopf / Der Himmel ist wie das Meer / Nimm es nicht schwer, Herz, nimm es nicht schwer.“ Hoben sie jetzt den Kopf, sahen sie nur einen vergitterten Himmel.

In einer tauben Zelle aus Beton hatte man die politischen Gefangenen stumm gemacht. Zurückzugehen bedeutete nicht bloß, eingekerkert zu werden, sondern auch Verstummen.

Ich fasste meinen Entschluss: Ich bleibe und rede. Ich werde jenen eine Stimme sein, die nicht reden können. Am nächsten Tag sah ich in den Nachrichten, wie Akın beim Ausstieg aus dem Flugzeug abgeführt wurde. Er war wegen „Fluchtgefahr“ verhaftet worden.

Nach dem Überfall auf die „Cumhuriyet“ hatte der Deutschlandvertreter von Reporter

ohne Grenzen, Christian Mihr, meine Bitte um ein Gespräch übermittelt. Der Bundespräsident hatte sogleich zugestimmt. Eine Woche später war ich bei ihm im Schloss. Fünf seiner Berater und seine Lebensgefährtin waren bei unserem Gespräch zugegen.

Dieser Empfang auf allerhöchster Ebene war per se eine wichtige Botschaft: Zuallererst die Botschaft an uns, also die Journalisten, die sich für Pressefreiheit einsetzen: „Ihr seid nicht allein.“ Dann die Botschaft an die türkische Regierung: „Wir wissen, dass die Menschen, die Sie als Terroristen einstufen, für die Wahrheit und für die Freiheit eintreten.“ Und vielleicht auch eine Botschaft an die deutsche Regierung: „Schaut nicht zu, wenn universale Werte mit Füßen getreten werden!“

Vor dem Besuch hatte ich Gaucks Biografie studiert. Die Vermutung lag nahe, dass sein Interesse nicht allein politisch motiviert war, sondern ebenso persönlich. Aufgrund seiner Herkunft und aus seiner Familiengeschichte wusste er, was ein repressives Regime bedeutet. Er hatte selbst unter einem solchen Regime gelebt. Sein Vater war wegen Spionage verurteilt, misshandelt und in die Verbannung geschickt

„Nun empfing er in seinem Schloss einen Journalisten, der in einem anderen Land wegen Spionage angeklagt und inhaftiert worden war, weil er ein staatliches Verbrechen aufgedeckt hatte, und setzte damit ein großes Zeichen der Solidarität. Zwar ging ich allein in das Gespräch, doch ich spürte, dass mit mir gemeinsam alle einhundertfünfzig in der Türkei inhaftierten Journalisten geladen waren.“

worden. Ihn selbst hatte in der DDR lange die Stasi verfolgt. Nach dem Fall der Mauer hatte er erlebt, wie das Regime der Unterdrückung an einem einzigen Tag fiel, später öffnete er die Stasi-Archive der Öffentlichkeit und deckte von der Polizei begangene Verbrechen auf.

Nun empfing er in seinem Schloss einen Journalisten, der in einem anderen Land wegen Spionage angeklagt und inhaftiert worden war, weil er ein staatliches Verbrechen aufgedeckt hatte, und setzte damit ein großes Zeichen der Solidarität. Zwar ging ich allein in das Gespräch, doch ich spürte, dass mit mir gemeinsam alle 150 in der Türkei inhaftierten Journalisten geladen waren.

Die Mitarbeiter meiner Zeitung, die im Morgengrauen aus ihren Betten heraus verhaftet worden waren, standen gewissermaßen an meiner Seite. Ebenso all meine Kollegen, die aus verbotenen Fernsehsendern entlassen, aus Radioredaktionen zum Teil an den Haaren hinausgezerrt worden waren. Und die Funktionäre und Mitarbeiter all der verbotenen Zeitungen, Zeitschriften und Verlage. Auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die von ihren Universitäten entfernt, verhaftet und eingesperrt worden oder ins Exil gegangen waren, weil sie einen Aufruf für den Frieden unterzeichnet hatten. Ich sprach in ihrer aller Namen.

Weniger wie ein Politiker, viel eher wie ein Philosoph interessierte sich der Bundespräsident dafür, wie eine demokratiefeindliche Haltung in einer Demokratie Wurzeln schlagen, wie dieser „strukturelle Widerspruch“, diese „Entfremdung“ soweit gedeihen kann, dass sie die Demokratie gefährdet.

„Wir würden gern von Ihnen hören, was in der Türkei vor sich geht“, sagte er und gab mir das Wort. Ich berichtete, wie das Stiefkind im fernsten Winkel Europas unter massiver Repression hart für Demokratie, Laizismus, Freiheit und Menschenrechte kämpfte. Wie

## Globale Herausforderungen

die europäischen Regierungen sich in diesem Kampf auf die falsche Seite stellten. Wie sich die fortschreitende Repression und Polarisierung, die sich ausweitende Auseinandersetzung in der Türkei um ein Vielfaches gesteigert auf Europa auswirkten. Dass es nicht nur ein Verlust für die Türkei wäre, wenn das einzige Beispiel einer laizistischen Demokratie in der islamischen Welt zugrunde ginge.

Vermutlich versetzte mein Bericht den Bundespräsidenten auf eine Reise in seine ostdeutsche Vergangenheit und rief ihm die harsche Unterdrückung, die er seinerzeit im eigenen Land erlebt hatte, die schwierigen Kämpfe der Bürger und wohl auch seiner Familie ins Gedächtnis. Vielleicht dehnte er deshalb das Gespräch aus, obwohl seine Assistenten längst höflich an die Zeit erinnerten. Nach anderthalb Stunden sagte er: „Ich hätte gern noch mehr gehört.“

Als ich Schloss Bellevue verließ, fühlte ich mich, als hätte ich soeben nicht mit einem Staatspräsidenten gesprochen, sondern mit einem Leidensgenossen, der Drangsalierung, Repressalien, Zensur genau kannte, der dagegen kämpfte und all jene wertschätzte, die ebenfalls diesen Kampf führten. Wieder einmal war ich überzeugt, dass auch die Türkei diese finstere Phase überwinden würde.

Eine Mauer, die Kummer und Leid barg und für unverrückbar gehalten wurde, konnte eines Tages fallen, sogenannte „Verräter“ konnten auf einen Schlag mit „Helden“ die Plätze tauschen und jene, die hinter Gittern saßen, mit jenen, die in Palästen residierten.

Auch wir werden erleben, dass unsere Mauer fällt, dass die Archive der Geheimpolizei, die uns verfolgt, der Allgemeinheit geöffnet werden; jenen, die leiden, müssen wir Hoffnung machen und ihnen frühere Beispiele vor Augen führen.

Am Abend nach dem Treffen in Schloss Bellevue nahm ich neben Martin Schulz, der

in seiner Dankesrede rühmende Worte auch über uns sprach, die „Goldene Victoria“ des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger VDZ entgegen.

Bei der Zeremonie wechselte ich mit dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier ein paar Worte über die Türkei und Erdoğan. Ohne es zu ahnen, sprach ich am selben Tag mit dem amtierenden Bundespräsidenten und seinem Nachfolger im Abstand von nur einer Stunde.

Noch in der Nacht flog ich nach Frankreich. Am folgenden Tag empfing mich die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, im Stadtrat und verlieh mir die Ehrenbürgerwürde. „Ihr Engagement findet hier ein Echo, wir unterstützen Sie“, erklärte sie. Anschließend erinnerte sie, damit es mir in schwierigen Zeiten im Ohr sei, an das lateinische Motto im Pariser Stadtwappen, das auf ein Schiff anspielt:

Fluctuat nec mergitur. Sie schwankt, geht aber nicht unter. Genau wie die „Cumhuriyet“.

### *Erdoğan schnaubt*

Der Protest aus dem türkischen Präsidentenpalast gegen das Treffen in Schloss Bellevue ließ nicht lange auf sich warten. „Es ist ein Skandal, dass der deutsche Bundespräsident einen wegen Terrorismus Angeklagten in seinem Amtssitz empfängt“, schnaubte Erdoğan.

Das war das Kommando: „Annonce!“ Das von ihm befehligte Heer der Trolle und die loyalen Medien gingen sogleich zum Angriff über. Ich hatte mich daran gewöhnt, dass auf Applaus stets Buhrufe folgten. Allerdings war der Preis für den Applaus diesmal hoch. Am Tag nach dem Treffen, am 8. November, machten die Zeitungen der Regierungsseite mit folgenden Schlagzeilen auf: „Gauck empfing den

Landesverräter“, „Wegen Spionage Angeklagter im deutschen Präsidentenpalast“, „Verleiht ihm noch den Großen Verdienstorden!“

In der Zeitung „Star“ schrieb ein Kolumnist: „Das ist jetzt eine Sache des Geheimdienstes. Wie damals Ocalan gefasst und in die Türkei gebracht wurde, wird auch Can Dündar in einer geheimdienstlichen Operation hergebracht und vor Gericht gestellt werden.“ Ein anderer verstieg sich gar zu der Frage: „Findet sich denn in Europa kein Held, der die Sache erledigt?“

Die eigentlich interessante Schlagzeile aber stand in der Zeitung „Akşam“:

„Can Dündar hüllt sich in die US-Fahne“. Auf dem zugehörigen Foto in der Zeitung schlief jemand in eine amerikanische Fahne gehüllt auf einer Ledercouch. In der Tat, das war ich. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Foto im Internet und wurde mit allen möglichen Kommentaren versehen. Nun sei mein wahres Gesicht enthüllt, das Foto belege, welchem Land ich dienen würde. Ich war ein derart treudoofes Agent, dass ich mich mit der Fahne des Landes, für das ich tätig war, zudeckte. Andere verteidigten mich, meinten, es handle sich um eine Fotomontage, aber auch sie waren verwirrt. Was hatte etwa die „Enzyklopädie Sozialismus und Soziale Kämpfe“ neben dem Sofa zu bedeuten? Ein regimenahe Akademiker publizierte gar eine ernstge-

„Das Foto war auf meinem alten Handy gespeichert, das die Polizisten bei der Hausdurchsuchung mitgenommen hatten. Auf Erdogans Fingerzeig hin hatte die Polizei noch am selben Tag die Aufnahme von meinem Handy der hörigen Presse serviert.“

meinte ausführliche Analyse, darin schrieb er Dinge wie: „Es mag paradox erscheinen, dass beide Pole des Kalten Krieges auf einem Foto zusammenfinden, tatsächlich aber haben beide zum Ziel, die Türkei von ihren eigenen Werten zu entfremden.“

Was hatte es nun aber tatsächlich mit dem Foto auf sich? Warum hatte ich mich in die US-Fahne gehüllt? Vor ein paar Jahren drehten wir einen Dokumentarfilm über Deniz Gezmiş, den legendären türkischen Studentenführer der 68er-Bewegung. Schlaflos hockten wir tagelang – mit unseren Büchern über die Geschichte des Sozialismus – im Produktionsstudio meines Freundes, der Regie führte, und bastelten an dem Film. Eine der ersten politischen Aktionen, die Deniz und seine Freunde durchgeführt hatten, war der Protest gegen die US-Flotte, die 1968 auf Türkei-Besuch kam. Auf dem Istanbuler Taksim-Platz verbrannten die Studenten eine amerikanische Fahne und warfen anschließend an Land gehende US-Soldaten ins Meer. Symbolisch für diese Szene hatten wir eine US-Fahne besorgt. Wir wollten sie für den Film anzünden und mit diesem Bild im Hintergrund von der damaligen Aktion berichten. In der Nacht vor den Dreharbeiten war ich nach langen Stunden des Schneidens im Büro eingeschlafen. Mein Freund der Regisseur breitete – als einzige in den Räumen vorhandene „Wolldecke“ – die Fahne, die wir am Morgen verbrennen wollten, über mich und machte zum Spaß ein Foto davon.

Dass nun die regimetreuen Medien aus der zum Verbrennen bestimmten Fahne ein Szenario machten, war die komische Seite an der Sache. Die erschreckende aber war folgende: Das Foto war auf meinem alten Handy gespeichert, das die Polizisten bei der Hausdurchsuchung mitgenommen hatten. Auf Erdogans Fingerzeig hin hatte die Polizei noch am selben Tag die Aufnahme von meinem Handy der hörigen Presse serviert. Sie waren zu allen

## Globale Herausforderungen

möglichen Untaten imstande, davon wurde ich an jenem Tage einmal mehr überzeugt. Das hatte Folgen. Eine Woche darauf musste ich feststellen, dass meine Kolumne nicht in der „Cumhuriyet“ erschienen war. Ich wurde misstrauisch. Denn das war in der türkischen Pressegeschichte noch nie ein gutes Zeichen. Wer dort, wo die Kolumne hatte stehen sollen, den Satz „Der Artikel konnte aufgrund einer technischen Störung nicht erscheinen“ vorfand, wusste, dass es sich nicht um eine technische, sondern um eine politische Störung handelte.

Am 18. November sollte ich in Darmstadt den Hermann-Kesten-Preis des deutschen PEN-Zentrums aus den Händen von „Tagesthemen“-Moderator Thomas Roth entgegennehmen. Der Schriftsteller Hermann Kesten hatte während des Nationalsozialismus sein Land verlassen müssen und lange Jahre im Exil gelebt. Und das PEN-Zentrum bot Autoren im Exil Zuflucht. Als mein Wagen bei dem Hotel vorfuhr, in dem die Verleihung stattfinden sollte, rief Dilek an und unterrichtete mich über den tatsächlichen Grund, aus dem meine Kolumne nicht gedruckt worden war. Gemeinsam mit der Polizei, die das Foto weitergegeben hatte, war auch der Staatsanwalt tätig geworden und hatte einem der Funktionäre der Zeitung gegenüber, der wegen einer Aussage bei einer Anhörung vor ihm saß, in Bezug auf mich geäußert: „Er ist zur Fahndung ausgeschrieben. Warum lassen Sie ihn weiter bei sich schreiben?“

Normalerweise hätte die Antwort gelautet: „Was geht Sie das an?“, doch dies waren keine normalen Zeiten. Unsere Kollegen saßen hinter Gittern, waren gewissermaßen zu Geiseln geworden. Ganz abgesehen von den Inhalten störte die Regierung, dass ich überhaupt noch schrieb. Und dass sie sich gestört fühlte, bedeutete, dass sie unsere Leute nicht in Ruhe lassen würden. Einige Anwälte hatten sich dahingehend geäußert, dass es besser wäre,

wenn ich eine Weile nicht schriebe. Ich hatte mich jedem Druck widersetzt und niemals zu einem unserer Autoren gesagt: Schreib nicht! Nicht einmal zu jenen, die glaubten, mich hinterrücks belehren zu müssen. Jetzt, nachdem ich mich so lange für die Freiheit eingesetzt hatte, – zum Schutz der inhaftierten Kollegen – nicht mehr in der Zeitung schreiben zu dürfen, deren Chefredakteur ich bis vor drei Monaten gewesen war, versetzte mir einen herben Schlag. Normalerweise hätte ich unverzüglich kündigen müssen. Doch mitten im Sturm wäre eine solche Kündigung anders ausgelegt worden und hätte der Zeitung, mir selbst und den Kollegen im Gefängnis nur geschadet.

Mir blieb nichts anderes übrig, als es still hinzunehmen. Ich schwieg. Das Heft „Cumhuriyet“, das ich einst mit einem Paukenschlag aufgeschlagen hatte, schloss sich auf diese Weise sang- und klanglos. Dennoch würde ich mich weiter für die Zeitung einsetzen.

Das war noch nicht alles, mir wurde höflich mitgeteilt, es wäre besser, wenn ich nicht zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises fahren würde, den die Zeitung aufgrund ihrer jüngsten journalistischen Erfolge und der Entschiedenheit, mit der sie sich für die Wahrheit einsetzte, erhielt. Es hieß, möglicherweise werde es nicht gut aufgenommen, wenn ein polizeilich Gesuchter die Zeitung dort reprä-

„Meine Freunde und Kollegen, die der Türkei von dem Abgrund künden, in den sie im Begriff ist zu stürzen, sitzen heute im Gefängnis. Sie wurden verhaftet, weil sie gegen Finsternis und Dummheit zu Felde zogen – von den Wächtern der Finsternis und Dummheit.“

sentierte. „Wie ihr wollt“, sagte ich und zog mich zurück.

Es ging noch weiter, am selben Tag, am 18. November also, erklärte mir mein türkischer Verleger per E-Mail, er könne mein neues Buch nicht drucken. Es lief eine Kampagne für das Verbot meiner Bücher, man schicke Leute in die Buchhandlungen, die meine Bücher aus den Regalen nehmen ließen. Unter diesen Umständen wäre es „riskant“, mein Buch zu drucken. „Sie versuchen, dich zu isolieren“, schrieb er, ohne zu merken, dass er mit diesem Schreiben in genau diesen Chor einstimme. Auch dafür zeigte ich natürlich bitteres Verständnis.

An dem Abend, da ich wegen dem, was ich geschrieben hatte, meine Zeitung und meinen Verlag verlor, war ich unterwegs, um einen Preis entgegenzunehmen, der mir gerade wegen dem, was ich schrieb, verliehen wurde. In die Feier in Darmstadt ging ich mit einem bitteren Lächeln auf den Lippen. In meiner Dankesrede sprach ich von einer Wunde, die schmerzt, wenn man die Narbe aufkratzt: Finsternis und Dummheit geben den Massen, die sie hinter sich herrennen lassen, das Gefühl, im Aufwind zu sein, während sie sie in den Abgrund stürzen.

Aufgabe des Schriftstellers ist es, zu jenen, die sich mit Triumphgeheul hinabstürzen, vom Abgrund zu sprechen. Das ist wahrlich nicht einfach. Denn Dummheit macht blind. Und Finsternis dient vor allem dazu, die Wahrheit zu verbergen. Der Schriftsteller hebt mit dem, was er schreibt, den Vorhang von der Dunkelheit, als hebe er die Kruste von einer Wunde. Er tut den Menschen weh, er reißt ihre Wunden auf.

„Der Wind, von dem ihr glaubt, dass er euch liegen lässt, stürzt euch in den Abgrund“, ruft er. Deshalb ist er nicht sonderlich beliebt. Den Wert seiner Worte erkennt man erst am Boden des Abgrunds.

Die meisten Schriftsteller haben nicht mehr erlebt, dass ihre Worte wertgeschätzt werden. Meine Freunde und Kollegen, die der Türkei von dem Abgrund kündeten, in den sie im Begriff ist zu stürzen, sitzen heute im Gefängnis. Sie wurden verhaftet, weil sie gegen Finsternis und Dummheit zu Felde zogen – von den Wächtern der Finsternis und Dummheit.

Sie wurden der Finsternis überantwortet. Derzeit ist ihnen verboten, sich in der Welt Gehör zu verschaffen. Es ist ihnen verboten, zu schreiben, zu reden, Botschaften zu senden. Und jene, die sie zum Schweigen zwingen, erzählen den Menschen unablässig: „Ihr habt Aufwind!“ Und die Menschen rennen in Massen auf den Abgrund zu. Tief hinein in Dummheit und Finsternis.

Wenn Sie im Dunkeln gegen die Wächter der Finsternis kämpfen, müssen Sie sich darauf gefasst machen, teuer dafür zu bezahlen, dass Sie es wagten, ein Licht anzuzünden. Jetzt zahlen wir diesen Preis, verlieren bald unsere Arbeit, bald unsere Lebensgefährten, unser Land, unsere Freiheit. Doch wir wissen, dass Finsternis und Dummheit nicht zu besiegen sind, ohne einen Preis dafür zu bezahlen. Deshalb klagen wir nicht, sondern kämpfen.

150 Journalisten und Schriftsteller sitzen im Gefängnis, die versucht haben, die Türkei vom Abgrund zu unterrichten, die sich bemüht haben, die Windrichtung zu ändern. Diesen Preis nehme ich in ihrem Namen entgegen. Ich weiß, dass jede Nacht zwischen zwei Tagen liegt. Ich glaube an das Licht. Mitten in der Rede bebte zum ersten Mal meine Stimme, ich konnte nicht weitersprechen, bekam die Sätze nicht zusammen. Ich schluckte und hielt inne. Das Publikum schob es auf meine Sentimentalität. Dabei war es aus Wehmut.

Auf der Rückfahrt am nächsten Morgen im Zug sprach ich mit Dilek. Der Termin für die Zinstilgung des Kredits für unser Haus

## Globale Herausforderungen

in Istanbul stand bevor. Die Bank drängelte. Wir hatten kein Geld. Selbst wenn ich das gesamte Geld schickte, das ich für all die Auszeichnungen erhalten und in den drei Monaten in Deutschland verdient hatte, würde es nicht einmal die Hälfte der fälligen Zinsen abdecken. Die Zeitung oder den Verlag konnte ich nicht um einen Kredit bitten.

„Sollen wir das Haus verkaufen?“

„Dem Grundbuchamt wurde vermutlich droht, sie werden den Verkauf nicht gestatten. Außerdem ist unklar, ob sie das Haus nicht vielleicht beschlagnahmen. Ich könnte es vermieten und in eine kleinere Wohnung ziehen.“

„Ruf doch mal ... an, vielleicht gibt er uns einen Kredit?“ „Vor Kurzem habe ich ihn angerufen, er ist nicht rangegangen.“ „Sei nicht traurig. Das geht vorüber. Wir fangen ganz neu an.“ „Ich habe keine Kraft mehr ...“, sagte sie und legte auf, weil sie nicht weitersprechen konnte. Mir war, als rannen ihre Tränen aus dem Hörer mir unmittelbar ins Herz. Ich rief zurück, doch sie nahm nicht ab. Ich musste ihr Kraft geben, nur wie? Auch bei mir war kaum noch etwas übrig. Draußen vor dem Zugfenster rauschte Deutschland vorüber. Fern, fremd, gleichgültig und kalt.

Ich setzte Kopfhörer auf und suchte in meinem Handy das Lied eines alten, im Exil verstorbenen Freundes. Als ich ihm lauschte, löste sich der Kloß in meiner Kehle.

*Von Kopf bis Fuß in Staub gehüllt  
Vor mir hinter mir von Dunst verhüllt  
Mein Bart verdreht und verfilzt  
Woher sollt ihr denn wissen  
Wie sehr mir das Herz brennt.  
Ein Spross war ich, wurde abgenickt  
Sturm war ich, wurde ausgebremst  
Müde bin ich, so müde  
Woher sollt ihr denn wissen  
Welche Qualen ich leide.  
Mauern aus Stein riss ich ein und kam her*

*Eisenstangen riss ich aus und kam her  
Mein Leben verbrannte ich und kam her, bey  
Woher sollt ihr denn wissen  
Warum ich*

Die regierungsnahen Medien übertrafen einander in Vermutungen, ob ich nun amerikanischer oder deutscher Agent sei, ich flog unterdessen nach New York, um die Auszeichnung des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) entgegenzunehmen. Wohl zum ersten Mal fühlte ich mich derart unglücklich. Ein tiefes Gefühl von Einsamkeit, wie ich es nicht einmal in der Zelle, in Isolationshaft, verspürt hatte, ließ mich nicht los. Immer hatte ich auf Flughäfen Mitbringsel besorgt, nun hatte ich niemanden mehr, den ich hätte beschenken können. Einsamkeit war, wohin ich flog, ebenso wie dort, wohin ich zurückkehren würde.

Mein Land war fern, meine Stimme reichte nicht bis dorthin, ebenso wenig erreichten mich Stimmen von dort. Alle Stimmen, die mich erreichten, waren fremd. In dem Film, den ich im Flugzeug schaute, „Papa: Hemingway in Cuba“, sagt Ernest Hemingway zu seinem jungen Bewunderer: „Der einzige Wert, den wir als Mensch besitzen, sind die Risiken, die wir bereit sind, auf uns zu nehmen.“

Nach dieser Rechnung musste ich eine Menge Wert produziert haben. Ich hatte mir doch schon beigebracht, die Hasskampagnen der regimetreuen Medien und die inszenierten Shitstorms in den sozialen Medien zu ignorieren. Anfangs hatten sie Stunden nachgewirkt. Bald reduzierte sich das auf Minuten. Irgendwann las ich sie gar nicht mehr. Ich hatte einen Grundsatz verinnerlicht: „Nimm nur Menschen für wichtig, die du schätzt. Der Rest ist egal.“

Nun aber waren die Zweige, die ich schätzte, abgebrochen. Ich verlor Blätter. Wo jetzt das Flugzeug landete, erwartete mich ein ganz

eigener Sturm. Donald Trump war erst kurz zuvor gewählt worden. Nicht nur Amerika, die ganze Welt war perplex. Das Chaos, das im Juni London und im Juli Istanbul erschütterte hatte, herrschte im November in New York. Mir war, als hätte sich über mir eine dunkle Wolke festgesetzt, die mich begleitete, wohin ich auch ging. In einem Epochenbeben gab es überall in der Gesellschaft Verwerfungen, eine innerlich aufgestaute Energie erschütterte die unglückselige Welt.

Eine ausgrenzende Arroganz, die den über Jahrhunderte von der Menschheit angehäuften Werten den Rücken kehrte, eine egoistische Dreistigkeit, eine vor lauter Machtgeilheit übergeschnappte Flegelhaftigkeit, eine achselzuckende Macht, die keinen Gott außer dem Geld kannte, ein blindwütiger Hass machten sich die Panik der unorganisierten Massen vor dem Verlust ihrer Arbeit und ihres Lebens zunutze und griffen nach der ganzen Welt. Die Macht der Mediokratie.

Ein sadomasochistisches Verhältnis zwischen Bevölkerung und Führung. Die Gesin-

„Eine ausgrenzende Arroganz, die den über Jahrhunderte von der Menschheit angehäuften Werten den Rücken kehrte, eine egoistische Dreistigkeit, eine vor lauter Machtgeilheit übergeschnappte Flegelhaftigkeit, eine achselzuckende Macht, die keinen Gott außer dem Geld kannte, ein blindwütiger Hass machten sich die Panik der unorganisierten Massen vor dem Verlust ihrer Arbeit und ihres Lebens zunutze und griffen nach der ganzen Welt. Die Macht der Mediokratie.“

nung, die mein Land gefangen hielt, trat mir auch in New York entgegen. Grinste mir ins Gesicht: „Der Tumor, vor dem du liefst, hat in alle Richtungen gestreut.“ Aus Angst hatte die Menschheit sich in ihren Mörder vergafft. Nun würde sie ihn eine Weile ausprobieren, wurde sich getäuscht sehen, leiden, bereuen und umkehren; doch wer weiß, wie viele Jahre unseres Lebens das Pendel uns dann gekostet haben würde.

Vereinte Nationen, Columbia School of Journalism, „New York Times“, „CNN“, „Reuters“ – in jedem Gebäude, auf der Zunge jedes Amerikaners, mit dem ich sprach, lagen die fassungslosen Fragen, die wir uns in den letzten 15 Jahren in der Türkei so oft gestellt hatten: „Wie kann das sein? Warum ist das passiert? Was soll jetzt werden?“

Zu Christiane Amanpour konnte ich in ihrer Sendung auf CNN sagen: „Willkommen im Club!“ Nun war die Reihe an ihnen, um die langst sicher geglaubte Pressefreiheit zu kämpfen. Das Schönste an New York war, dass ich dort Ege traf. Ich hatte mir sehr gewünscht, dass er bei der Preisverleihung dabei sein würde, und so kam er. Da die türkische Regierung es auch auf meine Angehörigen abgesehen hatte, konnte auch er, genau wie ich, nicht in sein Land, nach Hause, konnte seine Mutter nicht sehen. Weniger wie Vater und Sohn, vielmehr wie zwei Freunde, die gemeinsamen Kummer teilen, klagten wir uns in Amerika unser Leid.

In einem Brief hatte er mir damals ins Gefängnis geschrieben: „Wenn du rauskommst, löffeln wir wieder Nutella, gucken Fußball, schütten uns das Herz aus, wachsen gemeinsam.“

Vielleicht jagen wir sogar brutal einen altmodischen Cadillac über den staubigen Highway 61. Wir hatten oft davon geträumt, BB King aufzulegen und wie zwei Cowboys tief ins Land hineinzufahren. Jetzt war es so weit. Ich schaufelte in dem dichtgedrängten

## Globale Herausforderungen

Programm einen Tag frei, und wir nahmen uns vor, ein Auto zu mieten. Dann...sahen wir die Preise. Wir versicherten uns gegenseitig, es sei eine viel bessere Idee, das Metropolitan Museum zu besuchen; kein Wort davon, dass wir uns die Reise nicht leisten konnten.

Als das Geld für die Lackschuhe zum gemieteten Smoking für den Abend der Preisverleihung nicht gereicht hatte, hatten wir ja auch die Ausrede bemüht: „Unsere Schuhe sind doch viel protziger!“

Als es von den Gästen des CPJ im Prachtsaal des Waldorf Astoria Standing Ovation gab für die „Cumhuriyet“ mit dem Titel „Wir geben nicht auf“, die ich in der Hand hatte, linsten wir gegenseitig auf unsere Schuhe und winkerten uns zu.

Zurück nach Deutschland. Das Maxim Gorki Theater in Berlin ist ein Tempel der Kunst, der mir seit meinem ersten Tag in Deutschland die Arme öffnete. Gleich in meiner ersten Woche begann ich, die Stücke dort zu verfolgen und auf seiner Website eine Kolumne zu schreiben. Diese Beziehung öffnete mir die Türen zur fruchtbaren Kunstszene in Berlin und zu neuen Freundschaften. Als die Intendantin Shermin Langhof vorschlug, eine Podiumsdiskussion zum Gedenken an unseren Freund, den Journalisten Hrant Dink, zu veranstalten, entgegnete ich, ich glaube nicht an den Nutzen von Podiumsdiskussionen, „Aber denkt doch mal an ein Bühnenstück!“. „Wenn du es schreibst, ja!“, lautete die Antwort, und ich war engagiert.

Ich bestellte Bücher aus der Türkei und las mich in Hrants Leben ein, ich war mit ihm gemeinsam gereist, hatte mich mit ihm unterhalten und stets seine Courage bewundert. Viele seiner Vorfahren waren bei den Massakern von 1915 ermordet worden. Er war in einem Istanbuler Waisenhaus aufgewachsen. Dort lernte er Rakel kennen, die er später heiratete. Im Zuge des Militärputsches 1980 wurde

er verhaftet und gefoltert. Doch er gab nicht auf, sondern gründete die zweisprachige türkisch-armenische Zeitung Agos. Als er 2004 in einem Bericht schrieb, Atatürks Adoptivtochter sei ein armenisches Mädchen aus einem Waisenhaus gewesen, wurde er zur Zielscheibe aufgebracht Nationalisten. Ein Prozess wurde gegen ihn angestrengt und er wurde wegen „Beleidigung des Türkentums“ verurteilt. Türkische Nationalisten protestierten vor seinem Büro, dabei skandierten sie: „Lieb das Land oder hau ab!“, und überschütteten ihn mit Drohungen.

Als ich seine alten Artikel las, fühlte ich mich, als hätte ich in dem Strudel, der mich ergriffen hatte, einen alten Bekannten gefunden: „Das“, schrieb Hrant, „sind Taktiken, um Agos zu isolieren und in ausweglose Verzweiflung zu stürzen. Doch sie wissen nicht, dass Leute wie wir nur stärker werden, je einsamer es um uns wird. Jene, die mich als „Türkenfeind“ bezeichnen, foltern mich im wahrsten Sinne des Wortes, die Menschen in meiner Umgebung sind natürlich erschrocken. (...) Ganz offensichtlich sorgen sie sich um mich. Und ich? Ich konnte nicht sagen, dass ich keine Angst hatte. Doch keine Sorge, ich habe nicht vor, mein Land zu verlassen und davonzulaufen. Ich bin doch daran gewöhnt, so zu leben. Von

„In anderen Weltgegenden mag Journalismus lediglich eine Berufsbezeichnung sein. Wo aber die Wahrheit eingesperrt wird, wo um ihretwillen Menschen sterben, ist Journalismus eine Tribüne von unschätzbarem Wert. Eine Bastion, die es um der Demokratie willen zu verteidigen gilt.“

nun an werde ich lediglich ein bisschen mehr Angst haben. Das ist alles.“

In der Türkei schaufelt jeder Autor sein Grab mit dem Stift. Zum Leben als Autor in der Türkei scheint unabdingbar dazuzugehören, dass einem Angst, Drohungen und Tod wie ein Schatten folgen und man sich ihnen bewusst stellt. Beim Schreiben ist es, als ruckerten wir uns verzweifelt ab, den Ausgang eines Films zu ändern, dessen Ende wir schon kennen. „Sein Andenken lebt weiter“, steht im Abspann hinter unseren Namen ...

Hrant ignorierte beharrlich den Ruf seines engsten Umfelds: „Geh eine Weile außer Landes!“ Er lebte und schrieb nach eigenem Wissen und Gewissen weiter, um „aus der Hölle, in der wir leben, ein Himmelreich“ zu machen. Doch er war beunruhigt. In seinem letzten Artikel, der am 19. Januar 2007 erschien, schrieb er: „Diejenigen, die mich isolieren, die mich schwach und schutzlos machen wollen, haben es geschafft. (...) Mein Computerspeicher ist randvoll mit Protest- und Drohbriefen. (...) Aber was ich als wahrhaft bedrohlich und unerträglich empfinde, das ist die psychische Folter. (...) Leider bin ich inzwischen auch recht bekannt und spüre dauernd die Blicke der Leute, die sich zuraunen: Sieh mal, ist das nicht dieser Armenier? Und reflexartig setzt bei mir die Folter ein. Diese Folter besteht zum einen aus Sorge, zum anderen aus Beunruhigung. Teils Wachsamkeit, teils Furchtsamkeit. Ich bin wie eine Taube. Wie sie blicke ich mich ständig um, mein Kopf dreht sich wie ihrer ständig hin und her. Allzeit wachsam und zum Abwenden bereit. (...) Wisst ihr überhaupt, was es bedeutet, jemanden in die Unruhe einer Taube einzusperren?“ Ich wusste es. Denn ich erlebte das Gleiche in Berlin:

Der gleiche von Drohbriefen überquellende Computer. Die gleiche psychologische Folter. Die gleiche Unruhe einer Taube. Hrant schloss seinen Artikel optimistisch: „Wahrscheinlich

wird 2007 für mich ein noch schwierigeres Jahr. Einige Gerichtsverfahren dauern an, weitere werden eingeleitet werden. (...) Aber ich weiß, dass in diesem Land kein Mensch einer Taube etwas zuleide tut. Mitten in der Stadt und in der Menschenmenge können die Tauben ihr Leben leben. Etwas furchtsam, ja, aber auch frei.“

Am Tag, als dieser Artikel erschien, erwachte er morgens vermutlich wieder einmal mit dieser Tauben-Unruhe. Er bemühte sich, die Sorgenwolke, die sich in seinen Blick schlich, vor seiner Frau zu verbergen. Während sein Mörder an der Ecke auf ihn wartete, las er Zeitung, trank Tee, küsste seine Frau, als er aus dem Haus ging, ohne zu ahnen, dass all dies zum letzten Mal geschah. In Eile hatte er wohl nicht sehr darauf geachtet, was er anzog, hatte ja im Traum nicht ahnen können, dass der Schuh, in den er schlüpfte, am nächsten Morgen auf den Titelblättern der Zeitungen prangen würde. Um halb elf ging er aus dem Haus. Vermutlich schaute er sich auch an diesem Tag achtsam um, ob ihn etwa jemand beobachtete. Zuerst ging er in die Redaktion, dann zur Bank, um Geld abzuheben; als er herauskam, um 15 Uhr, trafen ihn hinterrücks zwei Kopfschüsse tödlich. Polizisten bedeckten seinen auf der Straße hingestreckten blutüberströmten Körper mit einer Zeitung, doch der Schuh mit den Löchern in der Sohle ragte heraus.

Er hatte mit seinem am selben Tag publizierten Artikel gewissermaßen seine eigene Ermordung angekündigt. Nur in einem Punkt hatte er sich getäuscht: In seinem Land waren sehr wohl Menschen in der Lage, einer Taube etwas zuleide zu tun. Als ich am 19. Januar 2017 Hrants letzte Zeilen auf der Bühne vorlas, sagte ich, sie kamen mir heute sehr bekannt vor. Unruhige Tauben flatterten in meinem Herzen. In anderen Weltgegenden mag Journalismus lediglich eine Berufsbezeichnung sein. Wo aber die Wahrheit eingesperrt wird, wo um ih-

## Globale Herausforderungen

retwillen Menschen sterben, ist Journalismus eine Tribüne von unschätzbarem Wert. Eine Bastion, die es um der Demokratie willen zu verteidigen gilt.

In der Türkei bewegt man sich vom ersten Tag an in seinem Beruf als Journalist auf einem Minenfeld. Die Spuren, die die Vorgänger auf diesem Pfad hinterließen, stehen einem wie Mahnmale vor Augen. Manch einer sitzt verwundet hinter Gittern, andere liegen zerfetzt auf dem Friedhof. Jeder Autor schaufelt sich sein Grab mit dem Stift.

„Wenn du diesen Bericht schreibst, verärgerst du die Regierung.“ „Wenn du jenen Mann angreifst, bist du selber dran.“ „Wenn du diese Karikatur zeichnest, erschießen sie dich.“ Dein Kopf schwirrt von solchen Sätzen. Journalismus aber bedeutet, dennoch diesen Bericht zu schreiben, jenen Mann anzugreifen, diese Karikatur zu zeichnen. Er ist eine Mutprobe. Ist der Kampf gegen die Angst noch vor dem Kampf gegen die Mächtigen.

Bereits vor meiner Ankunft in Berlin stand für mich fest, dass ich meinen in der Türkei so drangsalieren Beruf auch in Deutschland weiter ausüben würde. Einige der Jungtürken, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Endphase des Osmanischen Reiches gegen den Absolutismus des Sultans kämpften, mussten damals nach Europa gehen, hier brachten sie in den Hauptstädten Zeitungen und Zeitschriften heraus, in deren Umfeld sie sich organisierten, hier setzten sie ihr oppositionelles Engagement fort. Sollte es nicht möglich sein, 100 Jahre später, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, dasselbe zu tun? Die Kommunikationstechnologien sind inzwischen weiter fortgeschritten, es ist viel einfacher geworden, an Nachrichten zu kommen und Nachrichten zu verbreiten.

Auch ein Team stand schon bereit: In der Türkei hatten hervorragende Journalisten ihre Arbeit verloren, weil ihre Zeitungen oder Fernsehsender verboten oder unter Druck gesetzt

worden waren, nun saßen sie zu Hause. Konnten wir nicht mit ihnen zusammenkommen und ein Internetportal als freies Medienorgan ohne Zensur und ohne Boss gründen, um die unter Verschluss gehaltene Wahrheit in Wort und Schrift zu verbreiten? Konnten wir nicht einerseits die Berichte und Kommentare, die keinen Platz mehr in den Mainstream-Medien fanden, an unsere Leser und Zuschauer weitergeben und andererseits die Türkei der Zukunft vorbereiten?

„Natürlich können wir das“, sagte ich anfangs. Ich bin immer sehr optimistisch. Als ich auf die „Informationsautobahn“ fuhr, die das Informationszeitalter bereithielt, stellte sich mir jedoch ein mächtiger Felsbrocken in den Weg: die Angst.

Zuallererst rief ich eine für ihren Mut bekannte Journalistin an. Ich hatte meine Frage „Schreibst du für uns?“ noch gar nicht ganz ausgesprochen, da hielt sie mir entgegen: „Unmöglich. Niemand kann das. Allein aufgrund dieses Telefonats könnte ich schon verhaftet werden. Am besten hast du mich gar nicht angerufen.“ Damit legte sie auf. Das war der erste Schock. Zu Recht fürchtete sie, in die Schusslinie zu geraten. Ob ich darum bitten sollte, unter Pseudonym für uns zu schreiben?

Auch digitale Korrespondenz las die Polizei mit. Und die Reporter? Für Reporter in der Türkei war es gefährlich, als Dissidenten zu arbeiten. Sie würden vor Ort, mitten im Geschehen, Auge in Auge mit Polizei und Gendarmerie Bericht erstatten und unter massivem Druck stehen. Auch wer in Berlin für uns arbeiten würde, wäre bedroht.

Die Ersten, die ich anrief, wollten lieber arbeitslos bleiben, als ein solches Risiko einzugehen. Es wäre auch schwierig, an Nachrichtenquellen heranzukommen, meinten sie. Viele hatten Angst, mit einem regierungskritischen Publikationsorgan im Ausland zu sprechen. Selbst Politiker, die unser Büro besuchten,

wollten lieber keine Fotos machen lassen: „Nicht dass man mich hier sieht!“

Selbst wenn wir diese Hürden nahmen, wie sollten wir die Zensur des Internets durch die Regierung ausschalten? Einmal angenommen, auch das gelänge uns, wie sollten wir eine solche Initiative lancieren? Mit ausländischen Fonds? Das wäre ein großes Handicap für einen Journalisten, den man der Spionage bezichtigt hatte. Mit Leserbeiträgen? Selbst wenn Leser uns unterstützen wollten, wie sollten sie ihre Spenden übermitteln? Stets mit dem Risiko, registriert zu werden? Tage, Wochen vergingen mit der Suche nach Lösungen für diese Probleme.

Schließlich krepelten wir gemeinsam mit ein paar jungen Leuten, die in Deutschland lebten, aber keine Journalisten waren, die Ärmel hoch und machten uns an die Arbeit. Bald bot das Repressionsklima in der Türkei uns eine neue Chance: Immer mehr Journalisten, die keine Möglichkeit sahen, ihren Beruf in der Türkei weiter auszuüben, kamen nach Berlin. Unter ihnen waren bekannte, fähige Freunde und Kollegen. Hinzu kamen noch Dutzende Akademiker, die von ihren Universitäten entlassen worden waren. Die zentrale Rolle, die vor 100 Jahren Paris für den Freiheitskampf der Jungtürken gespielt hatte, übernahm jetzt Berlin und wurde bis auf Weiteres zur Zentrale für politische Flüchtlinge im Kampf für die Demokratie.

Den Namen unserer Plattform fand Semra Uzun-Onder: „Özgürüz“ – „Wir sind frei“.

### *Wir sind verhaftet*

Das Buch, das ich im Gefängnis geschrieben hatte, bekam damals seinen Originaltitel von einem Tweet, den ich absetzte, als der Haftbefehl gegen uns erging: „Tutuklandık“ – „Wir sind verhaftet“. Mit der Plattform nannten wir auch unsere neue Situation beim

Namen. Ein begabter Freund bastelte aus in-einander verschränkten Armen einen Hashtag und schuf damit unser Logo. Ein anderer drehte einen Promotion-Clip für uns.

Am 24. Januar sollte „Özgürüz“ starten. Das war der Jahrestag des Autobombenanschlags auf Uğur Mumcu, einen der mutigsten investigativen Journalisten der Türkei. Mit Spenden einiger weniger Unterstützer in Deutschland, Personen wie auch Einrichtungen, fingen wir an. In einem ersten Aufruf baten wir unsere Leser um Unterstützung. Zehn Euro von einem in Deutschland lebenden Türken gingen daraufhin als Erstes ein. Er versprach, diese Spende von nun an monatlich zu leisten. Wir riefen ihn an und bedankten uns. Bald folgten andere. Nun ging unser Blick ständig zum Zähler am Eingang, dort konnten wir ablesen, wie unser Unterstützerkreis nach dem Crowdfunding-Prinzip Tag für Tag größer wurde. Unsere Spardose füllte sich. Bald hatten wir so viel, dass wir Gehälter für eine Handvoll Redaktionsmitarbeiter und Honorare für Journalisten, die bereit waren, für uns zu schreiben, zahlen konnten. Mit all seinen Wehen und Aufregungen konnte das Abenteuer eines Exilmediums nun losgehen.

Ein paar Tage arbeiteten wir die Nächte in der Redaktion durch und gestalteten die Website. Es sollten Nachrichten und Analysen auf Deutsch und Türkisch erscheinen, wir wollten uns nicht darauf beschränken, für die Türkei Bericht zu erstatten, sondern uns auch für mehr Verständnis für die Türkei in Deutschland und um Verständigung zwischen beiden Gesellschaften einsetzen. Am 23. Januar waren wir bei den letzten Vorbereitungen, als die Nachricht kam: Als „Resultat technischer Untersuchung und juristischer Beurteilung“ hatte die Regierung unsere Seite gesperrt. Dabei hatten wir noch gar nicht angefangen!

Was hatten sie denn gesehen, das sie juristisch

## Globale Herausforderungen

hätten beurteilen können? Schon früher hatte die Regierung ein noch gar nicht gedrucktes Buch bereits in der Druckerei beschlagnahmt, jetzt stoppte sie eine Website, bevor sie online ging. Beim besten Willen hätten wir selbst nicht besser schildern können, wie massiv die Medien in der Türkei unterdrückt wurden.

So fiel uns der Titel „Erste noch vor dem Start verbotene Website“ zu. Angst hatten also nicht nur die Journalisten und Reporter, die ich um Mitarbeit gebeten hatte. Auch jene, die es gewohnt waren, dass man ihnen gehorchte, fürchteten Widerspruch. Wir scherten uns nicht weiter um das Verbot, wir würden andere Wege finden, unser Publikum zu erreichen. Die Menschen in der Türkei hatten ja Erfahrung damit, Internetzensur zu umgehen. Das Verbot brachte uns vor allem Interesse ein: In den ersten zehn Stunden folgten uns 20.000 Personen auf Twitter, und die Zahl unserer Unterstützer stieg rasch auf 200, das zündete bei uns eine Rakete der Hoffnung.

Als wir online gingen, veröffentlichten wir ein paar Artikel von Autoren aus der Türkei, die sich getraut hatten, für uns zu schreiben, und eine Studie über den Waffenhandel zwischen Deutschland und der Türkei. Im Gründungsmanifest schrieb ich: „In einem freieren Umfeld, aus den Fehlern der Vergangenheit lernend, werden wir objektiv und mutig zum investigativen Journalismus zurückkehren. Wir werden all unsere Kraft dafür einsetzen, dem Volk, das kurz vor lebenswichtigen Entscheidungen steht, all jene Nachrichten zu vermitteln, die es benötigt. (...) Es ist eine Initiative, die beweisen wird, dass freies Denken niemals zum Schweigen gebracht werden kann.“

Hayko Bağdat, der nach Deutschland gekommen war und sich der Redaktion angeschlossen hatte, als ihm der Druck in der Türkei zu groß wurde, und ich traten vor die Kamera und sagten: „Sie können uns nicht aufhalten.“ Die Kamera war das Handy von Haykos Sohn.

Als er einmal eine Pause beim Spielen machte, hatten wir es von ihm ausgeliehen. Und was das Senden anging: Wir waren ja keine Fernsehanstalt. Mit Hilfe einiger technisch versierter Freunde produzierten wir in einer Ecke der Redaktion für Periscope. Die Sendung stellten wir anschließend auch auf Facebook, YouTube und Twitter. Wurde ein Kanal gesperrt, sendeten wir über einen anderen. Zehntausende verfolgten eine Sendung. Während wir auf Periscope online waren, hagelte es auf der Kommentarseite ebenso viele Beschimpfungen wie Glückwünsche.

Als hochrangige deutsche Politiker und bald darauf auch aus der Türkei stammende Politiker exklusiv bei uns sprachen, öffneten sich für „Özgürüz“ die Türen.

Politisch waren wir gestärkt, doch die infrastrukturellen Mängel waren eklatant. Jedes Mal gab es ein anderes Problem, entweder spielte uns die Beleuchtung einen Streich oder der Ton oder die Sendung. Ich vergesse nie den Schock, als mir unser Regisseur nach einem Interview, das ich mit dem damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert geführt hatte, gespickt mit Sätzen, die jeder für sich eine Schlagzeile wert waren, geknickt sagte: „Leider lief die Sendung ohne Ton.“ Wir alle gaben unser Bestes, dennoch hatten wir arg mit technischen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Bald kam ein Sicherheitsproblem dazu. Der

„Bald kam ein Sicherheitsproblem dazu. Der türkische Geheimdienst hatte nicht lange gebraucht, um unsere Adresse herauszufinden, und schickte unverzüglich ein Fernsehteam von einem regierungsnahen Sender aus Istanbul nach Berlin zum ‚Überfall‘“.

türkische Geheimdienst hatte nicht lange gebraucht, um unsere Adresse herauszufinden, und schickte unverzüglich ein Fernsehteam von einem regierungsnahen Sender aus Istanbul nach Berlin zum „Überfall“.

Eines Tages stand ein Moderator vor unserer Tür, der vor laufender Kamera ins Mikrofon sagte: „Und hier ist das Nest der Verräter!“ Bei der Sendung am nächsten Abend nannte er den Stadtteil, in dem unsere Redaktion liegt, beschrieb das Gebäude, zeigte zu den Fenstern, hinter denen wir arbeiteten, und gab bekannt, wann wir ein und aus gingen. Damit standen wir am Pranger.

Aus Angst, es könnte einen Überfall wie bei „Charlie Hebdo“ geben, kündigte meine Sekretärin. Eine andere Mitarbeiterin hielt dem Druck ihrer Familie nicht stand, die sie drängte aufzuhören. Doch mit denen, die bei uns blieben, machten wir weiter. Und weitere couragierte Menschen stießen zu uns. Bald waren in Istanbul, Ankara und Diyarbakır Reporter und Kameraleute für uns tätig. Unser Nachteil begann sich in einen Vorteil zu verkehren:

Wer sich in den Mainstream-Medien kein Gehör mehr verschaffen konnte, zum Schweigen gebracht oder zensiert wurde, meldete sich bei uns und konnte weiterreden. Informanten trugen uns Berichte zu, die niemand sich zu veröffentlichen getraute.

Es war schwierig, bekannte Autoren zu gewinnen, das war aber zugleich die Chance, neue Mitstreiter zu finden. Zu unseren mutigen Reportern vor Ort gesellten sich bald Bürgerreporter hinzu. Wir versuchten, Leuten, die etwas zu sagen hatten, eine Chance auf „Özgürüz“ zu geben, sie bekamen unser Periscope-Passwort. So entstanden unglaubliche Szenen: Eine Frau etwa, die bei einer Protestaktion festgenommen wurde, sendete über den Account von „Özgürüz“ live aus dem Polizeifahrzeug und berichtete von dem Geschehen. Gemeinsam erlebten wir, wie ein in einem Meer von Unmög-

lichkeiten und Unzulänglichkeiten im Exil gegründetes alternatives Medium, auch mit Hilfe der Technologie, für unüberwindbar gehaltene Mauern niederriss und jene erreichte, die für unerreichbar gehalten worden waren. Aufgeregt wie die Macher von Schülerfernsehen sagten wir einmal mehr und allen Beschwerlichkeiten zum Trotz: „Wie gut, dass wir Journalisten sind!“

In meinem Büro gab es einen Fernsehapparat, auf dem ich die türkischen Sender verfolgen konnte. Gleich daneben lag das Studio, aus dem wir sendeten. Das Land, über das wir sprachen, war so anders als jenes, das ich auf dem Bildschirm sah, dass es mir vorkam, als würde ich jedes Mal, wenn ich die fünf, sechs Schritte aus dem Studio in mein Büro zurückging, einen Abgrund überwinden. Die Angst vor Erdoğan hatte den türkischen Medien schier die Augen verbunden.

Neben all dem Geschehen steckte jeder von uns zudem im Strudel Tausender Probleme, Pass, Visum, Aufenthaltserlaubnis, Versicherung, Arbeitserlaubnis, Wohnungssuche, Eröffnung eines Bankkontos, Nachholen unserer Familien. Die Schwierigkeiten häuften sich und führten bald auch zu Sorgen und Rissen im Team. Daraufhin verlagerten wir die Achse, legten nun den Schwerpunkt auf die Türkei und überließen den Reportern die Initiative. Nun probierten wir ein vor Ort geführtes, freies Publikationsorgan ohne Hierarchie aus, mit zehn Personen in vier Städten, die einander nicht kannten, aber dasselbe Ideal teilten und über eine WhatsApp-Gruppe kommunizierten, sie waren mit einem kleinen Telefon unterwegs, das als Kamera, Mikrofon, Aufnahmegerät, Gegensprechanlage, Computer, Scheinwerfer oder Lautsprecher diente. So sorgten wir für unser Recht auf Information und Berichterstattung.

Auf das Internetportal folgte zunächst der Periscope-Account und dann das monatlich erscheinende zweisprachig türkisch-deutsche „Özgürüz“-Magazin. Anschließend gründe-

## Globale Herausforderungen

ten wir den „Özgürüz“-Verlag für Bücher, die nicht gedruckt werden konnten, weil sie für bedenklich gehalten wurden. Darüber hinaus beantragten wir die Einrichtung einer deutsch-türkischen Radiosendung. So entwickelten wir uns mehr und mehr zu einer freien, ausschließlich von Journalisten betriebenen und geführten Mediengruppe. Möglicherweise gehen die demokratischen Medien der Zukunft aus dieser originären Initiative hervor, die aus der Erfahrung der Repression heraus entstand.

### *Lebenslang für die Wahrheit*

„Hier ist die Royal Shakespeare Company. Wir möchten Ihr Buch ‚Lebenslang für die Wahrheit‘ für die Bühne adaptieren. Was meinen Sie?“ Ich konnte es kaum glauben. Das Buch, das in einer Istanbul Gefängniszelle entstanden war, sollte in England auf die Bühne! Und obendrein bevor auch nur ein Jahr seit seiner Entstehung vergangen war. „Wann?“, fragte ich. „Wir haben den 16. Juni vorgesehen“, sagte die Stimme am anderen Ende.

„Haben Sie sich bewusst für diesen Termin entschieden?“ „Wie meinen Sie?“ „Das ist mein Geburtstag!“ „Nein. Das wussten wir nicht.“ Die Stimme lachte. Ich flog in die Shakespeare-Stadt Stratford-upon-Avon. Dort traf ich auch Ege. Am 16. Juni 2017 betrat ich das Theater. Auf der Bühne ein Mann, die Zuschauer ringsum. Bald erzählte er aufgeregt, was ihm widerfahren war, bald übermannten ihn die Gefühle, und er versank in sich selbst. Er schrieb, wurde angeklagt, verhaftet, ihm geschah Unrecht, auf

ihn wurde geschossen, er tanzte, er lachte, er weinte. Das war ich.

Wie auf meinem Platz angenagelt verfolgte ich mich, etwas verblüfft und sehr wehmütig, doch es fiel mir schwer, „mich“ auf der Bühne wiederzuerkennen. War ich es, der all das erlebt hatte? War das alles in nur anderthalb Jahren geschehen? War es ein Theaterstück, das ich dort sah, oder war es Selbsterlebtes? Ich war hinter ein anderes Gesicht getreten, in andere Kleider geschlüpft und sprach eine andere Sprache.

Mit betrübten Blicken verfolgten die Zuschauer das Stück, musterten immer wieder auch mich und betupften ihre feuchten Augenlider mit Taschentüchern. Dem Blick meines Sohnes, der im Publikum saß, wich ich aus. Der Mann, den ich auf der Bühne sah, war nicht derselbe, den ich im Spiegel sah, er handelte und sprach unabhängig von mir, erzählte aber von mir. Beim Zuschauen wusste ich nicht, ob ich stolz sein oder den Mann bemitleiden sollte.

An der Seite des Mannes auf der Bühne gab es noch einen zweiten: Er wechselte von einer Gestalt zur anderen, bald war er Staatsanwalt, bald Richter und klagte mich an; bald Polizist, bald Wächter und sperrte mich in die Zelle, bald meine Frau, bald mein Sohn und hakte sich bei mir ein. Hatte ich jenen, die sich bei mir eingehakt hatten, Grund zum Stolz gegeben oder Schaden zugefügt? Ich war außerstande, es einzuschätzen.

Eine Stimme, die aus meinem Stift geschlüpft war, hatte einen Brocken aus dem Gipfel des Berges gebrochen, den ich herausforderte, der Brocken war zur Lawine geworden, hatte mich, meine Familie, alle, die mir nahestanden, gepackt und mit sich in die Ferne gerissen. Während es mich fortriss, buhten am Hang auf der einen Seite des Berges die Leute mich aus, schimpften mich „Landesverräter!“; jene am anderen Hang aber bejubelten mich, als wäre ich ein Held.

Dann waren da noch die Zuschauer, die

stumm und gleichgültig wie die Mauern meiner Zelle nur zusahen. Keinen von ihnen konnte ich wirklich sehen, in einem fort riss es mich weiter, dabei rief und schrie ich, so laut ich konnte. Jeder Aufschrei wurde Schnee und fiel auf mich herab, die Last wurde schwerer und schwerer. Jetzt aber ... Auf einer fernen Insel, in der beschaulichen Stadt eines Meisterdichters, in einem Moment, da ich ruhig wurde, klar und still, trat auf einer Bühne ein Mann vor mich hin und sagte: „Schau, das ist, was du erlebt hast.“

War es richtig, was er getan hatte, überwogen seine Fehler das, was er richtiggemacht hatte, war er zu weit gegangen, hatte er zu wenig getan? Ich konnte es nicht einschätzen. Was aus dem Bauch aufstieg und mir die Kehle verschloss, war nicht nur, was sich im Laufe des letzten Jahres abgesetzt hatte, sondern im Laufe meines gesamten Lebens. Nun schwieg ich, der Mann auf der Bühne sprach, erzählte denen, die ihm verwundert zuschauten, was er warum und wie getan hatte.

Als das Stück endete, konnte ich nicht aufstehen, die Bürde von anderthalb Jahren lastete schwer auf meinen Schultern, zu schwer, um sie in anderthalb Stunden abzuwerfen.

Mir war, als würde ich ertrinken. Ege umarmte mich fest und ich ihn.

„Wir haben eine Menge Wasser geschluckt“, brachte ich über die Lippen, „aber wir haben uns nicht vom Wasser verschlucken lassen.“ War es das wert? Ja, es hat sich gelohnt.

**Can Dündar** ist der ehemalige Chefredakteur der Tageszeitung „Cumhuriyet“, die 2016 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Er saß wegen seiner mutigen Berichterstattung über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes nach Syrien drei Monate in türkischer Einzelhaft, wurde zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt und ist nur knapp einem Mordanschlag entkommen. Wäre er während des Putschversuchs in der Türkei im Juli 2016 nicht im Ausland gewesen, säße er jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder im Gefängnis. Doch Dündar ging ins Exil und setzte seinen Kampf für die Pressefreiheit in seinem Land und gegen Erdoğan von Berlin aus fort. Der vorliegende Beitrag geht auf sein Buch „Verräter“ zurück, das 2017 bei Hoffmann & Campe erschienen ist. Dündar erhielt den Menschenrechtspreis 2015 der Organisation Reporter ohne Grenzen und wurde 2016 mit dem Leuchtturm-Preis des Netzwerks Recherche ausgezeichnet, dem Hermann-Kesten-Preis des PEN-Zentrums Deutschland, der Goldenen Victoria für Pressefreiheit des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger, dem Preis für Freiheit und Zukunft der Medien von der Medienstiftung Leipzig sowie zuletzt dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis der SPD. Dündar lebt und arbeitet zurzeit in Berlin.





A tall, weathered stone wall made of large, rectangular blocks. At the base of the wall, there is a small, white, arched doghouse. A brown dog is standing in front of the doghouse. The sky is visible at the top of the wall.

## **Kapitel 2: Populismus, Nationalismus und Euroskeptizismus in Europa – wie können wir die „europäische Angst“ überwinden?**

Innerhalb Europas haben sich anti-europäische Ressentiments in vielen Ländern der Union verbreitet. Was ist von der europäischen Idee noch übrig, wenn die Gesellschaften mehr und mehr gespalten sind? Wenn eine angespannte Stimmung aus Angst und Wut herrscht?

Wie kann Europa dem begegnen und die Populisten daran hindern, immer weiter „europäische Angst“ zu produzieren?

Generation Erasmus unter Druck Der politische Extremismus ist zwar kein eruptives Naturereignis, aber er grassiert wie ein Wald- und Weltbrand. Der Autor warnt davor, sich auf die Selbstentlarvung der Nationalisten zu verlassen und plädiert für ein massives Entgegentreten. Das demokratische, rechts- und sozialstaatliche Europa ist aber nicht nur Aufgabe für Politiker, sondern auch für Kultur, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Kirchen. Die Generation Erasmus muss für Europa und seine Werte auf die Straße gehen – und zur Wahl. *Von Heribert Prantl*



Das frühe 21. Jahrhundert: Zivilität und Aufklärung hoch entwickelt, aber offenbar nur bedingt abwehrbereit, ringen überrumpelt mit ihren Verächtern. Diese Verächter führen das große Wort, das im Internet, via Facebook und Twitter, noch viel größer gemacht wird, als es ist, und der 45. Präsident der Vereinigten Staaten geriert sich als ihr bellender Wortführer. Die Verfassung der Vereinigten Staaten hätte, könnte sie die Farbe wechseln, rot werden müssen vor Scham, als Donald Trump den Eid auf sie leistete. Schon sein Wahlkampf hat gezeigt, dass sie ihm nichts bedeutet. Er hat die Rechte der Minderheiten verhöhnt und die Religionsfreiheit missachtet. Er hat die Frauen verächtlich gemacht und seine politische Konkurrentin bedroht.

Der Glaube an die Stärke des Rechts, der sich in der sogenannten westlichen Welt seit

1945 entwickelt und diese leidlich zusammengehalten hat, wird angegriffen vom asozialen alten Glauben an das Recht des Stärkeren; der wiederum wird gespeist von neuen nationalen Egoismen und Egomaniern. Die universalen Menschenrechte, niedergeschrieben in wunderbaren Pakten und gehütet von wunderbaren Gerichtshöfen, verlieren an Bürgen, die bisher für ihre Verbindlichkeit einstanden. Der sogenannte Rechtspopulismus, eine niedliche, verharmlosende, unzulässigverallgemeinernde und daher falsche Bezeichnung für eine gefährliche Sache, ist eine Entbürgerungs- und Entbürgungsbewegung. Er ist eine Entrechtungsbewegung.

Wir leben in einer Zeit der negativen Renaissance, einer Zeit der Wiedergeburt von alten Wahnideen und Idioten. Man liest nachdenklich die Worte, die Franz Grillparzer 1849 geschrieben hat: „Von der Humanität durch Nationalität zur Bestialität“. Und man ahnt und weiß, dass die Humanität wieder bedroht ist, massiv wie schon Jahrzehnte nicht mehr. Sie ist bedroht von gemeiner Rede und gemeiner Tat, von der Lust an politischer Grobheit, Flegelei und Unverschämtheit, von der Verhöhnung von Anstand und Diplomatie, sie ist bedroht von einer oft sehr rabiaten Missachtung des Respekts und der Achtung, die jedem Menschen zustehen, dem einheimischen Arbeitslosen, dem Flüchtling wie dem politischen Gegner. In den Gesellschaften vieler Länder, in Europa wie in den USA, werden

aggressive, verachtende und dummdreiste Reden geführt; in vielen Staaten haben Parteien Zulauf, die mit solchen Tönen werben. Warum haben sie Erfolg damit? Weil diese Töne vom Auditorium auch als Protest gegen grassierende Missstände und als Indiz für Tatkraft gewertet werden, weil das Vertrauen in die herrschende Politik ge- und verschwunden ist. Die Sehnsucht nach einer Politik, die Hoffnung macht, auf eine gute Zukunft, auf Arbeit, Sicherheit und Heimat in einer globalisierten Welt, darauf also, dass die persönliche „future great again“ wird – diese Hoffnung wird von der klassischen Politik zu wenig befriedigt. Weil es dort keine große Zukunftspolitik gibt, halten sich viele Wähler an sogenannte Populisten, an Großversprecher also, an solche, die Amerika, Großbritannien, Frankreich, Ungarn, Polen oder Österreich „great again“ machen wollen.

Das Versprechen, diesen Wunsch zu erfüllen, muss nicht per se schlecht sein; es ist nichts Verwerfliches daran, Menschen Bedeutung und Ansehen zu verschaffen. Auch in schmutzigen extremistischen Forderungen verbergen sich nicht nur niedere Triebe; die Forderungen gehen ein auf ein Bedürfnis, das man nicht verachten darf, auch wenn es sich in verunstalteter und hässlicher Form zeigt: Es ist das Bedürfnis, gehört, gesehen und beachtet zu werden. Genau darauf reagieren extremistische Agitatoren. Viele der Hetzer, die sich „besorgte Bürger“ nennen, neiden den Flüchtlingen, dass diese vermeintlich viel mehr Aufmerksamkeit, Unterstützung und Sympathie bekommen als sie.

Die Klage, die Migranten bekämen mehr und bessere Sozialleistungen, ist absolut falsch. Richtig ist aber dies: Es hat nie eine ähnliche Sympathie und Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft für die Nöte der Sozialhilfe-Bezieher und der Geringverdiener gegeben wie für die Flüchtlinge im Sommer und Herbst 2015. Sozialhilfe-Bezieher und Geringverdiener in

Deutschland erlebten und erleben seit Jahren, dass sich ihr Wunsch, die Unterstützung und Solidarität der Gesellschaft zu bekommen, nicht erfüllt. Stattdessen wurden mit Lust Faulheitsdebatten gegen sie geführt. Schon in den 1990er-Jahren begann eine wuchtige Kampagne, erst die Sprache, dann das Denken zu erobern: Sie begann damit, dass das soziale Netz als soziale Hängematte bezeichnet wurde und statt von Massenarbeitslosigkeit vom kollektiven Freizeitpark die Rede war; sodann wurde die Kürzung von Arbeitgeberbeiträgen zur Rentenversicherung als „Beitrag zur Generationengerechtigkeit“ und eine schlechte Bezahlung als Beitrag zur Gesundheit des Landes verkauft.

Sozialhilfe-Bezieher und Geringverdiener reagierten und reagieren mit Ressentiments und Eifersucht auf die Solidarität, die den Neuankömmlingen auf den Bahnhöfen zuteilwurde. Für den Umgang mit dem populistischen Extremismus bedeutet das: Diese Aversionen dürfen nicht dadurch vertieft werden, dass man die Zuwanderer und die einheimischen Globalisierungsverlierer in die Konkurrenz und ein destruktives Gegeneinander treibt. Wann ist das „great again“-Versprechen schlecht? Wann ist es gefährlich? Wenn es sich mit der Erniedrigung von Menschen verbindet, oft sogar mit der Erniedrigung der Menschen, die den Erniedrigern zujubeln – die Erniedrigten aber glauben, sich ebenfalls über andere erheben zu können und den Freibrief zu haben, wiederum andere zu erniedrigen: Ihr Donald Trump, ihre Marine Le Pen, ihr Geert Wilders, ihr Matteo Salvini, ihr Harald Vilimsky, ihr Björn Höcke und ihr Alexander Gauland tun es ja auch. Das Mittel der Erniedrigung funktioniert, weil es gekoppelt ist an ein Grandiositätsversprechen; es ist dies die Übertragung des Trash-Show-Prinzips auf Politik und Gesellschaft.

Die Teilnehmer der Trash-Shows nehmen ihre Erniedrigung in diesen Shows in Kauf,

## Europäische Angst

weil diese Erniedrigung sie groß zu machen verspricht. Grandiosität ist dabei die Pervertierung des legitimen Wunsches nach Größe, Bedeutung, Aufmerksamkeit, Souveränität. Die Großversprecher, die mit Erniedrigung arbeiten, beginnen ihr Erniedrigungswerk mit der Abwertung und Verhöhnung aller bisherigen Politik; „das System“ nennen sie es – und sie geben ihren Zujublern das Gefühl, gemeinsam an dessen Zerstörung zu arbeiten und damit vermeintlich an der Erlösung von persönlichen Problemen.

Was sich so abspielt, ist nicht einfach Populismus, es ist populistischer Extremismus, eine modernisierte Version des alten Rechts-extremismus; er arbeitet mit den Mitteln der Ausgrenzung, mit sich steigernden Regelverletzungen, bei denen er sich mit dem Gestus des mutigen Tabubrechers inszeniert; in der Internetwelt ist dies besonders wirksam, weil die irrsen Attacken und die irrsen Ankündigungen die irrsen Verbreitung finden.

### *Pompeji, 79 nach Christus*

Die Städte Pompeji, Herculaneum, Stabiae und Oplontis, am Golf von Neapel gelegen, sind 79 nach Christus beim Ausbruch des Vesuvs untergegangen. Viele Beschreibungen des sogenannten Rechtspopulismus tun so, als stünde so etwas nun im Weltmaßstab bevor. Die Beschreibungen des sogenannten Rechtspopulismus als global-eruptive Erscheinung ähneln der Schilderung eines Vulkanausbruchs. Man tut so, als sei ein Vesuv, als seien viele Vesuve ausgebrochen, als gieße sich nun Aggression wie Lava in die Gesellschaft und als regne es nun Hass wie glühende Asche. Das sind phlegmatische Beschreibungen, das ist politische Fatalismus.

Der sogenannte Rechtspopulismus ist kein Naturereignis. Man kann sich nicht einfach

nur vor ihm schützen, man kann und muss ihn gut und erfolgreich bekämpfen. Dieser Beitrag ist daher ein Beitrag gegen Phlegma und Fatalismus. Er ist ein Aufruf zu einer demokratischen, einer rechtsstaatlichen und sozialen Offensive.

Er ist ein Aufruf zu einer analogen und digitalen Erhebung gegen die Verächter von Zivilität, sie ist der Aufruf zu einem Sturm der Aufklärung. Er ist ein Appell zu einer neuen Verve der Demokraten, weil nur begeistern kann, wer selbst begeistert ist. Er ist eine Aufforderung zu demokratischer Zuspitzung und überzeugungskräftigem Auftreten.

Er zeigt, wie der extremistische Populismus funktioniert, wie und womit er sich nährt und wie man ihm also die Nahrung entziehen kann. Und auch, wie die Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit ihm umgehen müssen, um ihn zu entschärfen. Diese Zeilen sind ein Aufruf zu einer populistischen demokratischen Politik.

Populistisch-populär und demokratisch? Ist das nicht eine *Contradictio in Adjecto*, ist das nicht ein Widerspruch in sich? Nein. Nicht das Wort Populismus ist schlecht, nicht das Wort also, mit dem sich die sogenannten Rechtspopulisten schmückend tarnen und mit dem sie sich gern tarnen lassen; schlecht ist das, was sich unter dieser Tarnung verbirgt. Darunter verbirgt sich Extremismus – ein rassistischer Nationalismus, Xenophobie und Verfassungsverachtung.

Nicht der Populismus macht die Gesellschaft kaputt, sondern der populistische Extremismus. Der Populismus ist nur eine Art und Weise, für Politik zu werben. Jeder gute Politiker muss auch Populist sein, weil er seine Ideen, seine Politik so darlegen, vortragen und vertreten muss, dass sie verstanden werden und begeistern können. Ein demokratischer Populist ist einer, der an Kopf und Herz appelliert; ein demokratischer Populist ist einer, der die

Emotionen nicht den extremistischen Populisten überlässt. Ein demokratischer Populist verteidigt die Grundrechte und den Rechtsstaat gegen extremistische Verächter. Populistische Extremisten appellieren nicht an Herz und Verstand, sondern an niedrige Instinkte. Das ist der Unterschied.

Es gibt Leute, die bei allem Entsetzen über deren Politik den Demagogen wie Donald Trump attestieren, sie hätten Charisma. Trump und Co. täuschen Charisma vor. Was einigen Beobachtern als Charisma gilt, ist in Wirklichkeit der Drang und die Fähigkeit, so zu lügen, dass den Gesprächspartnern und dem Publikum die Spucke wegbleibt und sie zu glauben beginnen, hier gehe etwas Großes vor. Die Pseudo-Charismatiker sind in Wahrheit Schmierenkömödianten, sie sind Hochstapler.

Dem populistischen Extremismus hat es geholfen und hilft es immer noch, dass mit der Bezeichnung „Populismus“ sehr frei- und großzügig umgegangen wurde und wird. In Deutschland galt Oskar Lafontaine, erst SPD dann Die Linke, als Populist, Peter Gauweiler von der CSU ebenso, Franz Josef Strauß seinerzeit ohnehin; Roland Koch, ehemals CDU-Ministerpräsident in Hessen, galt als Populist; CSU-Generalsekretäre gelten quasi

„Die Großversprecher, die mit Erniedrigung arbeiten, beginnen ihr Erniedrigungswerk mit der Abwertung und Verhöhnung aller bisherigen Politik; ‚das System‘ nennen sie es – und sie geben ihren Zuhörern das Gefühl, gemeinsam an dessen Zerstörung zu arbeiten und damit vermeintlich an der Erlösung von persönlichen Problemen.“

als geborene Populisten; Gregor Gysi von den Linken ist das Etikett auch angeklebt worden. Eine volksnahe, dramatisierende und zugleich vereinfachende Politik wurde und wird immer gern als populistische Politik bezeichnet. Auch missliebige Kritik, mit der sich die herrschende Politik nicht befassen will, galt und gilt als populistisch. Kritik an der Euro-Rettungspolitik galt als populistisch. Kritik an den Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen TTIP und Ceta galt als populistisch. Kritik am Bundeswehreinmarsch in Afghanistan galt als populistisch.

Das Wort Populismus wurde zudem dazu genutzt, um zusammenzubringen, was nicht zusammengehört, Rechte und Linke: Leute wie Marine Le Pen in Frankreich, Beppe Grillo in Italien, Boris Johnson in England, Frauke Petry in Deutschland; den Griechen Alexis Tsipras, den Bolivianer Evo Morales und den Venezolaner Hugo Chávez. Das Wort Populismus ist nun vom übermäßigen Gebrauch so überdehnt und ausgeleert wie ein alter Gummiring; es ist selbst populistisch. Es taugt für fast nichts mehr; nur noch zur Verharmlosung der Demokratieverächter. Demokratie- und Verfassungsverachtung ist aber kein Populismus, sondern Extremismus.

Wer Politik zum Theater macht, ist deswegen noch kein tadelnswerter Populist. Theater gehört zur Politik, seitdem es sie gibt. Das ist nicht gut, das ist nicht schlecht, das ist einfach so. Mit Mahnungen zu mehr vermeintlicher Seriosität wird man weder der Politik noch dem Theater gerecht. Es gibt, hier wie dort, schlechte Inszenierungen. Die Strickjacken-Politik von Helmut Kohl beim Umgang mit Gorbatschow war eine Inszenierung.

Der Sprung des deutschen Umweltministers Klaus Töpfer in den Rhein im Jahr 1988 war auch eine. Und als der damalige bayerische Innenminister Alfred Dick mitten in der Tschernobyl-Katastrophe vor laufender Ka-

merahoch verstrahlte Molke gefuttert hat, war das auch eine Inszenierung; er wollte beweisen, dass das Zeug für Kinder zum Verzehr geeignet ist. Das war nicht populistisch, das war einfach katastrophal falsch. Das war ebenso verantwortungs- wie erfolglos.

Auch der ist noch kein Populist, der sich der rustikalen eingängigen Rede bedient. Es wäre eine Wohltat, wenn der kalte, der durchökonomisierte Jargon aus den Statements und Debatten verschwände. Es ist dies kein Plädoyer für Deutschtümelei in der politischen Rede, sondern dafür, nach dem Jahr des Reformationjubiläums Luthers weisen Rat wiederzubeleben: „Man muss die Mutter im Hause, die Kinder auf der Gassen, den gemeinen Mann auf dem Markt drum fragen und denselbigen auf das Maul sehen, wie sie reden, und darnach dolmetschen; da verstehen sie es denn und merken, daß man deutsch mit ihnen redet.“ Damit meinte der markige Reformator nicht, dass man sein Vokabular in der Gosse auflesen oder mit zotigen populistischen Kraftausdrücken daherkommen solle.

Es ist die Empfehlung, eine im guten Sinn populäre, verständliche Sprache zu sprechen, die an den Verstand appelliert und auch das Herz erreicht. Eine fantasie- und visionslose Kosten-Nutzen-Sprache ist dazu genauso wenig imstande wie eine schulmeisterliche Expertensprache.

Die populistischen Extremisten finden derweil wieder Gefallen an der Sprache, die Victor Klemperer LTI nannte – *Lingua Tertii Imperii*. Klemperer zeigte, wie die beharrlich-stereotype Wiederholung von bestimmten Begriffen die Köpfe mit faschistischen Ideen besetzt. Zu den Lehren aus finsternerer Zeit gehören in Deutschland darum die Wörter „Nie wieder“. Wer die hasserfüllte Sprache hört, mit der vom populistischen Extremismus die für den Staat verantwortlichen Personen als „Volksverräter“ tituliert werden, der stellt besorgt fest: „Schon

wieder“. Wer, wie dies die Extremisten tun, die Feinderklärung in die Demokratie trägt, wer dem Volk das „Anti-Volk“ als Feind gegenüberstellt, wer behauptet, das Monopol der authentischen Repräsentation zu haben, wer für sich allein die Führerschaft beansprucht und sich anmaßt, die alleinige Stimme des Volkes zu sein, wer ein moralisches Monopol für sich beansprucht und damit Grundrechte und Grundwerte aushebeln will – der ist ein Feind der Demokratie. Man soll, man darf ihn nicht zum Populisten verharmlosen.

### *Hau-drauf-Politik*

Je ungewisser die Zukunft ist, und je komplexer die politischen und gesellschaftlichen Situationen sind, umso ausgeprägter sind die Wünsche nach einer Führung, die die Komplexität dekonstruiert, die sich der Ungewissheit annimmt und sie beherrscht – oder jedenfalls so tut. Es ist die Sehnsucht nach Alexander-Politik, einer Politik nach dem Rezept Alexanders des Großen, der 333 vor Christus den Gordischen Knoten einfach mit dem Schwert durchschlug. Eine Sehnsucht nach Politik und Politikern, die so agieren, ist die Sehnsucht nach einem starken Mann oder einer starken Frau, die Sehnsucht danach, dass die Welt doch bitte weniger komplex und verknötet sein soll, als sie ist. Anhängern der Alexander-Politik gilt der Kompromiss per se als Schwäche. Im Kompromiss sehen sie den Verrat durch jene, die sie „Volksverräter“ schimpfen. Das knüpft an an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Deutschland war bis 1945 ein kompromissfeindliches Land; ein politischer Kompromiss galt als Verrat – als Verrat der Ideale, als Produkt ängstlichen Einknickens und als Ergebnis fehlenden Rückgrats.

In der Sprache, manchmal auch im Denken, wirkt das bis heute nach; das Adjektiv

„faul“ gehört zum Kompromiss wie der Deckel zum Topf. Als gängigster politischer Kompromiss gilt daher immer noch der angeblich faule Kompromiss. Dementsprechend ist das Sprichwort zu verstehen: „Lass dich in keinen Kompromiss; du verlierst die Sach’, das ist gewiss.“ Der Kompromiss kompromittiert also, vermeintlich, per se. Das stimmt nicht. Eine parlamentarische Demokratie lässt sich mit solchem Rigorismus nicht bauen und nicht erhalten. Der Kompromiss ist in der parlamentarischen Demokratie die vernünftige Art des Interessenausgleichs und des Dissens-Managements; er lebt von der Achtung gegnerischer Positionen, vom Sinn für gesellschaftlichen Wandel, davon, dass man sich auf anderes einlässt. Er gehört zum Wesen der Demokratie.

In der grassierenden deutschen Kompromissfeindlichkeit stecken die Wertungen vergangener autokratischer Zeiten. Die demokratische Gesellschaft wird in Zukunft noch mehr als bisher lernen müssen, ihre Einstellung zum Kompromiss zu verändern – und auch zu den Politikern, die Kompromisse suchen und finden müssen. Immer öfter wird mit einer der klassischen, bisher üblichen Zweierkoalitionen (Rot-Grün, Schwarz-Gelb) keine Mehrheitsregierung gebildet werden können. Das eherne Gesetz der bundesdeutschen Demokratie – „Wenn gar nichts mehr geht, eine große Koalition geht immer“ – gilt nicht mehr, weil die ehemals großen Parteien nicht mehr überall groß genug sind.

Das alles bedeutet: Die große Koalition, wie man sie in der Geschichte der Bundesrepublik kennt, ist Vergangenheit (auch wenn sie jetzt noch einmal gebildet wird). Große Koalitionen heute haben die Tendenz, immer kleiner zu werden. Das liegt auch daran, dass bei SPD und CDU schon die Ausgangspositionen, lang vor der Verhandlung über Koalitionskompromisse, zu nah beieinander waren. Es ging die Kenntlichkeit als Kontrahent verloren, der

Wähler erkennt keine Alternative zwischen den jeweiligen Politiken – und sucht das, was er für eine Alternative hält. Die Stärke der AfD rührt auch aus der „Alternative“, die sie im Namen führt. Das heißt: Der Kompromiss darf bei der SPD und der CDU nicht so ins Parteinere verlegt werden, dass die Wähler die Partei nicht mehr erkennen. Die Schwäche der SPD von heute liegt auch daran, dass sie vorab so viele Kompromisse geschlossen hat, bis ihre Konturen verloren gegangen sind.

Die politischen Magnetfelder werden sich neu sortieren müssen. Einerseits werden die Parteien wieder deutlicher voneinander unterscheidbar werden müssen, andererseits und trotzdem müssen alte Abstoßungskräfte überwunden werden. Womöglich ist die deutsche Einheit erst dann vollendet, wenn es nicht nur eine rot-rot-grüne Koalition gibt, sondern dort oder anderswo auch einmal eine Koalition aus CDU und Linkspartei. Die neue Partei, die AfD, wird, bevor eine andere Partei auf sie zugehen und sie auf eine andere Partei zugehen kann, zeigen müssen, ob es ihr gelingt, die braunen Elemente abzustößeln und auf einem demokratischen Weg zu wandeln.

Nicht der Politiker ist ein guter Politiker, der den anderen verteuflert, den Gegner einen Lügner nennt und ihm am liebsten an die Gurgel gehen würde. Und nicht diejenige Partei hat Problemlösungskompetenz, welche die simpelsten Lösungen anbietet. Starker-Mann-Politik ist keine demokratische Politik. Der russische Präsident Putin ist so ein starker Mann, der türkische Präsident Erdoğan auch, der US-Präsident Trump posiert als ein solcher.

Ihre Stärke ist Kraftmeierei und besteht darin, die Rechte anderer zu missachten und andere Ansichten als feindliche Ansichten zu betrachten und zu verfolgen. Eine solche Politik zerhaut die Gesellschaft, missachtet die Individualität, die Unterschiedlichkeit und die Vielfalt der Interessen. Sie erhebt die ei-

## Europäische Angst

genen Interessen, Vorstellungen und Ansprüchen zum Ideal, die man mit Schwertstreichen durchsetzt.

Probleme moderner Gesellschaften löst man aber nicht mit einem Streich. Stärke in einer Demokratie sieht anders aus: Demokratie ist nicht das Zerhauen von Knoten, sondern ein mitunter sehr mühseliges Aufdröseln, ein langes, beharrliches, gemeinsames Zupfen und Ziehen. Das ist mühselig; aber am Ende sind die Schnürsenkel noch ganz – und brauchbar.

*„Hier stehe ich, ich kann nicht anders“*

In Deutschland stand kompromisslose Politik sehr lange sehr hoch im Kurs. Das Luther'sche Diktum „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ wurde zu einem politischen Alltagsmotto: Man stand immer, und man konnte nie anders. Die vermeintliche heilige Sturheit klang noch nach in der TINA-Politik der Kanzlerin Angela Merkel: „There is no alternative!“ Es gibt keine Alternative? Die Gründung der AfD, der Alternative für Deutschland, war eine Antwort auf die angeblich alternativlose Euro-Politik der Kanzlerin. Die behauptete Alternativlosigkeit war die Nachfolgerin der alten Kompromisslosigkeit. Die alte Kompromisslosigkeit: Im Deutschland des Kaiserreichs und der Weimarer Republik (vom Nazi-Reich muss man gar nicht erst reden) war der Kompromiss eine Sache für Schwächlinge – für schwache Menschen, ohnmächtige Staaten, kleine Länder. Der Kompromiss galt als „undeutsch“. „Deutsch“ dagegen war die unbedingte Entschlossenheit, die absolute Prinzipienfestigkeit, das Entweder-oder, das Denken in Schwarz oder Weiß, das Handeln in Sieg oder Niederlage. Charakter zeigte sich angeblich in Überzeugungstreue; und besonders deutsch war diese

Überzeugungstreue, wenn sie unbeirrbar war und unnachgiebig und sich auf keine Kompromisse einließ, koste es, was es wolle. Die einsame Entscheidung, der Befehl eines starken Mannes galten mehr als das Ringen im Parlament. Carl Schmitt hat das proklamiert: „Das Beste in der Welt ist ein Befehl.“ Als sich bei den Nationalsozialisten die Macht und die Kompromisslosigkeit mit der Brutalität und der Bestialität verbanden, kostete das viele Millionen Menschen das Leben. Es gab, nicht erst bei den Nazis, einen vermeintlichen Heroismus der Kompromisslosigkeit, der Härte, der Durchsetzungsmacht. Eine solche Sicht auf die Politik bewundert Autokraten, sie verachtet Diskussion als Gerede und das Parlament als Schwatzbude.

Kompromiss heißt immer, dass man etwas abgibt. Es ist ein Unterschied, ob man das von denen verlangt, die Bildung, Geld und Einfluss haben – oder von denen, die das in geringem Maß oder gar nicht haben. Es ist ein Unterschied, ob man kompromisslos seine Privilegien oder kompromisslos sein Existenzminimum verteidigt. Wer vom Überfluss abgeben

„Die globale Ungleichheit zwischen Reich und Arm nimmt obzöne Ausmaße an, daran haben die Sozialisten Italiens, Spaniens, Frankreichs, Griechenlands und Ungarns nichts geändert, auch nicht Obamas Demokraten und Großbritanniens New Labour, noch Deutschlands Sozialdemokratie; im Gegenteil: Sie waren alle selbstbewusste Akteure oder willige Unterstützer der Politik der Deregulierung und des Sozialabbaus.“

soll, kann sich Kompromisse besser leisten als derjenige, der vom Mangel noch abgeben soll.

Dass das nicht beachtet wurde, ist das Odium, das der Agenda 2010 des Kanzlers Gerhard Schröder bis heute anhängt und der SPD bis heute nachhängt.

Der Kompromiss ist nicht per se etwas Lächerliches; er ist nicht Indiz für die moralische Verworfenheit eines Staates; er ist aber auch nicht per se gut. Die Güte einer Politik zeigt sich nicht in der Größe echter oder vermeintlicher Ideale ihrer Politiker, sondern in der Qualität ihrer Kompromisse. „Ideale können uns etwas Wichtiges darüber sagen, was wir gern wären. Kompromisse aber verraten uns, wer wir sind«, schreibt der israelische Philosoph Avishai Margalit. Wer sind „wir“? Eine bunte, plurale, lebendige, spannungsgeladene und ausgleichsbedürftige Gesellschaft.

### *Die schwarze Null*

Was ist ein guter Kompromiss? Erstens: Er ist immer Ergebnis eines Ringens; er ist also nicht vorauseilender Gehorsam, er ist nicht der bequemere Weg. Zweitens: Kompromiss braucht die Transparenz der Entscheidung und die Kenntlichkeit der Positionen der Handelnden, sonst hinterlässt er das Gefühl, dass „die da oben alle unter einer Decke stecken“. Drittens: Es gibt einen absolut kompromissfesten Kern, der im demokratischen Rechtsstaat durch die Grundrechte beschrieben wird. Viertens: Kompromisse zulasten der Schwachen und der Schwächsten sind keine guten Kompromisse. Fünftens: Kompromisse müssen Kompromisse sein, nicht Diktate. Es gehört zum Kompromiss, dass auch einmal Kröten geschluckt werden müssen; es dürfen aber keine giftigen Kröten sein. Ein Spottlied Kurt Tucholskys aus dem Jahr 1919 endet mit dem Reim: „Und durch Deutschland geht ein tiefer

Riß. / Dafür gibt es keinen Kompromiß!« Ein solcher Riss ist das Ergebnis einer Politik, die gegnerische Positionen nicht achtet. Der gute Kompromiss verhindert den Riss.

Ein tiefer Riss allerdings ist in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in Europa als auch in den USA nicht verhindert worden. Die globale Ungleichheit zwischen Reich und Arm nimmt obszöne Ausmaße an, daran haben die Sozialisten Italiens, Spaniens, Frankreichs, Griechenlands und Ungarns nichts geändert, auch nicht Obamas Demokraten und Großbritanniens New Labour, noch Deutschlands Sozialdemokratie; im Gegenteil: Sie waren alle selbstbewusste Akteure oder willige Unterstützer der Politik der Deregulierung und des Sozialabbaus.

Der französische Soziologe Didier Eribon hat am Beispiel seiner eigenen Familie beschrieben, wie sich die Arbeiterklasse deswegen vom Sozialismus abgewandt hat und nach rechts gerückt ist. Viele Wähler Orbáns, Le Pens, Hofers und Petrys haben früher sozialdemokratisch gewählt, andere hatten irgendwann aufgehört, wählen zu gehen.

In der Empörung über Trumps großmäuliges Versprechen, er werde der größte Job-Producer sein, den Gott je erschaffen habe, kommen viele gar nicht dazu, sich darüber zu empören, dass die Spardiktate der Europäischen Kommission, der EZB und des Internationalen Währungsfonds (IWF) der größte europäische Jobvernichter waren. Sie sind nicht von Gott, sondern vom deutschen Finanzminister Schäuble als treibender Kraft erschaffen worden; und sie werden noch immer aufrechterhalten, mittlerweile selbst gegen den Widerstand des IWF.

Die Sozialdemokratie hat sich nicht mit Protest hervorgetan, sondern mit braver Assistenz bei der Malträtierung Südeuropas, speziell Griechenlands. Deutschland stört sich weiterhin nicht an der internationalen Kritik an

## Europäische Angst

seiner Exportfixierung, die die europäischen Nachbarn aus dem Gleichgewicht bringt; Deutschland lässt sich nicht beirren darin, die schwarze Null als wichtigstes finanzpolitisches Ziel hochzuhalten.

Die Beschwörung der schwarzen Null und der schwäbischen Hausfrau als Vorbild der Volkswirtschaft ist nicht weniger populistisch als Trumps Investitionsversprechen, mit dem er bei seinen Wählern getrumpft hat. Investitionen in Infrastruktur, in Universitäten und Schulen, in den Ausbau der Pflege von alten Menschen und in die Grundsicherung von Kindern sind nicht populistisch, sondern vernünftig. Wenn sie nicht mit Fremdenhass, Frauerverspottung und Bildungsverachtung kombiniert werden, sind sie gut gegen Armut, Demokratiefrost und Extremismus.

Es gibt, zumal bei der politischen Linken, eine populäre Erklärung für den populistischen Extremismus: Es handele sich um eine Revolte der ökonomisch Abgehängten gegen die Eliten, denen „man es zeigen will“. Diese Erklärung bleibt aber auf halber Strecke stehen. Sie tut so, als wäre „die Elite“ eine hermetisch abgeschlossene Gruppe, die jetzt entsetzt ist über den vermeintlichen Pöbel. Viele Hauptvertreter des populistischen Rechtsextremismus – von Trump bis Gauland – sind jedoch Vertreter der reichen oder gebildeten Oberschicht, sie vertreten die Interessen der Industrie und des Neoliberalismus.

Trump's Wählerschaft rekrutiert sich zwar zum großen Teil aus frustrierten Wählern, die sich nur unzureichend durch die aktuelle Politik vertreten fühlen; dabei handelt es sich im Besonderen um ältere weiße Männer. Allerdings kamen seine Befürworter auch aus anderen Segmenten. Die Unkultur der Verachtung, die diese Parteien in der Gesellschaft etablieren, bedient auch die Interessen eines Teils der Besitzenden, die ihren Besitz bedroht sehen.

Der deutsche Soziologe Wilhelm Heit-

meyer hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass sich eine „rohe Bürgerlichkeit“ breite und die Bessergestellten dabei seien, einen „Klassenkampf von oben“ anzuzetteln. Der Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman hat herausgearbeitet, dass die spät-kapitalistische Globalisierung in allen Gesellschaften Überflüssige generiert, er nennt sie „menschlichen Abfall“.

Unter der Erfahrung oder auch unter der Bedrohung, zu solchem Abfall zu werden, fällt dieser Mensch vom Glauben an Demokratie und Rechtsstaat ab, nicht nur der Habenicht, sondern auch der Habewas – und er wird vom populistischen Extremismus aufgefangen. Zynisch ist dabei, dass der populistische Extremismus diese Abgefallenen zu Menschen nach seinem Bild neu erschafft, zu Fratzen des Hasses und zu Wesen, die aufhören, sich wie Subjekte zu verhalten. Der populistische Extremismus ist eine Methode, Menschen zur Selbstentwürdigung und Entpolitisierung zu verführen. Auch wenn sie dann kurzfristig „Denkzettel“ verpassen, machen sie sich selbst letztlich zu Leuten, mit denen demokratische Politik anscheinend nicht mehr zu machen ist. Auch hier erkennt man die bereits beschriebenen Wesensmerkmale des populistischen Extremismus: Erniedrigung und Abwertung. Sie sind keine spontanen Reaktionen und Gefühle von „besorgten Bürgern“. Sie sind nicht neu, und sie haben sich bereits vor der Finanz- und Flüchtlingskrise als gesellschaftlich akzeptiertes Verhalten etabliert. Sie sind von der herrschenden Politik über Jahre hin propagiert und akzeptiert worden als angemessene Sozialform im Umgang mit Armen und Exkludierten.

Konsens wurde so eine Haltung wie folgt: Wer aus der Gesellschaft fällt, hat selbst Schuld. Arme sind faul. Wiedereingliederung geschieht über autoritäre Disziplinierung (der Euphemismus lautet: Fordern und Fördern).

Die deutschen Hartz-Gesetze waren und sind Ausdruck und Beschleuniger dieses Wandels im gesellschaftlichen Konsens. Sie sind mittlerweile oben wie unten in der Gesellschaft mentalitätsprägend – und zwar, durch die Griechenlandkrise befeuert, europaweit.

Populistisch vereinfachend und zu Scheinlösungen verleitend ist daher die Erklärung der Gegner von Trump und Co., dass der populistische Extremismus sich vor allem durch Fake-News an die Macht bringe. Das ist Selbsttäuschung, weil dieser Erklärungsversuch den Blick von den eigenen inneren gesellschaftlichen und demokratischen Defiziten weglenkt und auf diffuse fremde Mächte von außen weist, die den Trumps und Konsorten angeblich Auftrieb geben. Auftrieb bekommt in der Aufregung über Fake-News das allgemeine Misstrauen der Bürger gegen alles.

### *Überaufmerksamkeit schafft Überbedeutung*

Politik, so heißt es beim Soziologen Max Weber, ist das Bohren harter Bretter. Demokratischer Populismus ist das Trommeln auf

„In der Empörung über Trumps großmäuliges Versprechen, er werde der größte Job-Producer sein, den Gott je erschaffen habe, kommen viele gar nicht dazu, sich darüber zu empören, dass die Spardiktate der Europäischen Kommission, der EZB und des Internationalen Währungsfonds (IWF) der größte europäische Jobvernichter waren.“

diesen Brettern; dieses Trommeln ist nicht schlecht; es kann das Bohren vorbereiten. Bei seiner Trommelei muss der demokratische Populist freilich aufpassen, dass er nicht in einen rechtsradikalen Rhythmus verfällt, der nachahmt, was der rechte Extremismus vorgetrommelt hat – etwa dann, wenn es gegen Flüchtlinge geht. Der extremistische Populismus belässt es nicht beim Trommeln auf harten Brettern. Er wirft mit den harten Brettern, er wirft sie gegen Minderheiten, er nagelt sie vor die Köpfe sogenannter „Wutbürger“, er schlägt damit Grundrechte und Grundwerte, er drischt damit auf „das System“ ein, auf die Demokratie, auf den Rechtsstaat, auf die Gewaltenteilung und den politischen Gegner, den er zum Feind erklärt und ihm mit Verhaftung und Gefängnis droht.

Was soll der demokratische Populismus dagegen tun? Er muss die Bretter zu einem Bumerang machen, der zu den Werfern zurückkehrt und sie selbst trifft. Damit beginnt die Wehrhaftigkeit der Demokratie.

Die Qualitätsmedien sollten nicht so tun, als seien die Angriffe auf Minderheiten Events, über die es wie über Sportereignisse und Popkonzerte zu berichten gilt. In Donald Trumps Wahlkampf hat sich gezeigt, dass der mediale und digitale Tanz, der um seine Tabubrüche aufgeführt wurde, dem Tabubrecher letztendlich geholfen hat – weite Teile des Journalismus haben sich vom geilen Geist des Ressentiments verführen und als Verstärker instrumentalisieren lassen.

In Deutschland klagt und lamentiert die AfD über vieles, aber über eines nicht: über fehlende Aufmerksamkeit. Darüber kann sie auch nicht klagen, weil die Beachtung, die ihr und ihrem Gewese geschenkt wird, spektakulär ist. Es ist aber schädlich, sie so unter die Vergrößerungsoptik zu legen, dass von Unsinn nur noch das Wortelement „sinn“ zu sehen ist. Genau das passiert, wenn jede Unseriosität von

## Europäische Angst

Pegidisten und AfDlern durch eine seriöse Debatte geadelt wird. Genau das passiert, wenn dann Provokationen so sorgfältig interpretiert werden, als handle es sich um einen ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag. Ausgearbeitete Gesetzesvorschläge in der parlamentarischen Arbeit der AfD in den Landtagen gibt es kaum. Aber das fällt angesichts des Getöses, das es um die AfD gibt, kaum auf.

Die Medien sind also gehalten, doch nicht nur über die Flüchtlingsfeindlichkeiten der AfD zu berichten, sondern auch über die Hilfsbereitschaft und die Anstrengungen der Zivilgesellschaft, die es nach wie vor gibt – und so etwas dafür zu tun, dass die Stimme der Humanität hörbar bleibt in diesem Land. Das ist eine Anregung, kurz einmal Zahlen zu vergleichen: Die AfD zählt derzeit 26 000 Mitglieder. Pro Asyl, eine große von zahlreichen Flüchtlingsorganisationen, hat fast genauso viele – nämlich 23 000.

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 zeigte sich, dass die Gemeinsamkeiten zwischen der deutschen Provinz und der Provence nicht bei den touristischen und landschaftlichen Schönheiten enden; sie setzen sich in der politischen Landschaft fort: Die Provence ist die Hochburg des Front National. Mecklenburg-Vorpommern ist Hochburg der deutschen Rechtsaußen-Parteien; jeder vierte Wähler wählt dort Rechtsaußen. Diese Wähler haben mit Erfolg dafür gesorgt, dass die Provinz zur Notiz genommen wird, dass sie beachtet, dass sie zum Thema wird.

Nach dem Motto „Besser negative Aufmerksamkeit als gar keine“ hat die Mehrheit der Wähler in der österreichischen Provinz ihr Kreuz bei Hofer gemacht, die Mehrheit der Wähler in den ländlichen Gegenden der USA bei Trump. Und siehe da: Plötzlich hört man, dass „Unsere kleine Farm“ gar keine Idylle mehr ist; plötzlich liest man, dass „Die Waltons“ heutzutage bei ihrem Nachtgespräch von den Kin-

dern erzählen, die in die Drogensucht abgleiten.

Die Welt muss heimatlicher werden, um dem Extremismus zu wehren. Zur Gebrauchsanweisung für den Umgang mit Populisten gehört daher, ihren Wunsch nach Heimat zu respektieren. Der Wunsch, eine Heimat zu haben, ist kein brauner Wunsch, er ist schlicht ein menschlicher. Heimat besteht nicht in Blut und Boden. Heimat ist Urvertrauen – das Urvertrauen, sicher und geborgen zu sein, nachbarschaftlich aufgehoben zu sein. Heimat ist das Bewusstsein, dass man seinen Platz, seine Aufgabe und seine Geschichte hat. Die Welt zur Heimat machen, das fängt in Kleinkleckersdorf an. Es fängt damit an, dass es dort eine Poststelle, einen Bäcker und Ärzte gibt und ein Krankenhaus in erreichbarer Nähe. Die kleinen Orte veröden, zugleich veröden die Zentren mancher Großstädte. Zwischen den Städten und entlang der Autobahnen sind hässliche Gewerbeflächen, Malls und Logistikzentren entstanden, die die Landschaft unkenntlich machen. Das ist die Entheimatung der Heimat.

In der Offensive gegen den populistischen Extremismus spielen daher die Bürgermeister, die Stadt- und Landräte eine wichtige Rolle. Eine kluge Lokalpolitik lockt nicht einfach nur Investoren in den Ort; sie stärkt die Grundversorgung, den sozialen Zusammenhalt und die gewachsenen Traditionen ihrer Bürger und ihre Offenheit für die, die neu kommen. Die hoch verschuldeten Kommunen zum Beispiel im Ruhrgebiet, die sich aus eigener Kraft nicht mehr vom finanziellen Knebel befreien können, müssen mit kreativen politischen Lösungen entschuldet werden.

Gerade in diesen Städten leben ja besonders viele Kinder und Zuwanderer in prekärer wirtschaftlicher Lage, die nicht nur alimentiert, sondern gefördert werden müssen. Man muss heute vielen Bürgermeistern und Stadträten Respekt zollen für ihr Engagement und ihre

Unverdrossenheit Anfeindungen gegenüber; und man wünscht sich, dass diese Bürgermeister und Stadträte nicht den Mut zu einer Politik der Integration und Verständigung verlieren in Zeiten, in denen einige von ihnen dafür mit Hassmails und Bedrohungen überzogen werden.

Das Wort demografischer Wandel, das für einen großen Teil der Probleme in der Provinz steht, ist so geläufig geworden, dass es kein Fremdwort mehr ist: Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft. Die aktuelle hohe Zuwanderung hat nur eingeschränkte Effekte auf die langfristige Bevölkerungsentwicklung.

Bis 2060 wird die Einwohnerzahl deutlich zurückgehen: bei schwächerer Zuwanderung auf 67,6 Millionen; bei stärkerer Zuwanderung auf 73,1 Millionen. Das ist so, als ob die Bevölkerung von Hamburg, Berlin, München und Frankfurt verschwindet – nur: Sie verschwindet nicht in Hamburg und Berlin, sie schrumpft im Osten der Bundesrepublik, im Saarland und in den ehemaligen westdeutschen Zonenrandgebieten.

Sachsen-Anhalt minus 18,5 Prozent. Plus 8,3 Prozent in Oberbayern, aber das ist die große Ausnahme. Der deutschen Provinz wird dabei seit Jahren übel mitgespielt, nicht nur von der Bundeswehr, die so viele Garnisonsstand-

orte geschlossen hat. Post, Telekom und Bahn haben sich radikal aus der Fläche zurückgezogen, kaum dass sie privatisiert waren. Schulen wurden und werden ausgedünnt, zusammengelegt oder geschlossen. Und auch bei den Sparkassen gibt es ein großes Filialschließen; es muss gespart werden – und manchmal sägt man dann aus Spargründen den Ast ab, auf dem man sitzt.

Es gibt einprägsame Slogans, die den Sparkassen nicht gefallen können; einer der einprägsamsten lautet: „Ein Alter ohne Schalter“. Vielerorts verrotten die Ortskerne. Die Dörfer, die Klein- und auch noch die Mittelstädte sehen aus wie ein Donut, also wie dieser amerikanische ringförmige Krapfen – ein abgeflachter Teigballen, der in der Mitte ein Loch hat. Diese Donut-Orte, es gibt Hunderte, es gibt Tausende in Deutschland, sind innen hohl. Entweder sie sind voll schlechter, alter Bausubstanz; oder aber sie sind wie Puppenstübchen aufpoliert worden, aber dennoch ohne Leben, weil die Ladenmieten dort aufgrund der Refinanzierung der Sanierungskosten für alte Ladengeschäfte unerschwinglich geworden sind – und daher Allerwelts-Tinnef-Läden und Ketten dort eingezogen sind, die die früheren Geschäfte für den täglichen Bedarf verdrängt haben. So entsteht das Loch im Zentrum so vieler Dörfer, Märkte und Städte. Aber außen herum wachsen, gut finanziert von den Sparkassen, die Eigenheimsiedlungen immer weiter.

Viktor Orbán, das sei an dieser Stelle angemerkt, hat sich den Wunsch der vielen ungarischen Häuslebauer nach Heimat für seine Rechtsrechtsaußenpolitik zunutze gemacht. Als die billig aufgenommenen Fremdwährungskredite reihenweise platzten und die Häuslebauer ihre Zinsen nicht mehr bedienen konnten, inszenierte Orbán sich als Retter und bewahrte die Menschen vor der Zwangsversteigerung ihres Zuhauses und vor wirtschaftlichem Ruin. Das tat er mit einer Art

„Die Provence ist die Hochburg des Front National. Mecklenburg-Vorpommern ist Hochburg der deutschen Rechtsaußen-Parteien; jeder vierte Wähler wählt dort Rechtsaußen. Diese Wähler haben mit Erfolg dafür gesorgt, dass die Provinz zur Notiz genommen wird, dass sie beachtet, dass sie zum Thema wird.“

## Europäische Angst

Zwangsumtauschgesetz für die internationalen Gläubiger. Die Ungarn, denen er damit ihr kleines Heim gerettet hatte, fragten nicht viel nach dem internationalen Vertrauensverlust und nach den nationalistischen Ingredienzien seiner aggressiv populistischen Politik.

Landlust heißt zwar eine der erfolgreichsten Zeitschriften an den Kiosken. Aber die Landlust gibt es in erster Linie dort und bei der Nachfrage nach Omas Apfelkuchenrezept und der Landfrauenküche. Ansonsten existiert eher der Landfrust. Viele Bürgermeister führen bizarre Kämpfe um schnelle Datenleitungen, die in einer hoch entwickelten Industriegesellschaft eigentlich überall längst selbstverständlich sein sollten. Landfrust: In den verödeten Ortskernen kämpfen die verbliebenen kleinen Einzelhändler am verkaufsoffenen Sonntag mithilfe von Eventagenturen, die Trallafitti organisieren, um Kunden. Landfrust: Es gibt die Ansicht, es sei ohnehin schon alles zu spät. Man könne seit 30 Jahren riechen, was kommen wird – aber man bereite sich nicht oder zu wenig auf die neuen Zeiten vor; es sei also 30 Jahre nach zwölf.

Es gibt in Teilen Deutschlands so etwas wie eine provinzielle Depression. Aber man muss sich ihr nicht ausliefern. Ja, der Einwohnerrückgang und die Veränderung der Altersstruktur haben Auswirkungen auf die Infrastruktur; dabei darf aber nicht vornehmlich der Abbau die Zielsetzung sein, sondern der Umbau. Öffentliche Verkehrsverbindungen müssen funktionieren, Schulen müssen zu neuen Mittelpunkten des Miteinander-und-Voneinander-Lernens umgestaltet werden. Medizinische Betreuung und Pflege müssen neu konzipiert und ausgebaut werden. Der Kampf gegen den populistischen Rechtsextremismus ist auch ein Kampf gegen die provinzielle Depression.

Die Ortskerne in Dörfern, Klein- und Mittelstädten müssen wiederbelebt werden. Die Menschen brauchen eine wohnungsnahe

Rundumversorgung. Regionalentwicklung ist nichts Abstraktes, sondern sehr konkret. Es geht dabei weniger um die Beschreibung von Wanderwegen oder darum, dass die Marktplätze alle zehn Jahre andersherum gepflastert werden. Es geht vor allem darum, wie man junge Menschen zum Bleiben oder, noch besser, zur Rückkehr bewegt.

Die Entvölkerung ländlicher Räume ist kein Naturgesetz. Sie ist eine Folge dessen, dass Arbeit und Leben dort nicht oder viel zu wenig vereinbar sind. Zur Zukunft des ländlichen Raums kann auch die Gründung von Sozialgenossenschaften gehören, die Gründung von betreuten Alten-Wohngemeinschaften, von Wohngemeinschaften für demente Menschen oder Projekten des gemeinsamen Wohnens von Alt und Jung.

Wenn der alte Generationen-Sozialverbund nicht mehr hält, weil immer mehr Junge in die Großstädte ziehen, dann müssen neue Formen des Sich-Kümmerns um die Alten und dabei Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten für die Jungen erfunden werden. Man kann gemeinschaftliche Wohnformen für alte Menschen fördern. Und es ist auch gar nichts dagegen zu sagen, wenn in neuen Formen gemeinschaftlichen Wohnens für Städter, die aus der Stadt hinauswollen, die dörfliche Idylle wiederaufsteht. Das klingt provinziell, das ist provinziell; aber auch das ist Arbeit gegen den provinziell-populistischen Rechtsextremismus. Provinziell muss die Welt werden, dann wird sie menschlich, hat der Schriftsteller Oskar Maria Graf einst geschrieben. Er meinte: heimatlich.

### *Fremdenfeindliche 20 Prozent*

Man sollte meinen, dass eine Partei, die in der Provinz Erfolg hat, ein populäres Gesicht haben muss, das Gesicht eines Orbáns oder eines Trumps, die sich als Retter gerieren. Be-

merkenswert ist daher, dass in Deutschland die AfD ohne eine echte Spitzenfigur reüssiert. Warum? Man hat immer gewusst, dass es in der Bundesrepublik fremdenfeindliche Einstellungen bei bis 20 Prozent der Bevölkerung gibt – so wie in anderen EU-Ländern auch, in denen sich Rechtsaußen-Parteien längst etabliert haben. In Deutschland glaubte man aber lange, dass dieser sogenannte Bodensatz ohne charismatische Führungsfigur nicht aktiviert werden kann. Die Leitperson, Le Pen in Frankreich oder Orbán in Ungarn, wird in Deutschland durch den zur Unperson erklärten „Flüchtling“ ersetzt.

Offenbar will die AfD angesichts der stark zurückgegangenen Flüchtlingszahlen das Feindbild Flüchtlinge durch ein Feindbild Islam ergänzen. Die christlichen Kirchen sind der Verketzerung der islamischen Religion als grundgesetzfeindliche politische Ideologie scharf entgegengetreten.

Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki erklärte: „Wer Ja zu Kirchtürmen sagt, dem muss auch Ja zu Minaretten sagen.“ Er warf der AfD vor, „eine der großen Weltreligionen in gehässiger Absicht an den Pranger“ zu stellen. Die ökumenischen und interreligiösen Netzwerke der Kirchen sind älter und fester als die Spinnfäden zwischen den populistisch-patriotisch-extremistischen Bewegungen zur Verteidigung des Abendlandes.

Die Ökumene und die Begegnungen zwischen Vertretern der Religionen sind mittlerweile mehr als Trampelpfade im Dschungel. Sie sind, auch wenn sie oft anstrengend sind, ausgebaute verlässliche Wege; die Religionen halten das Gespräch aufrecht. Die Kirchen sollten mit diesem Pfund, das sie haben, wuchern, und Orte der offenen Begegnung bleiben. In Zeiten, in denen viele Menschen mit religiöser Prägung in säkular gewordene europäische Gesellschaften einwandern, haben gerade die Kirchengemeinden vor Ort integrierende Kraft, die sie nutzen

müssen. Islamfeindlichkeit hat in den christlichen Gemeinden kaum noch Platz.

Die populistischen Extremisten behaupten beharrlich, in der Diskussion über Zuwanderer würden Probleme systematisch verschwiegen und unter den Teppich gekehrt. Man kann es jedoch genau umgekehrt sehen: Wer in Deutschland von Integration redet, der redet selten von ihren Erfolgen, sondern von ihren Defiziten. Die Debatte darüber erweckt den Eindruck, als seien ihr die Fälle des Misslingens der Integration sehr viel willkommener als die des Gelingens. Der tatsächliche Stand der Integration vermag aber durchaus einen kleinen Stolz zu wecken – auf Integrations- und Sprachkurse, auf eine neue Elite und auf einen breiten Mittelstand mit Migrationshintergrund. Aber natürlich fällt es auf, dass sich in Deutschland, anders als in Großbritannien oder in Schweden, die Kompetenzen der Jugendlichen der zweiten Einwanderungsgeneration im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund verschlechtert haben.

### *Mehr Geld für Schulen*

Eine Erklärung für den geringeren Schulerfolg von Migrantenkindern sind die Strukturen des deutschen Bildungssystems: Es setzt bei den Eltern eine aktive Rolle und viel Engagement für den schulischen Erfolg ihrer Kinder voraus. Da muss man ansetzen. Integration ist positive Diskriminierung, positive Diskriminierung bedeutet Förderung; Kinder im Berliner Problemquartier Neukölln-Nord müssen viel mehr gefördert werden als die im feinen Zehlendorf.

Integration heißt Schule, Schule und nochmals Schule. Gewaltprävention heißt ebenfalls Schule. Wo außerhalb der Familie könnte man eher wahrnehmen, dass ein Jugendlicher anfängt, sich religiös zu radikalieren? Dass er

## Europäische Angst

etwa sein Aussehen, seine Kleidung und seine Gewohnheiten ändert, dass er sich für den Salafismus interessiert und abscheuliche Taten ausbrütet? Die Mädchen und Jungen, die sich irgendwann vom IS benutzen lassen, sind nicht als Monster geboren. Sie haben irgendwann das Gefühl bekommen, gekränkt und ungerecht behandelt zu werden, und die Ich-Stärke, die ihnen fehlt, suchen sie bei den starken Kämpfern des IS, in der Stärke der Gruppe, in fantasierten oder, wenn es schlimm kommt, ausgeübten Gewalttaten.

Die Verrohung der politischen Auseinandersetzung in Deutschland begann mit den Pegida-Demonstrationen in Dresden. Bei diesen Demonstrationen zeigte sich zunehmend eine Rohheit, die man 2014, als der Pegida-Spuk begann, noch kaum für möglich gehalten hätte. Die Sprüche wurden gemeiner, die Parolen aggressiver, die Hetze gegen Flüchtlinge wurde manifest. Ein Galgen wurde mitgetragen, bestimmt für die Kanzlerin Angela Merkel und den Vizekanzler Sigmar Gabriel. Das war, das ist die Sprache der Gosse, das ist die Primitivierung des Abendlandes. Dresden-Besucher schauten bisweilen von der Semperoper aus peinlich berührt zu, wie bei Pegida-Umzügen vor den Fenstern gepöbel wurde. Auch die Polizei hat bei alldem zugeschaut, sie hat sich auch an dem Galgen nicht gestört – jedenfalls nicht so, dass sie eingegriffen hätte.

Die einschlägigen Paragrafen der strafrechtlichen Gebrauchsanweisung heißen: Beleidigung, üble Nachrede, Verunglimpfung des Staats, Volksverhetzung. Es ist ungut, wenn die Polizei unterstellt, dass ja „eh nichts herauskommt“. Auch deshalb ist es zur Veralltäglichen der Unverschämtheiten gekommen, auch deshalb ist das Internet partiell eine braune Kloake geworden. Wenn Volksverhetzung Volkssport wird, darf der Staat nicht einfach zuschauen. Es gibt zu wenig Widerstand gegen die neue Aggressivität.

Im öffentlichen Raum, dazu zählt heute auch das Internet, machten sich die Verhetzer breit und gerierten sich als „das Volk“. Pegidisten und Rechtsextremisten haben das Motto der DDR-Revolution gestohlen und treiben damit Schindluder.

Der Hass einer kleinen Minderheit darf aber das Land nicht hässlich machen. Was kann man tun? Muss man die Leute, die so aggressiv sind, zwar nicht entschuldigen, aber zu verstehen versuchen? Vielleicht ist „verstehen“ das falsche Wort. Es kann und soll aber darum gehen, die sozialen und gesellschaftlichen Ursachen für die Aggression zu analysieren.

Der populistische Extremismus hat Erfolg in einer Welt, die den Menschen aggressiv entwurzelt, ihn seiner Bindungen beraubt. Man kann das, was zu tun ist, nicht allein auf nationaler Ebene anstoßen. Auch wenn er sich nationalistisch gibt und auch wenn die Populisten unterschiedlich geprägt sind, hat er keine rein nationale Herkunft. Sie sind darin vereint, dass sie Europa als Grund des Übels sehen, den Exit aus diesem Europa wollen. Und ganz unrecht haben sie nicht, denn die europäische Wirtschafts- und Krisenpolitik hat vielen das Leben in den vergangenen Jahren schwerer gemacht und ihr Vertrauen in Recht und Demokratie erschüttert. Die Menschen müssen erfahren, erleben und erspüren, dass Europa ihr Leben leichter, nicht schwerer macht. Sie müssen erfahren, erleben und erspüren, dass Europa nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Angelegenheit ist. Wenn es Europa gelingt, etwas gegen die Massen- und Jugendarbeitslosigkeit zu tun, beginnt die Neupopularisierung Europas. Die Bürger wollen nicht mehr Europa, sie wollen nicht weniger Europa, sie wollen ein besseres Europa.

Sie wollen Politikerinnen und Politiker hören und sehen, die wirklich mit Leidenschaft

und Überzeugung für ein solches Europa stehen. Die ganz große Gefahr für Europa ist nicht ein Angriff von außen, auch nicht die islamistische Gefahr und der IS-Terrorismus – die große Gefahr ist der Wahn von innen, der aus dem neuen Europa wieder das alte machen, es wieder zerstückeln und diese Stücke bewachen will.

### *Brennende Wipfel*

Der populistische Extremismus ist zwar kein Naturereignis wie ein Vulkanausbruch, aber derzeit grassiert er wie ein Wald- und Weltbrand. Waldbrände lassen sich einigermaßen leicht bekämpfen, solange sie noch nicht in die Wipfel gesprungen sind. Mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ist aber genau das passiert. Man kann so tun, als gäbe es die Gefahr nicht. Man kann die brennenden Wipfel also zum bloßen Spektakel erklären, zu einer Art Feuerwerk, das eine vielleicht doch noch irgendwie erträglich werdende US-Regierungsarbeit zündend einleitet.

Die europäischen Gesellschaften müssen sich Besseres überlegen, um aggressive rechte Populismen zu stoppen, die sich bei ihnen verbreiten, nun neu befeuert auch aus den USA. Sie müssen diesen Populismen die Luft wegnehmen und Gegenfeuer legen. Man darf die Lügen und den Hass nicht weiterbrennen lassen, man muss sie zu löschen versuchen.

Das ist im Internet so notwendig wie im brennenden Wald. Im Wald geht das mit Wasser und Sand, manchmal auch mit Schneisen,

„Die Verrohung der politischen Auseinandersetzung in Deutschland begann mit den Pegida-Demonstrationen in Dresden.“

die geschlagen werden; man erstickt die Flammen, man entzieht ihnen den Sauerstoff. Im Internet muss die richtige Methode noch gefunden werden, vielleicht können die Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Hass-Mails ersticken in Bergen von Protest-Mails gegen diesen Hass.

Eine gute Politik müht sich, die Ängste der Menschen zu verkleinern, der Extremismus heißt die Ängste willkommen; er gießt Öl in ihre Glut.

Das Gegenmittel besteht darin, Lösungen für die Probleme zu finden, in denen die Auslöser für Zukunftsangst stecken. Die Frage, wie man die Flüchtlinge so unterbringt und so fördert, dass es möglichst friedlich zugeht, ist eine dieser Fragen, aber eben nur eine. Die Frage nach der Alterssicherung gehört ganz vorn dazu, die Frage nach der Regulierung des Finanzsystems und Schließung der Steueroasen auch; die Frage, wie man den Klimakollaps abwendet, gehört dazu, die Frage, wie der Frieden mit Russland stabilisiert wird, auch.

Ein Teil der Wähler, die jetzt in Deutschland AfD wählen oder gewählt haben, erwarten wenig von dieser Partei. Sie wollen in erster Linie, dass die anderen, die gewohnten Parteien und Politiker, eins auf den Deckel kriegen. Die Gereiztheit kann schnell ihren Reiz verlieren, wenn diese Strafaktion vorüber ist und dann nicht Propaganda, sondern ernsthafte Politik gemacht werden muss. Das ist eine Chance für die anderen Parteien, die von den populistischen Extremisten als Systemparteien geschmäht werden.

Im Übrigen ist es so, dass der bürgerliche Teil der Wählerschaft populistisch-extremer Parteien Recht und Ordnung schätzen. Dieser Teil der Wählerschaft dürfte konsterniert darauf reagieren, wie die Regierung Trump in den USA Recht und Ordnung beiseiteschiebt. Der extremistische Populist Trump in den USA wird ein tragendes Argument gegen den ex-

## Europäische Angst

tremistischen Populismus in Europa werden. Die Welt erlebt ein Entlarvungsabenteuer. Aber: Auf die Selbstentlarvung allein darf man sich nicht verlassen. Das ist zu bequem und zu gefährlich. Aufklärung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fallen einer liberalen Gesellschaft nicht einfach als Frucht der Selbstentlarvung ihrer Feinde in den Schoß.

Es gilt, den Ausgrenzungs- und Verfeindungsstrategien der populistischen Extremisten massiver als bisher entgegenzutreten; es gilt, viel emotionaler als bisher für die Achtung der Anderen zu werben; und: Es gilt, den politischen Technokraten durch Worte und durch Taten zu ersetzen, die wärmen.

Dann wird es gelingen, die populistisch-extremistische Front aufzubrechen – die Front gegen Liberalität und offene Grenzen, die das Heil wieder dort sucht, wo einst das europäische Unheil begonnen hat. Europa darf nicht zurückgeschoben werden in eine un gute Vergangenheit, in eine Viel- und Kleinstaaterei.

Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaatlichkeit gedeihen heute nicht mehr allein in nationalen Eigentumswohnungen; jeder braucht auch den Anderen, und jeder braucht die Orte der Gemeinschaft.

Das europäische Haus ist ein großes Haus mit vielen Türen, vielen Kulturen und vielen Arten von Menschen. Dieses Haus bewahrt die europäische Vielfalt und den Reichtum, der sich aus dieser Vielfalt ergibt. Dieses Haus ist die Heimat Europa und die Zukunft Europa. Die Haus- und Gemeinschaftsordnung dieses europäischen Hauses ist die Gebrauchsanweisung gegen den populistischen Extremismus.

Das demokratische, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Europa ist keine Aufgabe, die man allein den Politikern überlassen darf. Also müssen sich die Gewerkschaften transnational neu erfinden. Also müssen die Wohlfahrtsverbände europäisch zusammenarbeiten. Und auch die

Kirchen müssen sich darauf besinnen, dass sie Global Player sind. Und um all das anzutreiben: Die Generation Erasmus muss für Europa und seine Werte auf die Straße gehen, ins Internet, in die Büros und in die Wahllokale.

Die Generation Erasmus ist die Generation, die im vereinten Europa aufgewachsen ist, die im vereinten Europa gelernt und studiert hat. Diese junge Generation hat von europäischen Ausbildungsprogrammen profitiert. Sie wird daran leiden, wenn Europa wieder zerstückelt wird, sie wird daran leiden, wenn Europa wieder zurückfällt in seine nationalistische Vergangenheit.

Die junge Generation Europas ist schon jetzt zerstückelt: Da sind die, die bereits vor Jahren als „verlorene Generation“ bezeichnet wurden, die jungen, gut ausgebildeten Leute, die ihre Heimatländer verlassen, weil sie nicht für ihre Arbeit bezahlt werden können, obwohl sie dort dringend gebraucht würden. Da sind jene, die es vor und während des Studiums genießen, ihre Freiheit auszuprobieren, die schon früh internationale Erfahrungen und Beziehungen sammeln und in vielen Sprachen bewandert sind. Sie fürchten, dass es mit dieser Freiheit bald vorbei sein wird. Beide Gruppen eint die Wut darüber, dass mit einem Zerfall Europas ihre erträumte

„Es gilt, den Ausgrenzungs- und Verfeindungsstrategien der populistischen Extremisten massiver als bisher entgegenzutreten; es gilt, viel emotionaler als bisher für die Achtung der Anderen zu werben; und: Es gilt, den politischen Technokraten durch Worte und durch Taten zu ersetzen, die wärmen.“

Zukunft zerfällt. Diese Wut ist gut, aber sie wird ungut, wenn sie das Interesse an Politik lähmt und die jungen Menschen in ein Rennen um das eigene Stück vom kleiner werdenden Stück Speck treibt.

Es ist auch ungut, wenn die Jungen diese Wut über die Verhinderung ihrer Zukunft auf die Alten als Sündenböcke ableiten, wie einige es nach der Brexit-Entscheidung taten. Die Älteren waren es, die für den Austritt gestimmt haben – aber die Jüngeren waren es, die gar nicht abgestimmt hatten.

Die Konfliktlinie liegt, anders als es diejenigen suggerieren, die warnend auf die Demografie zeigen, nicht zwischen den Generationen. Die Konfliktlinie verläuft zwischen Zukunft und Perspektivlosigkeit. Die einen Alten vererben ihr Vermögen und ihre Zukunftsaussichten an ihre Kinder, die anderen Alten ihre Schulden und ihre Tristesse.

Der Kampf um die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um Freiheit und soziale Sicherheit ist ein gemeinsamer Kampf von Jung und Alt, sonst ist er wertlos.

Zukunft gibt es nicht festgefügt, sie entsteht in jedem Moment der Gegenwart, sie ist darum in jedem Moment veränderbar. Die Zukunft ist nicht geformt, sie wird geformt. Die populistischen Extremisten haben das verstanden. Sie sind, wo sie an der Macht sind, zugange mit Brechstange und Dampfhammer, um die Zukunft zu verformen: Sie entlassen Richter, sie stampfen Menschenrechte in den Boden. Sie sind nicht nur mit brachialem Werkzeug unterwegs, sondern auch mit spitzer Feder dabei: Ihre Schreiber erfinden eine moderne philosophische Einkleidung der alten völkischen und rassistischen Ideologie. Sie formen eine Zukunft, die Krieg, Spaltung und Brutalität heißt, eine Zukunft, die genau jene zuerst auf das Kreuz legen wird, die ihr Kreuz bei den extremen Parteien gemacht haben.

Viele haben den Glauben verloren, vielen fehlt die Erfahrung, dass die Demokratie dazu nützt. Es gilt also, die praktische Nützlichkeit der rechtsstaatlichen Demokratie und ihrer Werte auch für diejenigen spürbar zu machen, die sich immer mehr unnützlich fühlen. Das ist das demokratische Gegenfeuer gegen den populistischen Extremismus.

**Heribert Prantl** ist ein deutscher Jurist, Journalist und Autor. Er leitet seit Januar 2018 das Meinungsressort bei der Süddeutschen Zeitung in München und ist seit Januar 2011 Mitglied der Chefredaktion. Dieser Beitrag geht auf sein Buch „Gebrauchsanweisung für Populisten“ zurück, das 2017 im Ecowin Verlag erschienen ist.



Nicht nur verhutzelte Greise Wer „America first!“ und „La France d’abord“ propagiert, suggeriert eine Souveränitätsreserve des Nationalstaates, die längst aufgezehrt ist. Kultur kann der europäischen Gesellschaft Interaktionsarenen jenseits von Markt und Staat und eine verbindende Auffassung von Öffentlichkeit schaffen. Gemeint sind allerdings Werke, die Menschen bewegen, faszinieren, sie dazu bringen können, ihr Leben zu ändern, und nicht die übliche Beschwörung eines Werte-Himmels in Sonntagsreden, denen alle zustimmen können. *Von Claus Leggewie*



Die oft gegen die Europäische Gemeinschaft gerichtete Frage lautet, was denn ein litauischer Bauer mit einem andalusischen Landarbeiter oder einer Sozialhilfeempfängerin in Manchester und diese wiederum mit einem Frankfurter Banker und Startup-Unternehmern in Belgrad zu tun haben – keine gemeinsame Sprache, ein religiös-säkulares Patchwork, keine „gemeinsame Kultur“. Solche Bedenken bleiben dem nationalen oder lokalen Gemeinsamkeitsglauben in der Regel erspart. Dass libertäre Hedonisten mit evangelikalen Fundis und Bayern mit Hanseaten können, dass Osis und Wessis harmonieren – alles kein Problem. Dabei sind kleine Gemeinden genau wie große Nationen ebensolche Schauplätze der Differenz – bei Einkommen und Lebenslagen, Glaubenssachen und Weltan-

schauungen, Sprachen und Dialekten, Sitten und Gebräuchen, Herkunftsorten und Mobilitätspfaden. Klassenlage, sozial-moralische Milieus und ganz allgemein Sozialstrukturen positionieren die Mitglieder einer Gesellschaft oft weit entfernt, was mit einer nationalen Erzählung, seltener mit einem Generationsnarrativ („68er“) und Geschlechter-solidarität (#Metoo) überspielt werden kann. Internationalismus oder eine supranationale Idee gelten als Utopien. Doch der nationale (und kapitalistische) „Realismus“ verursacht die Katastrophen. Der Massenexodus der Arbeiter aus der proletarischen Internationale in verfeindete Armeen zu Beginn des Ersten Weltkriegs ist das klassische Beispiel, ein jüngeres der letzte europäische Krieg in Jugoslawien, wo ultranationale Säuberungsfantasien den Selbstverwaltungssozialismus, die serbokroatische Sprachgemeinschaft und sogar Familienbande zersprengten.

Nationalistische Rhetorik kann über den eingetretenen Steuerungsverlust des Nationalstaates nicht hinwegtäuschen, ihre Wucht ist eher Ausdruck davon. Wer „America first!“ und „La France d’abord“ und jetzt gar „Österreich zuerst!“ propagiert, wer in Budapest, Prag und Warschau die Mauern hochzieht gegen Migranten, wer eine Mauer gegen Latinos errichten will, suggeriert eine Souveränitätsreserve des Nationalstaates, die längst aufgezehrt ist; die täppischen Manöver, das Vereinigte Königreich aus seinen europäischen Interdependenzen

herauszulösen, ergeben ein für alle Seiten kostspieliges Realexperiment. Welthandel, Massenmigration und Telekommunikation haben den nationalen Container eingerissen, die einstige Dreieinigkeit von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt hat sich aufgelöst. Der Konsumkapitalismus, die sozialen Medien und die populäre Massenkultur taten ein Übriges, um überkommene Heimatgefühle zu verfremden.

Jean-Claude Junckers jüngste Anregungen, die europäische Politik wenigstens ansatzweise auf das Niveau dieser Ver- und Entflechtungen zu bringen, Eurozone und Schengen-Raum also nicht zu schrumpfen, sondern auf alle relevanten Akteure auszudehnen, zeigt ansatzweise, in welche Richtung man denken müsste, um die Europapolitik auf das längst erreichte Niveau der europäischen Gesellschaft zu heben. Das gilt grundsätzlich auch für die europäische Peripherie, doch die Partnerschaften im Mittelmeerraum dümpeln dahin, die natürlich auch irgendwann wieder die von Erdoğan befreite Türkei einschließen und – ganz vertrackt – Juden und Araber versöhnen sollten. Es ist fatal, dass solche Hoffnungen schon gar nicht geäußert werden.

### *Partnerschaften im Mittelmeerraum dümpeln dahin*

Nachzudenken ist über eine europäische Gesellschaft, die den rostigen Containern entstiegen ist, an den Rändern ausfranst und sich im Inneren ähnlicher wird. Ob das für „Gesellschaft“ reicht und ein Identitätskonstrukt „Wir in Europa“ beflügelt, darin ist das zuständige Fach Soziologie uneins. In Proseminaren verabreicht es meist schmale Nationalkost, die sie Fortgeschrittenen eventuell durch Ländervergleiche würzt. Der kosmopolitische Zweig der Soziologie hat den „methodologischen Nationalismus“ (etwa der deutsche Soziologe Ul-

rich Beck) verabschiedet und thematisiert die Weltgesellschaft, was heute auch als postkoloniale Krücke zur Vermeidung eurozentrischer Vorurteile dient.

Europa – zu klein, zu groß? Draußen in der Welt meinen Chinesen, Amerikaner und Afrikaner ganz genau zu wissen, was sie unter Europa verstehen. Schauen die nicht scharf genug hin, oder sind wir in Europa betriebsblind? Oft wird hier auf das Passepartout „Kultur“ hingewiesen. Gefragt ist eher ein Begriff von Gesellschaft, besser: „Vergesellschaftung“ (Georg Simmel, deutscher Philosoph und Soziologe, Begründer der „formalen Soziologie“) jenseits von Nation und Staatsangehörigkeit. Hinweise auf diese Europäisierung Europas haben Zeithistoriker und Ethnologen gegeben. Der Freiburger Neuzeithistoriker Wolfgang Reinhardt identifizierte Lebensformen Europas, sein Berliner Kollege Hartmut Kaelble hat früh auf eurotypische Merkmale von Familienstrukturen, Beschäftigungs- und Unternehmensformen, Urbanitätsmustern und Wohlfahrtsstaatlichkeit hingewiesen und deren zunehmende Konvergenz herausgestrichen.

Das ist nicht zu verwechseln mit Standardisierung oder Homogenisierung und schließt selbstredend – wie in jeder Gesellschaft üblich – Ungleichheit ein, auch eine lebensweltliche und popkulturelle „Amerikanisierung“ seit 1945 und die Globalisierung, bewirkt durch deregulierte Finanzmärkte und virtuelle Kommunikationsmedien. Ob dem eine europäische Unternehmenskultur und Öffentlichkeit noch etwas entgegenzusetzen haben, ist die große Frage – zu wünschen wäre es allemal und die europäische Kulturaufgabe.

Anders als es die Eigenart der Europäischen Union als „Herrschaftsverband eigener Prägung“ (so der deutsche Industriesoziologe Rainer M. Lepsius), also ohne Staat mit mangelhaftem demokratischen Unterbau, und die Zurückhaltung von „Wir-Gefühlen“ nahelegen,

## Europäische Angst

werden unter dem Ethnoskop lebensweltlicher Mikroverhältnisse europäische Kulturpraktiken erkennbar, die nationalstaatliche Grenzen routiniert übersteigen. Der ursprünglich aus Prag stammende Harvard-Politologe Karl W. Deutsch hat nationale Einheiten klassisch über die Dichte und Nähe von Transaktionen definiert. Das sind, wie der Makrosoziologe Steffen Mau aufgegriffen hat, zum Beispiel „Reisetätigkeiten, Aufenthalte im Ausland, freundschaftliche, partnerschaftliche oder familiäre Bindungen, Austausch von Botschaften, dichte Kommunikation über Grenzen hinweg“.

Solche nicht auf den Handel beschränkte Transaktionen schaffen belastbare Beziehungen und Loyalitäten, die wiederum bürgerschaftliche Aktivierung erlauben. Dazu tragen virtuelle Netzwerke bei, die weit über Europa hinausreichen, dort aber eine besonders hohe Dichte erlangen, und natürlich die physische Mobilität, die Europa immer schon mit einem markanten Migrationshintergrund ausstattet.

Die Reaktion des autoritären Nationalismus, den (zutreffend) „völkisch“ zu nennen sich eine (Ex-)Vorsitzende der rechtsgerichteten deutschen Partei AfD nicht scheute und ihre Nachfolger ganz offen betreiben, zeigt nun aber, dass der supranationale Habitus vor allem in höheren Statusgruppen und urbanen Milieus gespürt, gelebt und wertgeschätzt wird, während die Entgrenzung im Hinterland eher als Belastung und Bedrohung empfunden wird. Dort wirken sprachliche und kulturelle Übersetzungsleistungen als Zumutung, selbst englisch radebrechende Hipster in Berlin oder Belgrad lösen bei manchen Irritation aus. Soziale Zerklüftung und kulturelle Differenz, die nationale Wir-Gefühle herunterdimmen können, erscheinen gesamteuropäisch in grellem Licht und werden auch deswegen als Skandal empfunden, weil sie auf dieser Ebene ganz unzureichend durch politische Gleichheit *one man, one vote* (ein Mensch, eine Stimme) ausbalanciert sind.

Die Herausbildung einer europäischen Gesellschaft von unten hindert das nicht. Sichtbar wurde sie jüngst durch die außerparlamentarische und überparteiliche Mobilisierung auf Straßen und Plätzen und von Menschen, die genügend Vorstellungskraft aufbringen, welche Folgen diverse Exit-Strategien haben, und Europas Seele oder Puls spüren. Wem „Pulse of Europe“ zu romantisch ist, der lese zum Beispiel Marius Ivaškevičius' Brandrede gegen die Europaskeptiker („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 16.2. 2017) und nehme generell eine Majdan-Perspektive ein. So nenne ich eine Sichtweise, die probeweise den Standpunkt einer ostmitteleuropäischen Landschaft oder Stadt einnimmt und den „Westen“ von dort mit fremden Augen anschaut. Jenseits kulinarischer, musikalischer und touristischer Konvergenzen nimmt so europäische Bürgerschaft Gestalt an.

Zur erneut auf die Systemintegration von Märkten und Sicherheitsregimen setzende Vision von Jean-Claude Juncker und Angela Merkel müsste auch eine emotionale Dimension der Sozialintegration treten, die Präsident Emmanuel Macron im Wahlkampf angedeutet und in seinem Werben um Bündnispartner auch konkretisiert hat. Entscheidend ist dann, ob sich daraus eine tragfähiges Basis europäischer Solidarität nicht nur zwischen den Nationalstaaten entwickelt, die Beistand gegen den Terror oder bei der Aufnahme von Flüchtlingen reklamieren, sondern eine Interaktionsebene zwischen litauischen und griechischen Bauern, deutschen und spanischen Pflegerinnen oder französischen und bulgarischen Jungunternehmern, die auch über Landesgrenzen hinaus an europäischer Konvivialität mitwirken wollen.

Wenn immer gefragt wird, was „die“ Kultur zum europäischen Projekt beitragen könnte, lautet die Antwort: wenig – oder alles. Den Kulturaustausch zu intensivieren ist immer angebracht, wenn er sich nicht auf ein selbstreferenzielles Netzwerk der Festival- und Event-

kultur bezieht; erst längere Aufenthalte wie im Erasmus-Programm (dessen Zielgruppen man erheblich erweitern müsste) und Projekte einer europäischen Universität (die auch nicht auf einige Eliteeinrichtungen und die Forschung beschränkt sein dürfen) leisten einen originären kulturpolitischen Beitrag. „Alles“ kann Kultur hingegen, wenn sich die europäische Gesellschaft Interaktionsarenen jenseits von Markt und Staat schafft und eine verbindende Auffassung von Öffentlichkeit hervorbringt. Unter dieser Prämisse führen kulturelle Anstrengungen aller Art zum Ziel.

Mit Anstrengungen ist der Prozess gemeint, die Praxis der diversen Künste, ihre diskursiven Rahmen, ihre – im klassischen Sinne: Werke, die Menschen bewegen, faszinieren, sie dazu bringen können, ihr Leben zu ändern. Gemeint ist nicht die übliche Beschwörung eines Wertehimmels in Sonntagsreden, denen alle zustimmen können und die auf dem Absatz für tagespolitische Interessen hintangestellt und verraten werden. Nach vielen glücklichen Jahrzehnten, denen grauenhafte Barbarei vorangegangen war, steht Europa als Kultur, als Gesellschaft und als politischer Verbund heute wieder vor einer schweren Bewährungsprobe. Es ist umzingelt von Autokraten und im Inneren von völkisch-autoritären Nationalisten bedroht. Das alles vollzieht sich vor dem Hintergrund prall ge-

„Alles‘ kann Kultur hingegen, wenn sich die europäische Gesellschaft Interaktionsarenen jenseits von Markt und Staat schafft und eine verbindende Auffassung von Öffentlichkeit hervorbringt. Unter dieser Prämisse führen kulturelle Anstrengungen aller Art zum Ziel.“

füllter Kulturetats, einer endlosen Kette von Festivals, Biennalen, Kulturevents der unterschiedlichsten Art, mit öffentlichen Mitteln gefördert oder privat gesponsert, stets um höchste Ansprüche bemüht und sich zugleich volksnah gebend. In den „Erinnerungen eines Europäers“ hat Stefan Zweig im brasilianischen Exil jenes Europa als „Welt von gestern“ beschrieben, als diese Blüte ein letztes Mal so großartig, verführerisch und blendend war wie heute – vor 1914. Der nächste kulturelle Aufschwung nach dem Massenschlachten im Ersten Weltkrieg war schon überschattet von dem Zugriff totalitärer Ideologien und Diktaturen, die Europa in den 1940er Jahren beinahe in den endgültigen Untergang geführt hätten.

„Was sollte diesen Aufstieg unterbrechen, was den Elan hemmen, der aus seinem eigenen Schwung immer neue Kräfte zog? Nie war Europa stärker, reicher, schöner, nie glaubte es inniger an eine noch bessere Zukunft, niemand außer ein paar schon verhutzelten Greisen klagte wie vordem um die ‚gute alte Zeit‘“, schrieb Stefan Zweig, bevor er sich das Leben nahm. „Wir glaubten, genug zu tun, wenn wir europäisch dachten“, kritisiert er seine eigene Leichtgläubigkeit und die seiner Zeitgenossen. Heute sind es nicht nur „verhutzelte Greise“, die die Axt an Europa legen wollen, es sind virile Potentaten, die auf eine wütende, auch ganz junge Gefolgschaft zählen können, die sie sogar auf demokratischem Wege an die Macht gelangen lassen. Angesichts dieser Bedrohung ist der Modus der europäischen Kultur längst in einem Wort zusammenzufassen: Widerstand!

**Claus Leggewie** ist Ludwig Börne-Professor an der Universität Gießen und Autor des jüngst erschienenen Buches „Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung“ (Ullstein Verlag).

**Was will Europa?** In Europa grassiert der Rechtspopulismus. Und in der Tat hat es die politische Linke in den letzten Jahren nicht vermocht, eine Antwort auf Neoliberalismus und Globalisierung zu finden. Doch wollen wir in einer Welt leben, fragt Slavoj Žižek, in der die einzige Wahlmöglichkeit die zwischen der amerikanischen Zivilisation und der entstehenden chinesischen autoritär-kapitalistischen Alternative ist? Wenn die Antwort „Nein“ lautet, ist Europa die einzige Alternative, meint der Philosoph und Kulturkritiker. *Von Slavoj Žižek*



**A**m 1. Mai 2004 wurden acht osteuropäische Länder in der Europäischen Union willkommen geheißen – aber welches „Europa“ würden sie dort finden? Wann immer mich in den Monaten vor Sloweniens Eintritt in die EU ein ausländischer Journalist fragte, welche neue Dimension Slowenien Europa verleihen werde, war meine Antwort augenblicklich und eindeutig: keine. Die slowenische Kultur ist besessen von der Vorstellung, dass wir, obwohl nur ein kleines Land, eine kulturelle Supermacht sind: Wir besitzen irgendein Agalma, einen verborgenen intimen Schatz kultureller Meisterwerke, der darauf wartet, vom Rest der Welt anerkannt zu werden. Vielleicht ist dieser Schatz zu fragil, um die Einwirkung der frischen Luft internationalen Wettbewerbs heil zu überstehen, wie die alten römischen Fresken in jener

wundervollen Szene aus Fellinis „Roma“, die zu verschwinden beginnen, sobald das Tageslicht sie erreicht.

Solcher Narzissmus ist keine slowenische Spezialität. Es gibt Varianten davon in ganz Osteuropa: Wir schätzen die Demokratie höher ein, weil wir bis vor Kurzem noch für sie kämpfen mussten und es uns nicht erlaubt war, sie für selbstverständlich zu halten. Wir wissen noch, was wahre Kultur ist, weil wir nicht von der billigen amerikanischen Massenkultur korrumpiert sind. Solch eine Fixierung auf den verborgenen nationalen Schatz lässt keinesfalls auf ethnischen Selbsthass schließen. Der Punkt ist einfach und grausam: Alle slowenischen Künstler, die einen relevanten Beitrag geleistet haben, mussten ab einem gewissen Punkt ihre ethnischen Wurzeln „verraten“, indem sie sich entweder vom kulturellen Mainstream isolierten oder indem sie ganz einfach für eine gewisse Zeit das Land verließen und in Wien oder Paris lebten. Es ist das Gleiche wie mit Irland; nicht nur hat James Joyce seine Heimat verlassen, um „Ulysses“ zu schreiben, sein Meisterwerk über Dublin, selbst Yeats, der Dichter der irischen nationalen Wiedergeburt, verbrachte Jahre in London. Die größte Bedrohung der nationalen Tradition stellen deren nationale Hüter dar, die vor der Gefahr ausländischer Einflüsse warnen. Darüber hinaus findet die slowenische Haltung kultureller Überlegenheit ihre Entsprechung in dem herablassenden

westlichen Klischee, das die osteuropäischen postkommunistischen Länder als eine Art zurückgebliebener armer Cousins behandelt, die wieder in die Familie aufgenommen werden, wenn sie sich ordentlich benehmen. Erinnern wir uns an die Reaktion der Presse auf die letzten Wahlen in Serbien, wo die Nationalisten große Erfolge zu verzeichnen hatten – es wurde als Zeichen angesehen, dass Serbien noch nicht reif für Europa ist.

Ein ähnlicher Prozess vollzog sich in Slowenien: Die Tatsache, dass Nationalisten genug Unterschriften sammeln konnten, um ein Referendum über den Bau einer Moschee in Ljubljana zu erzwingen, ist traurig genug; die Tatsache, dass die Mehrzahl der Bevölkerung glaubt, man solle die Moschee nicht erlauben, ist noch trauriger, und die hervorgebrachten Argumente (Sollten wir zulassen, dass unsere schöne Landschaft durch ein Minarett verschandelt wird, das für fundamentalistische Barbarei steht?) erfüllen einen mit Scham darüber, ein Slowene zu sein.

In solchen Fällen können die gelegentlichen Drohungen aus Brüssel nur willkommen erscheinen: Zeigt multikulturalistische

„Solcher Narzismus ist keine slowenische Spezialität. Es gibt Varianten davon in ganz Osteuropa: Wir schätzen die Demokratie höher ein, weil wir bis vor Kurzem noch für sie kämpfen mussten und es uns nicht erlaubt war, sie für selbstverständlich zu halten. Wir wissen noch, was wahre Kultur ist, weil wir nicht von der billigen amerikanischen Massenkultur korrumpiert sind.“

Toleranz, sonst...! Dieses vereinfachte Bild ist allerdings nicht die ganze Wahrheit. Die erste Komplikation: Gerade die ex-kommunistischen Länder, die die glühendsten Unterstützer des US-„Kriegs gegen den Terror“ sind, sind zutiefst besorgt darüber, dass ihre kulturelle Identität, ja, ihr Überleben als Nationen vom Ansturm der kulturellen „Amerikanisierung“ bedroht ist – als Preis für ihr Eingebettetsein in den globalen Kapitalismus. Dementsprechend erleben wir das Paradoxon eines besonderen Antiamerikanismus. In Slowenien beklagten sich die rechten Nationalisten darüber, dass die regierende Mitte-links-Koalition, obwohl sie öffentlich dafür eintrat, sich der Nato anzuschließen und die antiterroristische Kampagne der USA zu unterstützen, diese heimlich sabotierte und an ihr nur aus opportunistischen Gründen teilnahm und nicht aus Überzeugung. Zur gleichen Zeit warf sie der Regierungskoalition vor, die slowenische nationale Identität zu untergraben, indem sie eine vollständige Integration Sloweniens in den verwestlichten Kapitalismus befürwortet und somit die Slowenen in zeitgenössischer amerikanisierter Popkultur ertränkt. Es ist der Gedanke, dass die Regierungskoalition Popkultur, stupides Fernsehvergnügen und hirnlosen Konsum stützt, um die Slowenen in eine manipulierbare Masse zu verwandeln, die unfähig ist zu ernster Reflexion und entschieden ethischen Standpunkten. Kurz gesagt, lautet das darunterliegende Motiv, dass die Regierungskoalition für die „liberal-kommunistische Verschwörung“ steht. Rücksichtsloses, ungezügelter Eintauchen in den globalen Kapitalismus wird als die letzte dunkle Verschwörung der Ex-Kommunisten wahrgenommen, die es ihnen ermöglicht, insgeheim an der Macht festzuhalten.

Ironischerweise liest sich die Klage der nationalistischen Konservativen über die neue entstehende sozioideologische Ordnung wie

## Europäische Angst

die alte Beschreibung der „repressiven Toleranz“ kapitalistischer Freiheit als Erscheinungsweise der Unfreiheit durch die Neue Linke.

Diese Mehrdeutigkeit der osteuropäischen Haltung findet ihr perfektes Gegenstück in der vieldeutigen Botschaft des Westens an die postkommunistischen Länder. Erinnern wir uns an den doppelten Druck, den die Vereinigten Staaten im Sommer 2003 auf Serbien ausübten: US-Vertreter forderten gleichzeitig, dass Serbien Kriegsverbrecher an das Haager Gericht ausliefern solle (in Übereinstimmung mit der Logik des globalen Empires, das eine überstaatliche globale Rechtsinstitution fordert) UND dass es den bilateralen Vertrag mit den Vereinigten Staaten unterzeichnen solle, der Serbien verpflichtet, US-Bürger, die Kriegsverbrechen oder anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit verdächtigt werden, nicht an irgendwelche internationalen Institutionen (das heißt DENSELBEN Haager Gerichtshof) auszuliefern (in Übereinstimmung mit der Nation-Staats-Logik). Kein Wunder, dass die Serben mit perplexer Wut reagierten! Und etwas Ähnliches spielt sich auf ökonomischer Ebene ab: Während es Polen dazu drängt, seine Landwirtschaft für marktförmigen Wettbewerb zu öffnen, überflutet Westeuropa den polnischen Markt mit landwirtschaftlichen Produkten, die stark von Brüssel subventioniert sind.

### *Meer mit zwiespältigen Winden*

Wie navigieren postkommunistische Länder in diesem Meer mit zwiespältigen Winden? Wenn es einen ethischen Helden der jüngsten Zeit in Ex-Jugoslawien gibt, ist es Ika Saric, eine bescheidene Richterin in Kroatien, die im Angesicht von Todesdrohungen und ohne irgendeine sichtbare öffentliche Unter-

stützung den General Mirko Norac und seine Kollegen wegen der 1992 begangenen Verbrechen gegen die serbische Zivilbevölkerung zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilte. Sogar die linke Regierung, verängstigt durch die Bedrohung, die rechte nationalistische Demonstrationen darstellten, weigerte sich, sich eindeutig hinter den Prozess gegen Norac zu stellen.

Allerdings, just als die nationalistische Rechte andeutet, dass gewaltiges öffentliches Chaos die Regierung ins Wanken bringen würde: Als das Urteil ausgesprochen wurde geschah nichts. Die Demonstrationen waren viel kleiner als erwartet und Kroatien entdeckte sich als Rechtsstaat wieder. Es war besonders wichtig, dass Norac nicht nach Den Haag ausgeliefert, sondern in Kroatien selbst verurteilt wurde – Kroatien bewies so, dass es keine internationale Bevormundung brauchte. Die Dimension des eigentlichen Akts bestand im Wechsel vom Unmöglichen zum Möglichen: Vor der Verurteilung wurde die nationalistische Rechte mit ihren Veteranenorganisationen als mächtige Kraft wahrgenommen, die nicht provoziert werden dürfe. Und das direkte, harte Urteil wurde von den liberalen Linken als etwas wahrgenommen, das „wir alle wollen, aber uns in diesem schwierigen Moment nicht leisten können, weil es zu Chaos führen würde“. Als jedoch das Urteil gesprochen wurde und nichts passierte, wurde das Unmögliche zur Routine.

Wenn es irgendeine Dimension gibt, die von dem signifikanten „Europa“ eingelöst wird, dann war dieser Akt „europäisch“ im beispielhaften Sinn des Begriffs. Und wenn es ein Ereignis gibt, das Feigheit verkörpert, dann ist es das Verhalten der slowenischen Regierung nach dem Ausbruch des Irak-Krieges. Die slowenischen Politiker versuchten verzweifelt, einen Mittelkurs zwischen dem Druck der USA und der Unpopularität des Kriegs bei einem Großteil der slowenischen

Bevölkerung einzuhalten. Zuerst unterzeichnete Slowenien die berüchtigte Erklärung von Vilnius, wofür sie von Rumsfeld und anderen als Teil des „neuen Europa“ der „Koalition der Willigen“ im Krieg gegen den Irak gepriesen wurde. Nachdem der Außenminister das Dokument unterzeichnet hatte, folgte allerdings eine wahre Komödie der Dementis: Der Minister behauptete, er habe vor dem Unterzeichnen des Dokuments den Präsidenten und andere Würdenträger konsultiert, die prompt abtritten, irgendetwas davon zu wissen: dann behaupteten alle Betroffenen, das Dokument unterstützte in keiner Weise den einseitigen US-Angriff auf den Irak, sondern fordere eine Schlüsselrolle der Vereinten Nationen. Die Spezifikation lautete, dass Slowenien die Entwaffnung des Irak befürwortete, aber nicht den Krieg gegen den Irak.

Einige Tage später gab es jedoch eine böse Überraschung aus den Vereinigten Staaten: Slowenien würde nicht nur ausdrücklich an der „Koalition der Willigen“ teilnehmen, sondern wurde sogar als Empfänger von Finanzhilfe der Vereinigten Staaten an seine Kriegspartner bezeichnet. Was folgte, war reine Komödie: Slowenien erklärte stolz, nicht an dem Krieg teilzunehmen, und forderte von der Liste gestrichen zu werden. Nach ein paar

„Nachdem der Außenminister das Dokument unterzeichnet hatte, folgte allerdings eine wahre Komödie der Dementis: Der Minister behauptete, er habe vor dem Unterzeichnen des Dokuments den Präsidenten und andere Würdenträger konsultiert, die prompt abtritten, irgendetwas davon zu wissen.“

Tagen traf ein neues peinliches Dokument ein: Die Vereinigten Staaten dankten Slowenien offiziell für die Unterstützung und Hilfe. Slowenien protestierte wiederum, es habe keinen Anspruch auf irgendwelchen Dank, und weigerte sich, sich als richtiger Empfänger des Briefes zu betrachten, eine Art mokante Variante von „Bitte, ich verdiene Ihren Dank eigentlich nicht!“, als ob ihren Dank auszusprechen das Schlimmste sei, was die Vereinigten Staaten uns antun können. Für gewöhnlich protestieren Staaten, wenn sie ungerecht kritisiert werden; Slowenien protestiert, wenn es Zeichen des Danks erhält. Kurz gesagt, Slowenien tat so, als sei es nicht der richtige Empfänger für die Belobigungsbriefe, die immer weiter anhielten, und wir alle wussten, dass auch in diesem Fall der Brief seinen richtigen Bestimmungsort erreichte. Die Ambiguität der Osteuropäer spiegelt daher nur die Inkonsistenzen von Westeuropa selbst.

*„Was will das Weib?“*

Am Ende seines Lebens stellte Freud die berühmte Frage „Was will das Weib?“ und räumte seine Ratlosigkeit im Angesicht des Rätsels der weiblichen Sexualität ein. Und eine ähnliche Ratlosigkeit entsteht, wenn postkommunistische Länder der Europäischen Union beitreten: Welchem Europa treten sie bei? Lange Jahre bin ich für einen „linken Eurozentrismus“ eingetreten. Um es ganz unverblümt zu sagen: Wollen wir in einer Welt leben, in der die einzige Wahlmöglichkeit die zwischen der amerikanischen Zivilisation und der entstehenden chinesischen autoritär-kapitalistischen Alternative ist? Wenn die Antwort „Nein“ lautet, ist Europa die einzige Alternative. Die „Dritte Welt“ kann keinen ausreichend starken Widerstand gegen die

## Europäische Angst

Ideologie des amerikanischen Traums hervorbringen: in der gegenwärtigen Konstellation kann das nur Europa.

Der wahre Gegensatz ist heutzutage nicht der zwischen „Erster“ und „Dritter Welt“, sondern der zwischen dem Ganzen der „Ersten“ und „Dritten Welt (das globale amerikanische Reich und seine Kolonien) und der verbleibenden „zweiten Welt“ (Europa). In Bezug auf Freud machte Theodor W. Adorno geltend, womit wir es in unserer „verwalteten Welt“ mit ihrer repressiven „Entsublimierung“ zu tun haben, sei nicht mehr die alte Logik der Unterdrückung des Es und seiner Triebe, sondern ein perverser direkter Pakt zwischen dem strafenden Über-Ich und den verbotenen aggressiven Trieben des Es auf Kosten der rationalen Handlungsfähigkeit des Ich.

Findet heute nicht etwas Ähnliches auf der politischen Ebene statt, der eigenartige Pakt zwischen postmodernem globalem Kapitalismus und den vormodernen Gesellschaften auf Kosten der eigentlichen Moderne? Es ist leicht für das amerikanische multikulturalistische globale Empire, vormoderne lokale Traditionen zu integrieren – der Fremdkörper, den es tatsächlich nicht assimilieren kann, ist die europäische Moderne. Dschihad und McWorld sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Dschihad ist bereits McDschihad.

Obwohl sich der „Krieg gegen den Terror“ als Verteidigung des demokratischen Erbes präsentiert, umwirbt er die Gefahr, die ein Jahrhundert zuvor G.K. Chesterton in seiner Orthodoxie als fundamentale Sackgasse der Religionskritiker entfaltete: „Männer, die beginnen, um der Freiheit und der Menschlichkeit willen gegen die Kirche zu kämpfen, werfen am Ende Freiheit und Menschlichkeit weg, wenn sie nur gegen die Kirche kämpfen dürfen... Die Säkularisten haben nicht göttliche Dinge ruiniert, sie haben weltliche Dinge ruiniert, wenn Sie das tröstet.“ Gilt nicht dasselbe

für die Befürworter der Religion selbst? Wie viele Verteidiger begannen damit, die moderne säkulare Kultur anzugreifen und gaben am Ende jede sinnvolle religiöse Erfahrung auf? Auf ähnliche Weise sind viele liberale Krieger darauf erpicht, antidemokratischen Fundamentalismus zu bekämpfen, dass sie am Ende auf Freiheit und Demokratie verzichten, wenn sie nur gegen den Terror kämpfen dürfen. Sie sind so von der Leidenschaft erfüllt, zu beweisen, dass nicht christlicher Fundamentalismus die Hauptbedrohung für die Freiheit darstellt, dass sie bereit sind, auf die Position zurückzufallen, dass wir unsere eigene Freiheit hier und jetzt, in unseren angeblich christlichen Gesellschaften, begrenzen müssen.

Wenn die „Terroristen“ bereit sind, diese Welt aus Liebe zu einer anderen zu ruinieren, sind unsere Krieger gegen den Terror bereit, die Demokratie aus Hass auf das Muslimische zu ruinieren. Einige von ihnen lieben die menschliche Würde so sehr, dass sie bereit sind, Folter – die ultimative Herabsetzung menschlicher Würde – legalisieren zu lassen, um sie zu verteidigen. Und in derselben Weise könnten wir Europa durch seine Verteidigung verlieren.

### *Gesamteuropäische Grenzpolizei*

Vor einigen Jahren blieb eine unheilverkündende Entscheidung der EU fast unbemerkt: der Plan, eine gesamteuropäische Grenzpolizei einzuführen, um die Abschottung des Unions-Territoriums zu sichern und den Zustrom von Immigranten zu verhindern. Das ist die Wahrheit der Globalisierung: die Errichtung neuer Mauern, die das wohlhabende Europa vor der „Immigrantenflut“ schützen. Man ist versucht, hier die alte marxistische „humanistische“ Opposition von „Beziehungen zwischen den Dingen“ und

„Beziehungen zwischen Menschen“ wiederzubeleben: In der vielgefeierten, vom globalen Kapitalismus eröffneten freien Zirkulation sind es die Dinge (Waren), die frei zirkulieren, während die Zirkulation von Menschen immer stärker kontrolliert wird.

Dieser neue Rassismus der „Entwickelten“ ist in gewisser Weise viel brutaler als der Rassismus der Vergangenheit: Seine implizite Legitimation ist weder naturalistisch (die „natürliche“ Überlegenheit des entwickelten Westens) noch kulturalistisch (wir im Westen wollen auch unsere Kultur erhalten), sondern unverfrorener ökonomischer Egoismus – die fundamentale Kluft verläuft zwischen denen, die in der Sphäre (relativen) ökonomischen Wohlstands eingeschlossen und denen, die von ihr ausgeschlossen sind. Was wir an der US-Politik und Zivilisation verwerflich und gefährlich finden, ist daher ein Teil von Europa selbst, eines der möglichen Ergebnisse des europäischen Projekts. Es gibt keinen Platz für selbstzufriedene Arroganz: Die Vereinigten Staaten sind ein verzerrter Spiegel von Europa selbst. In den 1930er-Jahren schrieb Max Horkheimer, dass diejenigen, die nicht (kritisch) über den Liberalismus sprechen wollen, auch vom Faschismus schweigen sollen. Mutatis mutandis sollte man denen, die den neuen US-Imperialismus anprangern, sagen: Diejenigen, die sich nicht kritisch mit Eur-

„Einige von ihnen lieben die menschliche Würde so sehr, dass sie bereit sind, Folter – die ultimative Herabsetzung menschlicher Würde – legalisieren zu lassen, um sie zu verteidigen. Und in derselben Weise könnten wir Europa durch seine Verteidigung verlieren.“

opa selbst befassen wollen, sollen auch von den Vereinigten Staaten schweigen. Dies ist dann die einzige wahre Frage unterhalb der sich selbst beglückwünschenden Feiern, die die Erweiterung der Europäischen Union begleiten: Welchem Europa treten wir bei? Und wenn wir mit dieser Frage konfrontiert sind, sitzen alle von uns, das „neue“ und das „alte“ Europa im selben Boot.

### *Stalinistische Sophisterei*

In einem seiner letzten Interviews vor seinem Sturz wurde Nicolae Ceausescu von einem westlichen Journalisten gefragt, wie er die Tatsache rechtfertige, das rumänische Bürger nicht ungehindert ins Ausland reisen könnten, obwohl die Freizügigkeit durch die Verfassung garantiert wird. Seine Antwort folgte der besten stalinistischen Sophisterei: Stimmt, die Verfassung garantiere die Freizügigkeit, aber sie garantiere auch das Recht der Menschen auf ein sicheres und prosperierendes Zuhause. Also haben wir hier einen potenziellen Konflikt der Rechte: Wenn rumänischen Bürgern gestattet würde, das Land ungehindert zu verlassen, würde die Prosperität der Heimat bedroht, und sie würden ihr Recht auf Heimat gefährden. In diesem Rechtskonflikt müsse man eine Wahl treffen, und das Recht auf eine prosperierende und sichere Heimat genieße eindeutige Priorität...

Es scheint, als sei derselbe Geist stalinistischer Sophisterei im heutigen Slowenien gesund und munter, wo am 19. Dezember 2012 das Verfassungsgericht beschlossen hat, dass das Referendum über die Gesetzgebung zur Einrichtung einer Bad Bank verfassungswidrig wäre und so faktisch eine Volksabstimmung über die Angelegenheit verbot. Das Referendum wurde von den Gewerkschaften gegen die neoliberale ökonomische Po-

litik der Regierung vorgeschlagen, und der Vorschlag erhielt genügend Unterschriften, um ihn rechtsverbindlich zu machen.

Die Idee einer „Bad Bank“ bestand darin, alle faulen Kredite von den Hauptbanken auf eine „Bad Bank“ zu transferieren, die dann mit Staatsgeldern (das heißt auf Kosten der Steuerzahler) gerettet werden wird, womit man jegliche ernsthaftige Untersuchung darüber verhindern würde, wer für diese Kredite verantwortlich ist.

Slowenien mag ein kleines Land am Rande sein, aber die Entscheidung des Verfassungsgerichts ist das Symptom einer globalen Tendenz zur Begrenzung der Demokratie. Die Idee ist, dass in einer komplexen ökonomischen Situation wie der heutigen die Mehrzahl der Menschen nicht dafür qualifiziert ist zu entscheiden – sie wollen nur ihre Privilegien behalten, in Unkenntnis der katastrophalen Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden, sollten ihre Ansprüche befriedigt werden.

Diese Argumentation ist nicht neu. In einem Fernsehinterview vor einigen Jahren brachte Ralf Dahrendorf das wachsende Misstrauen gegenüber der Demokratie mit der Tatsache in Zusammenhang, dass nach jeder revolutionären Veränderung der Weg zu neuem Wohlstand durch ein „Tal der Tränen“ führe: Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus kann man nicht unmittelbar zur Fülle eines funktionierenden Marktes übergehen – die begrenzte, aber reale sozialistische Wohlfahrt und Sicherheit mussten demontiert werden, und diese Schritte sind notwendigerweise schmerzhaft, und dasselbe gilt für Westeuropa, wo der Übergang vom Nachkriegs-Wohlfahrtsstaat zur neuen globalen Ökonomie mit schmerzhaften Entsagungen, weniger Sicherheit, weniger garantierter Sozialfürsorge einhergeht.

Für Dahrendorf ist das Problem am besten durch die einfache Tatsache charakte-

riert, dass dieser schmerzhaft Durchgang durch das „Tal der Tränen“ länger dauert als der durchschnittliche Zeitraum zwischen (demokratischen) Wahlen, sodass die Versuchung groß ist, die schwierigen Veränderungen wegen kurzfristiger Wahlerfolge aufzuschieben. Für ihn ist die paradigmatische Konstellation hier die Enttäuschung der großen Schichten der postkommunistischen Nationen über die ökonomischen Resultate der neuen demokratischen Ordnung: In den glorreichen Tagen von 1989 setzten sie Demokratie gleich mit dem Überfluss der westlichen Konsumgesellschaften, und jetzt, viele Jahre später, da der Überfluss immer noch fehlt, machen sie die Demokratie selbst verantwortlich...leider richtet er sein Augenmerk viel weniger auf die gegenteilige Versuchung: Wenn die Mehrheit sich den notwendigen strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft widersetzt, wäre die (bzw. eine der) logischen Schlussfolgerung(en) nicht, dass ungefähr ein Jahrzehnt lang eine aufgeklärte Elite, sogar mit nicht demokratischen Mitteln, die Macht übernehmen sollte, um die notwendigen Maßnahmen durchzusetzen und somit die Fundamente für eine wahrhaft stabile Demokratie zu legen?

### *Begrenzung der Demokratie*

In diesem Sinne wies der einflussreiche US-Journalist Fareed Zakaria darauf hin, dass Demokratie nur in wirtschaftlich entwickelten Ländern „Schule“ machen kann: Wenn die sich entwickelnden Länder „zu früh demokratisiert“ werden, ist das Ergebnis ein Populismus, der in einer ökonomischen Katastrophe und Despotismus endet – kein Wunder, dass die heute ökonomisch erfolgreichsten „Dritte-Welt-Länder“ (Taiwan, Südkorea, Chile) vollständige Demokratie erst nach einer Phase autoritärer Herrschaft annahmen.

Und darüber hinaus, liefert diese Denkweise nicht das beste Argument für das autoritäre Regime in China?

Was heute neu ist, ist, das mit der fortgesetzten Krise, die 2008 begann, das gleiche Misstrauen gegen die Demokratie begann, das einst auf die „Dritte Welt“ und postkommunistische Entwicklungsländer begrenzt war, in den entwickelten westlichen Ländern selbst an Boden gewinnt – was vor ein oder zwei Jahrzehnten ein gönnerhafter Rat an andere war, betrifft uns jetzt selbst. Aber was ist, wenn dieses Misstrauen gerechtfertigt ist?

Das Mindeste, was sich sagen lässt, ist, dass die seit 2008 andauernde Krise in zunehmendem Maß beweist, dass es nicht das Volk, sondern diese Experten selbst sind, die in ihrer großen Mehrheit nicht wissen, was sie tun. In Westeuropa erleben wir tatsächlich eine wachsende Unfähigkeit der herrschenden Eliten – sie wissen immer weniger, wie sie regieren sollen: sehen wir uns an, wie Europa mit der griechischen Krise umging: Es setzte Griechenland unter Druck, seine Schulden zurückzuzahlen, ruinierte aber gleichzeitig

„Darin liegt die wahre Botschaft der ‚irrationalen‘ Volksproteste in ganz Europa; Die Protestierenden wissen sehr genau, was sie nicht wissen, sie tun nicht so, als hätten sie schnelle und leichte Antworten, aber was ihr Instinkt ihnen sagt, ist nichtsdestoweniger wahr – dass diejenigen, die an der Macht sind, es auch nicht wissen. In Europa führen heute die Blinden die Blinden.“

dessen Wirtschaft durch aufgezwungene Austeritätsmaßnahmen und stellte dadurch sicher, dass die griechischen Schulden niemals zurückgezahlt werden. Ende Dezember 2012 veröffentlichte der IWF selbst eine Studie, die zeigt, dass der wirtschaftliche Schaden durch aggressive Sparmaßnahmen bis zu dreimal schwerer sein könnte als ursprünglich angenommen und nimmt damit seinen eigenen Rat bezüglich der Handhabung von Austeritätsmaßnahmen während der Krise in der Eurozone zurück. Nun gab der IWF zu, dass es kontraproduktiv wäre, Griechenland und andere schuldenbeladenen Länder zu zwingen, ihre Defizite schnell zu reduzieren... jetzt, wo Hunderttausende Arbeitsplätze wegen solcher „Fehl kalkulationen“ verloren gingen.

### *Botschaft der Volksproteste*

Und darin liegt die wahre Botschaft der „irrationalen“ Volksproteste in ganz Europa: Die Protestierenden wissen sehr genau, was sie nicht wissen, sie tun nicht so, als hätten sie schnelle und leichte Antworten, aber was ihr Instinkt ihnen sagt, ist nichtsdestoweniger wahr – dass diejenigen, die an der Macht sind, es auch nicht wissen. In Europa führen heute die Blinden die Blinden.

Stellen Sie sich eine Szene aus einem dystopischen Film vor, der unsere Gesellschaft in naher Zukunft darstellt. Uniformierte Garden patrouillieren nachts durch halbleere Innenstadtstraßen, auf der Jagd nach Immigranten, Kriminellen und Herumtreibern. Diejenigen, die sie finden, werden brutal behandelt. Was wie eine fantastische Hollywood-Darstellung erscheint, ist im heutigen Griechenland Realität. Nachts patrouillieren schwarzbehemdete Vigilanten aus der den Holocaust leugnenden Bewegung der Goldenen Morgenröte – die bei den letzten Wahlen

## Europäische Angst

sechs Prozent der Stimmen erhielt und die Unterstützung, so wird gesagt, von 50 Prozent der Athener Polizei hatte – auf den Straßen und verprügeln alle Immigranten, die sie finden können: Afghanen, Pakistaner, Algerier, So wird heute Europa verteidigt.

Das Problem der Verteidigung der europäischen Zivilisation gegen die immigrantische Bedrohung ist, dass die Grausamkeit der Verteidigung eine größere Bedrohung der „Zivilisation“ darstellt als beliebig viele Muslime. Bei solchen freundlichen Verteidigern braucht Europa keine Feinde. Wie bereits erwähnt: Vor 100 Jahren beschrieb G. K. Chesterton die fatale Situation, in der Religionskritiker sich befinden, wo Männer, um der Freiheit und der Menschlichkeit willen gegen die Kirche kämpfen und am Ende Freiheit und Menschlichkeit wegwerfen.

Aber Griechenlands antiimmigrantische Verteidiger sind nicht die Hauptgefahr: Sie sind nur ein Nebenprodukt der wahren Bedrohung, der Austeritätspolitik, die Griechenlands Dilemma verursacht hat. Vor der Wahl der Linksregierung in Griechenland warnte das europäische Establishment, dass diese Wahlen entscheidend seien: Nicht nur das Schicksal Griechenlands, sondern womöglich das Schicksal ganz Europas steht auf dem Spiel. Das Ergebnis – das richtige, argumentierten sie – würde es erlauben, den schmerzhaften, aber notwendigen Prozess der Besserung durch Austerität fortzusetzen. Die Alternative – wenn die „linksextreme“ Syriza gewinnt – wäre ein Votum für Chaos, das Ende der europäischen Welt, wie wir sie kennen.

### *Propheten des Untergangs*

Die Propheten des Untergangs haben recht, aber nicht wie sie es sich vorstellen.

Mit Syriza bestand eine tatsächliche Alternative. Wie dies für gewöhnlich der Fall ist, wenn eine echte Alternative angeboten wird, ist das Establishment in Panik: Chaos, Armut und Gewalt werden folgen, sagen sie, wenn die falsche Wahl getroffen wird. Die bloße Möglichkeit von Syrizas Siegschicke anscheinend kleine Wellen der Angst durch die globalen Märkte. Es ist die große Zeit ideologischer Personifikation: Märkte sprechen, als ob sie Personen wären, und drücken ihre „Sorge“ darüber aus, was passieren wird, wenn die Regierung mit dem Mandat der Bevölkerung das EU-IWF-Programm finanzpolitischer Austerität und struktureller Reformen anstatt weiterzuführen, beendet. Die Bürger(innen) Griechenlands haben keine Zeit, sich über solche Aussichten Sorgen zu machen: Sie haben genug Sorgen in ihrem Alltagsleben, das von in Europa jahrzehntelang unbekanntem Elend gezeichnet ist.

Solche Voraussagen sind selbsterfüllend, verursachen Panik und bringen so genau die Eventualitäten hervor, vor denen sie warnen. Dabei geht es darum, den Teufelskreis gegenseitiger Komplizität zwischen Brüssels Technokratie und antiimmigrantischen Populismus zu durchbrechen. Deswegen machte Alexander Tsipras, der Vorsitzende von Syriza und Ministerpräsident, in einem Interview klar, er wolle der Panik entgegenwirken: „Die Menschen werden die Angst besiegen. Sie werden nicht nachgeben; sie werden sich nicht erpressen lassen.“ (...)

In seinen Beiträgen zum Begriff der Kultur äußerte T.S. Eliot, dass es Augenblicke gibt, wo die einzige Wahl die zwischen Ketzerei und Unglauben ist, das heißt, die einzige Möglichkeit eine Religion am Leben zu erhalten, darin besteht, eine sektiererische Spaltung durchzuführen. Das ist heute die Lage in Europa. Nur eine neue „Ketzerei“ – derzeit vertreten von Syriza – kann retten,

was der Rettung wert ist: Demokratie, menschliches Vertrauen, egalitäre Solidarität usw. Das Europa, mit dem wir es zu tun haben werden, falls Syriza ausmanövriert wird, ist ein „Europa mit asiatischen Werten“, was natürlich nichts mit Asien, aber alles mit der Tendenz des modernen Kapitalismus zu tun hat, die Demokratie außer Kraft zu setzen.

Hier ist das Paradoxon, das die „freie Wahl“ in demokratischen Gesellschaften stützt: Man kann frei wählen unter der Bedingung, dass man die richtige Wahl trifft. Deswegen wird die Wahl, wenn die falsche Wahl getroffen wurde (z.B. als Irland die EU-Verfassung ablehnte), als Fehler behandelt, und das Establishment fordert sofort, der „demokratische“ Prozess müsse wiederholt werden, um den Fehler zu korrigieren. Als Giorgos Papandreou vor einigen Jahren ein Referendum über den Euro-Rettungsschirm vorschlug, wurde das Referendum selbst als falsche Wahlmöglichkeit zurückgewiesen.

Es gibt zwei Haupterzählungen über die griechische Krise in den Medien: die deutsch-europäische (die Griechen sind unverantwortlich, faul, geben zu viel aus, hinterziehen Steuern usw. Sie müssen unter Kontrolle gebracht werden, und ihnen muss finanzielle Disziplin beigebracht werden) und die griechische Geschichte (unsere nationale Souveränität wird von der von Brüssel aufgezwungenen neoliberalen Technokratie bedroht). Als es un-

„Das Problem der Verteidigung der europäischen Zivilisation gegen die immigrantische Bedrohung ist, dass die Grausamkeit der Verteidigung eine größere Bedrohung der ‚Zivilisation‘ darstellt als beliebig viele Muslime.“

möglich wurde, die Notlage des griechischen Volkes zu ignorieren, tauchte eine dritte Erzählung auf: Die Griechen werden jetzt als hilfsbedürftige humanitäre Opfer dargestellt, als ob ein Krieg oder eine Naturkatastrophe das Land heimgesucht hätte. Während alle drei Erzählungen falsch sind, ist die dritte zweifellos die widerlichste. Die Griechen sind keine passiven Opfer: Sie befinden sich im Krieg mit dem europäischen Wirtschafts-Establishment, und was sie brauchen, ist Solidarität in ihrem Kampf, weil es auch unser Kampf ist.

Griechenland ist keine Ausnahme. Es ist ein wichtiges Testgelände für ein neues sozio-ökonomisches Modell mit potenziell unbegrenzter Anwendungsmöglichkeit: eine entpolitisierte Technokratie, in der Banken und anderen Experten erlaubt wird, die Demokratie zu zerstören. Indem wir die Griechen vor ihren sogenannten Rettern retten, retten wir auch Europa selbst.

Wiederholung spielt – zumindest Hegel zufolge – eine entscheidende Rolle in der Geschichte: Wenn etwas nur einmal passiert, kann man es als Zufall abtun, etwas, das hätte vermieden werden könne, wäre man anders mit der Situation umgegangen. Aber wenn sich ein Ereignis wiederholt, kann dies als ein Anzeichen dafür gelten, dass ein tieferer historischer Prozess am Entstehen ist. Als Napoleon 1813 bei Leipzig unterlag, sah es nach Pech aus. Als er danach bei Waterloo geschlagen wurde, war klar, dass seine Zeit vorbei war. Das Gleiche gilt für die anhaltende Finanzkrise. Im September 2008 wurde sie als Anomalie dargestellt, die sich durch bessere Regulierungen etc. beheben ließe; nun, da sich die Zeichen für einen erneuten Kollaps mehren, wird deutlich, dass wir es mit einem strukturellen Problem zu tun haben.

Wieder und wieder wird uns gesagt, dass wir eine Schuldenkrise durchleben, dass wir

alle gemeinsam die Last tragen und die Gürtel enger schnallen müssten. Alle außer den Reichen. Die Vorstellung, sie stärker zu besteuern, ist tabu. Wenn wir es täten, so das Argument, hätten die Reichen keinen Anreiz zu investieren, es würden weniger neue Jobs geschaffen und wir würden alle darunter leiden. Die einzige Möglichkeit, uns vor harten Zeiten zu schützen, sei es, die Armen ärmer und die Reichen reicher werden zu lassen. Was sollten die Armen tun? Was können sie tun?

Obwohl die Unruhen in England 2011 von den ungeklärten Schüssen auf den jungen Schwarzen Mark Duggan ausgelöst wurden, stimmten alle in der Ansicht überein, dass sie Ausdruck eines tiefer liegenden Unbehagens waren – aber welcher Art ist dieses Unbehagen? Wie bei den Autoverbrennungen in den Pariser Banlieues 2005, hatten auch die Randalierer in Großbritannien keine Botschaft mitzuteilen (Hier liegt ein klarer Kontrast zu den Studentenunruhen 2010, die auch in Gewalt endeten. Die Studenten brachten ihre Ablehnung der geplanten Ausbildungsreform zum Ausdruck). Deshalb ist es schwierig, die englischen Randalierer unter marxistischen Gesichtspunkten zu begreifen, als ein Beispiel für das Auftauchen des revolutionären Subjekts. Sie fallen viel eher unter die hegelsche Vorstellung vom Pöbel, jenen außerhalb der organisierten sozialen Ordnung, die ihre Unzufriedenheit nur durch „irrationale“ Ausbrüche destruktiver Gewalt äußern können – was Hegel als „abstrakte“ Negation bezeichnete.

Es gibt eine alte Geschichte von einem Arbeiter, der des Diebstahls verdächtigt wird. Jeden Abend, wenn er die Fabrik verlässt, wird seine Schubkarre gründlich untersucht. Die Wachmänner finden nie etwas, die Karre ist jedes Mal leer. Irgendwann fällt der Groschen: Was der Arbeiter stiehlt, sind die Schubkarren selbst. Die Wachmänner haben das Of-

fensichtliche übersehen, so wie es auch die Kommentatoren der Unruhen taten. Uns wird gesagt, dass der Zusammenbruch des Kommunismus im Ostblock um 1990 das Ende der Ideologie signalisierte. Dass die Zeit großer ideologischer Projekte, die in totalitären Katastrophen enden, vorbei sei; dass ein Zeitalter der rationalen, pragmatischen Politik begonnen habe. Wenn der Gemeinplatz, dass wir in einer postideologischen Zeit leben, irgendeinen Sinn hat, dann zeigt er sich in diesen Gewaltausbrüchen vor einigen Jahren. Sie waren „Null-Grad-Proteste“, gewaltsame Aktionen, die nichts einforderten. In ihrem verzweifelten Versuch, Bedeutung in den Unruhen zu finden, haben die Soziologen und Kommentatoren das Rätsel, mit dem die Unruhen konfrontierten, verschleiert.

Die Demonstranten, zwar unterprivilegiert und sozial de facto ausgeschlossen, waren nicht dem Verhängen nahe. Menschen, denen es materiell wesentlich schlechter geht, ganz zu schweigen von Menschen, die physisch oder ideologisch unterdrückt werden, waren in der Lage, politische Bewegungen mit einer klaren Agenda zu organisieren. Die Tatsache, dass die Randalierer kein politisches Programm hatten, ist für sich selbst ein Fakt, den man interpretieren muss: Sie sagt uns eine ganze Menge über unser ideologisch-politisches Dilemma und über die Gesellschaft, in der wir leben, eine Gesellschaft, die die Wahlfreiheit feiert, in der aber die einzig denkbare Alternative zum erzwungenen demokratischen Kon-

„Als Napoleon 1813 bei Leipzig unterlag, sah es nach Pech aus. Als er danach bei Waterloo geschlagen wurde, war klar, dass seine Zeit vorbei war. Das Gleiche gilt für die anhaltende Finanzkrise.“

sens ein blindes Umherschlagen ist. Opposition zum System kann nicht mehr in Form einer realistischen Alternative formuliert werden – nicht einmal als ein utopisches Projekt –, sondern nur noch die Form eines bedeutungslosen Ausbruchs annehmen. Was ist der Sinn unserer abgefeierten Wahlfreiheit, wenn die einzige Wahl, die besteht, jene zwischen einem Annehmen der Regeln und (selbst-)zerstörerischer Gewalt ist?

### *Zunehmend „weltlose“ Umwelt*

Der französische Philosoph Alain Badiou behauptet, dass wir in einem sozialen Umfeld leben, das zunehmend als „weltlos“ wahrgenommen wird. In einem derartigen Umfeld ist die einzige Form, die Protest annehmen kann, die sinnlose Gewalt. Vielleicht ist dies eine der Hauptgefahren des globalen Kapitalismus: Obwohl er die ganze Welt umspannt, behält er eine „wortlose“ ideologische Konstellation bei, die den Menschen die Möglichkeit nimmt, Bedeutung zu finden. Die grundlegende Lehre der Globalisierung ist, dass Kapitalismus sich allen Kulturen anpassen kann, von der christlichen zur hinduistischen oder buddhistischen, von westlicher zu östlicher: Es gibt keine globale „kapitalistische Weltanschauung“, keine wirkliche „kapitalistische Kultur“. Die globale Dimension des Kapitalismus steht für Wahrheit ohne Bedeutung.

Der erste Schluss, der aus den Unruhen zu ziehen ist, ist daher, dass sowohl die konservativen als auch die liberalen Reaktionen unangemessen waren. Die konservative Reaktion war vorhersehbar: Es gibt keine Rechtfertigung für einen derartigen Vandalismus, man sollte alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Ordnung wiederherzustellen. Um weiteren derartigen Ausbrüchen vorzubeugen, brauchen wir nicht mehr Toleranz und soziale

Unterstützung, sondern mehr Disziplin, harte Arbeit und Verantwortungsbewusstsein. Der Fehler in dieser Darstellung liegt nicht nur darin, dass er die verzweifelte Lage der Jugendlichen ignoriert, die sie zu diesen Ausbrüchen bringt, sondern – und dieser Punkt ist vielleicht noch wichtiger –, dass sie ignoriert, inwieweit die Unruhen die versteckten Voraussetzungen der konservativen Ideologie selbst widerspiegeln. Als die Konservativen in den 1990er Jahren ihre „Back to Basics“-Kampagne starteten, wurde das obszöne Gegenstück zu dem konservativen britischen Politiker Norman Tebbit verdeutlicht: „Der Mensch ist nicht nur ein soziales, sondern auch ein territoriales Wesen. Es muss Teil unserer Agenda sein, die Urinstinkte des Tribalismus und der Territorialität zu befriedigen.“ Und genau darum ging es bei „Back to Basic“ in Wahrheit: den Barbaren zu entfesseln, der unter unserer scheinbar zivilisierten, „bourgeoisen“ Gesellschaft lauerte, indem man des Barbaren „Urinstinkte“ befriedigte.

In den 1960er Jahren prägte Herbert Marcuse den Begriff der „repressiven Entsublimierung“, um die „sexuelle Revolution“ zu erklären: Menschliche Triebe können entsublimiert werden, ihnen kann freier Lauf gelassen werden, und sie können weiterhin der kapitalistischen Kontrolle unterliegen – namentlich der Pornoindustrie. Was wir auf den britischen Straßen während der Unruhen sahen, war nicht der aufs Tier reduzierte Mensch, sondern die von der kapitalistischen Ideologie hervorgebrachte verkürzte Form des „Tieres“.

Die linken Liberalen reagierten nicht weniger vorhersehbar. Sie hielten an ihrem Mantra von Sozialprogrammen und Integrationsinitiativen fest, deren Vernachlässigung Einwanderer der zweiten oder dritten Generation ihrer sozialen und wirtschaftlichen Chancen beraubt habe – Gewaltausbrüche seien ihre einzige Möglichkeit, ihrer Unzufriedenheit

Ausdruck zu verleihen. Anstatt uns Rachephantasien hinzugeben, sollten wir uns bemühen, die tieferen Gründe der Unruhen zu verstehen. Können wir uns auch nur vorstellen, was es bedeutet, ein junger Mann in einer armen, ethnisch diversen Nachbarschaft zu sein, a priori von der Polizei verdächtigt und belästigt, nicht nur ohne Anstellung, sondern oft im Prinzip „unanstellbar“, ohne Hoffnung auf eine Zukunft? Die Implikation ist, dass die Verhältnisse es unvermeidbar machen, dass diese Menschen auf die Straße gehen. Das Problem dieser Darstellung ist jedoch, dass sie nur objektive Bedingungen für die Unruhen aufzählt. Zu randalieren ist aber ein subjektives Statement, mit dem man sich zu seinen objektiven Lebensbedingungen positioniert.

Wir leben in einer zynischen Zeit, und es ist leicht, sich einen Demonstranten vorzustellen, der – wenn er beim Plündern oder Brandschatzen erwischt nach seinen Beweggründen gefragt wird – in der Sprache der Sozialarbeiter und Soziologen verminderte soziale Mobilität, wachsende Unsicherheit, den Verfall der väterlichen Autorität und den Mangel an mütterlicher Liebe als Kind angibt. Er weiß, was er tut, er tut es aber trotzdem.

Es ist unsinnig, darüber nachzugrübeln, welche der beiden Reaktionen – konservativ oder liberal – schlechter ist. Wie Stalin gesagt hätte, beide sind schlechter. Und das beinhaltet die Warnung beider Seiten, dass die wahre Gefahr der Unruhen in der vorhersehbar rassistischen Reaktion der „schweigenden Mehrheit“ liegt. Eine Form, die diese Reaktion annahm, war die „Stammesaktivität“ der lokalen Gemeinschaften (Türken, Kariben, Sikh), die schnell eigene Bürgerwehrguppen bildeten, um ihr Eigentum zu schützen. Sind die Ladenbesitzer Kleinbürger, die ihren Besitz gegen einen wahrhaftigen, wenn auch gewaltsamen Protest gegen das System verteidigen?

Oder sind sie Repräsentanten der Arbeiter-

klasse, die gegen die Kräfte der sozialen Desintegration kämpfen? Auch hier sollte man es ablehnen, sich auf eine Seite zu schlagen. In Wahrheit lag der Konflikt zwischen zwei entgegengesetzten Polen in der Gruppe der Unterprivilegierten: denen, die es geschafft haben, innerhalb des Systems zu funktionieren, und denen, die zu frustriert sind, um es weiter zu versuchen. Die Gewalt der Randalierer war fast ausschließlich gegen die „eigenen Leute“ gerichtet. Die angezündeten Autos und geplünderten Geschäfte befanden sich nicht in reichen Nachbarschaften, sondern in den eigenen Nachbarschaften der Randalierer. Der Konflikt ist kein Konflikt zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft, er ist an seiner Wurzel – ein Konflikt zwischen zwei Gesellschaften. Zwischen denen, die nichts zu verlieren haben.

### *„Unfähige und nutzlose Konsumenten“*

Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman hat die Unruhen als Handlungen „unfähiger und nutzloser Konsumenten“ bezeichnet: Mehr als alles andere waren sie die Manifestation eines konsumistischen Wunsches, der gewaltsam umgesetzt wurde, da es nicht möglich war, ihn auf die „ordentliche“ Weise zu verwirklichen – durch Shopping. So gesehen beinhaltet die Unruhen ein Moment des wirklichen Protests, in Form einer ironischen Antwort auf die konsumistische Ideologie: „Ihr fordert uns auf zu konsumieren, während ihr uns zugleich der Mittel beraubt, es ordentlich zu tun – hier sind wir jetzt und tun es auf die einzige Weise, die uns möglich ist.“ Die Unruhen sind eine Demonstration der materiellen Kräfte der Ideologie – soviel zur „postideologischen Gesellschaft“. Von einem revolutionären Standpunkt aus betrachtet ist das Problem mit den Unruhen

nicht die Gewalt als solches, sondern die Tatsache, dass die Gewalt nicht wirklich selbstbestimmt ist. Sie ist eine ohnmächtige Wut, maskiert als Zurschaustellung von Stärke; sie ist Neid, maskiert als triumphierender Karneval.

Man sollte die Unruhen in Beziehung zu der anderen Art von Gewalt sehen, die die liberale Mehrheit heutzutage als Bedrohung unserer Lebensweise wahrnimmt: Terroranschläge und Selbstmordattentate. In beiden Fällen bilden Gewalt und Gegengewalt einen Teufelskreis und erzeugen die Gewalt, die sie zu bekämpfen suchen. In beiden Fällen haben wir es mit blinden Übergriffen zu tun, in denen die Gewalt eine implizite Anerkennung der Ohnmacht ist. Der Unterschied besteht darin, dass – im Gegensatz zu den Unruhen von London oder Paris – Terroranschläge im Dienste der absoluten Bedeutung verübt werden, die die Religion bietet.

Aber waren die arabischen Aufstände nicht ein kollektiver Widerstandakt, der die falschen Alternativen von destruktiver Gewalt und religiösem Fundamentalismus umging? Leider wird der „Ägyptische Sommer“ 2011 als das Ende einer Revolution in Erinnerung bleiben, ein Punkt, an dem ein emanzipatorisches Potenzial erstickt wurde. Seine Totengräber waren die Armee und die Islamisten. Die Umriss eines Paktes zwischen der Armee (die Mubaraks Armee war) und den Islamisten (die zu Beginn der Aufstände marginalisiert waren, aber zunehmend an Boden gewannen)

„Leider wird der ‚Ägyptische Sommer‘ 2011 als das Ende einer Revolution in Erinnerung bleiben, ein Punkt, an dem ein emanzipatorisches Potenzial erstickt wurde. Seine Totengräber waren die Armee und die Islamisten.“

wurden nach und nach klar: Die Islamisten tolerierten die materiellen Privilegien der Armee und sicherten sich im Gegenzug die ideologische Vormachtstellung (bis es zum Militärputsch kam). Auf der Verliererseite standen sowohl die prowestlichen Liberalen – trotz CIA-Unterstützung zu schwach, um die „Demokratie voranzutreiben“ – als auch die wahren Vertreter der Ereignisse des Frühlings, die im Entstehen begriffene säkulare Linke, die versucht hat, ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen aufzubauen, von Gewerkschaften bis hin zu feministischen Gruppen.

Die vorherrschende Reaktion der westlichen Öffentlichkeit: Man sagt uns, dass, wie der Fall des (nicht arabischen) Iran deutlich macht, Volksaufstände in arabischen Ländern immer in militantem Islamismus enden. Besser bleibt man bei dem Tyrannen, den man schon kennt, als an der Emanzipation herumzufummeln. Solchem Zynismus zum Trotz sollte man unbedingt dem radikalemanzipatorischen Kern der Aufstände in Ägypten treu bleiben.

Aber man sollte sich auch nicht dem Narzissmus einer verlorenen Sache hingeben. Es ist zu einfach, die erhabene Schönheit von einem dem Untergang geweihtem Aufstand zu bewundern. Die heutige Linke hat das Problem der „bestimmten Negation“: Welche Ordnung soll die alte nach den Aufständen ersetzen, wenn der hehre Enthusiasmus des ersten Augenblicks verflogen ist? In diesem Zusammenhang ist das Manifest der spanischen Indignados erhellend. Das Erste, was auffällt ist der unpolitische Tonfall: „Manche von uns bezeichnen sich als Progressive, andere als Konservative. Manche von uns sind gläubig, andere nicht. Manche von uns haben klar definierte Ideologien, andere sind unpolitisch. Aber wir alle sind besorgt und wütend über die politische, ökonomische und soziale Landschaft,

## Europäische Angst

die wir überall um uns herum erblicken: Korruption unter Politikern, Unternehmern und Bankern, die uns hilflos und ohne Stimme zurücklasst.“ Sie protestieren im Namen der „unveräußerlichten Wahrheiten, denen wir in unserer Gesellschaft folgen sollten: Das Recht auf Wohnraum, Arbeit, Kultur, Gesundheit, Ausbildung, politische Teilhabe, freie Persönlichkeitsentwicklung und Verbraucherrechte für ein gesundes und glückliches Leben.“

### *Authentische Wut*

Sie lehnen Gewalt ab und fordern eine „ethische Revolution. Anstatt Geld über die Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unseren Dienst stellen. Wir sind Menschen und keine Produkte. Ich bin nicht das Produkt dessen, was ich kaufe, warum ich kaufe und von wem ich kaufe.“ Die Indignados lehnen die gesamte politische Klasse, links wie rechts, als korrupt und machtgerig ab, dennoch besteht das Manifest aus einer Reihe von Forderungen – an wen?

Nicht an die Menschen selbst. Die Indignados behaupteten nicht, dass es niemanden gibt, der die Arbeit für sie erledigen kann, dass sie selbst die Veränderung sind, die sie sehen wollen. Und das war die verhängnisvolle Schwachstelle der Proteste (bis zur Gründung der linksalternativen Partei Podemos): Sie waren Ausdruck einer authentischen Wut, die nicht in der Lage war, sich selbst in ein Programm soziopolitischer Veränderungen umzuformen. Sie drückten den Geist der Revolte aus, aber ohne Revolution.

Die vor einigen Jahren stattgefundenen Vertreibung der Roma aus Frankreich löste Proteste in ganz Europa aus – von Seiten der liberalen Medien, aber auch einiger Spitzenpolitiker, und nicht nur von solchen aus der Linken. Aber die Vertreibungen gingen weiter,

und sie sind nur die Spitze des Eisbergs europäischer Politik.

Vorfälle wie diese müssen vor dem Hintergrund einer langfristigen Neuordnung des politischen Raums in West- und Osteuropa gesehen werden. Bis vor Kurzem wurden die meisten europäischen Länder von zwei Hauptparteien bestimmt, die sich an die Mehrheit der Wählerschaft wandten: Eine Partei rechts von der Mitte (Christdemokraten, Liberal-Konservative, Volkspartei) und eine Partei links von der Mitte (Sozialdemokraten, Sozialisten) – außerdem kleinere Parteien (Ökolisten, Kommunisten), die eine kleinere Wählerschaft ansprachen.

Die jüngsten Wahlergebnisse sowohl im Westen als auch im Osten signalisieren das allmähliche Auftreten einer anderen Polarität. Es gibt jetzt eine überlegene zentristische Partei, die für globalen Kapitalismus steht, für gewöhnlich mit einer liberalen kulturellen Agenda (zum Beispiel Toleranz in Bezug auf Abtreibung, Rechte für Homosexuelle, religiöse und ethnische Minderheiten). Dieser Partei steht eine immer stärker werdende anti-immigrantische populistische Partei gegenüber, die an ihren Rändern von offen rassistischen neofaschistischen Gruppen begleitet wird. Das beste Beispiel hierfür ist Polen, wo nach dem Verschwinden der Ex-Kommunisten die wichtigsten Parteien die konservative christliche Partei „Recht und Gerechtigkeit“ und die „antiideologische“ zentristisch liberale Partei sind. Ähnliche Tendenzen lassen sich in den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Ungarn erkennen. Wie sind wir dorthin geraten?

Nach Jahrzehnten der Hoffnung, die der Wohlfahrtsstaat verbreitet hatte, indem finanzielle Einschnitte als vorübergehend verkauft wurden und die mit dem Versprechen aufrechterhalten wurde, dass sich die Dinge bald wieder normalisieren würden, treten wir in eine Epoche ein, in der die Krise – oder viel-

mehr eine Art ökonomischer Ausnahmezustand mit der dazugehörigen Notwendigkeit von allen möglichen Austeritätsmaßnahmen (Kürzung der Sozialleistungen, Einschränkung von Gesundheits- und Bildungswesen, Temporarisierung der Arbeitsplätze) – permanent ist. Krise wird zur Daseinsform.

Nach der Auflösung der kommunistischen Regime 1990 traten wir in eine Ära ein, in der die vorherrschende Form staatlicher Machtausübung zu einer entpolitisierten fachkundigen Verwaltung und zur Koordination von Interessen wurde. Die einzige Art und Weise, Leidenschaft in diese Art von Politik einzuführen, die einzige Art und Weise, Menschen aktiv zu mobilisieren, ist Angst: die Angst vor Immigranten, die Angst vor dem Verbrechen, die Angst vor gottloser sexueller Verdorbenheit, die Angst vor dem exzessiven Staat (mit seiner Last hoher Besteuerung und Kontrolle), die Angst vor der ökologischen Katastrophe wie auch die Angst vor Belästigung (Political Correctness ist die exemplarische Form der Politik der Angst).

„Nach Jahrzehnten der Hoffnung, die der Wohlfahrtsstaat verbreitet hatte, indem finanzielle Einschnitte als vorübergehend verkauft wurden und die mit dem Versprechen aufrechterhalten wurde, dass sich die Dinge bald wieder normalisieren würden, treten wir in eine Epoche ein, in der die Krise – oder vielmehr eine Art ökonomischer Ausnahmezustand mit der dazugehörigen Notwendigkeit von allen möglichen Austeritätsmaßnahmen – permanent ist.“

Solch eine Politik setzt immer auf die Manipulation einer paranoiden Masse – die beängstigende Versammlung verängstigter Männer und Frauen. Deswegen bestand das große Ereignis des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends darin, dass anti-immigrantische Politik zum Mainstream wurde und schließlich die Nabelschnur durchschnitt, die sie mit den rechtsextremen Randparteien verbunden hatte.

„*Es ist unser Land*“

Von Frankreich bis Deutschland, von Österreich bis Holland, im neuen Gebiet des Stolzes auf die eigene kulturelle und historische Identität finden es die Hauptparteien nun akzeptabel zu betonen, dass Immigranten Gäste sind, die sich den kulturellen Werten anpassen müssen, die die Gastgesellschaft definiert – „Es ist unser Land, liebt es oder verlasst es“, lautet die Botschaft.

Fortschrittliche Liberale sind selbstverständlich entsetzt über solchen populistischen Rassismus. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, dass sie trotz ihrer multikulturellen Toleranz und ihres Respekts vor Differenzen das Bedürfnis haben, andere auf angemessenen Abstand zu halten – ein Bedürfnis, das sie mit jenen teilen, die gegen Einwanderung sind: „Die anderen sind in Ordnung, ich respektiere sie“, sagt der Liberale „aber sie dürfen nicht zu weit in meine eigene Sphäre eindringen. In dem Moment, wo sie das tun, belästigen sie mich – ich unterstütze Förderungsmaßnahmen zugunsten benachteiligter Gruppen vollkommen, aber ich bin nicht bereit, mir laute Rapmusik anzuhören.“ Was sich in spätkapitalistischen Gesellschaften mehr und mehr als das zentrale Menschenrecht abzeichnet, ist das Recht, nicht belästigt zu werden, das das Recht ist, auf sicherer Entfernung zu anderen gehalten zu werden. Ein Terrorist, des-

## Europäische Angst

sen tödliche Pläne verhindert werden sollten, gehört nach Guatánamo, der leeren, von der Herrschaft des Rechts ausgenommenen Zone; ein fundamentalistischer Ideologe sollte zum Schweigen gebracht werden, weil er Hass verbreitet. Solche Menschen sind giftige Subjekte, die meinen Frieden stören.

Auf dem heutigen Markt finden wir eine ganze Reihe von Produkten, die ihrer schädigenden Eigenschaft beraubt sind: Kaffee ohne Koffein, Sahne ohne Fett, Bier ohne Alkohol. Und die Liste geht weiter: Wie wär's mit virtuellem Sex als Sex ohne Sex? Der Colin-Powell-Doktrin der Kriegsführung ohne Kriegsführung? Der modernen Neudefinition von Politik als Kunst der sachkundigen Verwaltung, als Politik ohne Politik? Das bringt uns zum heutigen toleranten liberalen Multikulturalismus als Erfahrung des Anderen, der seiner Andersheit beraubt ist – des entkoffeinierten Anderen.

Der Mechanismus solcher Neutralisation wurde am besten 1938 von Robert Brasillach formuliert, einem französischen faschistischen Intellektuellen, der sich selbst als „gemäßigten“ Antisemiten sah und die Formel des vernünftigen Antisemitismus erfand. „Wir erlauben uns, im Kino Charlie Chaplin zu applaudieren, einem Halbjuden, Proust, einen Halbjuden, zu bewundern, Yehudi Menuhin zu applaudieren, einem Juden...Wir wollen niemanden umbringen, wir wollen kein Pogrom organisieren. Aber wir denken auch, dass die beste Art und Weise, die stets unvorhersehbaren Aktionen des instinktiven Antisemitismus zu verhindern, ist, einen vernünftigen Antisemitismus zu organisieren.“

Kommt die gleiche Haltung nicht bei der Art und Weise zum Tragen, mit der unsere Regierungen mit der „immigrantischen Bedrohung“ umgehen? Nachdem sie unmittelbaren populistischen Rassismus rechtfertigen als „unvernünftig“ und unannehmbar für

unsere demokratischen Standards zurückgewiesen haben, befürworten sie „vernünftigerweise“ rassistische Schutzmaßnahmen oder wie die Brasillachs von heute – manche von ihnen sind sogar Sozialdemokraten – uns sagen: „Wir erlauben uns, afrikanischen oder osteuropäischen Sportlern zu applaudieren, asiatischen Doktoren, indischen Programmieren. Wir wollen niemanden umbringen, wir wollen keine Pogrome organisieren. Aber wir denken auch, dass die beste Art und Weise, die stets unvorhersehbaren gewaltsamen antiimmigrantischen Schutzmaßnahmen zu verhindern, darin besteht, einen vernünftigen antiimmigrantischen Schutz zu organisieren.“

Diese Version der Entgiftung deutet einen offensichtlichen Übergang von direkter Barbarei zu einer Barbarei mit menschlichem Antlitz an. Sie offenbart die Regression von christlicher Nächstenliebe zu heidnischer Bevorzugung unseres Stammes vor dem barbarischen Anderen. Auch wenn sie als Verteidigung christlicher Werte maskiert ist, stellt sie selbst die größte Bedrohung für das christliche Erbe dar.

**Slavoj Žižek**, 1949 in Ljubljana geboren, ist Philosoph, Kulturkritiker und nichtpraktizierender Psychoanalytiker. Bekannt geworden ist er durch seine Übertragung des Denkens Jacques Lacans und des Marxismus in die Populärkultur und die Gesellschaftskritik. Žižek ist unter anderem Professor für Philosophie an der Universität in Ljubljana und Direktor des Birkbeck Institute for the Humanities an der University of London. Dieser Beitrag geht auf sein mit Srećko Horvat verfasstes Buch „Rettet uns vor den Rettern“ zurück, das im Hamburger Laika Verlag erschienen ist.



Wie liebt man Europa im 21. Jahrhundert? Zurzeit erleben wir einen Rückwärtsgang in alte Zeiten, die angeblich besser waren. Das vorherrschende Misstrauen gegen die Eliten machen sich die Rechtspopulisten zu Nutze. Wer Europa verteidigen will, darf es sich nicht gemütlich machen in selbstgefälligen Beschimpfungen der Populisten. Die kosmopolitische Elite muss die eigene Politik in Frage stellen. Dabei gibt es so viele Gründe, Europa zu lieben. Hilfreich könnte es sein, den Blick über das Mittelmeer schweifen zu lassen und den Horizont zu weiten. *Von Jagoda Marinić*



Europa und Migration sind nicht trennbar voneinander. Das Thema „Migration“ ist keine Ecke, in die man gestellt werden kann, denn „Migration“ ist der Marktplatz Europas. Die Städte Europas sind die Halsschlagadern dieses Kontinents. Sie sind geprägt von der Vielfalt, die Europa ausmacht. Wenn jeder Mensch in einer deutschen Stadt die Orte aufzählen müsste, die sein Leben geprägt haben, so hätten wir mit Sicherheit einen großen Teil Europas abgedeckt. Europa steckt in jedem von uns.

Ich denke Europa vom Mittelmeer aus. Das hat damit zu tun, dass am Mittelmeer das Licht in unvergesslichen Farben spielt und in meiner Kindheit dieses türkisblaue Meer ständig mit dem hellblauen Himmel um meine Aufmerksamkeit konkurrierte. Es ist dieses Mittelmeer, das die Menschen arm und

reich gemacht hat. In Barcelona, einer meiner Lieblingsstädte am Mittelmeer, findet sich am Hafen die 60 Meter hohe Kolumbusstatue, die 1888 während der Weltausstellung errichtet wurde. Seefahrer, Festungen wie in Dubrovnik, Piraten. Reichtum, Welteroberung und Hoffnungsschimmer.

In den letzten Jahren war Europa vor allem Hoffnungsschimmer. Doch das Mittelmeer wurde zunehmend zum Symbol der untergegangenen Hoffnungen, der Leben, die das Meer verschluckte. 3.081 Menschen sind allein 2017 im Mittelmeer ertrunken. Wer die Geschichte des Mittelmeers liest, wagt kaum, danach zu fragen, wie viel Blut dieses Mittelmeer birgt.

Die Geschichte des Mittelmeers war oft blutig. Vielleicht müsste man akzeptieren können, dass es heute, im 21. Jahrhundert, wieder so ist. Vielleicht müsste man aufhören, daran zu glauben, dass Frieden machbar ist. Doch dann, was ist das Europa der letzten 70 Jahre anderes als ein Friedensprojekt? Wir leben Europa seit Jahrzehnten. Europäer glauben an diesen Frieden, an die Erlaubnis zur Banalität des Alltags: Wir Europäer gehen schlafen und wachen auf, neben den Menschen, mit denen wir leben wollen. Die meisten von uns gehen durch den Alltag mit den Fragen nach dem guten Leben, nicht dem Überleben.

Wir glauben, ohne uns groß Gedanken darüber zu machen, dass wir morgens zur Arbeit können und abends die Menschen, die wir lieben, wiedersehen dürfen. In dem meisten

Fällen haben wir Glück, und es ist so. Tür auf, Tür zu. Man streitet, liebt und schimpft ein bisschen, bevor man einschläft. Wir dürfen uns über Banalitäten ärgern und täglich Tonnen von Milch in Form von Latte Macchiatos in uns hineinkippen. Wir glauben an dieses Leben, wie wir es führen, als stehe es uns Zufallsgeborenen aus irgendeinem Grund mehr zu als anderen. Doch genau deshalb sollte dieses Leben eine Verpflichtung sein. Genau deshalb darf man das Sterben der anderen nicht aushalten. Genau deshalb darf man nicht so tun, als könnte man das Erkalten gegenüber dem Leid ohne Schaden organisieren.

Ja, es sind immer Menschen im Mittelmeer gestorben, doch Europa war ein Kontinent des Fortschritts der Zivilisation, nachdem sie an ihrem Nullpunkt angelangt war. Europa wurde als der dunkle Kontinent bezeichnet und bei allem, was wir aus guten Gründen an Europa kritisieren, darf nicht vergessen werden, dass aus diesem dunklen Kontinent ein Kontinent des Lichts geworden ist. Er steht jedoch nicht isoliert in einem Weltgefüge und wird nicht tangiert von den anderen Kräften. Es geht für den Kontinent auch darum, zu verstehen, dass eine ausbalancierte Welt ein waches Europa verlangt. Europa kann nicht zur Kulisse für Phantasiethriller und Touristen degradiert werden; die Kinder des europäischen

Südens werden nicht geboren, um – wie ein Tourismusminister Kroatiens dies einmal beanspruchte – die Bettlaken der Nordeuropäer zu waschen. Europa braucht eine Vision, die über das, was sie derzeit ist, hinauswächst.

### *Europas eigene Migrationsgeschichte*

Dazu muss sich Europa seiner Geschichte besinnen. Europa, das ist auch das Kapitel der Verletzung der Menschenrechte in der Geschichte moderner Zivilisation. Um Europas Verantwortung gerecht zu werden, müssten die Europäer lokal leben, doch global denken. Die meisten wohlhabenden Europäer sind nicht deshalb wohlhabend, weil Europa stets Zuhause geblieben ist. Europa selbst hat eine Migrationsgeschichte: Europa mit Migrationshintergrund also, und diese Europa war wahrlich keine assimilierungsfreudige Migrantin. Europa kam und meinte, sie sei aus welchen Gründen auch immer, dort wo sie angekommen war, irgendwie mehr zu Hause und mehr Herrin als die Einheimischen selbst.

Europa war immer schon elegant und musste sich schmücken. Alles, was ihr in die Quere kam, musste herhalten. Sie kam, wenn sie irgendwo außerhalb Europas ankam, nie auf die Idee, die Sprache der Einheimischen zu lernen. Europa kam an und lehrte die Menschen ihre Sprache. Das war dann aus ihrer Sicht vielleicht ein globaler Integrationskurs. Aber das reichte nicht, Europa verbot gerne den Einheimischen auch noch die Muttersprache. Ich weiß auch, welcher Idee das zu verdanken sein könnte: Vielleicht dachte Europa, das macht Platz im Kopf. Vielleicht dachte sie aber auch einfach, was sollten sie denn mit ihrer eigenen Sprache, so können sie sich überhaupt nicht mit Europa unterhalten? Die Migrantin Europa kam zurück aus der Welt wie sie gegangen war, nur etwas reicher.

„Die Geschichte des Mittelmeers war oft blutig. Vielleicht müsste man akzeptieren können, dass es heute, im 21. Jahrhundert, wieder so ist. Vielleicht müsste man aufhören, daran zu glauben, dass Frieden machbar ist. Doch dann, was ist das Europa der letzten 70 Jahre anderes als ein Friedensprojekt?“

## Europäische Angst

Aus heutiger, bundesdeutscher Sicht, würde man eine solche Einwandererin mit Sicherheit für integrationsunwillig halten. Sie kennen ja die deutsche Redensart „Fühlen Sie sich wie zu Hause!“ Europa fühlte sich überall wie zu Hause. Und als Menschen nach Europa kamen, wollte man sichergehen, dass Europa sich nicht plötzlich unwohl fühlen könnte im eigenen Haus. Wo wären wir denn da? Sicher nicht in Europa.

Sie sehen schon, worauf ich hinauswill. Wir leben in einer Zeit, in der manche Menschen sich für europäischer halten als andere. Die Franzosen hinterfragen ihre großzügige Staatsbürgerschaftspolitik, denn die jungen Algerier sind nie Franzosen geworden, behaupten die Franzosen, die nie Algerier waren. Der algerische Boden war jedoch in Windeseile französisch. Hätten sich die jungen Algerier in Frankreich benommen wie Europa in Algerien, dann wären sie vermutlich heute integriert, denn sie hätten sich das Land zu Eigen gemacht. Frieden hätten wir keinen. Europa brachte mit seinem Benehmen alles, nur keinen Frieden.

Bis zu den letzten Jahrzehnten, den letzten 70 Jahren. Dieser Frieden kam buchstäblich aus dem Nichts. Er kam aus dem stückweisen Verzicht auf das vermeintlich Eigene zugunsten des Gemeinsamen. Dieser Frieden ist das Erbe, das wir, die wir ihn erleben durften, zu verteidigen haben. Die Verantwortung, die wir tragen, ist nicht die für das beste Integrationszertifikat, sondern die für den sozialen, europäischen und – es mag uns Europäern Angst machen – den weltweiten Frieden.

Es sind keine beruhigenden Zeiten. Es ist geradezu eine Beunruhigung, wenn der neue Bundespräsident sein Amt antritt und von einer möglichen neuen Weltordnung redet. Das Chaos, das sich derzeit auftut und über das ungelöste Chaos der letzten Jahre legt, macht die Welt nicht überschaubarer. Staats-

chefs, die von einem neuen Zeitalter reden, könnten Recht haben, doch sie tragen auch bei zu einer Verstärkung der Beunruhigung. Wenn die Welt schon nicht verstehbar ist und ihre Probleme nicht lösbar sind, warum nicht zurück zur Kleinstaaterei? Viele sprechen von einer Zukunft, die anders wird, doch diese Zukunft ist bereits Gegenwart. Anschläge in Europas Hauptstädten. Einerseits fürchten die Europäer den organisierten Terror, andererseits fürchten sie den durchgeknallten Einzelnen, vielleicht sogar den eigenen Nachbarn. Die Londoner Zeitungen titeln: Es war ein Anschlag auf die Demokratie. Am Jahrestag des Anschlags in Brüssel. Als Paris angegriffen wurde, war es ein Anschlag auf die Freiheit. Egalité, Liberté, Fraternité. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das sind drei Werte der westlichen Wertegemeinschaft. Mit dem Anschlag auf die Demokratie wird im Grunde die Gleichheit angegriffen, mit dem Anschlag auf das Bataclan oder in Nizza war es die Freiheit. Sie alle sollen dabei helfen, die Brüderlichkeit zu zerstören, den Zusammenhalt, die Solidarität.

Wenn es jetzt heißt, der Täter sei in Großbritannien geboren und hätte einen britischen Pass, dann wird die Solidarität weiter in Frage gestellt werden. Als in Barcelona Menschen in den beliebten Ramblas durch ein Attentat starben, hielten die Bewohner dieser Stadt zusammen und stellten klar, dass die Angst diese Stadt nicht regieren werde. Dieser Zusammen-

„Hätten sich die jungen Algerier in Frankreich benommen wie Europa in Algerien, dann wären sie vermutlich heute integriert, denn sie hätten sich das Land zu Eigen gemacht.“

halt gerade nach solchen Angriffen auf die Freiheit ist beeindruckend – und doch wird es wichtig sein, auf die alltäglichen Probleme der Menschen einzugehen, um sie vor ihren Ängsten zu schützen.

### *Sehnsucht nach Exit*

Viele meinen, sie könnten Probleme mit Exitstrategien lösen: Brexit, Grexit, Frexit. Europa wird derzeit infrastrukturell von rechten Kräften mit einer Unmenge Exitschildern versehen. Die Österreicher fordern sogar den Exit des breit akzeptierten Rauchverbots in öffentlichen Restaurants. Das absurde Signal ist eindeutig: Mir Rückwärtsgang in die alten Zeiten, die angeblich besser waren. Die Welt soll kontrollierbarer werden, indem ich „meine Nation“ schütze. Nicht nur Festung Europa, sondern „Festung Nation“ ist die Bewegung, an der die europäischen Rechten paradoxerweise gemeinsam arbeiten.

Die Tatsache, dass Terroristen oft selbst aus Europa stammen, wird gerne wegdiskutiert: Das Böse befindet sich außerhalb der eigenen Grenzen und wurde vor allem durch den Sommer der Willkommenskultur im Jahr 2015 importiert. „Das Andere“ ist ins System eingewandert, soll der Mythos lauten. Doch es ist auch eine Frage der Teilhabe und des Zusammenhalts: Wenn Menschen in einem Land leben und aufwachsen, dann ist es die Aufgabe einer jeden Gesellschaft, ihnen einen Platz zu geben, der diese Gesellschaft stärkt und nicht zerstört. Wenn sie polizeibekannt sind, was meist der Fall war, dann ist es Aufgabe der europäischen Behörden, die Bürgerinnen und die ethnischen Minderheiten, die leider mit den Tätern in Mitleidenschaft gezogen werden, vor den Tätern zu schützen. Jeder kennt inzwischen die unruhigen Blicke, sobald ein Auto etwas von der Spur abkommt.

Es ist, wie es in den USA nach dem 11. September war: Wann immer ein Hubschrauber über eine Menschenmenge flog, blickten verängstigte Augenpaare gen Himmel.

Diese Angst ist vermutlich die größte Aufgabe Europas, denn sie wird zum Platzhalter, zur Ausrede und macht blind für eigentliche Probleme und Lösungsansätze. Nun könnte man sagen, ein Land, das international für „German Angst“ bekannt ist, sei hier ein schlechter Ratgeber. Ich sehe das anders. Ein Land, das viel und oft mit Angst zu tun hatte, hat auch gelernt, mit Angst umzugehen. Man könnte tatsächlich meinen, die deutsche Politik bilde derzeit in weiten Teilen eine Ausnahme. Nicht jeder muss, wie die „New York Times“, die deutsche Kanzlerin zur Verteidigerin der westlichen Welt erklären, aber wenn in diesen Zeiten Politiker wie Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier regieren, dann ist leichter zu verstehen, weshalb Barack Obamas letzte Reise als Präsident nach Deutschland führte.

Deutschland kennt noch die Form der sanftmütigen Herrschaft. Deutschlands seriöse Politiker müssen nicht auf jeden verbalen Anschlag mit einem Gegenschlag reagieren. Sie vermögen es, Grenzen zu setzen, ohne sich jenen anzubiedern, die nach Machtdemonstrationen schreien. Auch Angela Merkels Auftritt bei Donald Trump in den Vereinigten Staaten, wie sie gelassen auf dem Stuhl neben ihm saß und sich von einem verweigerten Handschlag nicht aus der Ruhe bringen ließ, wurde in den sozialen Medien gefeiert. Trump wirke neben ihr wie ein Schuljunge, der sein Zimmer nicht aufgeräumt hat oder wie ein unreifer Mann, der neben einer starken Frau nicht gelassen sein kann, hieß es.

Auch Frank-Walter Steinmeiers Rede zum Amtseintritt als Bundespräsident war bestimmt. Er zeigt Haltung, ohne zu poltern. Wenn die deutschen Politiker, wenn Sie vor

## Europäische Angst

Ort hier etwas tun können für dieses Europa, so ist es, eine Haltung zu entwickeln, die nicht von Angst geprägt ist, obwohl sie diese Angst nicht leugnet. Der Einzug der Rechtspartei AfD in den deutschen Bundestag war für viele eine Enttäuschung. Das einzige mächtige Land Europas ohne rechte Kräfte im Parlament sollte nach all den Jahrzehnten wieder eine Partei rechter als die rechtskonservative CSU erhalten. Die Hoffnung, Deutschland könne aufgrund der Aufarbeitung und dem Umgang mit seiner Vergangenheit den anderen einen Schritt voraus sein, hat sich nicht erfüllt. Andere hingegen sagen, in Anbetracht der Veränderungen, die Deutschland seit 2015 durchmacht, sei die Zahl der rechten Kräfte überschaubar. Die neue Regierung hat sich leider noch nicht gebildet, es ist noch offen, wie der parlamentarische Alltag in Deutschland mit dem neuen rauen Ton umzugehen wissen wird. Wenn es Deutschland gelingen sollte, diese Kräfte im Schach zu halten, wäre dies mit Sicherheit ein Ergebnis der Lehren aus der Aufarbeitung der deutschen Geschichte.

Es ist jedoch mehr als die Angst vor dem diffusen Terror und der für viele überwältigenden Einwanderung vor allem eins akut in Europa: die Angst vor dem eigenen Abstieg. Wer Europa damit verteidigt, dass es Frieden und Wohlstand über den Kontinent gebracht hat, der wird jene nicht ansprechen, die dieser viel beschworene Wohlstand außen vorlässt. Man kann hier viel von den USA lernen: Die Angst des kleinen Mannes war Trumps Eintritt ins Weiße Haus. Es wird nicht helfen, den Verarmten und Verängstigten Zahlen zu servieren, nach denen die Armut in Europa relativ ist. Sie ist es auch relativ zur eigenen Geschichte. Die junge Generation will sich nicht hinter die Eltern zurückfallen sehen. Der Brexit hat gezeigt, dass weder linke noch liberale Politik noch die medialen Berichterstatte das Ausmaß der Wut verstanden hatten.

Nach dem Brexit gab es die Tendenz, sich über den kleinen Mann, der Europa so leichtfertig verspielt, aufzuregen. Oder man versuchte ihn zu verstehen, zu erklären etc. Es macht jedoch wenig Sinn, die Verlierer der neoliberalen Globalisierung zu Tätern zu machen, ohne das Scheitern der EU-Institutionen in den Blick zu nehmen. Seit den 1980er Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger Europas zunehmend erlebt, wie eine neoliberale Elite sich um den eigenen Lebensstandard weit mehr zu sorgen schien als um das Wohl des Volkes. Wenn selbst der Ex-Diplomat Ryszard Schnepf meint, man habe den Menschen die Vorteile Europas zu wenig nahegebracht und dann als Beispiel die Begrenzung der Roaming-Gebühren nennt, dann ahnt man nur, wie weit diese Eliten von den einfachen Menschen entfernt sind. Der ärmere Europäer würde eben nicht telefonieren oder Skype nutzen, wenn er irgendwo Free-Wifi hat.

### *Populistisches Holzhacken*

Die Entfremdung zwischen „denen da oben“ und „den einfachen Bürgern“ könnte derzeit nicht größer sein. In diese Lücke, in der es an Vertrauen und Zuversicht – und auch Glaubwürdigkeit vieler Politiker mangelt – hacken Trump, Farage, Wilders, Le Pen und Orban ihr populistisches Holz. Der Stamm, den sie spalten, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt, das Gefühl, dass Demokratie die Herrschaft des Volkes als Ganzes ist. Sie meinen, es reicht, wenn eine Demokratie sich nur um die eigene Nation kümmert. Sie suggerieren, wer aus „unserem Holz“ geschnitzt ist, für den wird gesorgt. Alle anderen sind Räuber unseres Lebensstandards.

Es sind – auch das ein Paradox dieser Zeit – nicht die Underdogs, die zu Macht kommen,

die idealistischen Revolutionäre oder Reformpolitiker, es sind die erfolgreichsten Vertreter genau jenes Establishments, das von den Menschen inzwischen nicht mehr als Autorität anerkannt wird: Donald Trump ist einer der ein Prozent, der stets gegen die 99 Prozent stand. Nigel Farage, einer der verpönten EU-Bürokraten, die noch nie einen Finger gekrümmt haben sollen, Marine Le Pen, per Geburt schon Teil der politischen Elite. Sie schaffen es, weil sie die Schwächen der aktuellen Eliten gekonnt mit ihren Pfeilen treffen: Die Arroganz der derzeitigen neoliberalen Eliten führt dazu, dass die Menschen sich nicht mehr als Teil dieser Demokratie verstehen.

Sie leben in einer Post-Demokratie, meinen sie, in der Eliten nach Interessen der jeweils Mächtigen die Demokratie gleichzeitig umschiffen und instrumentalisieren. Dieses Demokratiedefizit machen sich die Rechten zunutze. Sie tragen die Demokratie vor sich her, weil das derzeitige Europa diese Angriffspunkte bietet. Das Bittere daran: Diese Bewegung, die im Gewand der Demokratie daherkommt, ist ein trojanisches Pferd und in ihm verbergen sich antidemokratische Werte. Insofern könnte Trumps Wahlsieg Europa doch noch zugutekommen: Einen wie den, den wollen wir hier nicht, denken viele. Auch die Niederlande haben von dieser

„Viele meinen, Sie könnten Probleme mit Exitstrategien lösen: Brexit, Grexit, Frexit. Die Österreicher fordern sogar den Exit des breit akzeptierten Rauchverbots in öffentlichen Restaurants. Das absurde Signal ist eindeutig: Mit Rückwärtsgang in die alten Zeiten, die angeblich besser waren.“

Stimmung profitiert und ein Wahlergebnis zustande gebracht, das Europa stärken könnte. Gleichzeitig ist in Österreich die eine rechte Regierung entstanden, die auch für Europa einen Wandel mit sich bringen könnte.

Ein Wandel, der nicht Fortschritt sein wird, selbst wenn er vorgibt, es zu sein. Umso wichtiger wird es sein, Menschen im öffentlichen Diskurs zu finden, die sich mit derselben Leidenschaft für liberale Werte einsetzen. Es gibt viel zu tun. Der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, ging mit seinen Haltungen selbstbewusst an die Öffentlichkeit – und gewann. Ein Selbstbewusstsein, dass zu seiner ethnischen und sozialen Herkunft steht, das jedoch auch dafür steht, dass Demokratie jene Gesellschaftsform ist, in der potentiell jeder Bürger, wenn er geeignet und gewählt ist, ganz vorne in diesem Land mitspielen kann. „Ich bin Sadiq Khan, Sohn eines pakistanischen Busfahrers und Bürgermeister von London“ – das war sein erster Tweet. Sozialer Aufstieg, Erfolg, gleich welcher Herkunft, in einer diversen Stadtgesellschaft. Es sind solche Repräsentanten, die den einfachen Bürgerinnen und Bürgern die Eliten ihres Landes näherbringen könnten.

Denn derzeit könnten sie kaum weiter voneinander entfernt sein. Die „New York Times“ erlebte die größte Ohrfeige seit ihrer Gründung, als sie verkünden musste, dass der Mann, dem sie nicht einmal zwanzig Prozent Chancen auf das Weiße Haus errechnet hatten, nun der nächste Präsident ist. „Der Tag an dem die Umfragen starben“ titelten sie selbst, als müsste er eine andere Disziplin geopfert werden als der Journalismus. Es ist die Aufgabe der Journalisten, auch die Geschichten hinter Zahlen zu suchen, um Stimmungen zu portraituren. Weshalb wurden sie nicht gefunden?

Auch beim Brexit zeigten die Umfragen keine klare Tendenz für das Ergebnis, das die Menschen am nächsten Morgen einholte. Und

das in der Zeit, in der gerade die Medien – zu Recht – beteuern, dass faktenbasierter Journalismus eine Säule der Demokratie ist. Doch wenn Umfragen so falsch liegen können, wie glaubwürdig sind dann die Fakten, die der Journalismus präsentieren kann? Braucht es nur die Studie oder braucht es die direkte Berührung mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit ihren Lebensgeschichten? Braucht es die Einzelschicksale, um die Lage eines Landes verstehbarer zu machen?

Fakten sind nur die Abstraktion einzelner Geschichten, sie blenden so vieles aus wie sie an Erkenntnis verdeutlichen. Erst durch das Ineinandergreifen der Formen des Verstehens und Erkennens entsteht ein Bild, das sich womöglich der Realität annähert. Die Wissenschaft, der Journalismus, Kommentare und Studien – all dem wird misstraut, weil es simplifiziert, zu viel behauptet, zu selbstgewiss daherkommt: Einerseits wird das Lied vom Kontinent des Wohlstands gesungen und gleichzeitig stirbt der Wohlstand in der Provinz aus, die alten Menschen verlieren ihre Ärzte um die Ecke, ihre Läden.

Sie verlieren auch die nächste Generation, die sich nur noch in die Städte oder gar in andere Länder aufmachen kann, um zu überleben. Viele ziehen an die Ränder der Städte, denn die Zentren sind für die meisten nicht mehr bezahlbar – in den Zentren thronen nachts die leeren Bürotürme und belegen die entmenschlichte Stadt. Ich sprach einmal mit einem jungen britischen Nachwuchsjournalisten, dessen engagierte Artikel in den besten Zeitungen des Landes erscheinen. Auch er wohnte inzwischen über eine Stunde außerhalb der Stadt. Und während er in seinen Texten für Menschenrechte kämpfte, sagte er eines Nachts, in einer vielleicht angstvollen Stunde: „Ich habe Angst, arm zu sterben.“ Wenn selbst viele der jungen, sehr gut Ausgebildeten und Talen-

tierten ohne feste Verträge arbeiten, ohne Sicherheit – wie geht es dann den ungelerten Kräften?

### *Abgehängte Jugend des Südens*

In manchen Teilen Europas ist die Lage für junge Menschen so, dass sie unter Selbstverwirklichung schon eine eigene Wohnung verstehen würden. Ein Leben, in dem sie nicht von den Eltern abhängig sind. Ein Kontinent, der die Brüderlichkeit braucht, kann nicht akzeptieren, wenn in manchen Teilen jeder zweite junge Mensch keine Perspektive hat. Man spricht nur vom Europa der zwei Geschwindigkeiten. In einer Zeit, in der es Zusammenhalt braucht, wird nach Wegen der Teilung gesucht. Es gibt dieses Europa bereits. Wer sich die Mindestlohntabelle der Europäischen Union ansieht, der sieht ein Europa der zwei Wertigkeiten. Wir ärgern uns hierzulande über einen Gender-Gap von 21 Prozent – zu Recht! Doch wer sich den Wert der Arbeit in Europa ansieht, wird sich hier die Gerechtigkeitsfrage stellen: In Luxemburg erhalten die Menschen 11,75 Euro Mindestlohn. In den Niederlanden 9,25. In Deutschland 8,84. Großbritannien 8,79. Der Bruch setzt bei Slowenien ein: 4,65. Spanien: 4,29 Euro. In Griechenland 3,35. Kroatien 2,5 Euro die Stunde. In Viktor Orbans Ungarn erhält ein Arbeiter 2,35 Euro Mindestlohn. In Bulgarien sind es 1,42 Euro.

Über Orbans flüchtlingsfeindliche Politik sagen manche EU-Politiker, die EU sei keine Einbahnstraße. Man könne nicht nur Hilfsfonds beanspruchen, aber keine Gegenleistungen verlangen. Die Menschen, die den kapitalistischen Traum auf Schuldenbasis mitträumen und wachsen lassen, verdienen am Tag keine 20 Euro. Von Griechenland wird jetzt gefordert, gemäß dem Dublin-

Abkommen, Flüchtlinge, die Griechenland zuerst betreten haben, wieder zu sich zu nehmen. Das verschuldete Griechenland mit seinem Mindestlohn unter fünf Euro?

Deutschland ließ Italien allein, als die Flüchtlinge in Lampedusa strandeten. Deutschland wurde letztes Jahr alleingelassen, als die Flüchtlinge zu uns kamen. Es muss endlich ein Ende haben, dass die Europäische Gemeinschaft eine Aneinanderreihung von Geschichten des Alleingelassenwerdens ist. Es braucht ein gesamteuropäisches Denken, ein gesamteuropäisches Handeln. Es kann nicht sein, dass in diesem Klein Klein untereinander das große Europa scheitert. Ein Europa, das als Gegengewicht zu Trump gebraucht wird – wer hätte das je gedacht, dass Europa eines Tages dem großen Bruder, der uns Demokratie beibrachte, den Weg weisen könnte? Um dies zu tun, braucht es Europa. Und nicht kleine Einzelstaaten, die dann ins Oval Office einberufen werden und nicht mehr so entspannt lächeln können, wenn Trump ihnen den Handschlag verweigert.

Die westlichen Eliten, die dieses Europa nun verteidigt sehen wollen, die können es sich nicht gemütlich machen in selbstgefälligen Populisten-Beschimpfungen, sie müssen – nachdem sie die Spalter kritisiert haben – in den Spiegel blicken und die eigene Politik der letzten Jahrzehnte in Frage stellen. Es ist

„Die modernen autoritären Herrscher sehen sich als Herrscher der Erde. Sie wollen sie melken und ausbeuten und wenn es dann knapp wird, wenn Menschen ihrer Heimat beraubt werden, dann wollen sie an den Grenzen stehen und schreien: America First!“

ihr Gesicht, das der wütende einfache Mann meint.

Viele Briten haben es ihrer Regierung nicht verziehen, dass sie ohne Beweise in den Irak marschiert sind. Sie denken, der Terror, der sie jetzt heimsucht, sei ein Ergebnis solcher Einsätze. Und statt diesem Misstrauen mehr Transparenz entgegenzusetzen, trifft sich die politische Elite in München und geht davon aus, dass Europa allein mit Sicherheitspolitik das Vertrauen seiner Europäerinnen und Europäer wiedergewinnen wird. Das wird es nicht. Solange die mangelnde Transparenz solcher Einsätze wie im Irak die Menschen verunsichert und die globalen Krisen vielleicht mitbefördert. 2011 bombardierte die Nato Libyen, nur um dann ein Machtvakuum zu hinterlassen, das eine Dynamik entwickelte, die den „Islamischen Staat“ beförderte.

Die globalen Krisen sind ohne eine sinnvolle und nachhaltige Umweltpolitik nicht zu lösen. Mit Mister Trump hat Mutter Erde einen neuen Gegner bekommen. Er stellt den Klimawandel infrage, er will Verträge nicht ratifizieren, die ohnehin unter dem liegen, was diese Erde braucht. Es gibt dieses alte Plakat von Klaus Staack, darauf ist die Erde im Weltall zu sehen und darunter steht: Die Mietsache ist schonend zu behandeln und in gutem Zustand zurückzugeben. Die modernen autoritären Herrscher sehen sich als Herrscher der Erde. Sie wollen sie melken und ausbeuten und wenn es dann knapp wird, wenn Menschen ihrer Heimat beraubt werden, dann wollen sie an den Grenzen stehen und schreien: America First! Umweltpolitik, das ist existenzielle Politik für Europa, weil sie uns von der ungerechten Verteilung reden lässt, von Ausbeutung, von der Verwundbarkeit unsres Kontinents und der Menschen, die einen verschmutzten Kontinent bewohnen müssen. Das derzeitige Misstrauen gegen die Eliten, gegen die Regierungen, gegen die Institutionen,

## Europäische Angst

die auch Europa sind, muss glaubwürdig bekämpft werden. Europa kann nicht als Bankrotterin in den Köpfen bleiben, während griechische Rentner vor leeren Bankomaten Schlange stehen. Es kann nicht sein, dass die Pole der öffentlichen Debatten die zwischen einem kosmopolitischen Finanzkapitalismus und ethnozentrischer Rückwärtsgeandtheit sind. Wenn wir diesen Weg weitergehen, steuern wir auf eine Krise der Autorität zu, etablieren ein Misstrauen gegen jene, die führen können – jedoch nur mit Mandat, mit dem Vertrauensvotum, das die repräsentative Demokratie bietet. Die Revolte gegen die politische Klasse trifft die Demokratie am stärksten, obwohl sie sich als demokratische Bewegung geriert. Wir brauchen die Autorität der politischen Eliten, um die Werte, auf denen Europa fußt, zu verteidigen. Es darf nicht sein, dass die Menschen sich gerade von ihnen verraten fühlen. Der einfache Bürger muss wieder Maß und Mittelpunkt der Politik werden. Wir tun das nicht nur den Einzelnen zuliebe. Wir tun das der Gemeinschaft zuliebe.

Denn das Gemeinsame soll derzeit zersetzt werden. Populisten stärken die Ränder und fördern Extreme. Selten war das Mittelmaß so interessant wie heute, wo es zu verschwinden droht. Mäßigung, auch das. Als ich einmal in Mostar eine Moschee besuchte, erzählte mir der Mann am Eingang die Geschichte eines Muezzins. Der habe die Menschen in diesem kleinen Mostar regelmäßig zum Gebet gerufen. Seine Stimme war so schön, so stark, dass man sie noch in die letzten Ecken hörte. Eines Tages, da wurde er beim Rufen von einem Blitz getroffen und starb. Er fragte mich, was ich aus dieser Geschichte lerne. Ich sagte: „Na, dass ich besser nicht nach da oben gehe und schreie.“ Er lachte: „Nein, geh nach oben, aber halte Maß.“

Das Maßhalten fällt uns schwer heutzutage. Auch in der Verteidigung der

Dinge, die wir lieben, sollten wir noch anderen Tonarten Raum lassen. Derzeit will jeder die absolute Deutungshoheit. Man muss sich nur einmal in den sozialen Netzwerken umsehen, die derzeit die wichtigste Plattform für die Selbstorganisation der neuen, anti-demokratischen Rechten sind. Was wurde uns das Internet anfangs nicht als das große freie Tor zur Welt gepriesen! Und was ist es geworden? Das Tor in enthemmte, kleine Köpfe. In ungehobelte Sprache und unzählbare Wut. Man möchte jetzt nicht mit dem Blitz kommen, aber mit dem Maßhalten, zurückzufinden in einen Dialog, der das Andere stehen lassen kann.

Und trotzdem für die eigenen Werte kämpfen. Churchill sprach von den Vereinigten Staaten von Europa. Europa ist der Kontinent, dessen Städte nach 1945 aussahen wie heute die Straßen von Aleppo. Die Menschen in Europa begannen bei Null. Es gab keine Hoffnung mehr auf Kunst und Philosophie – nicht einmal die geringste Hoffnung gab es in den Menschen an sich und dass durch irgendeine Form der Bildung auch nur irgendetwas Menschliches aus ihnen werden könne. Der Mensch lernt, um mit dem Gelernten schließlich zu vernichten, das war die Bilanz der Bildung des Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Adorno stand da und rief das Ende aus, Hannah Arendt sah keine Menschenrechte, obwohl doch allerorts von Menschenrechten gesprochen wurde.

Winston Churchill, ein Politiker, kein Dichter, hielt am 19. September 1946 in Zürich eine Rede, in der er ein vereinigtes Europa als einzigen Weg sah, für diesen Kontinent wieder Zukunft zu schaffen. Es müssten Länder vorangehen, die bekannten großen Länder, sagte er. Er sprach von den Vereinigten Staaten von Europa. Eines dieser Länder, die vorangehen sollten, ist inzwischen aus dem Vereinigten Europa ausgetreten. Der

Süden Europas kämpft. Und wir im Norden reden über den Doppelpass von ein paar hunderttausend Jugendlichen als großes Wahlkampfthema. Aber dem Wähler scheint der Pass dieser wenigen jungen Menschen wichtiger zu sein als die Einheit eines Kontinents. Obwohl, es ist nicht einmal der Wähler, es sind die Politiker, die ihre Wähler unterschätzen, weil sie die Hasstiraden im Internet plötzlich für die Stimme ihres Volkes halten. Österreich, die Niederlande, ein Macron, der in Berlin jüngst sagte: „Ich liebe Europa!“, was die deutschen Medien irritierte: Da will ein Politiker vom Lieben reden? Doch all das macht auch Hoffnung, dass mit Trump'schen Wahlstrategien in Europa nicht automatisch Wahlen gewonnen werden können. Die Niederlande zeigen auch, dass es Antworten auf soziale Probleme braucht. Es ist Zeit für die Politiker, die Intellektuellen, die Europäer und „Citoyens“, wieder selbst voranzugehen, Themen zu setzen, Menschen zu erreichen. Es geht nicht nur darum, Populisten und deren Reden zu entlarven, sondern auch selbst Ziele für das Europa zu entwickeln,

„Es kann nicht sein, dass die Pole der öffentlichen Debatten die zwischen einem kosmopolitischen Finanzkapitalismus und ethnozentrischer Rückwärtsgewandtheit sind. Wenn wir diesen Weg weitergehen, steuern wir auf eine Krise der Autorität zu, etablieren ein Misstrauen gegen jene, die führen können – jedoch nur mit Mandat, mit dem Vertrauensvotum, das die repräsentative Demokratie bietet.“

die man ihnen entgegenhalten kann. Man muss raus aus dem Verteidigungsmodus und den Bürgerinnen Angebote machen. Europa ist noch lange nicht fertig. Wenn wir es schaffen, dann steht dieses Europa historisch gesehen erst am Anfang. Jeder kann an diesem Anfang mitwirken. Daher möchte ich zum Abschluss noch ein paar Sätze dazu sagen, wie meine Liebe zu Europa geartet ist. Ich werde mir dieses freie Europa nicht nehmen lassen. Ich werde nicht einfach dabei zusehen, wie sich schlechte Nachrichten und Verletzungen, die Freiheit mit sich bringen kann, über diesen Kontinent und wie aschfarbener Mehltau über mein Leben legen. Ich werde mir Europa nicht dunkel reden lassen von Menschen, die es mit ihrer nationalen Engstirnigkeit zurück in genau jene Dunkelheit bringen könnten, aus der mein Europa in Richtung Freiheit gewachsen ist. Mein Europa wurde aus den schwächsten Schwächen der Menschheit ins Leben gerufen. Ich bin geboren in einer Zeit, da war das Schlimmste schon geschehen. Es war seither überall zugegen, es ist in mich übergegangen, das Wissen darum, wie sehr alle Menschen, die an meinem Leben beteiligt sind, von der Geschichte dieses Kontinents betroffen waren. Vom Grauen. Und vom Wiederaufbau. Es gibt keinen Deutschen, Italiener, Franzosen, Polen, Österreicher oder Griechen ohne europäische Geschichte.

Selbst die alten Menschen im Steinhaus im Hinterland der südlichsten Zipfel Europas können an ihrer Familie entlang Europas Geschichte erzählen. Aus den Schmerzen ist ein Wissen erwachsen, ohne dass dieses neue Europa, mein Europa, nie geworden wäre, was es ist. Meine Generation wird sich nicht einreden lassen, dass alles, was wir aus den Fehlern unserer Vorfahren gelernt haben, Naivität ist. Ich würde den Ältesten manch-

## Europäische Angst

mal gerne versprechen, dass ihre Nachfahren nie so dumm sein werden, das Hinterlassene zu verraten, statt es in Ehren zu halten und zu erinnern. Und wir können an einer Zukunft bauen, die an das Gemeinsame glaubt. An Freiheit. An Solidarität. Letztlich ist es der ewige Kampf um Frieden.

Ja, dieses Europa hat seit dem Fall der Mauer vieles versäumt. Statt zusammenzuwachsen, hat es zwischen Nord und Süd eine neue Mauer errichtet. Es hat die Kluft zwischen den europäischen Bürgern und ihren politischen Vertretern nicht geschlossen. Es gibt kaum jemanden, der zu Europas Institutionen Vertrauen hätte. Selbst Pro-Europäer sind enttäuscht. Keine Partei, die in nationalen Kategorien denkt, würde es wagen, mit bürokratischen Normmaßen für Glühbirnen oder Bananen in den Wahlkampf zu ziehen.

Die europäische Politik hat sich leider vor allem mit solchen Programmen bekannt gemacht. Überhaupt Wahlen: Die Beteiligung bei den EU-Wahlen sinkt. Und was Solidarität angeht, ist Europa Jahr um Jahr ein Stück mehr gescheitert. Zuerst Lampedusa, dann Athen: Hätten die anderen europäischen Länder damals schon Italien und Griechenland bei den Menschen auf der Flucht geholfen, dann wären wir jetzt um einiges besser gewappnet gewesen. Aus diesem Scheitern beziehen nun die Gegner Europas ihren Kraftstoff. Die Enttäuschungen, all die verunsicherten Hoffnungen der Menschen, sollen nun gegen Europa gewendet werden. Wenn ein Terrorist es schafft, über drei Grenzen zu reisen, ohne festgenommen zu werden, dann stellt man sofort Schengen und die offenen Grenzen infrage. Wenn Terroristen europäische Städte als Ziel wählen, weil hier das Leben gelebt wird, das sie vernichten wollen, dann stellen viele Europa infrage. Dabei sollte es sie darin bestärken, im Fanatischen keine Antwort zu sehen. Es braucht eine Bastion der Werte,

keine Festung gegen Menschen. Europa scheitert nicht nur. Immerhin konnte es einen Terroristen stoppen, bevor ihm weitere Menschen zum Opfer fielen. Und es hätte mehr und nicht weniger zusammenarbeiten müssen, um zu verhindern, was uns in Berlin unsere Verwundbarkeit vor Augen geführt hat. Der Terror entsteht nicht wegen, sondern trotz Europa. Die Illusion, Nationalstaaten seien wehrhafter, ist ein frommer Wunsch der Nationalisten. Dieses Europa braucht im Gegenteil gemeinsame Antworten in einer Zeit, in der jedes Land für sich nur ein Spielball im Gefüge der geopolitischen Machtspiele ist. Europa kann nur eine Bastion der Werte sein, keine Festung gegen Menschen. Sich dem Terror entgegenzustellen, das gelingt nicht durch Aufgabe der eigenen Humanität. Dieses starke, kooperierende Europa ist unter Beschuss. Nicht nur von den Dschihadisten, ob sie aus dem Inneren Europas kommen oder über die Außengrenzen. Europa wird nicht stärker nach außen, wenn es nach innen schwächer wird. Es ist die Liebe zum Eigenen, die jetzt zählt. In dem Europa, in dem ich aufgewachsen bin, schließt dies die Liebe zum Fremden mit ein.

**Jagoda Marinić** ist eine kroatisch-deutsche Schriftstellerin, Kulturmanagerin und Journalistin. Sie debütierte 2001 mit der Geschichtensammlung „Eigentlich ein Heiratsantrag“ und veröffentlichte zuletzt den Roman „Restaurant Dalmatia“. 2016 erschien ihr Debatten-Band „Made in Germany. Was ist deutsch in Deutschland?“. Zudem ist sie Gründungsdirektorin des Interkulturellen Zentrums Heidelberg und hat gemeinsam mit weiteren Autoren und Aktivistinnen die Initiative „Demokratie Plus“ 2015 ins Leben gerufen. Diese kämpft gegen das wachsende Misstrauen der Bürger gegenüber den Parteien und will zum Einmischen ermutigen.

**Demos oder Populus?** Wenn Europa fortbestehen und sich erneuern will, sollte es nach den Wurzeln der eigenen Werte suchen: Die Emanzipation der Individuen in den Städten, die Gründung von Universitäten, die frühen städtischen Gemeinschaften und ihre Stadträte, die Zivilgesellschaft hervorbringen und repräsentieren – all dies führte zur Entstehung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, sozialen Rechten und Menschenrechten in Europa. *Von Vladimíra Dvořáková*



**E**s gibt viele Debatten, Überlegungen, negative und positive Urteile über Europa. Wir versuchen, europäische Identitäten zu bestimmen, die Vor- und Nachteile in den Prozessen der europäischen Integration, die Qualität europäischer Regierungsführung. Trotzdem fehlt uns eine Antwort auf die Grundsatzfrage: „Gibt es Europa überhaupt?“ Und wenn die Antwort „ja“ lautet, wirft diese eine Reihe weiterer Fragen auf. Worum geht es dabei? Wie hat es sich herausgebildet? Was sind seine konstitutiven Merkmale? Und welche Werte hat es?

Tatsächlich hat Europa sehr unklare Konturen, selbst in geografischer Hinsicht. Wenn man die Landkarte betrachtet, ist sich jeder sicher, was Afrika ist, was Amerika, was Australien. Doch was ist Europa? Wo befinden sich seine Grenzen mit Asien und warum sind sie

so, wie sie sind? Die Geografen kennen wahrscheinlich die Antwort, aber das ist kein Allgemeinwissen, nicht einmal für die meisten europäischen Bürger.

Nun, Geografie ist nicht das einzige Kriterium. Wie steht es mit Geschichte und Kultur? Ist Europa eine Einheit mit einer gemeinsamen Geschichte, Kultur und religiösen Traditionen? Sicher, der Geburtsort ist eindeutig. Die Bezeichnung Europa wurde in der Antike geboren und es herrscht Einigung darüber, dass dort die gemeinsamen Wurzeln europäischer Kultur zu finden sind. Wer waren die Eltern? Das ist schwer zu bestimmen. Die momentanen „Nationen“ – Volkszugehörige, die ihre Kultur aus antiken Zeiten ableiteten, kamen zum größten Teil erst sehr viel später auf dieses Gebiet. Einige von ihnen beteiligten sich sogar daran, die antike Zivilisation zu zerstören, einige von ihnen ließen sich in Europa nieder, als dort nur noch Ruinen übrig waren. Um ehrlich zu sein: Wenn es keine islamischen Wissenschaftler gegeben hätte, wäre der Großteil dieses antiken kulturellen Erbes verloren.

Jedenfalls deckte die klassische Antike nur einen kleinen Teil des europäischen Territoriums ab und die europäischen Eltern, vielleicht eher die Großeltern, sind in den mit dem Mittelmeerraum verbundenen Regionen zu finden. Der wahre Moment der Empfängnis des heutigen Europas ereignete sich mit der Formation der „National“-Staaten, der im Wesentlichen zwischen dem 13. bis 15.

## Europäische Angst

Jahrhundert abgeschlossen war. Dies ist der Moment, in dem die Grundlagen für den Aufbau Europas gelegt wurden.

Trotzdem war es kein einseitiger Prozess und nicht das gesamte Territorium dessen, was geografisch gesehen Europa sein soll, durchlief die gleiche Entwicklung. Im Laufe der Geschichte stoßen wir auf Perioden, in denen wichtige Teile Europas von den „Mainstreams“ europäischer Entwicklung abgeschnitten waren. Hier kann man etwa an die Expansion der Mongolen denken, die eine solche Entwicklung für beinahe zwei Jahrhunderte unterbrach und verzögerte.

### *Quelle der russischen Unsicherheit*

Zum Beispiel: Die Bildung des Nationalstaats in Russland zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert war und ist heute immer noch die Quelle der russischen Unsicherheit und des Dilemmas, ob man sich nun mit Europa, Asien oder gegen beide identifizieren und eigene Mission definieren sollte.

Die durch das Osmanische Reich besetzte balkanische Halbinsel durchlief nicht die Renaissance und den Humanismus und auch nicht die Reformation, Prozesse, die entscheidend waren für die Emanzipation von Individuen und somit ein offener Raum für Modernisierung. Und den letzten Schicksalsschlag für die europäische Integrität brachte der Eiserner Vorhang nach dem Zweiten Weltkrieg, der einen großen Teil Mittel- und Osteuropas von den Prozessen ausschloss, die mit der Bildung des Sozialstaats zu tun hatten, mit europäischer wirtschaftlicher und politischer Integration, die sich gründeten auf die Prinzipien der Säkularisierung, der Denationalisierung, des Liberalismus, der Toleranz und des Multikulturalismus. Wenn wir versuchen, das heutige Europa zu verstehen, müssen wir wissen,

dass all diese unterschiedlichen historischen, kulturellen und religiösen Entwicklungen die Gleise zurückgelassen haben, die immer noch gebraucht werden, auch wenn neue Autobahnen gebaut worden sind.

Andererseits spielt Geschichte in den meisten europäischen nationalen Identitäten eine wichtige Rolle. Die Legitimation der Nationalstaaten gründet sich auf eine „große“ und „lange“ nationale Geschichte, die Grand Siècles (goldene Zeitalter) beinhaltet, Zeiten der Dunkelheit, große Schlachten (sogar jene, die verloren wurden), großen Verrat, nationale Helden und nationale Märtyrer... Solche Narrative gründen sich auf eine nationale Identität, die sich selbst gegen die „anderen“ definiert, Feinde ausmacht und die Symbole einer solchen Geschichte (wichtige Daten, nationale Helden) werden immer noch als wichtiges Instrument genutzt für die nationalistische und populistische Anziehungskraft.

Nationale Narrative beinhalten jedoch auch die Begegnung und Interaktion mit anderen sowie die kulturelle Entwicklung. Auch dies ist eine zentrale Quelle nationaler Identität. Die nationale Haltung zur eigenen Geschichte ist wichtig für die Entwicklung von Demokratie. Je weniger nationale Geschichte und Identität positiv in der Gesellschaft verankert und akzeptiert sind, desto mehr Raum gibt es für negative populistische Anreize.

Selbstachtung in Bezug auf die nationale

„Kann europäische Identität auf eine gemeinsame historische Interaktion mit der Welt außerhalb der europäischen Grenzen gegründet werden? Teilen die Europäer eine historische Identifikation gegen die anderen?“

Geschichte (mit allen positiven und negativen Lektionen, die eine Nation dadurch gelernt hat) und Kultur sind etwas Natürliches und können „Anderssein“ akzeptieren als nationale Bereicherung; Unterlegenheitsgefühle, unsichere Identifikation wiederum verstärken Aggression und Feindseligkeit gegenüber anderen sowie Angst. In so einem Umfeld kann Populismus eher wachsen.

Kann ein historisches europäisches Narrativ geschrieben und allgemein akzeptiert werden? Wahrscheinlich nicht. Die Geschichte Europas ist vor allem die Geschichte von Kriegen zwischen Nachbarn, aus denen Gewinner und Verlierer hervorgegangen sind. Was der Sieg der einen Nation sein soll, kann als Tragödie der anderen interpretiert werden.

Kann sich europäische Identität auf eine gemeinsame historische Interaktion mit der Welt außerhalb der europäischen Grenzen gründen? Teilen die Europäer eine historische Identifikation gegen die anderen?

### *Die Verhinderung der Wiederholung „schlimmer“ Geschichte*

Und wer waren die anderen? Es ist nicht klar, wie man die koloniale Periode interpretiert. War sie ein Teil nationaler und/oder europäischer Geschichte? Entdeckten und besetzten Europäer neue Territorien und/oder war die europäische Expansion tatsächlich eine Begegnung unterschiedlicher Kulturen, der Anfang einer multikulturellen Welt und/oder war es tatsächlich das Aufzwingen europäischer Kultur, was einheimische Kultur und traditionelles Leben zerstörte? Man muss fairerweise anmerken, dass die europäische Interaktion mit anderen, weniger höflich ausgedrückt, die Expansion, die inneren Konflikte zwischen europäischen Staaten verstärkte, was zu zwei Weltkriegen führte, die auf dem eu-

ropäischen Kontinent begannen. Heute gibt es dort Einwanderung aus den Regionen und Ländern, deren Entwicklung von europäischer „Zivilisation“ beeinflusst wurde.

Es ist klar, dass europäische Identität nicht auf ein einziges Narrativ gegründet werden kann und nicht auf eine gemeinsame historische Interpretation einiger Ereignisse. Verschiedene nationale, ethnische, religiöse Gruppen, Gender-Gruppen usw. können verschiedene Fragen stellen und nach verschiedenen historischen Kontexten suchen. Die Fähigkeit, die „persönliche“ Geschichte und Erinnerung von Individuen oder sozialen Gruppen zu akzeptieren, spiegelt die Pluralität in der Gesellschaft, trägt zu Empathie bei und einem Verständnis dafür, wie die Ereignisse von der anderen Seite gesehen werden. Als Ergebnis einer solchen Herangehensweise wurde die Geschichte des Alltags entwickelt und ist heutzutage sehr populär. Sie gibt Einblicke, wie die Menschen in der Vergangenheit wirklich gelebt haben.

Die Geschichte der Leben und Schicksale vieler gewöhnlicher Europäer, die Opfer von Kriegen und totalitären Regimen waren, wird oft erforscht und in der Öffentlichkeit verbreitet, vor allem in der jüngeren Generation. Die Rekonstruktion dieser Schicksale, die oftmals auf Briefen, Tagebüchern oder kleinen persönlichen Gegenständen beruhen, ist sehr bewegend und hilft dabei, die historische Erinnerung zu prägen und zu verstehen, wie alptraumhaft die Regime waren, die unsere Zivilisation hervorgebracht hat. Das Ziel ist ziemlich klar: zu verhindern, dass sich die „schlimme“ Geschichte wiederholt. Ist dies eine ausreichende Prophylaxe?

Ich fürchte nicht. Wir haben vergessen, die Lektionen der Geschichte zu lernen: Warum passierte etwas? Wie passierte es? Was waren die Anzeichen der Krisen? Welche Wegkreuzungen gab es und was waren mögliche Lö-

## Europäische Angst

sungen? Warum versagten Gesellschaft und Politik?

Natürlich führen Wissenschaftler solche Forschungen durch, doch die Vermittlung der Ergebnisse an die Öffentlichkeit, an Medien und Politik findet kaum statt. Wen kümmert es? Das Déjà-vu-Gefühl ist unter Historikern relativ stark. Tatsächlich war der historische Kontext, die tiefgehende Analyse, wie es passierte und wie ein derartiger Konflikt in Europa künftig verhindert werden könnte, ein Grundimpuls für die europäische Integration. Sie basierte nicht nur auf Wirtschaft, sondern von Anfang an auch auf dem Verstehen der Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, sozialen Rechten und Menschenrechten.

Heutzutage ist die wertebasierte europäische Politik nahezu in Vergessenheit geraten. Stattdessen konzentriert sich der Kontinent auf technokratische Regierungsführung und Social Engineering. Wenn Europa fortbestehen und sich erneuern will, muss es damit anfangen, nach den Wurzeln der eigenen Werte zu suchen. In diesem Sinne muss das Narrativ der europäischen Geschichte formuliert werden. Die grundlegenden Werte, auf denen Europa basiert und auf denen es sich Jahrhunderte lang in vielen Konflikten entwickelt hat.

Es ist wichtig, die Helden zu ehren, die für Freiheit, Toleranz und menschliche Würde gekämpft haben und vor jenen zu warnen, die sich gegen diese Werte richten. Nichtsdestotrotz ist es am Wichtigsten, die Umstände zu verstehen sowie die Strukturen, die solch eine Agenda eröffnen. Warum entstanden Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und soziale Rechte sowie Menschenrechte in Europa? Wenn wir ein bisschen vereinfachen, können wir drei grundlegende Phänomene ausmachen, die seit dem Mittelalter wesentlich waren. Das erste Phänomen hat mit der Emanzipation der Individuen in den Städten zu tun, mit den freien Gemeinschaften, die auf einigen

Ebenen der Entscheidungsfindung eine gewisse Autonomie hatten. Die frühen Stadtgemeinschaften und ihre Stadträte ließen die Zivilgesellschaft und eine Vertretung entstehen, formten demos und polis, Prinzipien der Verantwortung und Verlässlichkeit, wurden der Ursprung lokaler Identitäten, die einige Gewissheiten brachten und gleichzeitig der Ort, an dem man anderen begegnen und diese annehmen konnte.

Das zweite Phänomen waren die Universitäten, die kritisches Denken brachten, Pluralismus, Kommunikation. Die Kommunikation der Universitäten reichte oftmals bis zu jenen, die außerhalb des akademischen Umfelds waren, zu anderen akademischen Communities, zu denen, die regierten, und auch in die Öffentlichkeit.

Die intellektuelle Mobilität von Studenten und Lehrern auf der Suche nach mehr Freiheit und neuen Herangehensweisen ermöglichte die Entwicklungen moderner Wissenschaften. Die gesellschaftliche Rolle der Universitäten war äußerst bedeutend.

Und das dritte Phänomen, das europäische Geschichte formte, war die Kultur in einem sehr breiten Sinne. Kultur ist meistens lokal angesiedelt, sie entsteht in Gemeinschaften und gleichzeitig überschreitet Kultur die Grenzen. Kultur ist pluralistisch, aber nicht exklusiv, sie reflektiert die Besonderheiten und hat gleichzeitig ein Potenzial für Integration.

Es ist nicht überraschend, aber bedeutungsvoll, dass alle diese drei Phänomene heutzutage von Populismus, von populistischen Kräften infrage gestellt werden. Was ist Populismus? Der Begriff Populismus leitet sich ab vom Wort *populus* (lateinisch für „das Volk“). Wie unterscheidet er sich von Demokratie? Der Begriff Demokratie leitet sich ab von dem Wort *demos* („Volk“ auf Griechisch). Linguistisch gesehen besteht da kein Unterschied, aber da

diese Begriffe durch Sozialwissenschaften definiert werden, ist der Unterschied wesentlich. Demos meint in der liberalen demokratischen Tradition eine pluralistische Entität, mit verschiedenen Interessen und Ideen; die Freiheit des Individuums kann nur durch ein rechtliches Rahmenwerk begrenzt werden, das gleichermaßen für alle gilt.

Die Demokratie befolgt und entwickelt die Tradition der Gemeinschaft, die offen und inklusiv ist. Populus ist exklusiv und kann durch typische Merkmale charakterisiert werden, abhängig vom historischen und kulturellen Kontext.

Es gibt einen Unterschied zwischen „wir“ (populus) und „den anderen“. Es ist offensichtlich, wer „wir“ sind und wer „die anderen“. Exklusion kann auf Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religionen basieren, aber unter „den anderen“ sind oftmals auch Politiker (abgesehen von dem populistischen politischen Anführer, der immer „wir“ ist) und Intellektuelle (sie stellen Fragen, zweifeln einfache Lösungen an). Populus, „das Volk“, ist vereint, ausgestattet mit Common Sense, Tugenden und Werten. Der populistische Anführer dient als Sprachrohr der Menschen, er/sie hört den Menschen zu und verteidigt diese natürlichen Tugenden und hohen Werte gegen andere.

Die populistische Kraft und Strategie ist nicht rational, sie arbeitet mit Emotionen. Angst, Neid, Vorurteile, aber auch Patriotismus sind immer gegenwärtig. Auch „das Volk“ wird gleichermaßen charakterisiert. Meistens gibt es in solch einem Diskurs die Verschwö-

rungstheorie, das Ziel der anderen bestehe darin, die Nation und das Selbstverständnis des Landes zu zerstören...

Die aktuelle Situation wird oft charakterisiert als post-faktisches Zeitalter und post-truth Politik. Fakten sind wichtig und post-truth Politik bedeutet falsche Politik.

Populistische Politiker nutzen die Atmosphäre der Angst in der Gesellschaft, gleichzeitig produzieren sie Angst. Andererseits ist es ein wichtiges Zeichen und Warnsignal, wenn es Angst in der Gesellschaft gibt. Angst kann produktiv sein, sie kann eine rationale Diskussion auslösen und die politische wie gesellschaftliche Verantwortung stärken im Umgang mit Prozessen, die Angst auslösen. Heutzutage beobachten wir eine extreme Polarisierung in der Gesellschaft. Diese Polarisierung wird tatsächlich gebildet von populistischen Kräften und leider akzeptierten liberalen Demokraten in einem gewissen Sinne die Logik von „wir“ und „die anderen“. Es besteht keine Notwendigkeit, einen Dialog zu führen mit populistischen Anführern, die tatsächlich vor allem pragmatisch sind. Sie wollen keine guten Lösungen für Probleme, denn es würde ihre Unterstützung verringern. Es besteht aber die Notwendigkeit eines Dialogs mit der Öffentlichkeit, um eine Atmosphäre der offenen Diskussion und des offenen Ausdrucks von Sorgen zu schaffen und gleichzeitig den Hass zu bestrafen. Die Verantwortung liegt bei den Politikern, die keine alternativen rationalen Vorschläge eingebracht haben oder nicht aktiv geworden sind, um sich den Problemen, die Angst erzeugen, zu stellen. In vielen Ländern der EU ist das Vertrauen in die Politik und in die Politiker sehr gering. Die liberalen Prinzipien und Werte sind unter Druck, inklusive der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und sozialen Rechte, ja sogar die Demokratie steht auf dem Spiel.

Europa muss die Strukturen, die Europa

„Der populistische Anführer dient als Sprachrohr der Menschen, er/sie hört den Menschen zu und verteidigt diese natürlichen Tugenden und hohen Werte gegen andere.“

selbst hervorgebracht hat, schützen und weiterentwickeln: Gemeinschaften, Zivilgesellschaft, ein öffentlicher Raum, die offen für den Dialog sind; eine Kultur, die Grenzen überschreitet und Inspiration bringt. Und es braucht das kritische Denken mit gesellschaftlicher Verantwortung der Universitäten. Wir müssen uns nicht vor lokalen, regionalen, ethnischen, nationalen oder religiösen Identitäten fürchten, wenn diese nicht versuchen, die anderen zu zerstören. Die Europäer müssen sich nicht vor verschiedenen nationalen historischen Narrativen fürchten, wenn sie in der Lage sind, einen Konsens darüber zu finden, was die grundlegenden europäischen Werte sind und welche Strukturen und Prozesse ihre Herausbildung ermöglichen. Und wir müssen verstehen, warum und wie Europa bei der Verteidigung dieser Werte mehrfach tragisch gescheitert ist. Auf diese Fakten und diese Wahrheit kommt es an.

**Vladimíra Dvořáková** ist Leiterin des Fachbereichs Politikwissenschaft an der Wirtschaftsuniversität in Prag. Sie ist die Gründerin und Chefredakteurin der Zeitschrift „Politologická revue“ und diente zwischen 2003 und 2006 als Vizepräsidentin der International Political Science Association (IPSA). Sie ist Autorin und Ko-Autorin einer Reihe von Monografien und wissenschaftlichen Arbeiten, die in Tschechien und im Ausland veröffentlicht wurden. 2009 erhielt sie den Pelikán Preis (verliehen von der Redaktion der Zeitschrift „Listy“) aufgrund ihrer Bemühungen um die politische Kultur und den Dialog sowie 2012 den František Kriegel Preis für Zivilcourage (Stiftung Charta 77). Aktuell konzentriert sich ihre Arbeit auf das Thema Korruption. Sie ist Mitglied der Otakar Motejl Stiftung, die zivile Initiativen zur Kontrolle der Regierung unterstützt und auf deren Fehler aufmerksam macht. Diese beteiligt auch Bürger an Prozessen der Entscheidungsfindung, um zusammen mit der Regierung an einem gerechteren Umfeld in der Tschechischen Republik zu arbeiten.





Europa im Jahr 2032 Viele Europäer assoziieren die Europäische Union eher mit Agrarsubventionen als mit der Aufklärung. Dass die breite Bevölkerung dem europäischen Projekt passiv bis ablehnend gegenübersteht, war nie anders. Aber ist es nicht wunderbar, dass man sich auf dem Kontinent, der Auschwitz hervorgebracht hat, heute über Agrarsubventionen streitet? Mehr davon bitte!

*Von Navid Kermani*



Wer Mut schöpfen möchte für die Zukunft Europas, sollte zurückschauen: Vor 30 Jahren war Schengen eine Kleinstadt in Luxemburg und der Euro nicht einmal ein Fremdwort. Vor 50 Jahren gab es in Europa Gegenden, in denen sich ein Deutscher besser nicht allein bewegte, und Diktaturen im Süden, deren Kultur als unvereinbar mit den europäischen Werten galt. Vor 75 Jahren galt Deutschland als unvereinbar mit dem Westen und steuerte Europa auf den Zusammenstoß seiner Zivilisationen zu, der 25 Millionen Menschen das Leben kostete.

Vor 100 Jahren wurde verlacht, wer von einem Vereinten Europa auch nur träumte. So beschwingt von der Geschichte, träumen wir uns in die andere Richtung. Europa im Jahr 2032, das 75. Jubiläum der Römischen

Verträge: Die erste schwarzhäuptige Außenministerin Frankreichs stellt fest, dass der Sudan nun wirklich nicht zu Europa gehöre. Und die Maghreb-Staaten müssten auch erst einmal die Kiewer Kriterien erfüllen, bevor sie aufgenommen würden in die EU. Bundespräsident Cem Özdemir, gewählt mit den Stimmen der einstigen Jamaika-Koalition, mahnt die neue Bundesregierung, die Zusagen mitzutragen, die die EU dem Iran gemacht hat im Falle seiner umfassenden Demokratisierung. Der EU-Gipfel in Tel Aviv droht zu platzen, weil palästinensische Olivenbauern mit Barrikaden gegen Kürzungen der Agrarsubventionen protestieren. Überall auf dem Kontinent sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch, die vor Überfremdung und dem Ausverkauf nationaler Interessen warnen. Der Übersetzerdienst in Brüssel kollabiert. Europa ist in der Krise. Wie immer schon.

Schon gut, schon gut, das ist nicht realistisch, jedenfalls nicht, wenn man die Gegenwart vor Augen hat. Die rechtspopulistischen Parteien sind bereits jetzt auf dem Vormarsch, und bei dem Wort Jamaika wird man im Jahr 2032 wohl weniger an eine untergegangene Koalitionsregierung in Deutschland denken als an eine untergehende Insel in der Karibik. Die Gegenden, in denen sich Fremde besser nicht allein bewegen, gibt es noch immer oder schon wieder, nur dass als fremd nicht mehr die Bewohner des Nachbarlandes, sondern

des Nachbarkontinents gelten. Die europäische Einigung besteht aktuell darin, dass eine riesige Datenbank gegründet wird, die europaweit Fingerabdrücke speichert. Ansonsten assoziiert man die Europäischen Union eher mit Agrarsubventionen als mit der Aufklärung.

Dass die breite Bevölkerung dem europäischen Projekt passiv bis ablehnend gegenübersteht, war nie anders. Doch stachen in allen früheren Generationen Schriftsteller hervor wie Heinrich Heine oder Thomas Mann, Politiker wie Arnold Ruge oder Konrad Adenauer, für die Europa mehr war als die Butterbrotlosenverordnung, nämlich eine existenzielle Notwendigkeit: der Modus eines Zusammenlebens, durch den die Unterschiede der Ethnien, Sprachen, Religionen und Nationen nicht aufgehoben, aber politisch entschärft und vielleicht sogar als Reichtum anerkannt werden.

Sucht man heute unter Deutschlands Intellektuellen nach Verfechtern der europäischen Idee, fällt einem, äh, Habermas ein ... und Habermas .... und Habermas.

Die Deutschen sind so selbstverständlich Europäer geworden, dass sie es gar nicht mehr merken. Je länger (West-)Europa in Frieden lebt, desto mehr verschwindet das Bewusstsein, wie großartig, wie erfolgreich das Projekt der Einigung eigentlich ist. Was einmal revolutionär und im buchstäblichen Sinne

„Europa ist der Modus eines Zusammenlebens, durch den die Unterschiede der Ethnien, Sprachen, Religionen und Nationen nicht aufgehoben, aber politisch entschärft und vielleicht sogar als Reichtum anerkannt werden.“

grenzsparend war, hat heute den Nimbus von Sonntagsredneri oder, schlimmer, Gutmenschengeschwätz. Und es stimmt ja auch, Agrarsubventionen klingen nicht sexy. Aber: Ist es nicht wunderbar, dass man sich auf dem Kontinent, der Auschwitz hervorgebracht hat, heute über Agrarsubventionen streitet? Mehr davon, bitte: Macht Schwerter zu Agrarsubventionen, auch auf dem Balkan, in Osteuropa, im Nahen Osten. Bitte streitet über Agrarsubventionen und verschwendet ein Heidengeld an Übersetzer.

Zurück ins Jahr 2032: Auch ganz andere Szenarien sind denkbar. Nehmen wir nur noch einmal den greisen Cem Özdemir als Bundespräsidenten. Zugegeben, eine Utopie sieht anders aus. Genauso wenig garantiert eine schwarze Außenministerin eine bessere Politik, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten lehrt.

### *Das bessere Amerika*

Andererseits wäre es nicht das Schlechteste, wenn Europa sich vornähme, das bessere Amerika zu werden, so wie die Vereinigten Staaten vor 50 oder 75 Jahren das bessere Europa waren. Dass es auf diesem Kontinent immer noch unvorstellbar erscheint, Repräsentanten des Staates mit Namen anzusprechen, die nicht europäisch klingen, ist ein Problem für Menschen mit fremden Namen, in Deutschland immerhin ein Fünftel der Gesellschaft. Aber wenn es in Europa bis zum Jahr 2032 immer noch nicht alltäglich geworden ist, ist es ein Problem für Europa. Denn es würde bedeuten, dass 100 oder 200 Millionen Menschen, deren Familien in der dritten, vierten, fünften Generation in Europa leben, noch immer nicht das Gefühl haben werden, akzeptiert zu sein. Gegen die sozialen Konflikte, die daraus erwachsen, wären die

## Europäische Angst

Prügeleien von Jugendgangs in Berlin-Neukölln und sogar die Krawalle in den Pariser Vororten ein folkloristischer Tanz. Das Modell einer solchen Zukunft wäre eher die Vergangenheit Amerikas.

Nehmen wir den Sudan: Keine Sorge, der Verfasser plädiert nicht für die Aufnahme halb Afrikas in die Europäische Union. Aber der europäischen Idee im emphatischen Sinne, der Idee einer säkularen, transnationalen, multireligiösen und multiethnischen Willensgemeinschaft, wie sie aus der Aufklärung und der französischen Revolution erwuchs, ist die Universalität wesenseigen.

Sie lässt sich nicht relativieren und kennt keine festgefügt geographischen Grenzen. Sie kann nicht einfach in Gibraltar oder in Irland, an den Grenzen Polens oder Bulgariens aufhören. Nicht umsonst macht es Immanuel Kant nicht unter dem ewigen Frieden, einer Weltföderation republikanisch verfasster Länder. Natürlich ist das eine Utopie, und keiner wusste das besser als Kant, dieser nüchternste unter allen europäischen Philosophen. Aber in dem Augenblick, in dem Europa aufhört, diese Utopie vor Augen zu haben, sich auf diese Utopie hinzubewegen, hört es als Idee auf zu existieren. Die Türkei erfüllt die Kopenhagener Kriterien nicht, die – zu Recht – zur Bedingung gemacht worden sind für eine Aufnahme in die Europäische Union? Richtig. Also sollte Europa alles dafür tun, damit die Türkei sich im Sinne dieser Kriterien verändert – und stolz sein, sollte die Türkei eines Tages europäisch geworden sein.

Die Perspektive, zu Europa zu gehören, war für die Gesellschaften im Süden und Osten des Kontinents ein wesentlicher Antrieb, die Diktaturen abzuschütteln und radikale Reformen durchzusetzen. Gewiss haben die daraus resultierende Erweiterung auf inzwischen 27 Mitgliedsstaaten die Europäische Union jedes Mal neu überfordert. Nur stelle

man sich die Alternative vor, wenn die Europäer es sich in ihren Grenzen bequem gemacht hätten. Man stellte sich vor, die EU würde den Betrieb als Reformmotor nicht nur drosseln (was wegen Überhitzung gelegentlich sinnvoll sein mag), sondern ein für alle Mal einstellen: Die Entwicklung, die daraufhin in Osteuropa oder in der Türkei einträte, wäre für die alten Europäer erst recht nicht bequem. Sie wäre dramatisch.

Der Sudan wird auch im Jahr 2032 nicht an die Tür der Europäischen Union klopfen. Aber wenn man sich die Geschwindigkeit vor Augen hält, in der Europa in den letzten Jahrzehnten zusammengewachsen ist, kann man kaum weit genug denken, um sich Europas Zukunft vorzustellen – wenn nicht bis zum Sudan, vielleicht sogar bis Tel Aviv und den Protesten der palästinensischen Ölbauern. Seien wir nicht unrealistischer als Immanuel Kant. Die Sache mit dem Weltfrieden heben wir uns allerdings besser auf für das übernächste Jubiläum.

**Navid Kermani** ist Schriftsteller und Orientalist und lebt in Köln. Zuletzt ist im Beck Verlag sein Buch „Entlang der Gräben. Eine Reise durch das östliche Europa bis nach Isfahan“ erschienen. Dieser Text geht auf einen Beitrag Navid Kermanis für die Wochenzeitung „Die Zeit“ zurück, den er anlässlich des 50. Jubiläums der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) verfasste.

Eine Antwort auf den Populismus Wie kann der Kultursektor auf die wachsende Unterstützung für populistische, euroskeptische und radikale Parteien in Europa antworten? Nach Meinung der Autorin muss eine solche Reaktion die Art der Netzwerke berücksichtigen, in denen sich nach innen orientierte Kräfte organisieren. Deshalb sollten auch Kulturakteure koordiniert vorgehen. *Von Mafalda Dâmaso*



Europa ist zunehmend gespalten. Auf dem Kontinent werden wir Zeuge einer wachsenden politischen Radikalisierung: In einigen Ländern müssen sich Wähler zwischen Euroskeptikern und Unterstützern eines freien Welthandels entscheiden – wie es bei den Präsidentschaftswahlen 2017 in Frankreich der Fall war. In anderen Ländern verlieren Parteien und Politiker des Zentrums zugunsten radikaler Ideen ihren öffentlichen Rückhalt. Gleichzeitig boomt die populistische Rhetorik in der westlichen Welt. Jenseits des Atlantiks wird Kritik an der Politik von Präsident Trump regelmäßig entweder als Fake News oder als Widerspiegelung angeblich privilegierter Werte einer globalen liberalen Elite lächerlich gemacht – ein Trend, der sich auf den europäischen Kontinent überträgt.

Obwohl der Kultursektor streng genom-

men nicht von politischen Diskussionen abhängt, ist ein Kontext, in dem Narrative über die Welt gekennzeichnet sind von einer dualistischen Vereinfachung der Realität (ein ideologisches und rhetorisches Merkmal, das Euroskeptiker, radikale und populistische Parteien und Gruppen gemeinsam haben), für den Sektor in vielerlei Weise abträglich. Per definitionem braucht ein Künstler die Freiheit, zu experimentieren – nicht nur in der Form, sondern auch symbolisch, das heißt, Bilder und Codes zuzuordnen und neu zu kombinieren. In illiberalen Demokratien ist diese Freiheit stark eingeschränkt. Und im weiteren Sinne ist es unmöglich, sich eine Europäische Union vorzustellen, in der mehrere dieser nach innen orientierten Bewegungen an die Macht kommen; wahrscheinlich würde sich die Union auflösen. Dies hätte unmittelbar negative Auswirkungen auf die zunehmend transnationale Arbeit von Künstlern, für die eine freie Bewegung von Menschen, Dienstleistungen, Gütern und Kapital grundlegend ist. Gleichzeitig würde ein Ende der Union den rechtlichen Status der fundamentalen Werte schwächen, die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union enthalten sind (Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Respekt vor Menschenrechten) und die Arbeit von Künstlern und Kulturproduzenten schützen.

Kurz gesagt: Ein sozialer und politischer Kontext, in dem Narrative mit einem redu-

## Europäische Angst

tionistischen Verständnis von „wir“ (das Volk, die angeblich moralisch nicht korrumpierten Individuen, die Franzosen/Engländer/Deutschen...) und den „anderen“ (die Eliten, die angeblich moralisch korrumpierten Gruppen, die Ausländer) verbreitet werden, ist ein Umfeld, das nicht für die künstlerische Arbeit prädestiniert ist. Populistische, radikale, und/oder euroskeptische Kräfte bedrohen die Freiheiten des Kultursektors; somit ist es nur angemessen, dass der Sektor versucht, auf die Faktoren zu reagieren, die den Erfolg solcher Kräfte erklären.

### *Die Anfälligkeit für nach innen gerichtete Bewegungen*

Zu diesem Thema habe ich einen Wissenschaftsbericht für das ifa-Forschungsprogramm „Kultur und Außenpolitik“ geschrieben, der dafür plädiert, dass eine Antwort sowohl evidenzbasiert sein sollte als auch mit Netzwerken arbeiten muss. Zu diesem Schluss komme ich nach Sichtung wissenschaftlicher Belege zu den Faktoren, die den Erfolg von nach innen orientierten Parteien und Bewegungen erklären. Dabei wird hervorgehoben, dass eine mehrdimensionale, langfristige Antwort notwendig ist. Damit meine ich, dass der Kultursektor Folgendes beachten und bearbeiten sollte: die Gründe, warum Individuen sich stärker diesen nach innen gerichteten Bewegungen zuwenden (die Mikroebene), die von diesen Bewegungen eingesetzten Strategien, um sich lokal und national zu etablieren (die Mesoebene) und schließlich die von ihnen genutzten rhetorischen Strategien, das heißt ihre Ideologien (die Makroebene). Ich spreche mich auch dafür aus, dass die Art dieser politischen Bewegungen, über Netzwerke zusammenzuarbeiten und zu agieren, was es ihnen erlaubt, sehr unmittelbar auf soziale und kulturelle Veränderungen zu reagieren, vom Kultursektor übernommen werden sollte.

In dem Bericht behandle ich das Modell der Ökologie der Kultur von John Holden aus dem Jahr 2016 und erkläre dessen Relevanz in diesem Kontext. In diesem Beitrag möchte ich mich nun auf drei Fallstudien konzentrieren, die als Modelle für einen mehrdimensionalen, strukturierten Ansatz betrachtet werden können. Darauf folgen einige Vorschläge zur Art der Beziehungen, die vom Kultursektor gefördert werden sollten, um auf den oben beschriebenen Kontext zu reagieren und dazu, wie EU-Institutionen diese Arbeit unterstützen könnten.

Holden schlägt in „The Ecology of Culture“ (2016) vor, den Sektor als ein aus Nomaden, Plattformen, Netzwerkern und Hütern bestehendes Netzwerk zu sehen. In diesem Modell können Kulturakteure gleichzeitig in verschiedenen Rollen agieren; doch eine dominiert meist. Als Stärke dieses Modells wird oft die Identifizierung der Akteure gesehen, die im Wesentlichen ein aktives Netzwerk der Kulturproduktion, der Verbreitung und des Konsums kultureller Güter aufrechterhalten, während sie traditionelle Unterscheidungen wie öffentlich versus privat ablehnen. Ich glaube jedoch, dass die Nomenklatur in diesem Zusammenhang ebenfalls relevant ist. Denn die Identifizierung von Kulturakteuren je nach ihrer Position innerhalb der Produktion, Verbreitung und Filterung kultureller Inhalte kann, wenngleich indirekt, auch so verstanden werden, dass sie die Richtlinien anbieten für eine ganzheitliche Antwort des Kultursektors auf die Verbreitung der „Wir gegen die anderen“-Narrative, auf die Institutionalisierung von Akteuren, die solche Diskurse befürworten und schließlich die zunehmende Unterstützung solcher Ideen.

Die folgenden Fallstudien zeigen exemplarisch, wie diese Typologie zur Entwicklung gezielter – und, das muss ich betonen, evidenzbasierter – Strategien beitragen kann,

um dem immer größeren Erfolg der nach innen orientierten Bewegungen in Europa entgegenzuwirken.

Das erste Element dieses Modells ist der Nomade, das heißt, der Besucher, der Kunst konsumiert, wie auch die Produzenten, Künstler und Techniker, also diejenigen, die Kunst machen und/oder aufführen, genießen und/oder sammeln.

Das zweite, was mich in diesem Kontext interessiert, ist, dass Plattformen Organisationen sind, die kulturelle Inhalte aufnehmen wie Galerien, Pubs und Gemeinschaftsräume. Dazu gehören Räume, die man mieten kann und in denen öffentliche Veranstaltungen stattfinden, die Auftragsarbeiten ausstellen oder die Arbeit anderer sowie Webseiten, auf denen User ihre Arbeiten hochladen können.

Ein Beispiel für eine solche Plattform ist Les Laboratoires d'Aubervilliers in den Außenbezirken von Paris. Gegründet 1993 belegen sie eine 900 Quadratmeter große alte Metallurgie-Fabrik in einem Arbeiterviertel, in dem geschätzt 39 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Seit 2013 haben die aktuellen Leiter (Alexandra Baudelot, Dora García und Mathilde Villeneuve) den Raum dafür genutzt, künstlerische Experimente zu unterstützen sowie künstlerische Aktionen, die eine aktive Bürgerschaft und das Zusammenleben fördern.

„Die Art dieser politischen Bewegungen, über Netzwerke zusammenzuarbeiten und zu agieren, was es ihnen erlaubt, sehr unmittelbar auf soziale und kulturelle Veränderungen zu reagieren, sollte vom Kultursektor übernommen werden.“

### *Nomaden und Netzwerker*

Statt Kunst als unabhängiges Feld zu sehen, ist das Programm Les Laboratoires um gesellschaftliche und politische Fragen herum strukturiert. Es werden Ausstellungen organisiert, Lesezirkel, Workshops und öffentliche Treffen, die Künstler, Wissenschaftler und die lokale Community miteinander in Kontakt bringen. Das Ergebnis ist eine Plattform nicht nur für sektorenübergreifende und gemeinschaftliche Arbeit, sondern auch für Community- und Netzwerkbildung, das heißt also für die Entwicklung langfristiger Beziehungen mit lokalen Gruppen und Individuen. Diese werden zusammengeführt, um mit den Künstlern (und gelegentlich mit kulturellen, sozialen oder wissenschaftlichen Einrichtungen) an bestimmten Projekten und Aufträgen zu arbeiten. Die Leiter von Les Laboratoires beschreiben das Programm als kollektiven Prozess des Teilens, Lernens und Experimentierens, in dem Kunst und der soziale Kontext ebenbürtig sind. Zudem gehören Les Laboratoires zu mehreren europäischen Kollektiven und Netzwerken, die das Ziel eint, auf der lokalen Ebene innerhalb der Kunst und um sie herum neue Formen der Wissensproduktion und Verteilung zu entwickeln.

Wie Les Laboratories vorschlagen, können Plattformen gegen die Spaltung in Europa vorgehen, indem sie eine langfristige gemeinschaftliche Arbeit entwickeln, die auf die Besonderheiten (und damit auch die Befürchtungen) spezifischer Communitys und Individuen reagiert. Plattformen können individuelle Frustrationen und ein Gefühl des Unbehagens verstehen; sie können einen Ort für Gemeinschaft zur Verfügung stellen und so diese Stimmen und Erwartungen anerkennen. Damit antworten sie auf einige der Faktoren, die womöglich den Erfolg der nach innen orientierten Bewegungen (Mikroebene)

erklären. Zudem erlaubt die starke Verbindung von Plattformen mit ihren lokalen Kontexten, sich mit Prozessen der Institutionalisierung zu beschäftigen, die für diese Akteure wichtig sind, um zu organisieren, sichtbar zu werden und lokal wie regional (Mesoebene) weiter legitimiert zu sein.

Drittens sind Netzwerker Künstler und Organisationen, die Ideen umsetzen und „ein tiefes Wissen über die Mikro-Aktionen in ihrem Feld haben“ und „Menschen und Ressourcen zusammenführen und Energie um die Ökologie herum fließen lassen“ (Holden, 2016). Zu den Netzwerkern zählen Produzenten, Kunstverwalter, Kritiker, Blogger und Kuratoren wie auch öffentlich finanzierte Zentren, die als lebendige kulturelle Plattformen in Städten und Regionen dienen.

Ein Beispiel für einen kulturellen Netzwerker ist Hands Off Our Revolution [HOUR] (Hände weg von unserer Revolution), ein globaler Zusammenschluss von Künstlern, Kuratoren, Theoretikern und Kulturproduzenten, die alle seit 2017 das radikale Wesen der Kunst bekräftigen. Ihr Leitbild erklärt, dass „Kunst helfen kann, gegen die zunehmende Rhetorik des rechten Populismus, des Faschismus und des immer krasseren Ausdrucks von Xenophobie, Rassismus, Sexismus, Homophobie und dreister Intoleranz vorzugehen [...]. Als Künstler [...] ist es unsere Aufgabe und Chance, die uns eigenen Formen, private und öffentliche Räume zu nutzen, um Menschen dazu anzuregen, gemeinsam nachzudenken und über Ideen zu diskutieren, mit Klarheit, Offenheit und Widerstandskraft“ (Webseite von HOUR, 2017). In diesem Zusammenhang organisiert HOUR Workshops, die Verbindungen herstellen zwischen Akteuren in der Welt der Kultur, Graswurzelaktivisten und Non-Profit-Organisationen, damit solche Akteure den kulturellen Widerstand gegen den Populismus aufbauen können. HOUR plant auch Kunst-

ausstellungen und öffentliche Aktionen, die Debatten und Vorschläge zu künftigen Modellen sozialer und gemeinschaftlicher Organisation in die Öffentlichkeit bringen.

HOUR bündelt das Potenzial von Netzwerken, um auf der Meso- und Makroebene zu reagieren. Indem HOUR Verbindungen zwischen Spezialisten herstellt und über sein Netzwerk Wissen verbreitet, bietet es das, was politische Akteure als informelles Forum für Kapazitätsbildung (das durch formellere Programme formalisiert oder begleitet werden könnte) beschreiben würden, wie Kulturakteure Verbindungen zwischen nach innen orientierten Akteuren durchbrechen und ihrer lokalen Institutionalisierung (Mesoebene) zuvorkommen.

Aufgrund seiner Ablehnung von Top-down-Hierarchien kann HOUR organisiert und trotzdem flexibel genug sein, schnell auf Veränderungen in den Strategien zu reagieren, die von nach innen gerichteten Bewegungen eingesetzt werden. Und schließlich können die künftigen Ausstellungen und Kunstprojekte als Orte für Experimente verstanden werden, wie man künstlerisch am effektivsten auf die Verbreitung solcher Ideologien reagiert (Makroebene).

Viertens und letztens sind Hüter Akteure und/oder Organisationen, die dafür verantwortlich sind, kulturelle Güter zu sammeln, zu pflegen und auszustellen – zum Beispiel Archive, Museen, Bibliotheken und Einrichtungen für das Kunsterbe wie auch Wissenschaftler in diesem Bereich.

Die Tate Modern ist zum Beispiel ein Kulturhüter – eine der anerkanntesten Kunstmarken in der Welt. Sie beherbergt Tate Exchange, ein jährliches Programm, das internationale Künstler verbindet und mehr als 50 Organisationen, die mit und jenseits von Kunst arbeiten, und so ein Gespräch darüber führen, was Kunst mit der Gesellschaft und mit den Leben

der Menschen machen kann. Dies geschieht über Performances und Workshops, auf die kurzzeitige Ausstellungen folgen. Eines der Projekte in diesem Zusammenhang war „Wer sind wir?“, eine sechstägige Veranstaltung im März 2017, um die gemeinsame Gestaltung und Produktion und den Wissenstransfer zwischen Künstlern, Akademikern, Aktivisten und verschiedenen Öffentlichkeiten zu den Identitäts- und Zugehörigkeitskrisen in Europa und in Großbritannien zu ermöglichen. Das Projekt ging der Bedeutung von Bürgerverhalten nach und versuchte, „einen Raum für Begegnungen zwischen Menschen und Communitys zu schaffen, die oft durch binäre Einheiten getrennt sind: Künstler versus Publikum, Akademiker versus Künstler, Migranten versus ‚Einheimische‘ und Aktivisten versus Öffentlichkeiten“ (von der Webseite des Projekts).

Obwohl Tate Exchange die Plattform eines Hüters ist, ist die Art und Weise entscheidend, wie diese Fallstudie das Potenzial von Hütern verdeutlicht, ihre Marke kulturellen Gesprächen über Identität, Bürgerschaft und Zugehörigkeit zur Verfügung stellen zu können. Tatsächlich wissen Kulturarbeiter, dass Hüter oftmals so innovativ wie kleinere Organisationen sind; doch wie Holden in seinem Bericht bemerkt, sieht das Publikum solche Institutionen oder Individuen als Bewahrer historischer und disziplintypischer Narrative, die solche Institutionen auch filtern. Wenn also eine bestimmte Frage in die Ausstellung eines Museums einbezogen wird, dann werden die Besucher, die nicht vom Fach sind, davon ableiten, dass eine solche Frage eine zulässige Sichtweise unter Experten ist.

Eine ganzheitliche Antwort des Kultursektors auf den Erfolg von nach innen gerichteten Gruppierungen leiht sich quasi diese Legitimität, ein von Wissenschaftlern anerkannter Schlüsselfaktor, um die Institutionalisierung

der rechten Narrative zu erklären (die Wähler als immer legitimer wahrnehmen, weil sie zum Beispiel über Massenmedien wie Fernsehkanäle verbreitet werden).

Zudem könnten Projekte, die von als Hütern agierenden Kulturinstitutionen unterstützt werden, deren Marken einen hohen Wiedererkennungswert haben, in den Ländern der Institutionen zirkulieren und Geschichten sammeln, die Bürgerschaft und Zugehörigkeit als komplexen Prozess zeigen in Zusammenarbeit mit kulturellen Graswurzel-Organisationen. Das Ergebnis eines solchen Prozesses könnte regelmäßig auf öffentlichen Fernsehkanälen zur Prime Time gezeigt werden. So würden Hüter auf die Verbreitung von nach innen gerichteten Ideologien reagieren (Makroebene).

### *Auf der EU-Ebene*

Obwohl diese Fallstudien Beispiele für eine mögliche Antwort auf die Spaltung in Europa geben, kann die Antwort des Kultursektors nur dann erfolgreich sein, wenn sie evidenzbasiert ist, strukturiert und zumindest grob koordiniert. Deshalb ist es zunächst wichtig, den mehrdimensionalen Charakter der Unterstützung für nach innen gerichtete Bewegungen zu erkennen. Zweitens muss man sich auf die langfristige Wirkung von Kultur konzentrieren, statt Projekte auf der Grundlage von Publikumszahlen und dem ökonomischen Wert des Sektors zu bewerten. In den letzten Jahren hat der Kultursektor oft um die Finanzierung gekämpft. Deshalb ist häufig keine Zeit geblieben für die Entwicklung langfristiger Projekte, die Kontakt mit den lokalen Communitys herstellen. Drittens sollte man Ressourcen, Unterstützung und Bemühungen um Kapazitätsbildung vor allem für Graswurzelbewegungen aufwenden, die eng mit ihren Communitys

## Europäische Angst

zusammenarbeiten. Auch wenn ein gewisses Maß an Koordination notwendig ist, sollte diese Arbeit nicht Top-down organisiert werden – bewertet werden sollte die Möglichkeit des Ko-Managements, die Verbindung von Experten zu Kultur- und Graswurzelorganisationen mit gleichen Rechten und Ressourcen.

Viertens ist wichtig, dass eine strukturierte Antwort fortlaufende Prozesse des Monitoring und Wissenstransfers beinhaltet. Damit meine ich, ein schnelles Teilen und bedarfsgerechtes Lernen sollte eingebettet sein im Netzwerk der Kulturakteure, die mit ihrer Arbeit auf soziale und politische Spaltung reagieren. Gleichzeitig sind klare Definitionen notwendig, damit Methoden miteinander harmonisieren und es Qualitätskriterien und Indikatoren dafür gibt, was ein effektives Vorgehen gegen die Spaltung bedeutet. Dies hätte auch Konsequenzen auf der Ebene der Kultur-Strategien und -Politik der EU.

Fünftens muss ich die Verantwortung der EU für die Unterstützung einer Kulturarbeit hervorheben, die ihre grundlegenden Werte bekräftigt (während sie natürlich gleichzeitig das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt).

Sechstens müssen Politiker erkennen, dass Kultur ein Ort für Prozesse, Beziehungen und für Akteure und Projekte ist. Obwohl es Belege dafür gibt, dass sich diese Sicht unter Politikern immer mehr durchsetzt, ist sie im Allgemeinen noch selten.

Ein Paradigmenwandel ist innerhalb europäischer Institutionen notwendig, um den möglichen Einfluss der Kultur auf sozialen Zusammenhalt und Inklusion wahrzunehmen, ganz zu schweigen von der Umsetzung fundamentaler Werte der Union.

Siebtens sollte Kulturarbeit betonen, dass die Europäische Union charakterisiert ist durch sich überkreuzende Identitäten, was sich in dem Motto „Vereint in Vielfalt“ ausdrückt. Nach innen gerichtete Gruppen teilen

die Vorstellung von stabilen und Nullsummen-Identitäten; Arbeit, die sich dagegen ausrichtet, muss also kulturelle Vielfalt ins Zentrum rücken, ja, sie feiern. Gleichzeitig muss eine solche Arbeit zur Kenntnis nehmen und darauf reagieren, dass Individuen, die am wahrscheinlichsten diese nach innen gerichteten Narrative und Gruppen unterstützen, oftmals Angst haben vor einer sich wandelnden Welt. Umso wichtiger ist es, dass die Feier kultureller Vielfalt als Form individueller Stärkung verstanden wird. Achtens und letztens ist wichtig, dass die EU interdisziplinäre Forschung und sektorenübergreifende Arbeit unterstützt wie auch Deckung und Synergien zwischen EU-Programmen, politischen Werkzeugen und Instrumenten. Nur dann kann eine solche Kulturarbeit einige Hauptursachen für die Unterstützung von nach innen gerichteten Bewegungen (wie soziale Isolation oder schwache Verbindungen in die Community) ganzheitlich angehen.

Auch wenn der Kultursektor in seiner Reaktion auf die Mikro-, Meso- und Makroebene der Unterstützung von nach innen gerichteten Bewegungen extrem wichtige Arbeit leisten kann (wie die drei Fallstudien zeigen), kann man nicht erwarten, dass er das Problem dieser weitverbreiteten sozialen Spaltung alleine löst.

**Mafalda Dâmaso** ist eine Wissenschaftlerin, deren Arbeit sich mit dem Schnittpunkt von Kultur und internationalen Angelegenheiten beschäftigt. Sie ist Expertin für Kultur und Außenpolitik beim ifa, organisierte in diesem Kontext eine Konferenz und schrieb einen Wissenschaftsbericht darüber, wie der Kultursektor auf die politische Spaltung in Europa reagieren kann. Mafalda Dâmaso machte ihren Doktor in Visueller Kultur an der Goldsmiths, University of London, wo sie als Dozentin gearbeitet hat. Sie lehrte auch als Gastdozentin in der Schweiz und hat in verschiedenen anderen Ländern im Kultursektor und in den Kreativindustrien gearbeitet.

## Jenseits von „Wir gegen die anderen“

*Wie können Kunst und Kultur helfen, gesellschaftliche Polarisierung einzudämmen? Eine Konferenz in Brüssel suchte nach Antworten.*

Während die Begriffe „Euroskeptiker“, „rechtsextrem“ und „linksextrem“ klar sind, wird „Populismus“ oft missverstanden. Statt sich auf eine Politik zu beziehen, die populär ist, stellen Populisten „den Leuten“, die sie für moralisch einwandfrei halten, verschiedene „Eliten“ gegenüber, denen sie böse Absichten zuschreiben, basierend auf unwiderlegbaren Behauptungen.

Populismus missachtet Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Minderheiten. Genau deshalb sollte sich der Kultursektor mit ihm auseinandersetzen. Dies tat die Konferenz: „Beyond Us and Them – the role of culture in a divided Europe“ im Mai 2017 in Brüssel. Dieses „wir“ und „die anderen“ kann verstanden werden als „wir“, das Volk, und „die anderen“, die Eliten des Populismus. Aber die Worte beziehen sich auch auf den zunehmenden Nationalismus und die wachsende Fremdenfeindlichkeit in Europa – das heißt also auf die Unfähigkeit, für den anderen als einem gleichberechtigten Menschen Empathie zu empfinden.

In diesem Kontext kann der Kultursektor eine entscheidende Rolle spielen. Künstler und Kulturorganisationen, die gegen diese Tendenzen arbeiten wollen, verstehen Kultur als einen Ort der Begegnungen, das heißt als Plattform, auf der diese Spannungen und Konflikte zur Kenntnis genommen und augenscheinlich werden und auch offen diskutiert werden können. Insgesamt ist Kultur ein Raum, an dem man sich mit der groben populistischen Vereinfachung der Realität sowie mit den Faktoren, die den Erfolg solcher politischen Kräfte

erklären, direkt oder indirekt auseinandersetzt.

Die Konferenz wurde um vier Labs herum organisiert, die sich jeweils mit verschiedenen Themen befassten: Wie gibt man eine evidenzbasierte kulturelle Antwort auf diese Innenschau? Ist es möglich, eine antipopulistische, antiextremistische und antieuroskeptische Kulturpolitik zu entwickeln? Ist es notwendig, die kulturelle Governance der EU in diesem Kontext neu zu überdenken? Und schließlich: Sollte der Kultursektor ausgeweitet werden auf andere Felder wie Sozialpolitik? Im Anschluss daran gab es eine öffentliche Veranstaltung. Die Diskutierenden stimmten darin überein, dass kulturelle Praktiken sich bereits auf andere Felder ausdehnen – statt neue politische Strategien zu entwerfen, solle man die vielen Organisationen und Künstler, die bereits in herausfordernde soziale Kontexte eingebunden sind, mehr unterstützen. Zweitens waren sie der Meinung, dass Künstler und Organisationen, die sich mit dieser Art von Arbeit beschäftigen, keine Angst davor haben, instrumentalisiert zu werden. Drittens betonte die Diskussion die Notwendigkeit, die Art der Communitys zu bedenken, zu deren Aufbau oder Erhalt die Kunsträume beitragen. Viertens hoben die Teilnehmer hervor, dass der Kultursektor ehrlich damit umgehen sollte, inwieweit er selbst an Mustern der Ausgrenzung beteiligt ist. Fünftens und letztens sollte Kultur als offener Prozess gesehen werden statt als Produktion von Objekten oder Veranstaltungen. Genau diese Offenheit erlaubt es ihr auf der einen Seite, die Ängste wahrzunehmen, die den Erfolg der nach innen orientierten Bewegungen erklären, und auf der anderen Seite ermöglicht sie, diese konstruktiv zum Ausdruck zu bringen.

Der Künstler Adam Broomberg hielt am Abend eine Grundsatzrede über das Projekt „Hands Off Our Revolution“ – Hände weg von unserer Revolution, das er anführt – eine globale Koalition, die den radikalen Charakter der Kunst betont und

ihre Macht, gegen die zunehmende Rhetorik des rechten Populismus vorzugehen. Dazu kamen dann die Berichtersteller der vier Labs (jeweils Ulrike Liebert, Professorin an der Universität von Bremen; Jasna Jelisić, Expertin für Kulturdiplomatie; Andrew Murray, Direktor von EUNIC Global und Charles Esche, Direktor des Van Abbemuseum) in einem Gespräch unter Vorsitz von Andrea Despot, Leiterin der Europäischen Akademie Berlin.

Die Panelteilnehmer waren sich einig, dass das Potenzial der Kultur, auf einen Kontext der gesellschaftlichen Spaltung über den gesamten Kontinent hinweg zu reagieren, nur ausgeschöpft werden kann, wenn man sich mit den Mustern der Ausgrenzung beschäftigt, die sowohl den Sektor als auch das europäische Projekt kennzeichnen. Deshalb müssen Kulturakteure und Institutionen einen Top-down-Ansatz für ihre Zielgruppen und Communitys zurückweisen.

Zudem muss der Sektor anerkennen, dass es einen wahren Kern in einigen der Argumente euroskeptischer Parteien gibt – und zwar die Tatsache, dass die Union es zugelassen hat, eher als ein wirtschaftliches denn als ein werteorientiertes Projekt betrachtet zu werden.

Das Potenzial des Kultursektors zu erfüllen und damit das Motto der Union („vereint in Vielfalt“) umzusetzen, erfordert die Anerkennung der eigenen, wenn auch unabsichtlichen Komplizenschaft mit einigen der jüngsten Trends, die den Erfolg der nach innen gewandten politischen Kräfte erklären wie das Gefühl des Verlassenseins der nicht-urbanen Bürger durch die Entscheidungsträger. Diese Punkte mögen vielleicht bei einigen Kulturakteuren zu einem Paradigmenwandel führen; in jedem Fall spiegeln sie die Arbeit wider, die bereits von vielen anderen erledigt wird – und zeigen, dass eine kulturelle Antwort auf die sich zuspitzende Spaltung auf dem europäischen Kontinent tatsächlich möglich ist.

*Mafalda Dâmaso*

**Mein Europa** Unter der Oberfläche des vielerorts friedlichen und wohlhabenden Europas hat sich Angst eingeschlichen. Wir, die Bürger mit Migrationshintergrund, haben es nicht geschafft, mit unseren Nachbarn, den Arbeitskollegen, den Wartenden in der Bäckerschlange oder den Sozialhilfebeziehern in der Arbeitsagentur über ihre Ängste zu sprechen, die sie angesichts der vielen Flüchtlinge haben. Wir leben ohne Heimat – aber für diesen neuen Staat, Deutschland, und für diesen Kontinent, Europa, in dem unsere Kinder geboren sind, müssen wir den ersten Schritt machen. *Von Beqë Cufaj*



**S**ich selbst zu suchen bedeutet vor allen Dingen, sich mit Erinnerungen auseinanderzusetzen. Mit den Gedächtniskarten, auf denen die Grenzen Europas verzeichnet sind, beginnend mit der Geburtsstadt im Südwesten des Kosovo, den politischen Unruhen, mit denen ich eine ganze Jugend verbracht habe, dem zerstörerischen Krieg, der im gesamten Gebiet des ehemaligen Jugoslawien herrschte, aus dem sieben neue Staaten hervorgingen.

Und danach öffnet sich das Kapitel der Erinnerungen und Reisen auf dem Kontinent: das chaotisch-bürokratischen Brüssel oder mit Den Haag, das am kalten Meer liegt, Paris und die wahnsinnigen Terroristen, Spanien, das auf Mallorca so deutsch wie anderenorts katalanisch ist, das elektrifizierte Wien oder Kafkas Prag, der Slowakei

ohne Roma, die inzwischen auf dem gesamten Kontinent verstreut sind, das katholische Warschau oder dem melancholische Portugal sowie das prächtigen London. Landkarten und Grenzen, die man irgendwie nicht mehr sehen, sondern nur erinnern will. In Bildern oder in Form von Buchstaben, Buchstaben, Buchstaben.

Sich selbst zu suchen bedeutet, den Menschen zu entfliehen und die Weite der Berge in der Gegend, wo ich lebe, aufzusuchen: sich in Degerloch am Stuttgarter Fernsehturm vorbei dicht durch die Felder in Richtung Daimler-Zentrum treiben zu lassen; oder den Weg nach Waldau hinunterzulaufen zur einzigen Landeshauptstadt Europas, in der die Grünen in Land und Kommune regieren. Um die Idylle noch perfekter zu gestalten, ist es auch die Landeshauptstadt, die die meisten Maschinen weltweit produziert, jene, in der man gerade dabei ist, einen der modernsten Bahnhöfe Europas zu errichten, eine Hauptstadt, die mit nur 600.000 Einwohnern nicht anders bezeichnet werden kann als eine unendlich heile Welt!

Die Hauptstraße der Gegend in Degerloch heißt Epple Straße. Auf 400 Metern dieser Straße, welche sich über zwei Kilometer erstreckt, gibt es fünf Apotheken, acht Bäcker, neun Einkaufsläden (mehrheitlich Bioläden!), drei Kioske, vier günstige Imbissbuden und vier sehr teure Restaurants, zwei orthopädische Schuhläden, zwei Läden für Hörge-

räte, zehn Arztpraxen, vier Zahnärzte, eine Buchhandlung und eine Stadtbücherei, ein sehr schönes weißes Bürgerhaus, eine evangelische Kirche, eine christlich-orthodoxe Kirche, eine apostolische Kirche, zwei Grundschulen, eine Realschule, ein Gymnasium, zwei Wochenmärkte mit frischen Produkten, zwei Tankstellen und, und, und... Menschen aus dem ganzen Kontinent! Auf der oberen Seite von Degerloch, am Waldrand entlang, sind Sportanlagen mit Dutzenden Feldern für Fußball, Tennis, Leichtathletik, Fitness oder Gymnastik. Daran grenzen Altersheime, deren Zahl in den vergangenen zehn Jahren immer weiter und weiter stieg. So sehr, dass es einem schwerfällt, sie zusammenzuzählen.

Dies ist die heile Welt von Degerloch, in der ich nun seit mehr als zehn Jahren lebe und in der ich mich täglich bewege, besonders in den letzten drei Jahren, ohne mich im Geringsten von ihr zu entfernen, mit Ausnahme von dem gelegentlichen Urlaub in Italien, in

„Das chaotisch-bürokratische Brüssel oder Den Haag, das am kalten Meer liegt, Paris und die wahnsinnigen Terroristen, Spanien, das auf Mallorca so deutsch wie anderenorts katalanisch ist, das elektrisierte Wien oder Kafkas Prag, die Slowakei ohne Roma, die inzwischen auf dem gesamten Kontinent verstreut sind, das katholische Warschau oder das melancholische Portugal sowie das prächtige London. Landkarten und Grenzen, die man irgendwie nicht mehr sehen, sondern nur erinnern will.“

Österreich, in Holland, oder der einen oder anderen Reise innerhalb Deutschlands. Dies ist gleichermaßen die heile Welt nahezu jeder Gegend im Süden Deutschlands, aber auch im Norden, Westen oder Osten. Dieses Land ist schließlich weltweit bekannt für seine gleichwertigen Lebensstandards in verschiedenen Regionen.

### *Unsichtbare Flüchtlinge*

Der heilen Welt in Degerloch mit 16.351 Einwohnern haben sich seit einigen Monaten 306 weitere hinzugesellt. Diese neuen Einwohner sind aber so gut wie unsichtbar, weil sie in den umgebenden Wäldern untergebracht worden sind: die Flüchtlinge. Einigen sind sie willkommen – und anderen nicht so sehr.

Oder sollte vielleicht die genaue Verteilung der Stimmen der Degerlocher bei den letzten Bundestagswahlen erwähnt werden?

Oder muss es etwa so sein, dass sich die Gnade oder Gnadenlosigkeit gegenüber jenen Menschen, die Hilfe brauchen, in den Bäckereien, Apotheken, Supermärkten, Straßen, Schulen und Wahlurnen in Angst überträgt? Oder ist es eher die Politik, ihre Manipulation, der Krieg gegen den Terror und die verrückten Islamisten, die ein Volk und eine Gesellschaft in das Lager der Populisten zurückwerfen, die nur eine „reine“ Rasse wollen? Grauerregend, die Landkarteinteilung von Vierteln in Städten und Dörfern, von Staaten und Kontinenten, in Rassen. Unerträglich die Angst. Und unverzeihlich die Verwirrung.

Die Grenzen der Ortschaften müssen eingerissen werden für die Menschen, die sich nun hier niedergelassen haben. In den Randbezirken unserer Quartiere, in Containern, Altbauten, verlassenem Gegend. Das wird nicht einfach sein. Aber es ist allemal ein-

## Europäische Angst

facher, mit der Arbeit anzufangen. Es wird ein großes Wunder geschehen: Sie werden sich wie ein Teil dieser Gesellschaft fühlen, wie jeder von uns, der nach dem Zweiten Weltkrieg hierhergekommen ist, zum Wiederaufbau Deutschlands, zum Wunder von „Made in Germany“, beim Fall des Eisernen Vorhangs und der Arbeit an der Wiedervereinigung, zur Zeit der grauenhaften Kriege Ex-Jugoslawiens. Und nun während des entsetzlichen Syrien-Krieges. Dessen Folgen auch Degerloch mit seinen 306 neuen Einwohnern spürt.

Und Stuttgart ist nicht weit entfernt von den Orten, an denen Terrorattacken auf Menschen verübt wurden: Istanbul, Brüssel, wieder Istanbul, Nizza, Saint-Étienne-du-Rouvray, Würzburg, Ansbach, München, London, Berlin.

### *Machtlose Buchstaben*

Normalerweise verbindet man mit diesen Städten Begriffe wie Sightseeing, Strandurlaub, Shoppingtrip oder Wandertour. So wäre es zumindest in gewöhnlichen, ruhigen Zeiten. Unglücklicherweise aber nicht in diesen letzten Monaten und Jahren.

Deshalb sind Buchstaben leider machtlos gegenüber all dem Schmerz und können die Tragödie nicht beschreiben, welche Unbekannte angerichtet haben und die ahnungslose Opfer getroffen hat in all diesen Städten. Die hinterlistigen Morde, das Leid, das diese schreckliche Auseinandersetzung der Religionen und Zivilisationen, der Kulturen und Sprachen, Staaten und Völker erfasst hat: Es ist sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich, eine Diagnose der Krankheit zu formulieren, die die Menschheit gerade durchmacht.

So wie das Internet keine Grenzen kennt, wird es auch für die Sicherheits- und Geheimdienste schlichtweg unmöglich sein, die

Gefahren und hinterhältigen Angriffe der Frustrierten und Ausgetricksten gänzlich abzuwenden, die im Namen eines Gottes, der nicht existiert, sich selbst und die Menschen um sich herum in die Luft sprengen.

Und es sind die Politiker, die noch mehr als je zuvor die Aufgabe haben, ihren Bürgern Sicherheit zu bieten, wenn diese zur Arbeit gehen oder in den Urlaub fahren. Und die Bürger sind es, die durch ihre Stimmen jenen Politikern ihr Vertrauen schenken müssen, die mit Aufmerksamkeit und Visionen hart daran arbeiten, Frieden herzustellen in diesen so fragilen und unsicheren Zeiten.

Das muss sein. Wobei nichts sein muss, wenn niemand will. Daher denke ich, dass wir in eine Zeit schlittern, die noch furchterregender sein wird als diejenige, in der wir leben.

Nach dem Brexit-Votum und dem Sieg Trumps im Jahre 2016 sowie Abstimmungen in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland, Österreich stehen wir da – als wäre nichts passiert. Die Wahlen in diesen Ländern waren auch Referenden: für Nationalstaaten und die Diskriminierung von Ausländern oder für eine Verbesserung der Rechtsgrundlage in der Migrationspolitik und die europäische Zusammenarbeit im Krieg gegen den Terror.

Diese Krankheit, die die Menschheit nicht im Griff hat, kennt weder Propheten noch Ärzte. Weder Politiker noch Geheimdienste können den Unwissenden schützen: Vor dem, der sich mit einem LKW oder einer Bombe auf dem Markt für sein Unglück zu rächen glaubt. Für diesen Sturm, der jederzeit und allorts losbrechen kann, ob im Kaufhaus, im Fußballstadion, an Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Plätzen, findet sich kein Soziologe, Philosoph, geschweige denn ein Schriftsteller mit dem Wissen oder der Macht, der eine hinreichende Antwort auf die Ohnmacht hat. Und das lässt die Men-

schen noch die letzte Hoffnung verlieren, etwas zu finden, was sich wahrhaftig „menschlich“ nennt.

Unser europäisches, westliches Zivilisationskonzept wird von dem einer anderen Welt angegriffen. Es sind dafür vorbereitete oder manipulierte Individuen, entweder Flüchtlinge oder Migranten der zweiten oder dritten Generation, von denen manche nun als Gefährder gelten, die in Europa aufgewachsen sind, diesem aber dennoch einen Schlag versetzen wollen. Wo und wann auch immer. In dem Jahr, das wir hinter uns lassen, oder jenem, in welches wir nun eintreten.

Somit ist die Angst ein untrennbarer Bestandteil unseres Lebens. Der ehemalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck sagte in einer Ansprache, wir sollten uns nicht fürchten: „Wir spüren die Angst – aber: Die Angst hat uns nicht. Wir spüren die Ohnmacht – aber: Die Ohnmacht hat uns nicht. Wir spüren die Wut – aber: Die Wut hat uns nicht“. Welche Erleichterung!

Und dennoch bleibt die Angst. Weil es doch gerade diese Angst ist, die in jeder Rede die Oberhand behält. Auch beim ranghöchsten Repräsentanten des Landes und Kontinents.

Und nicht nur Europas. Zwei Beispiele. Die eine Europäerin und die andere aus Asien. Dubravka Ugrešić und Arundhati Roy. Die erste Autorin des Romans „Ministerium der Schmerzen“, die zweite Autorin des Romans „Das Ministerium des äußersten Glücks“.

„Schriftsteller errichten und zerstören. Heimaten und Imperien. Reale und erfundene. Damit sind sie wie Propheten, die keine Regierung kennen, keine Verfassung, Gesetze oder Zeiten.“

Diese beiden Autorinnen, die ich immer lese, bedienen sich schon im Titel ihrer fiktiven Werke mit inexistenten, erfundenen Ministerien. Und sie erzählen von den Tragödien ihrer Heimatländer. Erstere von Ex-Jugoslawien, einem Staat, den es nicht mehr gibt. Die andere von Indien, einem Land, das gerade mal so überlebt. Erschütternde Erzählungen, geprägt von Jahrhunderte alter individueller und kollektiver Geschichte.

Schriftsteller errichten und zerstören. Heimaten und Imperien. Reale und erfundene. Damit sind sie wie Propheten, die keine Regierung kennen, keine Verfassung, Gesetze oder Zeiten. Und sie nehmen sich das Recht heraus, ihre eigenen „Ministerien“ zu erschaffen. Wie die Frauen, um die es hier geht.

Ob es wohl auch einen Roman mit dem Titel „Heimatministerium“ gibt? Oder „Vaterlandsministerium“? Die beiden Bezeichnungen für das Herkunftsgebiet unterscheiden sich nicht nur im Geschlecht – die Heimat und das Vaterland. Der Begriff Heimat klingt viel heimeliger und wurde auch in der Vergangenheit eindeutig weniger missbraucht als das „Vaterland“.

Deutsche Politiker der Christlich Demokratischen Union (CDU) fordern, dass in Deutschland nach bayrischem Vorbild ein Heimatministerium gegründet wird, auch als Antwort auf das Ergebnis der jüngsten Wahlen, bei denen die rechtsgerichtete AfD zum Teil zweistellige Ergebnisse erzielte. Ich nehme an, dass sich auch die AfD-Führung unter Herrn Gauland & Co. mit dieser Vorstellung anfreunden kann. Nur, dass sie eben weitergehen würden. Sie würden es Vaterlandsministerium nennen! Zu diesem Thema schrieb ich vor zehn Jahren ein Gedicht mit dem Titel „Das Vaterland“ das Michael Krüger in der Literaturzeitschrift „Akzente“ veröffentlicht hat: von dir Vaterland sagen viele du seist für sie/ Vater und Land. für

## Europäische Angst

dich werden viele tränen vergossen/von wissenden und unwissenden du hast die macht/ alles dir eigen zu machen. deine erde ist alt, dein himmel/unendlich, die menschen gehören niemand als Gott und dir/so auch vögel, die flüsse, die ebenen, die meere,/die schmerzen, die kinder, die träume... die eroberer/ die poeten, die verliebten, die verratenen, die vergreisten.../alle gehören dir... so auch das leben, der tod./nur eins ist mir nicht klar/ Vaterland/wem gehörst du?

Ich meine, dass es ziemlich schwer ist, die politischen Situationen zu klären, durch welche kleine und große Völker gehen – ob mit Romanen, in denen Ministerien kreierte werden, oder mit Gedichten, die etwas vom Vaterland verlangen. Besonders nicht in der Zeit, in der wir leben.

### *Stumme Nachbarn*

Denn die AfD ist mittlerweile Realität in Deutschland. Manch einer mag es Normalität nennen, die zum restlichen Europa passt, in welchem die Rechtsextremen ihre Wähler schon längst gefunden haben, und sie immer wieder fischen mit den geeigneten Ködern für all ihre Ressentiments und Ängste, die da eine Rolle spielen.

Ich behaupte: Wir sind es, die Bürger mit Migrationshintergrund, die daran ebenso sehr Schuld sind wie die Parteien der Mitte, der Rechten oder der Linken. Denn wir haben es nicht geschafft, mit diesen Millionen von Menschen, unseren Nachbarn, den Arbeitskollegen, den Wartenden in der Bäckerschlange oder den Hartz IV-Sozialhilfe-Beziehern in der Arbeitsagentur, über ihre Ängste zu sprechen, die sie angesichts der vielen Flüchtlinge haben. Die Diskussionen unserer Mitbürger, die zur Rechten hin- „migrierten“ und ihre Schuldzuweisungen an

Millionen Mitmenschen wirken so tragisch wie angsteinflößend. Und so beunruhigen auch die Diskussionen über ein Heimatministerium bei den Rechten und der Begriff der Heimat bei den Linken umso mehr.

Sollen wir nun auch anfangen über ein Migrationsministerium zu reden, oder gar ein Integrationsministerium fordern? Nein!

Das, was wir – die neuen Deutschen, die neuen Europäer, die Millionen Bürger dieses Landes und Kontinents mit Migrationshintergrund – machen müssen, ist ganz einfach: anfangen mit unseren Landsleuten über ihre Angst zu sprechen. Das Tabu brechen und sie fragen „Warum habt ihr Angst? Wovor genau?“ Wir müssen ihnen sagen, dass auch wir Angst haben. Dass wir unter Umständen sogar mehr Angst haben als sie. Angst vor Gauland, aber auch vor denjenigen Neuankömmlingen in diesem Land, die nicht kommen um Schutz zu suchen, sondern um uns in den Innenstädten anzugreifen, in Zügen oder auf Flughäfen.

Wir leben ohne Heimat – aber für diesen neuen Staat, Europa, und für diesen Kontinent, Europa, in dem unsere Kinder geboren sind, müssen wir den ersten Schritt machen.

Ich für meinen Teil habe begonnen mit meinen Bekannten und Freunden über ihre Ängste zu sprechen. Und meine Angst sowieso!

**Beqë Cufaj** ist Schriftsteller und Journalist. Er wurde 1970 in Decan im Südwesten des Kosovo geboren und studierte Literatur in Pristina. Er lebt mit seiner Frau und zwei Töchtern in Stuttgart-Degerloch. Unter anderem veröffentlicht er Essays und Kolumnen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Neuen Zürcher Zeitung“. Zuletzt veröffentlichte er seinen Roman „projekt@party“ im Seccession Verlag.



Pässe, Hochzeitsglocken und Beuteltiere Für den nordirischen Schriftsteller Glen Patterson bestand die Anziehungskraft des Lebens in Europa darin, dass man nicht durch eines seiner Zentren – Dublin oder London – gehen musste, um Kontakte zu knüpfen. Das Europa, zu dem er sich zugehörig fühlte, war vielmehr der Kontinent der provinziellen Industriestädte Essen, Posen oder Debrecen. Sein Europa war das der ungehinderten Bewegung von Ideen und Menschen und nichts weniger als ein Lebensgefühl.

*Von Glenn Patterson*



Mein erster irischer Pass traf an dem Januartag ein, als Premierministerin May im britischen Unterhaus aufstand, um das Gesetz anzukündigen, das Artikel 50 einleiten sollte. Ziemlich eindrucksvolles Timing, könnte man meinen, aber ich war ein bisschen spät dran.

In den Tagen nach dem EU-Referendum im Juni 2016 – Tage, an denen ich Nachbarn tatsächlich auf der Straße weinen sah – gab es einen solchen Run auf irische Pässe, dass darüber berichtet wurde, dass Poststellen in Nordirland die Antragsformulare ausgegangen waren. Selbst das Parlamentsmitglied Ian Paisley, ein prominentes Mitglied der Democratic Unionist Party oder DUP, die für den Ausstieg aus der EU kämpfte, drängte jeden, der berechtigt war, den Antrag zu stellen, als wolle er sagen, „wir hätten sowieso nicht

gedacht, dass ihr das mit dem EU-Ausstieg glaubt...“

Und weil es hier natürlich um Nordirland geht, eine administrative Region des Vereinigten Königreichs, dessen Bürger in der Verfassung der Republik Irland „durch Anspruch und Geburtsrecht“ ein anerkannter Teil der irischen Nation sind, war so gut wie jeder berechtigt.

Tatsächlich lag mein eigener Antrag auf einen irischen Pass zu diesem Zeitpunkt bereits seit fast drei Jahren in einer meiner Schreibstischschubladen – seit den Tagen, in denen ein Referendum noch ein Aufblitzen im wirren Blick eines Mannes war. Wenn ich mich richtig erinnere, hatte ich ihn mir vor einer geplanten Reise in die USA geholt. Es ist leichter, Visa mit einem irischen Pass zu bekommen, so hatte man mir immer gesagt, also hat es mich überrascht, als kürzlich jemand das genaue Gegenteil behauptete, dass nämlich viele Menschen hier, deren erste Wahl ein irischer Pass wäre, speziell für transatlantische Reisen einen britischen nahmen. Das erinnert mich aus irgendeinem Grund an eine dieser wiederkehrenden Auseinandersetzungen, die meine Brüder und ich bei langen Reisen auf dem Rücksitz des Familienautos darüber hatten, ob es ein gutes oder schlechtes Zeichen sei, wenn Kühe sich auf ein Feld niederlegen. Ich weiß nicht mehr, wer von meinen entnervten Eltern die Auseinandersetzung schließlich mit der Aussage beendete, dass es

definitiv ein schlechtes Zeichen sei, wenn die Kühe ihre Beine nach oben strecken.

Die Frage nach dem Pass war hier in Nordirland schon immer eine komplizierte Angelegenheit. Seamus Heaneys Erklärung in seinem Gedicht „Open Letter“ von 1983, „Be advised, my passport is green“, wird oft zitiert – hingeworfen würde es noch besser treffen – weniger oft wird sein reumütiges Eingeständnis in zahlreichen Interviews erwähnt, dass sein Pass in seinen jüngeren Jahren ein britischer war im „alten blauen Stil“ – typisch, wie er sagte, für die „Verflechtung und Widersprüchlichkeiten“ dieser Herkunft.

Seit den späten 1980er Jahren haben natürlich beide Pässe das gleiche Bordeauxrot der EU, was Heaneys Reim von „green“ auf „Queen“ sinnlos gemacht hätte. Heutzutage unterscheiden sich lediglich die Wappen auf der Vorderseite und der Text darunter. Trotzdem habe ich auf Reisen mit nordirischen Freunden bemerkt, dass wir alle diskret wegsehen, wenn wir unsere Pässe beim Check-in vorzeigen müssen, da Pässe hier eine dieser – sehr – groben Hinweise auf die Religion eines Menschen sind.

Nordirland war immer, um es mit dem Titel von Dervla Murphys 1978 erschienenem Buch zu sagen: A Place Apart. Selbst vor der Abtrennung im Jahr 1921 – sogar vor der Besiedlung 300 Jahre früher – schreibt Murphy, waren die „Northerners“ „ein anomales Volk“, ausschierend aus dem Rest Europas – und aus dem Rest von Irland.

40 Jahre später sind die knapp 14.200 Quadratkilometer, die lose von der (einstweilen) unsichtbaren Grenze umgeben sind – dem „Vierten grünen Feld“ sentimentaler

„Die Frage nach dem Pass war hier in Nordirland schon immer eine komplizierte Angelegenheit.“

irischer Balladen – ziemlich unsentimental der einzige Teil dieser Inseln, wo du den Menschen, den du liebst, nicht heiraten kannst, wenn dieser Mensch zufällig das gleiche Geschlecht hat wie du.

Im September 2015 führte ich im Rahmen der Belfaster Kulturnacht eine Open-Air-„Hochzeitszeremonie“ zwischen zwei Männern durch, die sich tatsächlich sehr liebten.

Wenngleich es eine Aufführung war – obwohl, seien wir ehrlich, welche Hochzeit ist dies nicht? – machte ich mir die Mühe, mich vorher ordinieren zu lassen. Und eine „Mühe“ war es wirklich: Meine Online-Ordination dauerte so lange wie die amerikanische Firma – Entschuldigung, Kirche – brauchte, um meine Bankdaten zu verifizieren: „Wenn sich diese Seite nicht in 30 Sekunden erneuert... 29, 28...“ Ping! – Da war es, da war ich, auf Empfehlung des Kirchenrats, der offensichtlich eilig zusammengetreten war, lizenziert, Hochzeiten in 43 von 50 Staaten durchzuführen und – nur für eine Nacht – auf den Stufen vor dem Merchant Hotel in Belfast. Diese Amerikaner wären eigentlich perfekt dafür gewesen, beim Rückstau zu den irischen Pässen im Juni 2016 zu helfen.

Übrigens habe ich meinen Kindern die Neuigkeit noch nicht mitgeteilt, dass sie, aufgrund dessen, wie ich wahrgenommen werde, auch Protestanten sind. Ich fürchte, der Effekt, der noch zum Brexit hinzukommt, wäre der Gleiche, wie wenn ein gedehntes elastisches Band plötzlich zurückschnalzt. Wie viele andere Kinder hier könnten sie ihre Identität zerlegen, nahezu bevor sie mit Messer und Gabel umzugehen lernen: Zunächst einmal haben sie natürlich die Ehre, aus Belfast zu kommen, ihre Mama aber stammt aus Cork, das machte sie also zu Iren, auf ihren Pässen war eine Krone zu sehen, das machte sie zu Briten und auf Flughäfen liefen sie zu

## Europäische Angst

dem blauen Zeichen mit dem hübschen Kreis aus goldenen Sternen, das machte sie zu Europaern.

### *Simpel wie Sticklebricks*

Irgendwann in den frühen 2000er Jahren – im Vorfeld des Vertrags von Nizza, wie ich mich erinnere, und wie sehr sich das nun nach Staffel 1 anhört – lud mich das British Council in Brüssel ein, einen Beitrag für einen Essayband zum Thema Identität zu schreiben. Ein befreundeter Schriftsteller, der auch nach einem Beitrag gefragt worden war, sagte, für jemanden aus Nordirland sei das ein bisschen so, als ob jemand mit einer Faust voller Geldscheine an deiner Tür steht und dich nach einem alten Strick fragt. Zu diesem Zeitpunkt haben wir darüber gelacht.

Ich habe diesen Freund kurz nach dem Brexit-Ergebnis getroffen. Er erzählte mir mit finsterem Blick, dass er nun genug von diesem Ort habe. Nordirland war immer nur deshalb erträglich gewesen, wenn es Teil von etwas Größerem war, einem Gefüge ineinandergreifender Beziehungen. Wenn man nun also draußen im Atlantik steckt, wieder mit einer Grenze zum Rest der Insel und – wer weiß? – vielleicht einem unabhängigen Schottland im Osten, wäre es wie ein verlorenes Puzzleteil, ja, noch schlimmer, es wäre wie ein Teil, dem ein Puzzle fehlt, zu dem es gehören kann.

Vor einigen Monaten war ich im Lyric Theatre in Belfast zu einer Doppelaufführung von Musik-Theaterstücken von Conor Mitchell, dem künstlerischen Leiter eines neuen Musik-Theater-Kollektivs, dem Belfast Ensemble. Die Stücke – „Die Habsburg-Tragödien Teile 1 & 2“, ein Vers-Zyklus gefolgt von einem Melodram – drehten sich um Katharina von Aragon beziehungsweise ihre

Schwester Johanna von Kastilien, auch bekannt unter dem Namen Johanna die Wahnsinnige, und waren, wie ihr Autor sagt, ausdrücklich ausgedacht, um über Europa zu sprechen.

Mitchell ist so besorgt um die Zukunft wie wir alle. Wenn wir, wie er sagt, in der Zukunft nicht in der Lage sind, einen Lastwagen von Marks and Spencer von Belfast nach Dublin zu schicken ohne strenge Zollkontrollen, wie um Himmels Willen holen wir dann die Dänische Staatsoper hierher? Das Theater in Nordirland, hat sich, so sagt er, entwickelt wie ein Beuteltier und ich bin versucht, hinzuzufügen: nur das Theater?

Nach der Vorstellung kam ich mit einigen Leuten ins Gespräch, die von Dublin gekommen waren, um die Vorstellung zu sehen und die ihre Pässe – sie nahmen sie heraus und zeigten sie mir – mitgebracht hatten, für den Fall, dass man sie an der Grenze anhalten würde. Das dritte Mitglied ihrer Gruppe hob skeptisch die Augenbrauen. „Dazu ist es nicht gekommen“, sagte sie dann und fügte dann ein bisschen weniger zuversichtlich hinzu, „und mit etwas Glück wird es auch nie dazu kommen.“

Ich persönlich setze meine Hoffnungen auf das Beispiel des nordirischen Friedensprozesses, womit ich, wie ich gleich ergänzen will, nicht meine, dass die Brexit-Verhandlungen eine überall gepriesene Orientierung für den Rest der Welt sein werden, sondern vielmehr, dass sie sich so lange hinziehen, dass sie zu einem Ding für sich werden, einem Kapitel in den Geschichtsbüchern von 2117, beinahe so lang wie das, was sie einfach abschließen wollten. Lassen wir sie es lange genug hinziehen und es besteht die Chance, dass die Verhandlungsführer aus den Augen verlieren, woher sie kamen und wohin sie gehen wollten. Oder wenn sie dies nicht aus den Augen verlieren, dann, dass sie beides endgültig so um-

drehen, dass nichts mehr zu erkennen ist, wie es die Politiker hier vor langer Zeit getan zu haben scheinen.

Der Brexit und wie man darauf reagiert, kam auf die Agenda der jüngsten Runde der hier stattfindenden Krisengespräche. Unsere zwei größten Parteien und frühere Koalitionspartner Sinn Fein und die DUP, die beim Referendum in gegensätzlichen Lagern Wahlkampf betrieben hatten, was übrigens damit endete, dass 56 Prozent dieser nordirischen Wähler für den Verbleib stimmten.

Und doch haben die Menschen hier, wie Dervla Murphy vor 40 Jahren feststellte, welche Religion oder Wahlgewohnheiten sie auch immer haben, mehr miteinander gemeinsam als sie anerkennen oder zugeben – viel, viel mehr als mit ihren Partnern in Dublin oder auch London.

Unter uns gesagt: Ich habe immer gedacht, dass London und Dublin heimlich ineinander verliebt sind. Klar hatten sie irgendwann einmal ihren großen Krach, aber jeder der beiden, so denke ich, erkennt im anderen etwas von sich selbst – im Hinblick auf die Architektur oder das Temperament – und beide blicken mit einer Mischung aus Verzweiflung und Abneigung nach Norden.

Für mich bestand der Reiz, in Europa zu sein, unter anderem darin, dass man nicht durch eines dieser Zentren – Dublin oder London – gehen musste, um Kontakte zu knüpfen. Das Europa, zu dem ich mich zugehörig fühlte, war nicht so sehr das Europa der großen Hauptstädte – wenngleich ich

in jeder beliebigen von ihnen ganz gut leben könnte, danke schön –, sondern das Europa der provinziellen Industriestädte Essen, Posen, Debrecen, sogar jener Städte, die nicht auf „n“ enden. Es war der Unterschied zwischen einem Leben in der Peripherie und dem in einer Art trans-europäischen Version des Paris Périphérique: Der ständige Verkehr zog mich an, die ungehinderte Bewegung von Ideen und Menschen. Und dann wurde auf die Bremsen getreten.

Ein Freund hatte mich angerufen, bevor ich anfang, an diesem Essay zu arbeiten. Er, der für den Verbleib in der EU gestimmt hatte und ein geborener Londoner ist, hat seine Familie ins County Fermanagh gebracht, das eine Grenze – die Zukunft ist noch unbestimmt – auf drei Seiten hat.

„Habe ich das Richtige getan?“, fragte er, „indem ich hier lebe?“

Ich wollte etwas Beruhigendes sagen, aber er war genau die Person, die ich zur eigenen Beruhigung anrufen wollte, wenn die ganze Unsicherheit zu viel werden würde und ich muss sagen, ein paar Tage später kam es beinahe dazu.

Und dann erhielt ich ganz plötzlich eine Einladung zu einer Hochzeit von zwei Freunden – von denen ebenfalls keiner in Nordirland geboren war – ein bereits glückliches Paar, das sich zur Heirat entschlossen hatte, nachdem die Verabschiedung des Gesetzes zum Artikel 50 an dem Tag verkündet worden war, an dem auch mein irischer Pass eintraf.

„Ich bin die zweite mir bekannte Brexit-Braut“ erzählte mir die Frau (nachdem ich ihr gesagt hatte, dass ich, wenn sie in 43 von den 50 Staaten heiraten wolle, dazu lizenziert war), und sie nannte einen anderen unserer Bekannten, der sich für genau das Gleiche zur gleichen Zeit entschieden hatte und – wenig überraschend – aus exakt dem gleichen Grund, nämlich dem Gefühl, dass, wenn die

„Unter uns gesagt:  
Ich habe immer gedacht, dass  
London und Dublin  
heimlich ineinander  
verliebt sind.“

eine Union in einer Atmosphäre schwelender Feindseligkeit aufgelöst wird, eine andere mit Liebe gefestigt werden sollte.

Ich weiß nicht, ob es zwangsläufig ein Bekenntnis zu diesem Ort sowie zueinander ist – obwohl ich es wirklich hoffe. Aber gleichwohl weiß ich auch nicht, ob die Tatsache, dass ich zu Beginn des Jahres schließlich den Antrag für einen irischen Pass aus meiner Schreibschublade holte, einfach Teil meines Vorfrühlingsputzes war, als das ich es ausgab, oder etwas Mehrdeutigeres, das Äquivalent des Zweibeiners zu einer auf dem Gras liegenden Kuh, oder ob es letztlich ein Zeichen dafür ist, dass ich unbewusst fürchte, dass dieses „Vierte grüne Feld“ nach dem Brexit vielleicht wirklich die Hufe nach oben streckt.

**Glenn Patterson** (geboren 1961) ist ein Schriftsteller aus Belfast, der vor allem als Romancier bekannt ist. Pattersons wiederkehrendes Thema ist die Neubewertung der Vergangenheit. In „The International“ thematisiert er den Zeitpunkt in der Geschichte Belfasts kurz vor dem Ausbruch der Unruhen, um verschiedene Seiten des Stadtlebens zu zeigen, was im Wesentlichen ausdrückt, dass die politischen Propagandisten, die ihre Haltungen aus der Geschichte heraus erklären, deren unbequeme Komplexität übersehen und dass die Dinge auch anders hätten ausgehen können. Zuletzt erschienen die Romane „The Third Party“ (2007), „The Mill for Grinding Old People Young“ (2012) und „Gull“ (2016).





**Zwischen Ideal und Wirklichkeit** Es hat sich gezeigt, dass nicht jeder alles teilen möchte. Die Briten nahmen ihre Spielzeuge und verließen den Sandkasten. Die EU, die sich wie Narziss bewunderte, sah plötzlich, dass es große Sprünge in dem Spiegel gab, in den es zufrieden geblickt hatte. Die Welt ist undankbar, unkultiviert und gleichzeitig wunderbar und einzigartig. Es mag sein, dass die Zukunft im Osten liegt. Immerhin gibt es etymologische Erklärungen dafür, dass Asien das Land der aufgehenden Sonne ist und Europa das der untergehenden Sonne. *Von Sigitas Parulskis*



**E**s geschah vor einer schrecklich langen Zeit, vielleicht drei Jahrzehnte sind seitdem vergangen. Ich lag mit einer Frau im Bett, die zehn Jahre älter war als ich. Wir lagen also da und sprachen über Erich Maria Remarque. Die Frau war, um ehrlich zu sein, eine Hure, zumindest nannte sie sich so, denn sie nahm Geld für Sex. Sie mochte Remarque und sie rauchte Marihuana. Ich hatte selten Geld und immer Schulden bei ihr. So rauchten wir also Gras, unterhielten uns über die „Drei Kameraden“ und plötzlich fragte sie mich: Was willst du aus deinem Leben machen? Ich begann, irgendetwas zu stammeln, aber sie ließ nicht locker: Ob ich so etwas wie ein Ziel habe?

Da platzte ich dann damit heraus, dass ich ein europäischer Schriftsteller sein wolle. Zu dieser Zeit gehörte Litauen zur Sowjetunion, aber die Menschen schwenkten die Vorkriegs-

flagge Litauens, sangen die alte Nationalhymne und träumten von der Unabhängigkeit. Was bedeutet das alles, fragte Roza (ihrer Meinung nach war Roza ein sehr guter Deckname für eine Hure). Ich wusste nicht, was ich dazu sagen sollte. „Das ist also dein Versprechen an dich selbst?“, fragte Roza und begann zu lachen. Ich musste auch lachen. Wir beide lachten so sehr, dass uns die Tränen kamen. Später wurde Litauen unabhängig, Roza starb an einer Überdosis Heroin und ich zahlte niemals zurück, was ich ihr schuldete.

Nun, 30 Jahre später, habe ich rund 20 Bücher geschrieben, mein Werk ist in zehn europäische Sprachen übersetzt worden, aber ich weiß noch immer nicht, ob ich mich nun letzten Endes einen europäischen Schriftsteller nennen kann und was das um Gottes Willen bedeutet. Ich lebe in einem Hinterland Europas, könnte man sagen, an der ewigen Peripherie eines Imperiums (und dabei daran denken, dass Europa mit uns endet), und die Bewohner der großen europäischen Länder (die Italiener, die Deutschen, die Franzosen, die Engländer etc.) wissen selbst heute meistens nicht, wo Litauen liegt oder ob es sich überhaupt in Europa befindet. Bereitet mir das Kopfzerbrechen? Kaum. Vielleicht stimmt sogar das Gegenteil.

Einerseits mag ich die Vorstellung von Europa sehr. Ich mag es, dass ich in einem Gebilde lebe, das ein Produkt vieler Nationen ist und die Schöpfung sehr unterschiedlicher Kulturen. Dieses Gebilde hat eine unglaublich

interessante Geschichte, zusammengewoben aus vielen Geschichten, vielen schöpferischen Handlungen, die meinem kurzen Leben auf der Erde Sinn verleihen und gleichzeitig helfen, die sexuelle Energie zu bezähmen oder, um es anders zu sagen, die Urtriebe, die Sigmund Freud so liebte. Vor einem halben Jahrhundert legte der britische Historiker Hugh Seton-Watson die Probleme der EU dar, Probleme, die heute noch relevant sind, und vielleicht sogar die wichtigsten: Erstens reicht es nicht aus, eine europäische Union lediglich auf der Grundlage der Wirtschaft und der durch die Nato gegebenen Sicherheit zu schaffen. Man braucht noch mehr, was für die ideologische und idealistische Ebene von Bedeutung ist. Wenn das Einzige, was uns verbindet, der Drang nach Geld ist und ein Gefühl der Angst, dann ist das zu wenig. Wenn ich mich nun an diesen jungen Mann erinnere, dem eine ältere Hure die Geheimnisse des Lebens und des Todes enthüllte, denke ich, dass er tatsächlich diese Sehnsucht nach Europa hatte, nach dem Ideal Europas und nicht einfach nach einer Union für Finanzen und Verteidigung. Eine Sehnsucht nach, wie Seton-Watson es ausgedrückt hat, einem bestimmten geheimnisvollen Nimbus, einem Bedarf nach Mysterium und Mystizismus.

Ich glaube, ich verstehe, was dieser Brite sagen wollte. Vielleicht ist es für Osteuropäer offensichtlicher, besser zu verstehen, weil sie das

„Man braucht noch mehr, was für die ideologische und idealistische Ebene von Bedeutung ist. Wenn das Einzige, was uns verbindet, der Drang nach Geld ist und ein Gefühl der Angst, dann ist das zu wenig und ein zu schwacher Grund.“

sehr stark erlebt haben. Nachdem Litauen unabhängig wurde, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, nachdem wir Mitglieder der Nato und der EU wurden, hatte ich die Gelegenheit, ziemlich viel durch Europa zu reisen und dank einiger wundervoller Menschen im Kulturleben (unabhängig davon, wo sie selbst lebten) verbrachte ich auch recht viel Zeit in Berlin, Wien, Salzburg und Wiesbaden. Ich erinnere mich an meine Zeit am Wannsee, und dass ich zum ersten Mal die Gelegenheit hatte, meine Erfahrungen sehr genau zu vergleichen: Von 1984 bis 1986 diente ich in der sowjetischen Armee in Cottbus. Für mich, einen jungen Mann aus einer Kleinstadt am Rande des sowjetischen Reiches, war Cottbus auch ein Teil des großen Europas. Für die Deutschen in der DDR war ich ein sowjetischer Besatzer, während die Russen mich misstrauisch beäugten und mich für einen Faschisten aus dem Baltikum hielten. Das war ein höllisch anderes Europa, voller Unterdrückung, Erniedrigung und ideologischem Schwachsinn.

Aber als ich 2009 am Wannsee lebte, war ich einfach ein Mensch, ein Europäer, und ich werde nie die Freude vergessen, die ich empfand, wenn ich durch Berlin lief, denn ich fühlte mich wie in einem Buch oder in einem Film. Ich erinnere mich daran, wie ich einmal an der Berliner Oper vorbeilief und dort einfach eine Karte für Aida kaufte. Das war ein wunderbares Gefühl...

Vielleicht habe ich in diesem Augenblick den großen Unterschied zwischen den zwei Deutschlands, den zwei Europas, meinen zwei Erfahrungen gespürt. Und das war ein sehr gutes Gefühl, dieses europäische Gefühl, denn es kommt aus der Freiheit, aus der Möglichkeit, eine bewusste Wahl treffen zu können, aus der Möglichkeit, die ganze europäische Geschichte und Kultur auf diese Art zu erleben, frei in den Straßen Berlins, Wiens, Amsterdams herumzulaufen, in den Schweizer Alpen Ski zu

## Europäische Angst

fahren, Bier zu trinken in einem Pub in Prag oder Ljubljana oder sogar meinen Hund am Fluss Neris in Vilnius Gassi zu führen.

Menschen, denen dieses Gefühl, diese Freude genommen worden war, verstehen dies sehr gut. Ich möchte sagen, dass Europa nicht einfach nur ein Ort ist, an dem man Dinge kaufen kann, nicht einfach nur die Hoffnung, dass die Nato uns vor den wilden Skythen schützen wird – es ist als Erstes und vor allem eine gelebte Erfahrung, das Zeitalter, bei dem die Erinnerung etwa 3.000 Jahre zurückreicht, und das, geben wir es zu, einen Wert hat.

### *Reibung zwischen Ost und West*

Das zweite Problem, das Seton-Watson formuliert hat, ist der Wunsch Osteuropas, sich von Osteuropa zu distanzieren. Es stimmt, dass er in einer Zeit geschrieben hat (in den 1980er Jahren), als die Länder Osteuropas noch keine Mitglieder der EU waren, aber diese Trennung und die Doppelmoral gibt es bis heute. Es wird sogar gesagt, wie sich zeigt, dass Osteuropa einfach eine Müllhalde für die großen Länder des Westens sei. Deutschland ist dafür ein gutes Beispiel: Wenn man Zeit mit Deutschen verbringt, wird man früher oder später zu hören bekommen, dass diese Person „aus dem Osten“ stammt und jene „aus dem Westen“. Diese Reibung setzt sich fort auf der europäischen Ebene und sie wird wahrscheinlich in der nahen Zukunft nicht verschwinden. Das ist die menschliche Natur. Es fällt leichter, sich mit einer kleinen Gruppe zu identifizieren als mit der ganzen Welt. Um die Wahrheit zu sagen, tut es mir persönlich als Osteuropäer nicht weh, dass ich im Westen als „anders“ wahrgenommen werde. Ich bin tatsächlich anders. Und das ist gut so. Und noch einmal: Ich spreche über nationale Einheit, nicht über Nationalismus. Witold Gombrowicz, ein fantastischer polnischer

Schriftsteller, der den Großteil seines Lebens als Emigrant verbracht hatte (1939 ging er nach Argentinien und konnte wegen der Besetzung der Nazis und später der Sowjets nicht mehr in sein Heimatland zurückkehren), instruierte in seinen Tagebüchern seine polnischen Zeitgenossen: Versucht nicht, Europa einzuholen, das wird euch nie gelingen: Statt zu versuchen, mit einer ausländischen Reife Schritt zu halten, versucht die Unreife Europas aufzudecken. In anderen Worten: Eine originelle Beziehung eines Individuums oder einer Nation mit der Welt (Existenz) ist von größerem Wert als der Versuch, etwas nachzuahmen, um eine Art abstrakter Europäer zu werden.

Da ich jetzt schon von Nationalismus gesprochen habe, sollte ich erklären, was ich darunter verstehe. Mir gefällt die Definition von Nationalismus und nationaler Einheit des litauischen Wissenschaftlers und Semiotikers Algirdas Julius Greimas, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich lebte. Nationalismus ist nach Greimas eine politische Ideologie, welche die Werte, die zu einer bestimmten nationalen Gemeinschaft gehören, absorbiert und für politische Zwecke nutzt. Während die nationale Einheit die Gesamtheit der kulturellen Bedürfnisse ist – moralische, psychische, religiöse, mythologische, künstlerische etc. – einer bestimmten Nation. Deshalb gehört der Nationalismus zum politischen Überbau einer Gesellschaft und nationale Einheit zum kulturellen Überbau einer Gesellschaft.

Im Internet machen sich die Leute gerne einen Spaß daraus, Lenin mit Lennon zu vergleichen, als ob die beiden etwas gemeinsam hätten, nicht nur die ersten Buchstaben ihrer Nachnamen. Nachdem man John Lennons Lied „Imagine“ gehört hat, könnte man zustimmen: Es gibt keinen Himmel, keine Hölle, keine Religion, keine Grenzen, keine Gier, keinen Hunger, jeder teilt alles mit jedem, niemand möchte einen anderen töten. Ist das

nicht letzten Endes die Erfüllung des Traums von Wladimir Iljitsch Uljanow Lenin: der Sieg der sozialistischen Revolution?

Die EU oder zumindest die Idee dahinter erinnert an einen der Träume dieser beiden Männer. Eine Sprache (es ist nicht klar, welche – Englisch, Französisch oder Deutsch), aber trotzdem wäre es besser, wenn es nur eine gäbe (überlegen Sie nur, wie viel wir sparen würden, wenn nicht Tausende von Übersetzern in Luxemburg, Straßburg und Brüssel säßen und riesige Mengen an Geld bekämen!). Keine Landesgrenzen. Und das, was denen genommen wird, die viel besitzen, wird denen gegeben, die weniger haben. Religion? Zur Hölle mit der Religion. In Holland habe ich sogar ein Bordell in einer Kirche gesehen. Was noch? Nun, das alles ähnelt sehr einer bestimmten Form von Sozialismus oder John Lennons Poesie.

Die EU hatte sich wunderbar entwickelt, wären da nur nicht die muslimischen Fundamentalisten und Extremisten. Sie strömten in ein selbstzufriedenes Europa und zerstörten all diesen Sozialismus – es wurde deutlich, dass es nicht so gut ist, ohne Grenzen zu leben, dass Religion immer noch eine starke Macht ist – denn Religion ist in den Augen fundamentalistischer Moslems wichtiger als Politik. Es hat sich gezeigt, dass nicht jeder alles teilen möchte. Die Briten nahmen ihre Spielzeuge

„Für die Deutschen in der DDR war ich ein sowjetischer Besatzer, während die Russen mich misstrauisch beäugten und mich für einen Faschisten aus dem Baltikum hielten. Das war ein höllisch anderes Europa, voller Unterdrückung, Erniedrigung und ideologischem Schwachsinn.“

und verließen den Sandkasten. Die EU, die sich wie Narziss bewunderte, sah plötzlich, dass es große Sprünge in dem Spiegel gab, in den es zufrieden geblickt hatte. Tatsächlich regt sich Brüssel manchmal so auf, dass einige Staaten das Gefühl haben können, diskriminiert zu werden, dass sie anfangen zu glauben, man wolle ihre nationale Einheit, ihre Werte angreifen und deshalb bekommen Populisten sofort die Gelegenheit, Dinge zu politisieren – wie ich bereits erwähnt habe, einen nationalen Wert zu stehlen und ihn zu einem politischen Werkzeug zu machen.

Der dritte Punkt, den Seton-Watson hervorhebt, ist die Überzeugung, dass Europa christlich sei, das heißt, ein monolithisches kulturelles Phänomen. Seiner Meinung nach ist es eine hellenistische, römische, persische, jüdische und schließlich muslimische Tradition. Das kann man nicht leugnen.

Ganz ehrlich: Wenn ich an die europäische Einheit denke, dann scheint die christliche Tradition das überzeugendste Argument zu sein. Aber ist das nicht vielleicht eine Illusion? In seinem Buch „Kritik der zynischen Vernunft“ erzählt Peter Sloterdijk eine Geschichte aus dem Mittelalter: Eine junge Frau wurde von einem Bewunderer umworben, aber aus Angst, ihre Seele und Reinheit zu beflecken, wehrte sie ihn immer wieder ab. Ein Priester vor Ort unterstützte die Entschlossenheit dieser jungen Frau. Eines Tages musste er nach Venedig reisen und rang der Frau das Versprechen ab, während seiner Abwesenheit der Verführung nicht nachzugeben. Die Frau stimmte zu, aber bat ihn, für sie einen Spiegel mitzubringen. Die Frau hielt ihr Versprechen und als der Priester zurückkehrte, fragte sie ihn, ob er ihr den Spiegel mitgebracht hatte. Der Priester zog einen Schädel unter seiner Robe hervor, warf ihn vor sie hin, und sagte: Dies ist dein wahres Gesicht, denke daran, dass du sterben wirst und dass du vor Gott nichts bist. Die

## Europäische Angst

Frau war entsetzt und gab sich in der gleichen Nacht ihrem Verehrer hin. Sloterdijks Schlussfolgerung lautet: „Sobald sich der Christ im Totenkopf wie in einem Spiegel wiederkennt, kann er dahin kommen, wo die Angst vor dem Tod zurücktritt vor der Angst, nicht gelebt zu haben. Er begreift dann, dass es genau die ‚Hure Welt‘ ist, mit der ins Bett zu steigen die Chance dieses unwiederbringlichen Lebens darstellt.“ Vielleicht hat Europa oder die westliche Zivilisation erst vor Kurzem zu verstehen begonnen, dass es notwendig ist, die Chance dieses unwiederbringlichen Lebens voll und ganz zu nutzen. Im Westen stehen die Kirchen da wie prachtvolle verkrustete Muscheln, aber die Perle des Glaubens ist schon lange nicht mehr in ihnen. Zweifellos hat Religion, insbesondere religiöser Fanatismus, wirklich nichts mit Fortschritt zu tun. Ich denke, dass diese Form eines ethischen Systems ausgedient hat. Aber wenn es keine Religion gibt, welches System kann dann Menschen erklären, dass sie moralisch handeln müssen? Ein Strafgesetz? Oder steht es in der Anleitung, die mit dem neuesten iPhone oder Samsung kommt?

Die heutige politische Korrektheit ist manchmal eine hässliche Erinnerung an den Kommunismus – sie zwingt das Individuum dazu, dem Kollektiv zu gehorchen: unter welchen Umständen auch immer, man muss immer die Meinung der Mehrheit bestätigen und wenn man dies nicht tut, wird man verurteilt – auf Facebook, auf der Arbeit und in der EU. Es ist eine Art gemeinsame Unterdrückung des Individuums, die es sogar schon vor Sokrates gab. Individualität und Originalität sind nur mit Zustimmung der Mehrheit genehm und das ist absurd. Ich habe festgestellt, dass ich öfter Schriftsteller oder Denker mag, die aus ihren begrenzten Communitys geflüchtet sind: Emigranten, Einsiedler. Sie haben einen besseren Überblick, sie gewinnen einen gewissen Abstand. Zum Beispiel Tim Parks, dessen

Buch „Europa“ ich letztes Jahr im Frühling in Berlin gekauft habe. Laut Parks glaubte Platon nicht an ideale Formen. Sein idealistisches Verständnis, die Essenz seiner Ideen kam aus der Sehnsucht, die wir alle teilen, die wir irgendwo tief in unserem Innern spüren, von einer Sehnsucht nach Perfektion, nach einem Ideal. Wir träumen von der letztgültigen Wahrheit, von Balance, davon, dass alles in der letzten Analyse stabil ist – die Arbeit, das Zuhause, Europa, ein Ende der Konflikte, der Armut und der Beginn der Solidarität in der Welt, in der eine perfekte Technologie jedes menschliche Leiden beenden wird... Wenn wir uns an Lenin und Lennon erinnern, dann sind wir seit Platon nicht sehr weit gekommen.

Leider können weder Europa noch der Rest der Welt diese Perfektion erreichen. Es wäre wunderbar, wenn Menschen in dieser Welt zielgerichtet handeln könnten, bewusst und moralisch. Ich glaube, dass sie so zu handeln versuchen, wenn auch nicht einmal sehr bewusst, aber egal. Und natürlich würde es mir gefallen, wenn die Welt zum Beispiel am 9. Februar jubeln und feiern würde, dass an diesem Tag der brillante zeitgenössische Schriftsteller J. M. Coetzee geboren wurde, aber die Welt jubelt und feiert, wenn ein neues beschissenes iPhone oder ein Ferrari herauskommt.

Die Welt ist undankbar, unkultiviert und gleichzeitig wunderbar und einzigartig. Es mag sein, dass die Zukunft im Osten liegt. Immerhin gibt es etymologische Erklärungen dafür, dass Asien das Land der aufgehenden Sonne ist und Europa das der untergehenden Sonne.

Was kann die Kultur tun? In den Augen eines Philosophen ist es die ontologische Funktion oder Aufgabe der Schönheit, eine Brücke zwischen Ideal und Wirklichkeit zu bauen. Die Kultur ist seit Langem in Konflikt mit diesem Problem – aber das ist ihre wesentliche und wichtigste Aufgabe. Die Kultur lebt in den Details, in unserem Alltag, in unseren Hand-

lungen. Es sind nicht die großen Projekte und Konzerte, die Ausstellungshallen und die lauten bunten Messen. Gutes Aussehen ist wahrscheinlich tatsächlich, wie ein Sprichwort sagt, nicht alles. Seine oder ihre andere Schönheit, so banal es auch klingen mag, verbirgt sich im Inneren und in diesem Fall, wenn wir über Europa sprechen, liegt die Schönheit (und der Schrecken) eines Europäers in der zuvor erwähnten 3.000 Jahre alten Tradition.

Vor einem halben Jahr erhielt ich eine E-Mail aus England von einer Frau, die mir für ein Gedicht über die Zentralbibliothek von Manchester dankte. Im Jahr 2008, als ich mit ein paar anderen Schriftstellern in der Stadt war, rezitierte ich einige meiner Gedichte. Ich saß in einem alten Lesesaal und sah vor mir eine lange Liste der Bibliothekare, die hier gearbeitet hatten. Um ehrlich zu sein, schrieb ich mehr aus Langeweile denn aus Neugier mehrere Namen auf, aber später geschah etwas. Irgendetwas verhinderte, dass ich diese Namen vergaß und schließlich entstand aus dieser Liste der Namen von Bibliothekaren ein Gedicht.

2010 erschien eine Übersetzung dieses Gedichts in Litauen in der englischsprachigen Zeitschrift „Vilnius Review.“ 2016 stieß eine Frau, die ein Buch über die Bibliothekare Manchesters geschrieben hatte, auf mein Gedicht, und wie sie sagte, genau an dem Tag, an dem

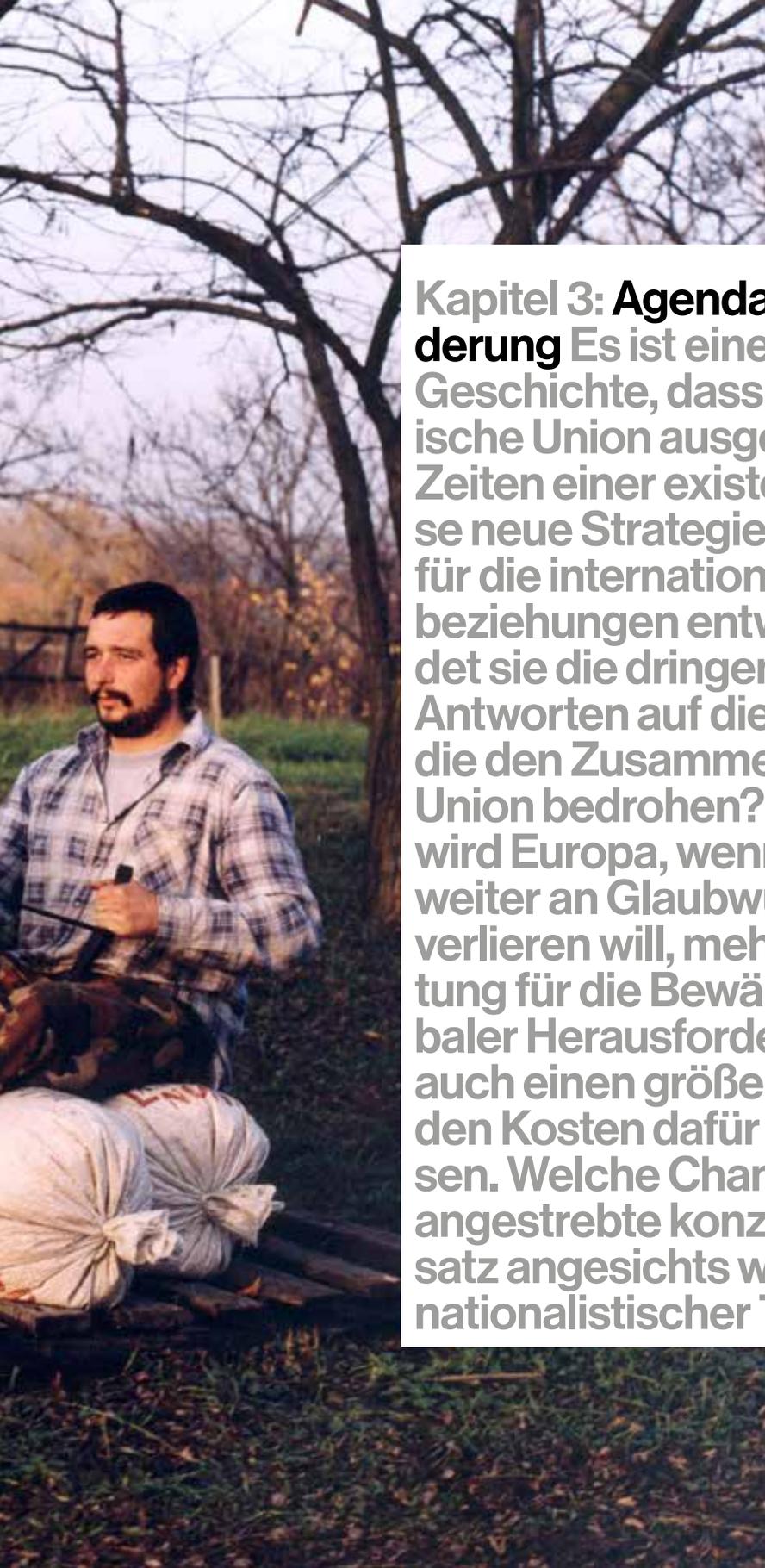
„Natürlich würde es mir gefallen, wenn die Welt zum Beispiel am 9. Februar jubeln und feiern würde, dass an diesem Tag der brillante zeitgenössische Schriftsteller J. M. Coetzee geboren wurde, aber die Welt jubelt und feiert, wenn ein neues beschissenes iPhone oder ein Ferrari herauskommt.“

ihr Buch erschienen war. Sie war glücklich, aber traurig, dass sie nicht vorher von diesem Gedicht gewusst hatte, denn es wäre das perfekte Ende für ihr Buch gewesen. Auch ich war glücklich: Es ist solch ein gutes, echtes Gefühl, dass wir beide im Kontakt stehen mit der geheimen inneren Essenz der Kultur und des Geistes, auch wenn uns nur ein paar Verse verbinden. Aber die Welt erweitert sich, vertieft sich, wird facettenreich, nuanciert, weil wir durch Beziehungen verbunden sind, die ein bisschen wichtiger sind als Geld.

In einem Buch der amerikanischen Schriftstellerin Nicole Krauss gibt es diesen Gedanken: „Dann eines Tages schaute ich aus dem Fenster. Vielleicht betrachtete ich nachdenklich den Himmel. Setze selbst einen Dummkopf vor das Fenster und du hast einen Spinoza.“ Ich dachte: Ein Buch ist auch ein Fenster und indem man durch es hindurchsieht, kann man ein Spinoza werden. Und auch wenn man kein Spinoza wird, wird es zumindest schwieriger, dich hereinzulegen. Wenn ich die Hure Roza jetzt träfe, würde ich ihr sagen, dass ich mein Versprechen gehalten habe. Es ist wahr, dass ich noch immer nicht genau in Worte fassen kann, was es bedeutet, ein europäischer Schriftsteller zu sein, aber ich fühle es. Und es ist ein verdammt gutes Gefühl.

**Sigitas Parulskis**, geboren 1965, ist ein litauischer Dichter, Essayist, Dramatiker und Rezensent. Parulskis hat 16 Werke veröffentlicht, darunter Essays und Gedichtbände, Theaterstücke, einen Roman und zwei Drehbücher. Seine Werke sind ins Russische, Englische, Lettische, Finnische, Polnische, Tschechische, Französische, Deutsche, Griechische, Schwedische und in andere Sprachen übersetzt worden. Er erhielt alle wichtigen litauischen Literaturpreise. 2004 wurde er Laureate of National Culture and Art und 2016 wurde er mit dem Preis für Literatur, Kunst und Wissenschaft der Baltischen Versammlung ausgezeichnet.





**Kapitel 3: Agenda der Veränderung** Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Europäische Union ausgerechnet in Zeiten einer existenziellen Krise neue Strategievorschläge für die internationalen Kulturbeziehungen entwickelt. Findet sie die dringend nötigen Antworten auf die Probleme, die den Zusammenhalt der Union bedrohen? Mittelfristig wird Europa, wenn es nicht weiter an Glaubwürdigkeit verlieren will, mehr Verantwortung für die Bewältigung globaler Herausforderungen und auch einen größeren Anteil an den Kosten dafür tragen müssen. Welche Chancen hat der angestrebte konzertierte Ansatz angesichts wachsender nationalistischer Tendenzen?

Es ist die Kultur, Dummkopf! Was ist mit Kultur gemeint, wenn auf europäischer Ebene darüber diskutiert wird? Auf jeden Fall stellt sich die Frage, wie europäische Mehrheitsgesellschaften Raum für Unterschiede und Vielfalt schaffen und gleichzeitig den Kontext bieten können, der ihren Bürgern ein geteiltes Gefühl der Zugehörigkeit ermöglicht. Wie kann eine Strategie für die internationalen Kulturbeziehungen effektiv in bestehende Programme integriert und in konkrete Handlungen umgesetzt werden?

*Von Helga Trüpel und Jochen Eisenburger*



Die ständig wachsende Politikverdrossenheit in Europa und der Anstieg von rechtem Populismus in mehreren EU-Mitgliedsländern haben die politischen Systeme in Europa unter Druck gesetzt. Da es weitgehend gescheitert ist, die jüngsten Veränderungen in der politischen Landschaft von EU-Ländern mit sozioökonomischen Parametern zu erklären, richtet sich die Aufmerksamkeit nun auf die Rolle der Kultur in unseren Gesellschaften. Die Diskussion dreht sich um die Angst vor politischer Regression, Zurücknahme der Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen sowie der Rückkehr ethnonationaler Ideologien.

Diese „kulturelle Wende“ spiegelt die Geschichte der Vernachlässigung der kulturellen Dimension in der Politik in den letzten Jahrzehnten. Die Vernachlässigung zeigt sich,

wenn Prioritäten bei der Budgetierung gesetzt werden, und bei der Verteilung politischer Posten. Kultur rangiert immer noch unter AOB („any other business“). Doch die Angst, in einer globalisierten Welt abgehängt zu werden, der Eindruck, das eigene kulturelle Zuhause zu verlieren, und ein schwächeres Zugehörigkeitsgefühl können die politische Richtung eines Landes verändern. Fragen Sie die Briten oder Amerikaner.

Die „kulturelle Wende“ ist etwas, auf das man sich in der Politik freuen kann, aber noch ist sie nicht Wirklichkeit geworden. Auf der EU-Ebene sind mehrere Projekte in der Pipeline: Nach Jahren der Arbeit öffnete 2017 in Brüssel das Haus der europäischen Geschichte seine Pforten. 2018 begehen wir das Europäische Jahr des Kulturerbes, zudem wird der neu eingerichtete European Solidarity Corps (ESC) seine Arbeit aufnehmen.

Präsident Juncker fordert aktuell eine neunfache Vergrößerung des Budgets für ERASMUS+ für die Zeit nach 2020 und die EU-Institutionen verpflichten sich dazu, dass die Kultur in den EU-Außenbeziehungen eine größere Rolle spielen soll.

Ich schlage vor, vier zentrale Aspekte ins Zentrum der Vorstellung von Kultur auf europäischer Ebene zu stellen, die in allen Sparten der europäischen Kulturpolitik reflektiert werden müssen, sei es in den Bereichen Bildung, Medien oder Kulturprogramme, innerhalb oder außerhalb der EU.

Post-kolonial: Die europäische Kulturpolitik muss immer ihre koloniale Vergangenheit mitbedenken. Ansonsten ist sie blind für die tiefen Spuren, die der europäische Kolonialismus in europäischen Gesellschaften und in nichteuropäischen Ländern auf der ganzen Welt hinterlassen hat.

Dies beginnt mit der Verantwortung zur Selbstkritik und dem Gedenken an kolonialen Terror, der auf der Basis einer Vorstellung von kultureller Überlegenheit, einer falsch verstandenen Mission von Zivilisation und wirtschaftlicher Ausbeutung in die meisten Teile der Welt getragen wurde. Deshalb sollte die Kulturpolitik der EU innerhalb und außerhalb der EU immer eine Politik der Erinnerung einschließen und die Verantwortung für Gedenken und Respekt gegenüber den Opfern unserer Politik in der Vergangenheit.

Dies ist keine unilaterale Übung, aber sie beginnt damit, „dem anderen“ eine Stimme zu geben. Das ist wesentlich für die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der EU gegenüber ihren globalen Partnern und eine wichtige Basis für die Bemühungen der Union, Frieden und Stabilität in der Welt zu fördern.

Vielfältig: Wenn wir über europäische Kulturpolitik diskutieren, liegt die Betonung auf der Vielfalt der europäischen Kulturen, nicht auf einer einzigen homogenen europäischen Kultur. Des Weiteren sind europäische Kulturen nicht nur die Summe von 28 nationalen Kulturen und ihrer zahlreichen Regionen. Sie

„Deshalb sollte die Kulturpolitik der EU innerhalb und außerhalb der EU immer eine Politik der Erinnerung einschließen und die Verantwortung für Gedenken und Respekt gegenüber den Opfern unserer Politik in der Vergangenheit.“

sind keine geschlossenen Boxen, sondern sind in engem Austausch mit und in der Unterscheidung zu anderen entstanden. Die einfache Tatsache, dass eine große Zahl unterschiedlicher Kulturen auf einem relativ kleinen Territorium leben, ist ein zentrales Merkmal unseres Kontinents. Diese Tradition kultureller Vielfalt, Interdependenz und enger Interaktion kann als ein europäischer Wert betrachtet werden.

Zudem befand sich der Kontinent zu allen Zeiten in engem Austausch mit anderen Regionen. Dies brachte und bringt immer noch eine signifikante Zahl von Minderheitengruppen in europäische Gesellschaften.

Die europäische kulturelle Vielfalt wirft Fragen auf, mit denen sich die Kulturpolitik beschäftigen muss. Wir müssen uns fragen, wie die europäischen Mehrheitsgesellschaften Raum für Unterschiede und Vielfalt schaffen und gleichzeitig den Kontext bieten können, der ihren Bürgern ein geteiltes Gefühl der Zugehörigkeit ermöglicht. Kulturpolitik spielt eine wesentliche Rolle dabei, die kulturelle Vielfalt in Gesellschaften zu schützen, wertzuschätzen und zu bewältigen. Sie kann enorm dazu beitragen, die Bedingungen der Zugehörigkeit zu europäischen Gesellschaften insofern neu zu definieren, als dass kulturelle und religiöse Traditionen aller Art ihren Raum im Alltag finden können. Dies ist die *conditio sine qua non*, damit Gastgesellschaften kulturelle Vielfalt als einen zusätzlichen Wert erkennen und nicht als Bedrohung für ihre traditionellen Referenzpunkte in einer Gemeinschaft wie etwa Ehe und Familie.

Demokratisch: Zudem muss die Vorstellung von Kultur in der europäischen Kulturpolitik im Wesentlichen eine demokratische Vorstellung sein. Dies bedeutet, Kultur nicht als Vehikel zu nutzen, um die Vorstellung ethnischer Homogenität, Autorität oder sogar Überlegenheit umzusetzen. Kultur sollte im Gegenteil ein Raum sein, der Vielfalt und Heterogenität

## Agenda der Veränderung

begrüßt und eine Plattform für den Austausch auf Augenhöhe zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft.

Solch ein partizipatives und bewegliches Modell von Kultur ist in seiner Operationalisierung nicht unbedingt eine leichte Übung für die europäische Kulturpolitik und die Kulturinstitutionen. Zentrale nationale Kultureinrichtungen haben sich im Laufe der Geschichte mit einer Mission der Repräsentierung und Identitätsbildung hervorgetan. Diese Institutionen zu öffnen, lineare nationale Narrative aufzubrechen, zuzulassen, dass Minderheitenkulturen vertreten sind, mit neuen Prozessen der Kreation und Kuratation zu experimentieren sowie Raum zu lassen für neue Institutionen im Kulturbereich sind große Herausforderungen für einen Sektor, der in Hinsicht auf das Budget unter großem Druck steht. Dies ist umso mehr der Fall in einem Bereich, der manchmal von traditionellen Vorzeige-Institutionen dominiert wird, deren Erhalt bei strukturellen Reformen sogar noch eine stärkere Trägheit erzeugen kann.

Im europäischen Maßstab erzeugt dies auch das Problem der fehlenden Synchronisation zwischen EU-Mitgliedstaaten. Während einige Mitgliedstaaten in der komfortablen Situation sind, mehr in den Kultursektor zu investieren, leiden andere nationale Kulturszenen unter Sparmaßnahmen. Die politische Debatte über diese Herausforderungen für die europäische kulturelle Vielfalt, ihre Gleichwertigkeit in der Repräsentation innerhalb und außerhalb der EU, offline und online und im Hinblick auf die Operationalisierung der Unesco-Erklärung zur kulturellen Vielfalt im Jahr 2005 steht erst am Anfang.

Basierend auf Menschenrechten: Es muss verhindert werden, dass Menschen im Namen der Kultur ihrer fundamentalen Menschenrechte beraubt werden. Die fundamentalen Menschenrechte jedes Einzelnen müssen Aus-

gangspunkt aller kulturellen Freiheit sein. Um es ganz platt zu sagen: Die Verstümmelung der weiblichen Genitalien kann nicht als kulturelle Tradition betrachtet werden, die es zu schützen und erhalten gilt unter der Schirmherrschaft der kulturellen Vielfalt.

Meiner Ansicht nach müssen diese zentralen Merkmale der Vorstellung von Kultur die Maßstäbe für die gesamte europäische Kulturpolitik und für alle Programme sein.

Die Veränderung der Gestaltung und Methode in den auswärtigen Kulturbeziehungen der EU ist keine radikale Revolution, sondern ein Übergangsprozess, der seit ungefähr zehn Jahren im Gange ist. Die Institutionen der EU haben sich im Zusammenhang mit der europäischen Agenda für Kultur 2007 klar zur Bedeutung des kulturellen Aspekts in der Außen- und Entwicklungspolitik bekannt. 2011 folgte das Europäische Parlament mit einer eigenen Resolution zur kulturellen Dimension der EU-Außenbeziehungen, die erste Vorschläge auflistet für einen gemeinsamen strategischen Rahmen in der auswärtigen Kulturstrategie. Zwei Jahre später wurde auf Initiative der Grünen im Europäischen Parlament die vorbereitende Maßnahme „Kultur in den auswärtigen Beziehungen der EU“ gestartet, um bestehende Programme und Vorgehensweisen aufzuzeichnen und somit eine Grundlage zu einer umfassenden EU-Strategie für die internationalen Kulturbeziehungen zu schaffen. Seitdem haben sich die drei zentralen EU-Institutionen alle positioniert und ihre Visionen für die Strategie der EU in den auswärtigen Kulturbeziehungen beschrieben.

Die Mitteilung der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Diensts „Auf dem Weg zu einer EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen“ vom Juni 2016 ist die bei Weitem klarste und detaillierteste Vision. Das Parlament reagierte auf die Vorschläge in einem eigenen Bericht und

der Rat zog in der Angelegenheit verschiedene Schlussfolgerungen.

Zusammen legen die Dokumente eine bemerkenswerte Verschiebung in der auswärtigen Kulturpolitik der EU fest: Die EU stellt Bottom-up-Ansätze, die eine stärkere Beteiligung von Künstlern, Kulturorganisationen und der Zivilgesellschaft ermöglichen, ins Zentrum einer zukünftigen EU-Strategie. Eine solche Veränderung stellt eine grundsätzliche Verlagerung in der Kulturpolitik der EU und der Mitgliedstaaten dar – weg von Konzepten der Kulturdiplomatie, bei denen die kulturelle Dimension in den Außenbeziehungen als Schaufenster für die kulturellen Produktionen der EU dient. Stattdessen ist nun die Idee, die Kontakte zwischen Menschen zu stärken, was eine aktivere Beteiligung der Zivilgesellschaft und der kulturellen Akteure ermöglicht. Dies kann Kulturprojekte in ihrer Methode demokratischer machen und im Inhalt vielfältiger.

Eines der Elemente dieser Achse wird die Stärkung der bestehenden Kulturprogramme der EU sein. Schon heute sind Creative Europe und Erasmus+ ein fruchtbarer Boden für das interkulturelle Verstehen, für Innovation und starke Brücken zwischen europäischen Gesellschaften. Diese Erfahrung sollte ausgeweitet werden auf Drittländer durch eine stärkere externe Dimension. Die Basis für eine EU-Strategie in den internationalen Kulturbe-

„Die Idee ist, die Kontakte zwischen Menschen zu stärken, was eine aktivere Beteiligung der Zivilgesellschaft und der kulturellen Akteure ermöglicht. Dies kann Kulturprojekte in ihrer Methode demokratischer machen und im Inhalt vielfältiger.“

ziehungen ist im Prozess des letzten Jahrzehnts gelegt worden. Nun ist die Zeit gekommen für die Operationalisierung dieser Übung. Zu diesem Zweck hat der Rat die Gruppe Friends of the Presidency gebildet, die das Ziel verfolgt, „eine integrierte, umfassende und schrittweise Herangehensweise in der EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen, die Synergien zwischen allen relevanten politischen Bereichen findet.“

Dies ist gut, denn es ist wichtig, den günstigen Moment zu nutzen, der sich mit der gemeinsamen Mitteilung der Kommission und des EAD ergeben hat, statt die Papiere im institutionellen Bermuda-Dreieck der EU untergehen zu lassen. Darüber hinaus kommt diese Debatte zur rechten Zeit im Hinblick auf die Aushandlung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU nach 2020 und die Strukturreformen zu den Einnahmen und Aufwendungen der EU, die Kommissar Oettinger im Mai 2018 vorstellen möchte.

Gleichzeitig erscheint die Struktur der Gruppe Friends of the Presidency als Ausdruck eines strukturellen Konservatismus und einer Bewahrung der wohlerworbenen Rechte der EU-Mitgliedstaaten. Die Arbeitsgruppe operiert momentan im Hintergrund ohne jegliche Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit, was Inhalt und Arbeitsplan betrifft. Zudem fehlt ihr die Beteiligung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft. Ich bin überzeugt, dass solche Ergänzungen der aktuellen Struktur der Friends of the Presidency einen großen Mehrwert für den Prozess haben können. Dies würde besser zum progressiven Charakter des Reformvorhabens passen, das darauf abzielt, eine internationale Kulturstrategie zu entwickeln mit einem stärker partizipativen Bottom-up-Ansatz im Zentrum und das eine europäische Vorstellung von Kultur mit sich bringt, im Sinne einer demokratischen, post-kolonialen und vielfältigen Kultur.

## Agenda der Veränderung

Wir haben die starke Hoffnung, dass die Gruppe Friends of the Presidency und der weitere Prozess Antworten auf zentrale Fragen geben kann: Wie kann eine Strategie für internationale Kulturbeziehungen effektiv in bestehende Programme integriert und in konkrete Aktionen umgesetzt werden? Wie können wir eine wirksame Koordination, Zusammenarbeit und Mitgestaltung unter Interessenvertretern in der EU und in Partnerländern sicherstellen?

Wie können wir solche Aktivitäten mit einer nachhaltigen Finanzierung ausstatten?

Bestehende Strukturen einbinden: Das thematische Spektrum für auswärtige kulturelle Aktivitäten ist breit. Dies spiegelt sich gut in den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, bei denen Kultur kein einzelnes Ziel darstellt, sondern vielmehr konzipiert ist als horizontale Dimension, die soziale Inklusion, wirtschaftliche Entwicklung und Innovation, Demokratie, Bildung, Konfliktprävention und Versöhnung ermöglichen kann. In den Außenbeziehungen der EU ist diese große Bandbreite an Themen durch eine große Zahl meist unabhängiger Programme abgedeckt und seit Kurzem auch durch Treuhandfonds wie das Europäische Nachbarschaftsinstrument, das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte, der Europäische Entwicklungsfonds, das Instrument für Stabilität und Frieden, der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung und so weiter. Zudem beinhalten alle internen EU-Programme für Kultur, Bildung, Jugend und Forschung eine externe Dimension, die Möglichkeiten für die Beteiligung von Drittländern eröffnet.

Um eine größere Effektivität zu erreichen und die Sichtbarkeit zu erhöhen, sollte die neue Strategie darauf abzielen, die aktuelle Fragmentierung in den Strukturen für die Umsetzung zu überwinden. Das Zusammenbringen der verschiedenen Generaldirektionen mit den

verantwortlichen Akteuren im Europäischen Auswärtigen Dienst in einer Arbeitsgruppe ist auf politischer Ebene nützlich.

Die Plattform für Kulturdiplomatie ist ein erster Schritt, um lose Fäden zu verbinden und ein Austauschforum anzubieten für die umsetzenden Organisationen und Unterstützungsempfänger. Eine bessere Zusammenführung von Informationen wäre wünschenswert, um potenziellen Unterstützungsempfängern einen einfachen Zugang zu den zahlreichen kulturellen Aktivitäten unter den verschiedenen Programmtiteln zu ermöglichen. Dies sollte zusammengehen mit klar festgelegten Etatposten für kulturelle Aktivitäten in den entsprechenden Programmen.

Nachhaltige Finanzierung: Die Fragmentierung in der Programmierung der aktuellen internationalen Kulturbeziehungen der EU geht einher mit einer Fragmentierung der Finanzierung kultureller Aktivitäten außerhalb der EU. Obwohl es unrealistisch ist, dass ein übergeordnetes Programm für die auswärtigen Kulturbeziehungen im nächsten MFR geschaffen wird, ist es für den Erfolg einer neuen EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen entscheidend, dass sie in den relevanten bereits bestehenden oder neuen Etatposten explizit erwähnt wird.

Dies wird dabei helfen, eine bestimmte Anzahl an Investitionen zu garantieren, eine langfristige Planung von Aktivitäten ermöglichen und die Sichtbarkeit in den Budget-Verhandlungen sichern. Eine ausreichende Budgetierung ist nicht nur für den Nutzen der Projekte wichtig, die im Kontext der externen Kulturstrategie verwirklicht werden sollen, sondern auch, um Erwartungen von Unterstützungsempfängern und Partnerländern zu erfüllen.

Zudem haben wir es mit unterschiedlichen nationalen Budgetierungen in der EU zu tun. Die Ausgaben für die auswärtigen Kulturbeziehungen und nationalen Kulturbeziehungen

können dazu dienen, eine ausgewogenere Repräsentation der kulturellen Vielfalt unseres Kontinents zu sichern sowie eine stärkere Beteiligung vielfältiger kultureller Akteure und der Zivilgesellschaft in internationalen Kulturprojekten. Zu guter Letzt hat die Reflexion über eine EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen innovative Ideen hervorgebracht.

Ein Kulturvisa-Programm analog zu dem bereits bestehenden Wissenschaftsvisa-Programm könnte ins Auge gefasst werden, um Hindernisse für die Mobilität im Kultursektor zu beseitigen. Dies würde zur erklärten Ambition passen, die Kontakte zwischen Menschen zu stärken. Das Europäische Parlament beschloss 2017 die neue vorbereitende Maßnahme, ab 2018 das Konzept der Europäischen Häuser der Kultur zu testen, insbesondere in Kontexten, in denen ein Mehrwert durch die EU erwartet wird. Es lohnt sich für die EU, solche Initiativen mit neuer Finanzierung zu verbinden.

Flexible Zusammenarbeit unter den Akteuren: Im Hinblick auf die Umsetzung vor Ort läuft eine kontroverse Debatte zur Beteiligung der EU durch kulturelle Fixpunkte oder Attachés für Kulturpolitik in den EU-Delegationen. Ein erster Attaché ist bereits in Peking im Einsatz. Während solche Institutionen stark zu einer besseren Koordinierung der Aktivitäten von EU- und Mitgliedsstaaten in Partnerländern beitragen können und die intensive Beteiligung von Kulturakteuren und Akteuren der Zivilgesellschaft ermöglichen, könnte die gleiche Funktion effektiv delegiert werden an

„Ein Kulturvisa-Programm analog zu dem bereits bestehenden Wissenschaftsvisa-Programm könnte ins Auge gefasst werden, um Hindernisse für die Mobilität im Kultursektor zu beseitigen.“

bereits existierende Strukturen, etwa ein nationales Kulturinstitut als leitende Organisation und als Teil eines EUNIC-Clusters. Solche Überlegungen und der Bedarf nach einer Beteiligung der EU werden in jedem Partnerland und in jeder Partnerregion anders sein.

Dies hängt womöglich ab von den historischen Beziehungen mit dem Land, der Intensität der Zusammenarbeit, den bestehenden Strukturen und dem Ziel der individuellen Programme oder Projekte. Die Kulturpolitik der EU ist gut beraten, sich eine solche Flexibilität in der Struktur für die Umsetzung zu gestatten.

Meine Vision für die internationalen Kulturbeziehungen der EU kurz zusammengefasst: (a) gestaltet auf der Grundlage eines demokratischen, post-kolonialen und auf Menschenrechten basierendem Verständnis von Kultur, (b) offen in der Methode der Umsetzung, um verschiedene Ausgangspunkte für die Kulturbeziehungen zwischen der gesamten EU und ihren internationalen Partnern zu reflektieren und darüber hinaus für die gemeinsame Gestaltung von Programmen Raum zu geben, (c) immer in der Rolle der Koordination, gegenseitigen Stimulation und Komplementarität, um die speziellen Kompetenzen zwischen der EU-Ebene und ihren Mitgliedstaaten zu achten. Diese Prinzipien ernst zu nehmen, würde bereits einen Paradigmenwechsel für die auswärtige Kulturpolitik der EU bedeuten.

**Helga Trüpel** ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments für die deutschen Grünen und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung. Vorher war sie Senatorin für Kultur und Integration des Stadtstaats Bremen.

**Jochen Eisenburger** ist Berater von Helga Trüpel für Kultur- und Medienpolitik sowie Budgetfragen. Vorher war er als Berater für die Implementierung von EU-Projekten tätig. Er hat einen Abschluss in Europastudien der Universität Bath, der Humboldt Universität Berlin und Sciences Po Paris.

**Flexibilität plus Handlungsbereitschaft** Kulturdiplomatie fördert Meinungsfreiheit und Empathie. Sie bringt die angeborene soziale Natur des Menschen über Grenzen hinweg zum Vorschein. Wenn die EU ein starkes Narrativ nutzen muss, um sich gegen Propaganda zu wehren und die kulturelle Domäne zu behalten, muss sie dazu bereit sein. Worauf kommt es sonst noch an? Ein Blick von jenseits des Atlantiks. *Von Mai'a K. Davis Cross*



**D**er Anstieg von extremem Populismus, die Abkehr von der Demokratie in mehreren Ländern und die Gegenreaktion auf die Globalisierung verweisen auf die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements für den kulturellen und interkulturellen Dialog. Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat sich die Welt zwar im Allgemeinen zu mehr Demokratie hinbewegt. Das Ideal der demokratischen Regierungsführung ist international klar angenommen worden, insbesondere durch die Vereinten Nationen, und wird als das gemeinsame Ziel für alle Staaten betrachtet. Doch in den vergangenen Jahren gab es immer mehr Bedrohungen für die Vorstellung einer liberalen Weltordnung.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, das Verständnis zwischen den Menschen über Grenzen hinweg zu kultivieren. Im in-

ternationalen System braucht es wohl eine stärkere EU. Tatsächlich ist es eine der größten Leistungen der EU, die Demokratie in Übereinstimmung mit internationalen Normen verbreitet und konsolidiert zu haben. Die EU betrachtet Kultur in einem weiten Sinne: Dazu gehört alles von den Künsten und der Literatur über Tourismus bis hin zu Bildung und Forschung. Und das ist im heutigen Kontext immer wichtiger, denn die der Kultur zugrunde liegenden Prinzipien wie sie in einer gemeinsamen Mitteilung der EU 2016 ausgedrückt wurden – Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Vielfalt und gegenseitiges Verständnis – wirken natürlich den negativen anti-demokratischen Trends entgegen. Ohne die Rolle der EU könnten Normen, die wir alle für selbstverständlich halten, grundlegend ins Wanken geraten – nicht nur in den aufstrebenden Mächten, sondern im Westen selbst mit seinen alarmierenden Entwicklungen wie der Wahl von Trump und dem Brexit.

In den letzten paar Jahren sind besonders Cyber- und Netzwerk-Propaganda zu einem ernststen Problem geworden. Trolle, Schadprogramme und ausländische Regierungen haben mit Absicht versucht, Menschen zu trennen und Angst auszulösen. Zu einem gewissen Grad sind sie dabei auch erfolgreich gewesen. Mit dem Aufkommen individualisierter Propaganda und Firmen wie Cambridge Analytica und AggregateIQ, die

neue „PsyOps“-Strategien einsetzen, können Bürger allmählich in Richtung antidemokratischer Tendenzen bewegt werden. Und um die Sache noch schlimmer zu machen, sind Bürger direkt und leicht erreichbar durch Plattformen wie Google und Facebook. Kulturdiplomatie ist einer der zentralen Wege, wie Länder diese Form hybrider Kriegsführung bekämpfen und sich gegen die Verrohung durch Abschottung, Bigotterie und Fanatismus schützen können.

### *Soft und Smart*

Welche Rolle kann die Kulturdiplomatie bei der Bewältigung dieser ersten Herausforderungen spielen? Langfristiges Engagement bietet einen Puffer für Krisen und es bedeutet, dass Menschen für Propaganda weniger empfänglich sind. Ein starkes Programm für den Kulturaustausch kann helfen, gegen Extremismus und eine „Wir gegen die anderen“-Mentalität vorzugehen. Ich meine, in diesen schwierigen Zeiten ist es notwendig, Kulturdiplomatie als eine Quelle der Soft Power zu betrachten und in einem begrenz-

„Angesichts der Tatsache, dass der internationale Einfluss der EU zum großen Teil gutmütig ist und sie im Allgemeinen danach strebt, eine Kraft des Friedens, der Entwicklung und der Stabilität zu sein, meine ich, dass die EU danach streben sollte, Einfluss auszuüben, insbesondere im Namen der Demokratie. Und sie sollte dafür eine große Bandbreite an Werkzeugen nutzen.“

ten Maß auch als Smart Power. Wir stellen uns Kulturdiplomatie gerne als völlig harmlos vor. Tatsächlich geht es in der Kulturdiplomatie der EU im Wesentlichen nicht um Propaganda oder darum, die eigene Version von Kultur Außenstehenden aufzuzwängen. Stattdessen geht es in der Kulturdiplomatie darum, dass die EU ihre Werte, ihre eigene interne kulturelle Vielfalt und die vielen Ausdrucksformen, die damit einhergehen, der Außenwelt vermittelt. Viele würden lieber gar nicht von Kulturdiplomatie im Zusammenhang mit Macht sprechen. Aber die EU ist bereits relativ gut auf dem Soft-Power-Gebiet des Kulturaustauschs. Als Akteur hat sie keine Angst davor, zu kulturellem Ausdruck in einem offenen Prozess zu ermutigen, auch wenn Ergebnisse von Kulturprogrammen womöglich am Ende die EU selbst kritisieren. Zu zeigen, dass die EU Kritik und Debatte annehmen kann, ist selbst eine starke Quelle ihrer Anziehungskraft als Soft Power.

Angesichts der Tatsache, dass der internationale Einfluss der EU zum großen Teil gutmütig ist und sie im Allgemeinen danach strebt, eine Kraft des Friedens, der Entwicklung und der Stabilität zu sein, meine ich, dass die EU danach streben sollte, Einfluss auszuüben, insbesondere im Namen der Demokratie. Und sie sollte dafür eine große Bandbreite an Werkzeugen nutzen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen würden die Demokratien der Welt eine stärkere EU begrüßen.

Die politische Krise in den USA infolge der Wahl von Donald Trump ist für die EU die größte dieser Herausforderungen. Trumps Präsidentschaft hat unbestreitbar zu einem transatlantischen Zerwürfnis geführt, zumindest auf der Führungsebene, und dies stellt die EU auf verschiedenen Ebenen vor möglicherweise sehr ernste Probleme, insbesondere in Bezug auf ihre Ziele der kulturellen Vielfalt und ihre demokratischen Normen.

## Agenda der Veränderung

Vieles von dem, was Menschen auf der Welt voneinander trennt, wird in einen „kulturellen“ Bezugsrahmen gesetzt, und die Beziehung zwischen den USA und der EU bildet hier keine Ausnahme. Der amerikanische Unternehmer Andrew Breitbart, der Gründer von Breitbart (gestartet 2012) sagte, er habe diese rechte Website gegründet, „um die Kultur zurückzuholen“, womit er meinte, einen „kulturellen und politischen Krieg“ zu führen gegen Mainstream-Ansichten zu Politik und Werten.

Als Steven Bannon Breitbart übernahm, eröffnete er im Jahr 2014 auch eine britische Website und er hat nun Pläne, diese auch in Frankreich und Deutschland zu starten. Bannon, der das Erbe des Gründers der Website weiterführt, spricht offen über die Verbreitung von Breitbart als Teil eines kulturellen und politischen Kriegs. Er spricht davon, das Narrativ zu „einer Waffe zu machen“. Nun, da Bannon das Weiße Haus verlassen hat, kann er wohl die amerikanische Öffentlichkeit noch stärker beeinflussen und dadurch die Spannungen zwischen einer Reihe von Menschen verstärken.

Dies veranschaulicht, warum die EU Smart Power braucht, um in den heutigen turbulenten Zeiten ein zentraler Akteur zu sein. Smart Power ist definiert als die strategische Verbindung von Hard und Soft Power. Während es bei der Soft Power darum geht, andere für die eigene Sichtweise zu gewinnen, geht es bei der Hard Power darum, andere dazu zu bringen, etwas zu tun, was sie ansonsten nicht tun würden. Angesichts dieser Definition sollte klar sein, dass es bei der Hard Power nicht nur darum geht, militärische Gewalt einzusetzen oder wirtschaftliche Sanktionen, wie viele vielleicht vermuten. Stattdessen geht es auch darum, aufzustehen und auf der Weltbühne die eigenen Prinzipien vehement zu vertreten. In Bezug auf Kulturdiplomatie

kann es zu einer Smart-Power-Strategie gehören, zu streiten, gegenüber anderen mutige Aussagen zu treffen oder abzulehnen, wie die anderen Kultur definieren möchten.

Ein Smart-Power-Zugang zur Kulturdiplomatie bedeutet also, dass die EU sich gegen jene behaupten muss, die versuchen, Kultur zu einer Waffe zu machen oder in einen Kulturkrieg einzutreten. Wenn die andere Seite Kultur als Waffe in einem Krieg betrachtet, bleibt nichts anderes übrig, als Kulturdiplomatie auch als eine Form des Widerstands zu sehen.

Solche Bemühungen können auch helfen, gegen Radikalisierung und Rekrutierung für Terrorismus zu kämpfen. Und vor dem Hintergrund der aktuellen Verbreitung psychologischer oder kognitiver Kriegsführung ist Smart Power in Form von Gegenpropaganda notwendig, z.B. durch den Gebrauch von Sprache und Narrativen. Die EU kann die Bedeutung der Kultur zurückerobern, selbst wenn dies beinhaltet, eine stärkere Haltung einnehmen zu müssen.

### *Starke Haltungen zur EU bewahren*

Die Notwendigkeit, eine stärkere Haltung einzunehmen, ist nie größer als in Zeiten der Krise. In meinem Buch „The Politics of Crisis in Europe“ (Cambridge University Press, 2017) zeige ich, dass die EU in Krisenzeiten besonders verletzlich ist aufgrund des zerstörerischen Effekts der Medien, die eine Art gesellschaftliche Panik rund um das Integrationsprojekt auslösen. Europa-Bashing ist populär wie auch das allumfassende Meta-Narrativ, dass die EU schwer zu verstehen sei. Immer wieder haben diese von den Medien verstärkten Wahrnehmungen eine selbst erfüllende Dynamik entwickelt. Was vielleicht als vergleichsweise gewöhnliche po-

litische Herausforderung begann, wächst sich schließlich zu einer Krise aus, die offenbar die schiere Existenz der EU gefährdet. Man muss nur kurz die Titelbilder des „Economist“ in den letzten 60 Jahren durchschauen, um zu sehen, dass „das Ende Europas“ wiederholt und irrigerweise verkündet worden ist.

Als Antwort auf Krisen hat die EU mit kurzfristiger Public Diplomacy reagiert. Public Diplomacy in Krisenzeiten versucht das Narrativ durch Medien, durch gesellschaftliches und akademisches Engagement zu korrigieren. Aber Public Diplomacy kann erst dann wirken, wenn eine Krise zuschlägt. Um effektiv zu sein, braucht sie eine langfristige Basis.

Im Wesentlichen ist langfristige Public Diplomacy etwas Kulturelles. Es geht darum, ein tieferes Verständnis zu entwickeln, das unerwarteten Krisen standhalten kann. Sie schafft einen Puffer für das Narrativ der Medien und den Wahnsinn um den möglichen Niedergang der EU. Mit einer starken Grundlage des Kulturaustauschs ist es wahrscheinlicher, dass die Menschen bei ihrem herkömmlichen Verständnis bleiben als dass sie aufgrund einer kurzfristigen Sensationsgier davon abkommen. Langfristige Kulturdiplomatie erzeugt also sowohl Resilienz als auch Image-Resilienz für die EU. Während es bei der Resilienz darum geht, sich wieder von Krisen zu erholen, geht es bei der Image-Resilienz darum, starke Wahrnehmungen der

„Europa-Bashing ist populär wie auch das allumfassende Meta-Narrativ, dass die EU schwer zu verstehen sei. Immer wieder haben diese, in den Medien verstärkte Wahrnehmungen eine selbst erfüllende Dynamik entwickelt.“

EU beizubehalten, so dass ausländische Öffentlichkeiten nicht automatisch das Narrativ übernehmen, die EU befinde sich ständig am Rande ihres Zusammenbruchs.

Am 8. Juni 2016 startete die EU die sogenannte gemeinsame Mitteilung „Künftige Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen“. Die EU verfügte bereits Langem über Soft Power durch ihre Kultur und Geschichte, aber diese gemeinsame Mitteilung bedeutet, dass die EU größere Anstrengungen als in der Vergangenheit unternimmt, um eine Image-Resilienz zu erreichen. Durch diese neue Initiative ist es wichtig zu erkennen, dass Kultur kein Selbstzweck ist, sondern auch stark mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiger Entwicklung zusammenhängt, zwei zentralen Zielen der auswärtigen EU-Politik. Zudem gibt es eine explizite strategische Dimension der gemeinsamen Mitteilung, da sie die selbstverständliche Einbeziehung der Kulturbeziehungen in die EU-Außenbeziehungen fordert, in den Europäischen Auswärtigen Dienst, in Kulturinstitute und bei strategischen Partnern. Sie setzt sich dafür ein, Knotenpunkte für Kulturbeziehungen zu schaffen, um von bestehenden Strukturen zu profitieren.

Das Prinzip „Kultur und interkulturellen Dialog fördern für friedliche Beziehungen zwischen Communitys“ beinhaltet unter anderem neue Narrative, um gegen Radikalisierung zu wirken und gegenseitiges Verstehen zu fördern.

Bislang sind die Aktivitäten im Rahmen der gemeinsamen Mitteilung vielfältig und wichtig gewesen; sie haben Kunst einbezogen, Fotografie, Musik, Film, Welterbe und Dialog. Aber es gibt immer noch Bereiche, die man stärken kann durch eine größere Bandbreite an Hilfsmitteln. Zu den Kernfragen, mit denen man sich beschäftigen muss, gehören: Wie kann diese Initiative über Knoten-

## Agenda der Veränderung

punkte hinausreichen, um größere Teile der Gesellschaft zu erreichen? Und wie kann sie strategischer werden? Ich befürworte eine Art strategische Flexibilität, die es der EU ermöglichen würde, von Trends und Entwicklungen zu profitieren, wie sie sich in unserer schnelllebigen Welt zeigen. Beispielsweise könnte die Bewegung Pulse of Europe, die sich über Tausende Städte in Europa ausgebreitet hat, in offenem Widerstand zu rechten populistischen Parteien, eine enorme Unterstützung für das Integrationsprojekt EU sein. Ein anderes Beispiel, bei dem strategische Flexibilität hilfreich wäre, ist die Beziehung zwischen Kultur und Politik. Wie könnte eine solche Initiative ein größeres Bewusstsein wecken für die Gefahren der Propaganda während spezieller Wahlkämpfe?

Die gemeinsame Mitteilung ist eine starke Plattform, um anzufangen, strategischer darüber nachzudenken, wie man über Knotenpunkte hinausgehen und eine größere Resilienz gegenüber negativen politischen Trends erzeugen kann.

Kulturdiplomatie ist wichtig für Europa, weil Kultur so zentral und wertvoll für die menschliche Erfahrung ist. Sie fördert Meinungsfreiheit, Empathie und bringt die angeborene soziale Natur von Menschen über Grenzen hinweg zum Vorschein. Obwohl es Menschen entweder trennen oder verbinden kann, eine Kultur zu teilen, finden Menschen tendenziell eher Gemeinsamkeit. Wir sind im Wesentlichen soziale Wesen und auf vielerlei Weise betont Kultur unsere Menschlichkeit.

Engagement durch Kultur ist also wichtig und kann, wenn es an externe Öffentlichkeiten gerichtet ist, eine Doppelrolle spielen, wobei Soft und Smart Power zum Einsatz kommen. Weil Kultur wichtig ist, muss sichergestellt werden, dass sie nicht als Waffe eingesetzt wird. Dies erfordert mehr strategisches Denken und bis zu einem gewissen

Grad auch die Bereitschaft zu einem streitbareren Zugang, um die Kultur vor der Propaganda zu schützen.

Wenn die EU ein starkes Narrativ nutzen muss, um sich gegen Propaganda zu wehren und die kulturelle Domäne zu erhalten, muss sie dazu bereit sein.

**Mai'a K. Davis Cross** ist Edward W. Brooke Professor und Associate Professor für Politikwissenschaft und internationale Angelegenheiten an der Northeastern University und Senior Researcher am ARENA Center for European Studies an der Universität von Oslo.



Die nächsten Schritte für eine Vision der Zukunft Der echte Test jeder großen Strategie ist die Frage ihrer Umsetzung. In den letzten paar Jahren haben vier zentrale institutionelle Akteure eine gehaltvolle EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen mit unterschiedlicher Intensität vorangetrieben: die Europäische Kommission, der Europäische Auswärtige Dienst, das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union. Was sollte nun als Nächstes passieren? *Von Anna Triandafyllidou*



**E**ine europäische Strategie für die internationalen Kulturbeziehungen ist seit Sommer 2016 in den Vordergrund der europäischen politischen Agenda gerückt. Die relevante Mitteilung „Künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen“, die im Juni 2016 von der Europäischen Kommission (EK) und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik angenommen wurde, verfolgt einen dreigleisigen Ansatz: die Unterstützung der Kultur als Motor für eine nachhaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung; die Förderung von Kultur und interkulturellem Dialog für friedliche Beziehungen zwischen Communitys und die verstärkte Kooperation im Bereich des kulturellen Erbes.

Diese Ziele sollten durch sozio-ökono-

mische Entwicklungspolitik erreicht werden, die sich auf den Kulturbereich konzentriert (inklusive Erbe, Kulturindustrien etc.), kulturelle und kreative Industrien in Partnerländern sowie lokale Behörden fördert und die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der Politik zum kulturellem Erbe stärkt. Die Mitteilung setzt an bei einer Lücke in der externen Dimension der kulturpolitischen Strategien der EU und zielt darauf ab, die Aktivitäten der verschiedenen Mitgliedsstaaten zu koordinieren, insbesondere jener, die eine Tradition internationaler Kulturbeziehungen haben und besonders aktive nationale Kulturinstitute wie das British Council und das Institut français, um nur zwei offensichtliche Beispiele zu geben. Sie sieht die Einrichtung kultureller Anlaufstellen in EU-Delegationen vor und schafft Werkzeuge für eine verbesserte Kooperation in der EU durch bestehende politische Instrumente und Fördermechanismen. Sie startet auch eine Plattform für Kulturdiplomatie, die darauf abzielt, die Vernetzung kultureller Interessensvertreter aus der EU und aus Drittländern durch Trainings und andere Workshops zu ermöglichen.

Das Europäische Parlament unterstützt diese Entwicklungen und hat hervorgehoben, wie wichtig es ist, diese Strategie sowohl als Werkzeug für die Stärkung der Soft Power der EU in den internationalen Beziehungen zu nutzen wie auch als Werk-

zeug für Wachstum und Beschäftigung – inklusive der Entwicklung neuer Fähigkeiten und der Integration verschiedener Interessensvertreter wie etwa Kreativ- und Kultur-Akteure oder kleine und mittelständische Unternehmen.

Insbesondere das Parlament stellt eine Reihe von Unzulänglichkeiten fest, die in dem Programm zur Umsetzung einer EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen angegangen werden sollen. Zunächst einmal muss ein klarer Etatposten geschaffen werden, um solche Aktivitäten und Programme zu finanzieren und die internationalen Kulturbeziehungen in bestehenden Programmen sowie künftige Ideen zu unterstützen, insbesondere in der nächsten Generation von Programmen zu Kultur und Bildung, damit diese ihre internationalen Aktionen angemessen weiterentwickeln können. Zweitens betont das Europäische Parlament, dass Künstler und Fachleute aus dem Kultur- und Kreativsektor mobilisiert und Kulturinstitutionen, private und öffentliche Stiftungen, Universitäten und Unternehmen aus dem Kultur- und Kreativsektor einbezogen werden sollen.

Mehrjährige Arbeitsprogramme, die thematische und geografische Cluster, zu denen gearbeitet wird, klar definieren, wä-

„Das Europäische Parlament unterstützt diese Entwicklungen und hat hervorgehoben, wie wichtig es ist, diese Strategie sowohl als Werkzeug für die Stärkung der Soft Power der EU in den internationalen Beziehungen zu nutzen wie auch als Werkzeug für Wachstum und Beschäftigung.“

ren ein Gewinn. Natürliche Synergien zwischen Entwicklung und Kulturpolitik in den EU-Außenbeziehungen müssen entwickelt werden, wobei die kulturelle Dimension in Verhandlungen und Assoziationsabkommen mit Drittländern einfließen sollte. Policy-Learning wäre sehr nützlich: Die EU hat eine lange Tradition und Erfahrung mit Mobilitätsprogrammen wie Erasmus. Solche bewährten Vorgehensweisen können genutzt werden, um gegenwärtige und künftige Aktionen zu prägen – insbesondere im Hinblick auf Mobilität und Residenzprogramme für Partner im Herkunfts- wie im Zielland.

Obleich die Vorschläge des Europäischen Parlaments besonders nützlich und prägnant sind, bleibt abzuwarten, wie sie umgesetzt werden können. Dieser kurze Beitrag macht dafür einige Vorschläge.

### *Institutionelle Veränderung und das verfügbare Budget*

Der echte Test jeder großen Strategie ist die Frage ihrer Umsetzung. In den letzten Jahren haben vier zentrale institutionelle Akteure eine gehaltvolle EU-Strategie für die internationalen Kulturbeziehungen mit unterschiedlicher Intensität vorangetrieben: die Europäische Kommission, der Europäische Auswärtige Dienst, das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union.

Alle vier Akteure hatten ihre jeweiligen rechtlichen und politischen Rollen zu spielen und ihre Bemühungen wurden ergänzt durch aktive Interessensvertreter und zivile Gemeinschaften im kulturellen Sektor. Vor dem Hintergrund nationaler Empfindlichkeiten und offensichtlicher Grenzen der Kompetenz der EU hat sich das Zusammenspiel zwischen ihnen erstaunlich frei

## Agenda der Veränderung

von ernststen Konflikten gestaltet und das, obwohl es in einem einigermaßen gemächlichen Tempo vor sich gegangen ist, was auch der Natur des Themas geschuldet war.

Innerhalb der Europäischen Kommission, zusätzlich zur Generaldirektion Bildung und Kultur (DG EAC), waren bislang die DG Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DG DEVCO) und die DG Nachbarschaft- und Erweiterungsverhandlungen (NEAR) die Protagonisten, wobei die letzten beiden aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung das größte Budget zur Verfügung haben.

In jüngster Zeit haben die DGs eng miteinander und mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) zusammengearbeitet, um vorauszuplanen und konkrete Aktionen vor Ort zu starten.

Einige dieser Aktionen (z. B. Gesetzesentwürfe des DG EAC) erfordern keine oder nur begrenzte Budgets, haben aber trotzdem einen bedeutenden indirekten finanziellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einfluss. Andere Programme erfordern größere Mittel, aber haben einen direkten positiven Einfluss auf das Leben vieler Menschen auf der ganzen Welt. Dies ist zum Beispiel bei groß angelegten Entwicklungsprogrammen und Partnerschaften der Fall, die von der DG DEVCO und der DG NEAR mit aktiver Beteiligung des EAD und der lokalen EU-Delegationen durchgeführt werden, wobei der umfassendste Typ eines Pilotprojekts in Tunesien entwickelt wird.

Da sich die Finanzierungsmöglichkeiten aktuell über zahlreiche Programme und Kooperationsrahmen verteilen, die von verschiedenen Diensten der EK und des EAD bearbeitet werden, gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Gesamtzahl für kulturbezogene Ausgaben. Die kommenden

Verhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sollten eine Antwort darauf geben, wie die Strategie ab 2021 finanziert werden wird.

Wenn die EU plant, eine mittel- bis langfristige Strategie für internationale Kulturbeziehungen umzusetzen, ist deshalb nun die Zeit, eine europäische Agentur für internationale Kulturbeziehungen zu gründen, die als Koordinator der verschiedenen Programme und Aktionen dienen würde, und die eine Verbindung zwischen den beteiligten EU-Institutionen und den durch eine EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen geförderten politischen Prioritäten herstellen würde. Eine solche Agentur könnte als wichtiger Koordinator und Knotenpunkt für die externen Kulturbeziehungen von Mitgliedsstaaten dienen, der Synergien und die Sichtbarkeit maximiert. Damit könnte man entweder gegensteuern oder zum Dialogpartner werden hinsichtlich der entsprechenden Politik Chinas. Das Land hat in zehn Jahren (zwischen 2004 und 2014) 480 Konfuzius-Institute gegründet und will bis 2020 1.000 solche Institute geschaffen haben.

Wenngleich diese Institute im Vergleich zu nationalen Kulturinstituten europäischer Länder (insofern, als sie alle mit den lokalen Universitäten in den verschiedenen Ländern verbunden sind und deren kulturdiplomatische Aktivitäten sich in Intensität und Reichweite sehr stark voneinander unterscheiden) einen anderen Modus Operandi haben, können ihr Potenzial und Einfluss gar nicht unterschätzt werden.

Das Budget und die institutionelle Infrastruktur, die dafür mobilisiert werden müssen, werden einen deutlichen Einfluss darauf haben, wie man mit den kulturdiplomatischen Aktivitäten der EU vorankommt. In diesem Zusammenhang sollte man die

Tatsache mit in Betracht ziehen, dass kulturbezogene Förderung unter Europas globalen Konkurrenten im Wettstreit um Soft und Smart Power zugenommen hat.

Erfahrungen in der Vergangenheit und neuere politische Analysen verweisen darauf, dass eine Reihe von Herausforderungen angegangen werden muss, damit die EU ihre internationalen Kulturbeziehungen effektiver voranbringen kann und eine tiefere Einbindung der Kultur in ihre auswärtige, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gewährleistet.

### *Zentrale Merkmale einer effektiven strategischen Umsetzung*

Zuallererst ist Koordination sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene ein wesentlicher Aspekt im gesamten Prozess und bei allen betroffenen Akteuren. Jenseits von Regierungseinrichtungen wie Ministerien und nationalen Kulturinstituten sollte der Prozess auch nichtstaatliche Akteure auf der lokalen und regionalen Ebene einbeziehen, wie etwa Städte, Kulturvereinigungen, Künstler und Kuratoren sowie auch die Un-

„Es gibt kein Modell, das für alle passt; jede Region und jedes Land der Welt erfordert einen anderen Zugang und eine andere Geschwindigkeit. In einigen Fällen müssen beispielsweise zuerst Forderungen zur Absicherung des Lebensunterhalts, zu Bildung und grundlegender Infrastruktur erfüllt werden, bevor man irgendeine kulturelle Aktivität starten kann.“

esco und den Europarat. Die Beteiligung solcher Akteure sollte dabei helfen, einen richtigen Überblick zu erhalten und Überlappungen und Doppelungen von Aktionen der EU, des Europarats und der Unesco zu vermeiden.

Zweitens schafft die Beteiligung aller kulturellen Interessensvertreter an der Mitgestaltung und Ko-Kuration von Produkten und Dienstleistungen wie Filmfestivals, Kunstausstellungen, Messen und Laboratorien von vornherein ein Gefühl der Co-Ownership von Projekten und Initiativen, was eine grundlegende Voraussetzung für Erfolg darstellt.

Es gibt kein Modell, das für alle passt; jede Region und jedes Land der Welt erfordert einen anderen Zugang und eine andere Geschwindigkeit. In einigen Fällen müssen beispielsweise zuerst Forderungen zur Absicherung des Lebensunterhalts, zu Bildung und grundlegender Infrastruktur erfüllt werden, bevor man irgendeine kulturelle Aktivität starten kann. In anderen Fällen werden die Kreativ- und Kulturindustrien die zentralen Quellen für den Lebensunterhalt von Menschen, die ansonsten ohne Arbeit und marginalisiert blieben. In einigen Regionen der Welt funktioniert ein Ansatz auf Stadtebene am besten; in anderen sollte die Betonung mehr darauf liegen, mit regionalen oder nationalen Playern in Kontakt zu treten.

Mitgestaltung stellt auch vor wichtige Herausforderungen in Bezug auf Werte. Es stellt sich die Frage, ob die EU-Projekte für Entwicklung, Mobilität und Austausch eine gemeinsame Wertebasis haben sollten oder stattdessen eine gemeinsame Reihe an kulturellen Gestaltungszielen und ob sie danach streben sollten, Brücken zu bauen und gemeinsame Werte im Laufe der Zusammenarbeit zu prägen.

## Agenda der Veränderung

Zudem sollte man nicht vergessen, dass Länder im Inneren heterogen sind, da sie oftmals Minderheiten von Einheimischen und Migranten aufnehmen und sich aus verschiedenen Regionen zusammensetzen können. In diesem Zusammenhang verdient die Rolle der Diaspora besondere Aufmerksamkeit. Sowohl in Afrika als auch in Asien sind Grenzen von Kolonialmächten gezogen worden, die verschiedene ethnische und sprachliche Gemeinschaften durchschneiden oder sie zusammenführen. Solche Vielfalt und Komplexität mit zu bedenken und sie in Kulturprojekte einzubauen, ist für den strategischen Ansatz der EU ein Muss, damit die internationalen Kulturbeziehungen erfolgreich verlaufen.

Alle Aktionen sollten von aktiver Kommunikation und Werbung begleitet werden. Neben den Teilnehmern sollten ausgewählte Publikumskreise über konkrete Projekte durch zielgerichtete Botschaften informiert werden, direkt wie auch über soziale und audio-visuelle Medien, um den Einfluss zu erhöhen und für eine positive Feedback-Schleife zu sorgen.

Die Dauer eines jeden Projekts wird wahrscheinlich je nach individuellem Kontext unterschiedlich sein, aber es gibt einen Bedarf nach entweder relativ langen Projekten oder nach Projekten, die in bestimmten Abständen wiederholt werden, um ihren Einfluss auf die Beziehungen und die Entwicklung in einer Community zu messen.

Die Aktivitäten und Programme, die eine kulturelle Dimension in die EU-Außenbeziehungen bringen, haben sich bislang auf die Ebene des Mitgliedsstaats konzentriert und dabei den wichtigen Beitrag von Stadt-zu-Stadt-Programmen und/oder die Rolle regionaler Behörden in diesem Prozess vernachlässigt. Die europäische Strategie für internationale Kulturbeziehungen muss

auf dem Reichtum der Initiativen aufbauen, die schon existieren – sowohl innerhalb der EU als auch zwischen EU- und Nicht-EU-Städten und Regionen. Dies würde dabei helfen, Doppelungseffekte zu vermeiden und Synergien sowie den Transfer von Knowhow zwischen Städten und zwischen bestimmten Projekten zu fördern.

Gleichzeitig wäre es natürlich wichtig und notwendig, auf der Stärke der EU-Mitgliedsstaaten in bestimmten Regionen und Ländern der Welt aufzubauen. Wenn gleich dies in kleineren, abgelegenen Regionen mit nur wenigen Botschaften vielleicht einfacher sein mag, wo EU-Delegationen tendenziell eine Schlüsselrolle als kulturdiplomatische Knotenpunkte spielen, wäre es doch extrem wichtig, auch in großen Ländern Synergien zu nutzen, indem man das Potenzial großer Player (wie das Goethe Institut, das Institut français oder das British Council) für ein gemeinsames Ziel ausschöpft.

Im Großen und Ganzen wäre es ratsam, bewährte Verfahren und Projekte, die sich als erfolgreich und nachhaltig erwiesen haben, fortzuführen und/oder zu wiederholen. Diese Projekte in verschiedenen Zusammenhängen zu wiederholen, könnte ihre Nachhaltigkeit verbessern und langfristige Kulturbeziehungen mit Drittländern fördern.

Start-up-Projekte, die auf digitalen Technologien basieren, könnten, speziell zugeschnitten auf junge Künstler, Kuratoren

„Gleichzeitig wäre es natürlich wichtig und notwendig, auf der Stärke der EU-Mitgliedsstaaten in bestimmten Regionen und Ländern der Welt aufzubauen.“

und Kunsthandwerker, eine Vorreiterrolle für Aktionen einnehmen und dabei helfen, auf Vermittler zu verzichten, Kosten zu sparen und gleichzeitig Kreativität zu fördern. Es gibt auch einen Bedarf danach, sektorenübergreifende Ansätze zu entwickeln, die zum Beispiel Kulturindustrien mit Bildungseinrichtungen zusammenbringen, um neue Möglichkeiten für Lernen und Beschäftigung zu schaffen.

Es kann einen Multiplikationseffekt haben, wenn man mit den Medien in Kontakt tritt, um internationale Kulturprojekte und Netzwerke öffentlich zu machen, Informationen zu verbreiten und die Wirkung kultureller Projekte zu vergrößern. Insbesondere elektronische und soziale Medien machen es möglich, gegen den elitären Aspekt, den kulturelle Aktivitäten manchmal haben können, vorzugehen und den Einfluss von Kulturprojekten und Initiativen in Hinblick auf den Zusammenhalt der Community und das allgemeine Wohlergehen der Bevölkerung zu vergrößern.

Nationale Kulturinstitutionen sind nicht gleichermaßen entwickelt und auch nicht gleich gut mit Ressourcen ausgestattet. Deshalb bietet der Ansatz der EU strategische Möglichkeiten für kleinere Mitgliedsstaaten, sich an Aktivitäten der internationalen Kulturbeziehungen zu beteiligen. Es ist von zentraler Bedeutung, in dieser Hinsicht unter allen Mitgliedsstaaten einen Konsens zu finden und zur Beteiligung zu ermutigen. Erfolgreiche Pilotprojekte und das EUNIC-Netzwerk spielen eine zentrale Rolle dabei, wenn es darum geht, die Theorie in die Praxis umzusetzen.

Wenngleich die Zeit reif ist für die Schaffung einer Europäischen Agentur für die Internationalen Kulturbeziehungen, gibt es noch viele Herausforderungen. Dieser kurze Beitrag hat versucht, einige dieser Heraus-

forderungen zu bestimmen und auf sie zu reagieren, die bestehenden Möglichkeiten herauszuheben sowie eine Vision für die Gegenwart und die Zukunft.

**Anna Triandafyllidou** ist Professorin im Global Governance Programme (GGP) des Robert Schuman Centre for Advanced Studies (RSCAS), European University Institute, Fiesole, Italien. Sie ist Chefredakteurin des „Journal of Immigrant and Refugee Studies“. Zu ihren jüngsten Veröffentlichungen zählen „What is Europe“ (2015, mit R. Gropas, London, Palgrave), „Global Governance from Regional Perspectives“ (2017, Oxford University Press) und „The Routledge Handbook of Immigration and Refugee Studies“ (2016, London, Routledge). Einige der in diesem Beitrag vorgestellten Ideen wurden auch von ihr und ihrem Kollegen Tamas Szucs dargelegt in „EU Cultural Diplomacy: Challenges and Opportunities“, Policy Brief 2017/13, European University Institute, Juni 2017. Ihre persönliche Webseite ist zu finden unter [www.annatriandafyllidou.com](http://www.annatriandafyllidou.com).

Werkzeuge für die Wiederherstellung des sozialen Gefüges Nach vielen Krisen bewegt sich Europa mit mehr Optimismus vorwärts und interessanterweise rückt die Kultur wieder ins Zentrum. Rückblickend ist leicht zu sehen, dass das europäische Projekt mit der Kultur begann und sie höchstwahrscheinlich auch die Zukunft ist: Sie könnte eine Schlüsselrolle dabei spielen, die freie Bewegungsmöglichkeit von Menschen zu erweitern, um Vertrauen und gegenseitiges Verständnis unter größeren Teilen unserer Gesellschaft aufzubauen *Von Pietro de Matteis*



**A**m 25. März 2017 feierten wir den 60. Jahrestag der Römischen Verträge, die den Grundstein legten für die heutige Europäische Union. Die nach dem Gipfel veröffentlichte Erklärung von Rom erwähnte deutlich das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt als zwei erhaltenswerte Elemente der Bemühungen um ein gemeinsames Europa, das auf sozialem Zusammenhalt und Konvergenz basiert. Sozialer Zusammenhalt – oder nennen wir es „Solidarität“ – ist seit den frühen Tagen ein Herzstück des europäischen Projekts: Jean Monnet, einer seiner Architekten, bemerkte bekanntlich, das Ziel der europäischen Integration sei es, Menschen zu verbinden, nicht Koalitionen von Staaten zu schaffen und die Absicht war, dies „durch konkrete Errungenschaften, die zuerst eine de-facto- Solidarität hervorbringen“ zu tun, wie es in der Schuman

Erklärung vom 9. Mai 1950 heißt. 60 Jahre später gibt es viele konkrete Errungenschaften: die freie Bewegung der Menschen, europäische Bürgerschaft, Verbraucherschutz, regionale und landwirtschaftliche Entwicklung, das Erasmus-Programm und – vor allem – Frieden auf unserem Kontinent (um nur einige Aspekte zu nennen). Diese Erfolge lieferten sicherlich starke Argumente für ein vereintes Europa. Doch die Schwierigkeiten, die Wirtschafts- und Migrationskrisen zu meistern und in jüngerer Zeit den Brexit, haben das Bild zum Teil getrübt. Die durch „konkrete Errungenschaften“ geschaffene „de-facto-Solidarität“ seit den 1950er Jahren ist noch nicht ausreichend in den Köpfen der Menschen verankert, um die heutigen Herausforderungen zu bewältigen. Mehr Anstrengungen sind nötig, um zwischenmenschliche Solidarität zu schaffen. Ein Erfolgsbeispiel hierfür ist Erasmus, das erfolgreichste europäische Programm. In diesem Jahr war der 30. Jahrestag des Erasmus-Programms, das insgesamt neun Millionen Erasmus-Studenten erreicht hat seit dem Start im Jahr 1987 (wozu wir ungefähr eine Million Erasmus-Babys dazuzählen sollten). Leider sind selbst diese vielversprechenden Zahlen noch nicht hoch genug, um die unter Studenten geschaffene Solidarität auf den Rest der europäischen Gesellschaft auszudehnen. Die Frage ist: Wie ermöglicht man Solidarität und gegenseitiges Verstehen auch unter Bürgern, die nicht direkt an europäischen Programmen oder verwandten Initiativen teilnehmen?

Kultur und interkultureller Dialog könnten eine Schlüsselrolle dabei spielen, die freie Bewegungsmöglichkeit von Menschen zu erweitern, um Vertrauen und gegenseitiges Verständnis unter größeren Teilen unserer Gesellschaft aufzubauen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, denn ohne Empathie gibt es keine Solidarität und ohne gegenseitiges Verstehen keine Empathie.

### *Eine Million Erasmus-Babys*

Bedenkt man, dass die Europäische Union auf Vielfalt gegründet wurde, und angesichts der Tatsache, dass die Wahrnehmung von Vielfalt tendenziell Solidarität verringert, müssen wir vorausschauend dafür arbeiten, die Solidarität auf europäischer Ebene zu stärken, um unsere gemeinsamen Errungenschaften zu schützen und weiter vorangehen zu können.

Wie in der Globalen Strategie der EU ausgeführt, war die Welt niemals zuvor so vernetzt, so komplex und so umkämpft. Als Individuen waren wir nie zuvor so verbunden mit ähnlich denkenden Individuen weltweit, oftmals mehr als mit unseren eigenen Nachbarn: Die sozialen Medien setzen uns in bequeme „Silos“ ähnlich

„Bedenkt man, dass die Europäische Union auf Vielfalt gegründet wurde, und angesichts der Tatsache, dass die Wahrnehmung von Vielfalt tendenziell Solidarität verringert, müssen wir vorausschauend dafür arbeiten, die Solidarität auf europäischer Ebene zu stärken, um unsere gemeinsamen Errungenschaften zu schützen und weiter vorangehen zu können.“

denkender Individuen, in denen wir immer mehr dem ausgesetzt werden, was wir wahrscheinlich mögen. So haben wir weniger Möglichkeiten, ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Vision zu entwickeln, wie es in einem öffentlichen Raum geschehen würde. Gleichzeitig verblassen die Grenzen zwischen dem Externen und dem Internen, wie globale Herausforderungen, etwa Migration oder Klimawandel, gezeigt haben. Neue Narrative werden zunehmend aufgebauscht durch Fake News und Propaganda oder alternative Fakten werden zur Norm, um die Widerstandskraft unserer Gesellschaften zu schwächen, universale Prinzipien, nach denen unsere Demokratien funktionieren, infrage zu stellen und die Spaltungen in unseren Gesellschaften hervorzuheben. Auch die globale Bühne verändert sich rasant, indem sich Weltmächte wie die USA allmählich aus multilateralen Foren zurückziehen, die es ermöglichten, globale Themen (z.B. die UN-Klimakonferenz COP21, Unesco) anzugehen. Neue aufstrebende Mächte übernehmen sowohl wirtschaftlich als auch politisch die Führung.

In einer Zeit, in der ein diffuses Gefühl der Orientierungslosigkeit herrscht, ist die Versuchung stark, uns abzuschotten und beruhigende Narrative zu finden. In der Abwesenheit positiver Narrative (oder Möglichkeiten), wie es einmal der „amerikanische Traum“ gewesen ist, kann unsere Suche nach Identität leicht in die Falle einer idealisierten Vergangenheit geraten, hin zur Ablehnung des Ausländischen und dahin, über Identität oder Glauben politische Handlungen zu legitimieren. Forderungen danach, „die Kontrolle zurückzuerlangen“, Rufe nach einer „nationalen Bevorzugung“ oder die Vorstellung, durch Isolierung und Protektionismus „ein Land wieder groß zu machen“ gibt es weltweit immer häufiger.

Ist ein solcher Rückzug in uns selbst eine brauchbare Lösung? Sicher nicht. Herausforderungen sind zunehmend global und mitei-

## Agenda der Veränderung

nander verbunden und können nicht von einzelnen Ländern bewältigt werden – weil sie zu groß sind (z.B. Klimawandel, Migration), aber auch deshalb, weil die Globalisierung die Fähigkeit, diese zu bewältigen (z.B. Körperschaftsteuer, Sicherheit) geschwächt hat. Der Bedarf nach globalen Lösungen kann kaum mit der aktuellen identitären Abschottung in Einklang gebracht werden. Diese fördert die Entstehung kohäsiver Gruppen von Individuen, die sich ihrer Unterschiede gegenüber anderen Gruppen bewusst sind, aber nicht ihrer Gemeinsamkeiten. Dieser fehlende gemeinsame Nenner und die Entwicklung „exklusiver Identitäten“ sind die größten Hindernisse für das gegenseitige Verstehen. Sie verhindern die Entstehung von Empathie über unterschiedliche Gruppen in unseren Gesellschaften hinweg und erlauben uns nicht, das volle Potenzial auszuschöpfen, das sehr vielfältige (und zusammenhaltende) Gesellschaften entwickeln können. Hier kollidieren die aktuellen nationalistischen Tendenzen am stärksten mit dem Notwendigen. Das heißt: Regierungsstrukturen auf lokalen, regionalen und globalen Ebenen, die von den Menschen als legitim akzeptiert werden.

Empathie ist der Schlüssel für die Legitimierung einer Regierungsführung, die nicht durch andere legale, nationale oder wirtschaftliche Verbindungen legitimiert ist, und sie ist umso notwendiger je vielfältiger eine Gesellschaft ist. In unseren Gesellschaften müssen wir uns immer mehr der Tatsache bewusst werden, dass es für uns weder Frieden noch Wohlstand geben kann, wenn unsere Nachbarn nicht in Frieden leben und auch nicht die Nachbarn unserer Nachbarn.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle von Kultur im erweiterten Sinne, unter anderem der interkulturelle Dialog, das kulturelle Erbe und Kontakte zwischen Menschen – zusätzlich zu den traditionellen schönen Künsten – der Schlüssel dafür, Empathie in unseren europä-

ischen Gesellschaften zu entwickeln, aber auch zwischen ihnen und dem Rest der Welt.

Wie die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, auf dem Europäischen Kulturforum 2016 bemerkt hat: „Europa inspirierte die Welt, weil es selbst von der Welt inspiriert war.“ Eine solche Offenheit hat Europa erfolgreich gemacht und sorgte für komplexere Gesellschaften, die Spiegel der Welt geworden sind, mit ihren Möglichkeiten und Herausforderungen.

In einer Gesellschaft zusammenzuleben, ist nicht einfach und erfordert eine ständige Investition. Wie auf einem Acker muss regelmäßig guter Samen gesät werden, wenn wir eine gute Ernte wollen. Um von Vielfalt zu profitieren und sich davor zu schützen, in die Populisten-Falle vom Zusammenprall der Kulturen zu geraten, müssen wir uns mit den Werkzeugen ausstatten, um diese Komplexität zu verstehen. Die Kultur kann wie ein Impfstoff wirken gegen Vereinfachungen, Rassismus und Populismus.

Die gemeinsame Mitteilung der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Diensts „Auf dem Weg zu einer EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen“ versucht dies durch das Angebot eines kohärenten Aktionsrahmens, der auf drei Strängen basiert: Kultur unterstützen als Motor für nachhaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung; Kultur und interkulturellen Dialog fördern für friedliche Beziehungen zwischen Gemeinschaften, wie es im Kosovo geschah, sowie zwischen armenischen und türkischen Communities und schließlich die Förderung der Kooperation beim Thema Kulturerbe. Unser gemeinsames kulturelles Erbe kann tatsächlich unsere Widerstandskraft gegenüber destruktiven Narrativen stärken, weshalb der „Islamische Staat“ es in Syrien wohl so vehement angegriffen hat. Auch vor diesem Hintergrund wurde 2018 zum Europäischen Jahr des Kulturerbes erklärt, mit dem Ziel,

„mehr Menschen dazu zu ermutigen, Europas kulturelles Erbe zu entdecken und zu erforschen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen europäischen Familie zu stärken“, gleichzeitig Räume für den interkulturellen Dialog zu schaffen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des kulturellen Erbes mit Bürgern in Drittländern auf Augenhöhe zu fördern.

### *Anthropologisches Verständnis*

So entsteht innerhalb des erweiterten Felds der Kulturbeziehungen ein erweitertes Verständnis von Kulturdiplomatie. Zudem ergibt sich eine Konzentration auf die Stärkung lokaler Akteure und die Schaffung von Räumen für den interkulturellen Dialog, um Vertrauen und gegenseitiges Verständnis aufzubauen.

Da eine solche Kultur nicht mehr exklusiv als das Zusammenspiel der Künste und der kreativen Sektoren betrachtet wird und ein anthropologischeres Verständnis von Kultur am besten dafür geeignet ist, uns die Werkzeuge in die Hand zu geben, das soziale Gefüge unserer Gesellschaften wie auch einen Sinn für Empathie als Weltbürger neu aufzubauen: ein Gefühl der Zugehörigkeit, das immer wichtiger wird, um die notwendige Unterstützung zu bekommen, globale Herausforderungen zu meistern, die oft verschiedene Teile der Weltbevölkerung in unterschiedlichem Maß betreffen (wie im Fall des Klimawandels). Interkultureller Dialog kann

„In einer Gesellschaft zusammenzuleben, ist nicht einfach und erfordert eine ständige Investition. Wie auf einem Acker muss regelmäßig guter Samen gesät werden, wenn wir eine gute Ernte wollen.“

eine Synthese zwischen globaler Vision und lokalem Kontext ermöglichen sowie künftige Kooperationen über politische Bereiche hinweg und zudem angesichts der durch identitäre Abschottung erzeugten Risiken die Widerstandskraft unserer Gesellschaften stärken.

Europa als Land der Auswanderung und Einwanderung könnte die nützliche Rolle eines Drehkreuzes spielen, das Diaspora aus der ganzen Welt miteinander verbindet. Städte in Europa und im Rest der Welt könnten das Globale und das Lokale verbinden. Städte sind Knotenpunkte, an denen Menschen sich treffen, etwas schaffen, erfinden und zunehmend miteinander verbundene globale und lokale Herausforderungen angehen, von Klimawandel und Sicherheit bis hin zu Gesundheit, Migration und wirtschaftlichem Wachstum. Städte sind Orte, an denen Menschen Seite an Seite glücklich leben wollen. Orte, an denen sie öffentliche Räume teilen und wo inklusive Identitäten gedeihen können auf dem Reichtum des kulturellen Erbes und der Traditionen, wenn entsprechende Anstrengungen dafür unternommen werden. Städte sind im Laufe der Geschichte auch Laboratorien gewesen für Demokratie und politische Evolution. In einer Zeit, in der die Spannung zwischen Globalisierung und Regionalismus/Lokalismus immer offensichtlicher ist, könnten sie in den auswärtigen Angelegenheiten wieder eine prominentere Rolle spielen. Letzten Endes zählen Städte zu den widerstandsfähigsten politischen Einheiten, die je erfunden wurden. Und sie liegen, was am wichtigsten ist, den Menschen am Nächsten.

**Pietro de Matteis** hat einen Doktor von der University of Cambridge und arbeitet als Berater für Public Diplomacy beim Europäischen Auswärtigen Dienst. Er ist auch ehrenamtlicher Vizepräsident der Bürgerbewegung „Stand Up for Europe“. (Kontakte: Twitter/Facebook: @PietroDeMatteis)

# Auseinandersetzung auf Augenhöhe Die Dekolonisierung der afrikanischen Staaten geschah größtenteils vor mehr als 50 Jahren. Nun hat die Europäische Union die Kultur zu einem strategischen Feld ihrer Entwicklungshilfepolitik und ihrer internationalen Beziehungen gemacht. Trotzdem sind die Zusammenarbeit und der kulturelle Austausch zwischen Europa und Afrika immer noch stark geprägt von kolonialen Mustern. Was kann hier Abhilfe schaffen?

*Von Ayoko Mensah*



Im Juni 2016 veröffentlichte die Europäische Kommission eine gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel: Künftige Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen. Kultur als wesentlicher Bestandteil der Soft Power in den internationalen Beziehungen der EU, das ist keine neue Entwicklung. Diese strategische Vision war im gesamten Jahr 2007 vorherrschend, wie die von der Europäischen Kommission in diesem Jahr veröffentlichte Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung deutlich machte. Seitdem haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das Parlament und Repräsentanten der Zivilgesellschaft weiter für einen „besser koordinierten Ansatz der EU in den internationalen Kulturbeziehungen“ eingesetzt.

Der Text von 2017 legt „eine EU-Strategie für die internationalen Kulturbeziehungen“ vor (manche würden sagen, es war auch Zeit!). Die Mitteilung schlägt vor, die kulturelle Zusammenarbeit mit Partnerländern auf der Grundlage von drei zentralen Säulen zu fördern: die Unterstützung der Kultur als Motor für eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung; die Förderung von Kultur und interkulturellem Dialog für friedliche Beziehungen zwischen Communities sowie die Stärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des kulturellen Erbes. Durch diese Strategie und die Erreichung der genannten Ziele sollen die internationalen Kulturbeziehungen der EU dazu beitragen, „die EU zu einem stärkeren globalen Akteur zu machen“.

Der Zweck dieses Artikels ist nicht die Besprechung der gesamten Strategie. Doch es ist interessant, einige Leitprinzipien hervorzuheben, um die Veränderungen zu betrachten, die sie für einige aktuelle Modalitäten der kulturellen Kooperation zwischen der EU und Afrika beinhalten.

## *Abkehr vom Paternalismus*

Die neue Strategie der EU erkennt an, dass „Kultur und insbesondere der interkulturelle Dialog dazu beitragen können, zentralen globalen Herausforderungen zu begegnen – wie etwa Konfliktprävention und Konfliktlö-

sung, die Integration von Flüchtlingen, Vorgehen gegen gewaltsamen Extremismus und der Schutz von kulturellem Erbe.“ Sie betont die Brückenfunktion, die Kultur in den internationalen Beziehungen übernehmen kann. Damit es aber dazu kommt, ist es notwendig, „darauf abzu zielen, einen neuen Geist des Dialogs, des gegenseitigen Zuhörens und Lernens, des gegenseitigen Aufbaus von Kompetenzen und der globalen Solidarität zu generieren. (...) Da Menschen durch den Einsatz digitaler Mittel oftmals über Grenzen hinweg in Kontakt treten, sollte dazu ermutigt werden, dass die Kommunikation zwischen Menschen unter den Bedingungen von Respekt und Ebenbürtigkeit und in einem Geist der Partnerschaft stattfindet. Gegenseitigkeit, beidseitiges Lernen und Mitgestaltung sollte deshalb die internationalen Kulturbeziehungen der EU unterstützen.“

Konzentrieren wir uns auf diese Prinzipien: gegenseitiges Zuhören und Verstehen, Respekt und Ebenbürtigkeit, Gegenseitigkeit, gemeinsame kreative Arbeit ... und globale Solidarität. Diese demokratischen Werte, die Europa gerne als konstituierend für seine Identität und sein Projekt bekräftigt, bleiben starke Anziehungspunkte in der ganzen Welt. Aber wir sollten nicht ignorieren, dass afrikanische Regierungen und Zivilgesellschaften

„Kultur und insbesondere der interkulturelle Dialog können dazu beitragen, zentralen globalen Herausforderungen zu begegnen – wie etwa Konfliktprävention und Konfliktlösung, die Integration von Flüchtlingen, Vorgehen gegen gewaltsamen Extremismus und der Schutz von kulturellem Erbe.“

gleichzeitig mit einer ganz anderen Art von Beziehung experimentieren. Ob es nun die Migrationspolitik der EU-Mitgliedstaaten ist, die zunehmend Bürger der ACP-Länder (Afrika, Karibik und Pazifik) ausschließt, oder die erhitzten Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den Staaten der ACP-Gruppe in Bezug auf die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) – auf diese Werte der Europäischen Union scheint man sich in den Augen vieler Afrikaner immer weniger verlassen zu können.

Kann sich Europa also in einem sich schnell verändernden globalen geopolitischen und geökonomischen Kontext, in dem das Gleichgewicht der Macht immer komplexer wird, darauf beschränken, Werte zu proklamieren, insbesondere in den internationalen Kulturbeziehungen, ohne sicherzustellen, dass diese ihre kulturellen Kooperationsprogramme unterstützen, insbesondere mit dem historischen und strategischen Partner Afrika?

Es würde zu lange dauern, die institutionelle und operative Architektur der kulturellen Kooperation zwischen EU und ACP detailliert zu beschreiben. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass die EU mehr an Entwicklungshilfe beteiligt ist als an den internationalen Beziehungen. Deshalb wird die kulturelle Zusammenarbeit größtenteils über den Europäischen Entwicklungsfond (EDFs) finanziert. Dies ist nicht unbedeutend und hat Auswirkungen auf die Programmgestaltung (der Kampf gegen Armut und die Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung der ACP-Länder zählen zu den zentralen Zielen), auf Auswahlkriterien für Unterstützungsempfänger, Prozeduren der Stipendienvergabe und Evaluierungen von Projekten. In dieser Strategie ist die vorherrschende Vision jene von den „unterentwickelten Kulturen“, denen man helfen sollte, sich in dem Sinn zu

## Agenda der Veränderung

entwickeln wie andere Programme für Entwicklungszusammenarbeit Infrastruktur und Gesundheitssysteme in afrikanischen Ländern unterstützen.

Der senegalesische Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller Felwine Sarr, Autor von „Afrotopia“, einem bekanntem 2016 veröffentlichten Essay, fasst den Paternalismus, der sich über eine solche Vision vermittelt, die auf dem Konzept der Entwicklung beruht, so zusammen: „Wir sprechen von den ‚unterentwickelten Ländern‘. Die ganze Wahrheit wird zusammengefasst in einem Ausdruck, der auf wirtschaftlichen Kriterien beruht, die alle anderen Aspekte des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens völlig leugnen. Es ist eine ‚reduktionistische‘ Vision. Länder sind besessen von dieser Unterentwicklung. [...] Konzepte sind wichtig, denn sie haben Grundlagen, implizite Bedeutungen. Wir verleugnen den Unterschied und stellen ihn in eine hierarchische Beziehung. Sie sollen ‚wie wir‘ werden, ‚genauso sein‘. Der Weg zur Würde geht darüber, zu werden wie wir. Das bedeutet, andere in unser Narrativ, in unsere Geschichte einzuschreiben.“

Nach Meinung Sarrs muss das Entwicklungskonzept selbst infrage gestellt und vor allem neu erfunden werden und zwar im Einklang mit afrikanischen Wirklichkeiten und Bestrebungen: „Es scheint ein großzügiger Vorschlag zu sein, da er Menschen helfen soll, die in Schwierigkeiten stecken, die arm sind. Es ist schwer, ihn infrage zu stellen, denn ‚Entwicklung‘ hat die tour de force erfolgreich absolviert, sich als ein Wort zu etablieren, das alle tugendhaften Bestrebungen von Individuen zusammenfasst. Das stimmt nicht. Es ist ein westliches Konzept aus dem 20. Jahrhundert, das auf bestimmte Bedürfnisse reagiert. Wir können uns davon inspirieren lassen, aber es ist kein Ziel, das für alle passt.“

Leider steht dieses eurozentrische und

hierarchische Konzept immer noch weitgehend im Zentrum kultureller Kooperationsprogramme mit Afrika, ob es sich dabei nun um Programme von EU-Mitgliedstaaten (Frankreich, Belgien, Deutschland, die Niederlande usw.) handelt oder um jene, die gemeinsam von der Europäischen Kommission und der ACP-Staatengruppe durchgeführt werden, wie etwa das Programm ACPCultures+. Natürlich gibt es Ausnahmen, eher in der Zusammenarbeit zwischen privaten Organisationen in Europa und Afrika als bei Programmen, die von nationalen und internationalen Agenturen für kulturelle Zusammenarbeit entwickelt wurden. Es geht nicht darum, bestimmte positive Aspekte dieser Programme zu bestreiten (insbesondere in Bezug auf die Hilfe zur Selbsthilfe, die Unterstützung der Mobilität von Künstlern und die Verbreitung von Werken), sondern darum, zu betonen, dass diese Programme weitgehend in einer hierarchischen Vision und kolonialen Phantasie gefangen sind, die eine Gegenseitigkeit verhindert, die für alle Parteien bereichernd sein könnte.

### *Die europäische Soft Power und afrikanische Reaktionen*

Historisch betrachtet war die erste Herausforderung für die internationale Kulturpolitik immer das Streben nach Einfluss. Heutzutage, in einem Zeitalter der kulturellen Globalisierung, der digitalen Revolution und des internationalen Wettbewerbs um die Kontrolle der Kanäle für die Verbreitung kultureller Inhalte, bleibt das Streben nach Einfluss die wichtigste Motivation jener Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen, die eine auswärtige Kulturpolitik haben. Seit den 1990er Jahren sprechen wir von Soft Power in den internationalen Beziehungen, um dieses

Streben nach Einfluss durch Kultur und ihre Verführungskräfte zu benennen.

Soft Power, eine Bezeichnung des amerikanischen Professors Joseph Nye, bezieht sich auf eine neue Form der Macht im internationalen politischen Leben, die nicht auf Zwang, sondern auf Überzeugung setzt, das heißt, auf die Fähigkeit politischer Akteure, andere davon zu überzeugen, Ziele zu verfolgen, die ihren eigenen entsprechen. Diese Überzeugungskraft beruht auf immateriellen Ressourcen wie dem positiven Image oder dem Ruf eines Landes, seinem Prestige, seiner Kommunikationsfähigkeit, der Attraktivität seiner Kultur sowie seinen Werten (den religiösen, politischen, wirtschaftlichen, philosophischen usw.) Sie basiert ebenso auf der Position des politischen Akteurs im Zentrum internationaler Institutionen. Eine dominante Position erlaubt es, die Agenda von Debatten zu kontrollieren (und somit zu entscheiden, was zulässige Diskussionsthemen sind) und innerhalb eines günstigen Rahmens eine Machtbeziehung aufzubauen. Deshalb ermöglicht dieses Konzept, eine bestimmte Weltansicht zu verallgemeinern, sodass sie von externen Gemeinschaften akzeptiert und für legitim gehalten wird. Das Kino und die audiovisuelle Medienindustrie sind eine wichtige Quelle von Soft Power, denn sie können Denkmodelle generieren.

Im heutigen extrem wettbewerbsorientierten geopolitischen und geökonomischen Kontext ist Soft Power zu einer strategischen und diplomatischen Domäne geworden, die Kultur zum wichtigen politischen Thema macht. Die Europäische Union übernimmt

„Historisch betrachtet war die erste Herausforderung für die internationale Kulturpolitik immer das Streben nach Einfluss.“

dies und erinnert daran, dass die in ihrer „Strategie für internationale Kulturbeziehungen“ formulierten Ziele dazu beitragen sollten, „die EU zu einem stärkeren globalen Akteur zu machen.“

Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der EU und der ACP-Staatengruppe ist von diesen Themen der Soft Power betroffen. Kulturelle Akteure und Experten der ACP verstehen, dass Programme ebenso sehr dazu dienen (manche würden sagen, sogar mehr), Vorbilder für Kulturen, Werte und Gesellschaften zu verbreiten und die Produktion künstlerischer Inhalte zu begleiten wie dazu, afrikanischen kulturellen Akteuren dabei zu „helfen“, sich zu „entwickeln“. Dies ist insbesondere deshalb der Fall, weil diese Programme in bestimmten Kontexten eingesetzt werden, die von der Schwäche der afrikanischen Kulturpolitik und –Industrien gezeichnet sind sowie von einem beträchtlichen Ungleichgewicht im weltweiten Handel mit Gütern und Dienstleistungen (Afrika macht nicht mehr als ein Prozent des Welthandels aus).

Die Lage ist tatsächlich paradox: Während Kultur zu einem immer strategischeren internationalen Feld wird und afrikanische Künstler und kulturelle Ausdrucksformen fantastische Botschafter für den Kontinent darstellen, hinken afrikanische Staaten und Institutionen im Hinblick auf Themen und Herausforderungen der Soft-Power-Politik weit hinterher. Abgesehen von Südafrika und Marokko haben aktuell wenige afrikanische Staaten eine echte Kulturpolitik, obwohl sich einige in diese Richtung bewegen (wie etwa Ruanda, Mali, Burkina Faso, Kap Verde und Uganda). Ebenso ist die offenkundige Schwäche der Abteilungen und menschlichen Ressourcen, die sich innerhalb regionaler und kontinentaler Institutionen (AU, CEMAC, WAEMU, ACP, ECOWAS)

## Agenda der Veränderung

mit Kultur beschäftigen, symptomatisch für diesen Rückstand. Trotzdem steht Afrika im Zentrum einiger großer strategischer Herausforderungen.

Die BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und die arabischen Golfstaaten zögern nicht, ihre Soft-Power-Politik einzusetzen.

Insbesondere Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate investieren sehr stark in Afrika und nutzen die Religion, um ihre Soft Power und ihren internationalen Status zu erhöhen. Im Senegal zum Beispiel bauen die Vereinigten Arabischen Emirate „schlüsselartige“ Moscheen inklusive Imam.

In dieser kulturellen Globalisierung kämpfen afrikanische Reaktionen, Politik und Strategien um Les- und Sichtbarkeit. Angesichts der Langsamkeit von Staaten und auch von regionalen und kontinentalen Behörden und Institutionen organisieren sich heute afrikanische Künstler, Intellektuelle und kulturelle Akteure selbst, um die Entstehung einer unabhängigen und alternativen afrikanischen Sichtweise und Debatte zu fördern.

### *Kultureller Austausch oder einfach europäische Forderungen?*

Seit 2016 organisieren der senegalesische Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller Felwine Sarr und der Kameruner Politiktheoretiker und Schriftsteller Achille Mbembe jedes Jahr eine Veranstaltung in Dakar, die „Ateliers de la pensée“. Diese Treffen führen eine Gruppe afrikanischer und europäischer Denker zusammen, die sich dem „Revival des dekolonisierten afrikanischen Denkens“ verschrieben haben. Zwischen dem 1. und 4. November 2017 hat es zum zweiten Mal stattgefunden und auf dem Diskussionsprogramm

standen unter anderem folgende Themen: „die radikale Dekolonisierung des Wissens, ein erweitertes Konzept der Vorstellung von Universalität, die heilende und restaurative Funktion des Denkens und Schreibens und die Rehabilitierung des Prinzips der Heterogenität und Vielfalt, das in unserer Geschichte so tief verankert ist.“

Diese „Ateliers de la pensée“ veranschaulichen den aktuellen intellektuellen und künstlerischen Nährboden auf dem afrikanischen Kontinent, bei dem darauf abgezielt wird, einen neuen Diskurs zu starten, der nicht einfach nur westliches Denken reproduziert. Das Thema und dieser Wunsch sind nichts Neues. Dies waren die Ziele der Väter der afrikanischen Unabhängigkeit wie etwa Kwame Nkrumah und Julius Nyerere sowie der Theoretiker des Postkolonialismus. Also warum und wie wurden kulturelle Themen von afrikanischen Ländern auf Eis gelegt? Dafür gibt es zahlreiche Gründe – politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche: die Priorität anderer Aktivitätsbereiche, katastrophale Versuche, nationale Kulturen oder Künstler für politische Zwecke zu nutzen, die Auswirkungen der Politik der Strukturanpassung, der Mangel an Meinungsfreiheit – dies sind nur einige Aspekte, die zur Marginalisierung kultureller Themen und Politik in Afrika beigetragen haben. In Anbetracht eines Felds, das in vielen Ländern seit den 1980er Jahren brachgelegen war, haben Akteure aus dem Norden allmählich damit angefangen, verschiedene Ebenen der kulturellen Wertekette (vom Design bis zur Produktion und Verbreitung) mit Kooperationsprojekten zu unterstützen. Die Situationen unterscheiden sich sehr stark je nach Land, geografischen und sprachlichen Regionen und nach der auswärtigen Kulturpolitik der früheren Kolonialmächte. Diese kulturellen Kooperationen sind nicht die gleichen im Senegal, in Nigeria, Kamerun, Äthiopien und Zimbabwe... jedes

Land hat einen eigenen, mehr oder weniger entwickelten und autonomen Kultursektor mit jeweils eigenen Stärken und Schwächen. Doch unabhängig vom jeweiligen Land haben sie alle heutzutage kulturelle Kooperationsprojekte, die von Akteuren aus dem Norden finanziert werden, insbesondere von der Europäischen Union.

Bei den meisten dieser Projekte zeigen sich drei Schlüsselmerkmale. Erstens sind es die nördlichen Geldgeber, die auf eine mehr oder weniger transparente Art Programme gestalten und/oder Projekte aussuchen. Zweitens wird über die Zusammenarbeit zwischen den Parteien selten aus unterschiedlichen Perspektiven berichtet. In den meisten Fällen wird das Projekt oder Programm von der Organisation im Norden dokumentiert und analysiert statt von Partnern oder Unterstützungsempfängern im Süden. Und schließlich werden die meisten dieser Projekte und Programme nicht wirklich unabhängig bewertet.

Entweder werden die Gutachter „intern“ rekrutiert oder werden, wenn sie von außen kommen, immer noch von den Sponsoren des Programms bezahlt.

Die neuere Geschichte der kulturellen Kooperation zwischen Europa und Afrika scheint somit von einem einzigen Autor ge-

„Die neuere Geschichte der kulturellen Kooperation zwischen Europa und Afrika scheint somit von einem einzigen Autor geschrieben zu sein: von dem, der gibt, der Talente und Technologien einbringt und der von der Überlegenheit des eigenen Modells überzeugt ist und der Afrikanern dabei hilft, auf dieses zuzugreifen.“

schrieben zu sein: von dem, der gibt, der Talente und Technologien einbringt und der von der Überlegenheit des eigenen Modells überzeugt ist und der Afrikanern dabei hilft, auf dieses zuzugreifen.

Wie könnten Austausch oder Projekte der kulturellen Kooperation zwischen Europa und Afrika, die geprägt sind von einem Ungleichgewicht, das sowohl materieller (die finanziellen Mittel kommen aus dem Norden) als auch symbolischer Art ist (und auch Legitimationskriterien...), in solch einer Konstellation gleichberechtigt sein?

Diese Frage wird regelmäßig bei Fachkonferenzen und professionellen Treffen von Künstlern, Akteuren und Forschern gestellt, hat aber für Geldgeber und Einflussnehmer im Norden noch keine Priorität. In Europa scheint dieses Ungleichgewicht, diese Asymmetrie, beinahe selbstverständlich zu sein. Man findet immer noch sehr selten eine europäische Institution oder Organisation, die kulturelle Kooperationsprojekte mit Afrika unterstützt und die eigene Arbeit einer echten kritischen Reflexion unterzieht. Doch können kulturelle Ausdrucksformen trotzdem vernünftigerweise als ein traditioneller Sektor der Entwicklungshilfe betrachtet werden? Was bedeutet es, wenn man etwas zur „Entwicklung verhelfen“ will, das eben ein Teil der Identität von Individuen und Völkern ist und sich teilweise auf immaterielle Art und Weise ausdrückt? Wir haben das Gefühl, dass diese Fragen gestellt werden müssen, weil die Dominanz europäischer Kriterien in Kooperations-Projekten und –Programmen so stark ist, dass wir uns manchmal fragen, ob die kulturelle Dekolonisierung des Dunklen Kontinents tatsächlich jemals stattgefunden hat.

Es ist seltsam, zu sehen, dass viele künstlerische Projekte zwischen Europa und Afrika die Logik der Extrahierung von Rohmaterialien in andere Bereiche der Zusammenarbeit

## Agenda der Veränderung

reproduzieren. Nämlich die Bestandteile, die wahrscheinlich in Europa von Nutzen sind, entweder Künstler, Kompanien, Ästhetik oder Kulturerbe, sie werden bestimmt und von „Experten“ aus dem Norden ausgewählt, aus ihrem Umfeld genommen und für verschiedene Zwecke auf den alten Kontinent exportiert. In diesen Fällen hat der künstlerische Bedarf eindeutig Vorrang vor der strukturellen Qualität der Beziehung zwischen den Partnern im Norden und Süden. Es herrscht eine Verwirrung zwischen Austausch und Forderungen. Bewusst oder unbewusst scheint sich eine neo-koloniale Beziehung wieder und wieder zu wiederholen... und es bräuchte viel mehr als Worte und die Erklärungen guter Absichten, um dieses Beziehungsmuster, das auf Jahrhunderten der Vorherrschaft basiert, zu durchbrechen.

### *Geteilte Verantwortung*

Eine wissenschaftliche Bewertung des Stands der kulturellen Kooperation zwischen Europa und Afrika und insbesondere der von der Europäischen Union finanzierten Kooperationsprogramme steht immer noch aus. Eine Bewertung, die sich nicht auf offizielle Dokumente zu diesen Programmen beschränkt, sondern versucht, die Sichtweisen der Partner und Unterstützungsempfänger im Süden zu integrieren und die Komplexität und Ambivalenz dieser Art von Programmen zu beschreiben.

Auf der Grundlage eines solchen Ansatzes kann sich allmählich ein neues Paradigma entwickeln, weit entfernt von dem Ungleichgewicht und der von der Kolonisierung vererbten Darstellungen und respektvoll gegenüber allen Parteien. Dies erfordert zwei große Veränderungen. Erstens müssen die Akteure im Norden anerkennen, dass die strukturelle

Qualität von Austauschprogrammen heute so wichtig ist wie die künstlerischen Anforderungen, und dass sie notwendigerweise den Rahmen von Interaktionen beeinflusst, sowohl die Projektplanung als auch die Programmführung. Andererseits ist es wichtig, Projekte und Programme über einen längeren Zeitraum zu gestalten, zu unterstützen und zu bewerten. Ein Strukturwandel lässt sich selten im Laufe von drei, vier oder fünf Jahren erzielen. Um effektiv zu sein, muss kulturelle Kooperation auf eine gemeinschaftliche und koordinierte Art über eine relativ lange und fortwährende Periode durchgeführt werden.

Jahr für Jahr gibt es eine Reihe politischer Erklärungen zur Bedeutung der Rolle von Kultur für die Entwicklung der ACP-Länder. 2009 organisierte die Europäische Kommission zu diesem Thema ein großes Kolloquium in Brüssel, an dessen Ende ACP-Fachleute ihre wichtigsten Empfehlungen in der Brüsseler Erklärung darlegten. Ein Kontrollkomitee sollte aufgestellt werden, um die Umsetzung dieser Empfehlungen zu verfolgen. Die Hoffnungen der kulturellen ACP-Akteure wuchsen. Aber am Ende kam die Europäische Kommission dieser Verpflichtung nicht nach. Von der Brüsseler Erklärung blieben am Ende nur leere Worte und die ACP-Fachleute konnten nicht mobilisiert werden.

In den ACP-Staaten und im ACP-Sekretariat ist die Lage nicht viel besser. Das vierte Treffen der ACP-Kulturminister fand am 9. und 10. November 2017 in Brüssel statt. Im Anschluss an Dakar 2003, Santo Domingo 2006 und Brüssel 2012 führte dieses Treffen zu einer vierten Erklärung, an deren Beginn festgestellt wird, es sei bedauerlich, dass bisher kein effektiver Mechanismus eingesetzt wurde, um die Umsetzung früherer Erklärungen zu verfolgen.

Wann werden wir uns von dieser Abfolge an Erklärungen lösen und es endlich wagen, die Grundlagen für konkrete und innovative

Aktionen zu legen, die für einen wahren Paradigmenwechsel stehen? Es gibt kompetente professionelle afrikanische Organisationen, die in der Lage sind, Institutionen aufzuklären und zu begleiten. Das Arterial Network, ein Netzwerk afrikanischer kultureller Akteure, feierte 2017 seinen zehnten Jahrestag und deckt nun beinahe den gesamten Kontinent ab. In jüngerer Zeit versucht das 2017 geschaffene African Cultural Policy Network im Hinblick auf Kultur und die kulturelle Kooperation Gesprächspartner für Staaten, lokale und regionale Behörden sowie für internationale Organisationen im politischen Bereich zu sein. Andere Organisationen haben ebenfalls eine beachtliche Erfahrung und Expertise. Und vergessen wir nicht Thinktanks wie die „Ateliers de la pensée“.

Politische Institutionen können diese Partner im Süden nicht länger ignorieren. Wird es der EU über Worte und spezielle Aktionen hinaus gelingen, die in ihrer neuen Strategie zu den internationalen Kulturbeziehungen dargelegten strukturellen Prinzipien umzusetzen: gegenseitiges Zuhören und Lernen, Respekt und Ebenbürtigkeit, Gegenseitigkeit, Mitgestaltung? Die Verantwortung liegt bei Europäern und Afrikanern. Solange afrikanische Entscheider und politische Organisationen es versäumen, mehr in kulturelle Themen und Fragen zu investieren und sie in Betracht zu ziehen, werden Europäer so weitermachen wie sie wollen, als Experten für Soft Power und Kulturdiplomatie. Doch ein Paradigmenwechsel ist dringend erforderlich, um mit dem Anstieg von Extremismus und Populismus in Afrika und in Europa fertigzuwerden. Denn Kultur ist nicht per se gut. Sie ist eine Matrix, die sowohl das Beste als auch das Schlechteste hervorbringen kann.

Der Schriftsteller Sony Labou Tansi pflegte zu sagen: „Ich muss nicht entwickelt werden. Ich muss so genommen oder gelassen werden.“

Wie können wir auf globaler Ebene zusammenleben mit kulturellen Unterschieden, die immer neue Formen annehmen? Morgen, sagen Experten voraus, dass „geokulturelle Themen einen Ansatz für globale Governance darstellen können, gleichberechtigt mit geopolitischen und geoökonomischen Themen. Einer der zentralen strategischen Herausforderungen besteht darin, Wege zu finden, um kulturellen Pluralismus zu einem politischen Projekt zu machen, das es den vielen Daseinsformen in der Welt ermöglicht, ihre Interaktionen zu prägen und die Basis einer multizentrischen und doch friedlichen Welt zu bilden.“ Wird die kulturelle Kooperation zwischen der EU und Afrika angesichts dieser Herausforderung einen effektiven Beitrag leisten?

**Ayoko Mensah** ist eine französisch-togolesische Journalistin und Beraterin. Nach der Gründung und Leitung des Magazins „Afriscope“ arbeitete sie als Expertin im EU-ACP-Programm für die Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern. Aktuell arbeitet sie als Beraterin für den Bereich Afrika des Palais des Beaux-Arts in Brüssel.



**Eine Agenda für Veränderung** Die Europäische Union entwickelt eine neue Strategie für die internationalen Kulturbeziehungen. Wie sollte diese umgesetzt werden? Welche Rolle könnte EUNIC dabei spielen? Klar ist: Ein europäischer Weg zu auswärtigen Kulturbeziehungen braucht politische Verfahren, die den globalen Herausforderungen Populismus, Kriege, Klimawandel oder der Aufstieg Chinas gewachsen sind. *Von Gottfried Wagner*



**W**o stehen wir? Jahre der Forschung, Debatte und des Engagements haben zu einigen bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Das europäische Parlament, die Kommission, der Europäische Auswärtige Dienst und schließlich der Rat der EU haben in den europäischen auswärtigen Beziehungen ein neues Paradigma der Kultur festgelegt. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, ihre Zusammenarbeit zu stärken und konkrete Schritte beschlossen, um Fortschritte zu erzielen, insbesondere durch die Gründung des EUNIC-Netzwerks und durch dessen Aktivitäten in lokalen Clustern und im Zentralbüro in Brüssel. In unterschiedlichem Ausmaß haben einige der Mitgliedstaaten auch zugestimmt, kleine schnell handelnde Akteure des Wandels wie etwa More

Europe und zivile Akteure wie Stiftungen zu unterstützen – ein Prozess, den es so noch nicht gegeben hat.

Jede Beurteilung der Ergebnisse und des praktisch spürbaren Outputs bis heute hängt von den Erwartungen des Beobachters ab. Angesichts der Neuheit eines solchen europäischen Prozesses, der Komplexität verschiedener Organisationskulturen und der begrenzten Verantwortlichkeiten der Kommission im Hinblick auf Kultur ist bereits sehr viel erreicht worden. Doch das Resultat ist bescheiden, wenn man es mit dem Bedarf vergleicht und dem ausschöpfbaren Potenzial. Warum ist das so?

### *Kulturdiplomatie als „nationales Produkt“*

Die Tatsache, dass Mitgliedstaaten und unter ihnen besonders die großen stark wenn nicht stur am Konzept und der Praxis der nationalen Kulturdiplomatie festhalten, könnte als Beweis gedeutet werden für die Bedeutung, die ihr Mitgliedstaaten und ihre Agenturen für auswärtige Kulturbeziehungen zuschreiben.

Selbst die nationalen Kulturinstitute, die sich klar zu den europäischen Perspektiven der auswärtigen Kulturarbeit bekannt haben (was in manchen Fällen in den Leitbildern ihrer Organisationen ausgedrückt ist) und jene,

die sich der Autonomie der Kulturarbeit (at arm's length) verpflichtet fühlen und diese Autonomie auch auf der europäischen Kooperationsebene sehen möchten, scheinen diesen „Europäisierungsprozess“ vor einer unsichtbaren Glasmauer zum Stillstand gebracht zu haben. Europäische Kooperation, ja, basierend auf dem modernen Paradigma des Agierens auf Augenhöhe, mit der Haltung zu lernen, zuzuhören, zusammenzuarbeiten und gemeinsam kreativ zu sein statt traditioneller Kulturdiplomatie und Zurschaustellung, aber innerhalb ziemlich enger Grenzen, mit eingeschränkten nationalen Budgets und einiger Skepsis gegenüber den „institutionellen Interessen“ in Brüssel, während man gleichzeitig finanzielle Anreize für kooperative Unternehmungen erwartet und in Bezug auf neue Werkzeuge und Instrumente, die eher europäisch sind als national, möglichst wenige Risiken eingeht.

EUNIC muss deshalb mit enormen Herausforderungen und paradoxen Haltungen auf Seiten seiner Mitglieder umgehen und ist deshalb oftmals unfair als „lahme Ente“ kritisiert worden. Kleinere Mitgliedstaaten und ihre Agenturen sind auf der globalen Bühne weniger stark repräsentiert – in einigen Fällen nur marginal oder auch gar nicht.

Sie könnten in europäischen Projekten Außendarstellung und eine gerechte Teilung

„Die Landschaft der globalen Herausforderungen – inklusive ihrer kulturellen Elemente – verändert sich sehr stark. Europa muss in jeder Hinsicht ein entschlossener und starker Akteur werden, auch durch gut durchdachte Kulturpolitik.“

erwarten, doch es muss eine Balance zwischen größeren und kleineren Akteuren gefunden werden und es braucht ein striktes Vorgehen für den maximalen Effekt.

Viele Mitgliedstaaten betrachten Kulturpolitik immer noch als wesentlichen Bestandteil des Diskurses über nationale Identität und Kulturdiplomatie als nationale Währung oder Produkt in einem wettbewerbsstarken Markt. Man wird noch sehen, was möglich ist, wenn wir über primär nationale Ansätze hinausgehen, rein additive Modelle der Zusammenarbeit und klassische europäische Veranstaltungen wie Filmtage und Literaturnächte. Zu einem bestimmten Grad bleibt die moderne europäische Kulturdiplomatie lediglich eine Projektion ohne tiefgehende Erforschung von Bedarf und Realisierbarkeit gemeinsamer Inhalte und ohne experimentellen kreativen Ansatz für den Aufbau couragierter und komplexer Strukturen. Was kann die EU als Ganzes erreichen? Wo und wie? Über diese Fragen diskutieren Akademiker und andere, die wenig Einfluss im Hauptsitz der EU haben, also bleiben sie Visionen, die nicht konkret ausprobiert werden.

Eine logische Schlussfolgerung wäre, relativ einfache Wege zu finden, indem nämlich EU-Institutionen die Führung übernehmen und helfen, gemeinsame Verfahren durch Anreize auszubauen und auszuprobieren. Aber dies wird wahrscheinlich nicht in Brüssel geschehen, weil sie dort noch nicht dafür ausgestattet (oder dazu befugt) sind, entscheidende Schritte zu unternehmen, oder unterfinanziert sind, unterbesetzt und über verschiedene Einheiten verstreut.

Zweifellos verändert sich die Landschaft der globalen Herausforderungen – inklusive ihrer kulturellen Elemente – sehr stark. Europa muss in jeder Hinsicht ein entschlossener und starker Akteur werden, auch durch gut durchdachte Kulturpolitik.

## Agenda der Veränderung

US-Präsident Trump und seine Haltung zu Politik und politischen Verfahren steht offensichtlich für eine politische „Kultur“, die den meisten Europäern zumindest fremd ist, wenn nicht sogar als gefährlich empfunden wird, und dies stellt eine Bedrohung dar für die Europäische Union und viele andere auf multi- und bilateraler Ebene.

Er hat jedoch nur noch klarer gemacht, was seit vielen Jahren auf der Agenda steht: Europa muss auf der globalen Bühne ein starker Partner werden, unabhängig und kooperativ, mit einem Fokus auf den eigenen Interessen und dem gemeinsamen Wohl. Dies gilt für sozioökonomische Themen und Handelsthemen, Klimapolitik, Sicherheitsprobleme, Migration, Machtbalance – und Kulturbeziehungen.

Die „Kulturalisierung“ von Konflikten, die andere Wurzeln haben, oder „Kulturalisierung als Ideologie“ als Ergebnis unangemessener Gesten der Macht durch hegemoniale Kräfte, sind heute zu einem großen Problem geworden. Andererseits gibt es genügend Belege dafür, wie entscheidend Kultur und Bildung im Umgang mit Konflikten und Situationen nach Konflikten sein können. Kultur als Säule der Entwicklung, als Motor einer Kreativwirtschaft, als Raum für demokratische Entwicklung – der Bedarf an kultureller Aktion, Kooperation und gemeinsamer kreativer Arbeit ist unumstritten.

Diese Notwendigkeit und der unterschiedliche konkrete Bedarf kann von individuellen Akteuren, Netzwerken und nationalen Agenturen angegangen werden, doch es gibt den Raum und dringenden Bedarf nach einer konzertierten europäischen Aktion für ein gut organisiertes Kooperationsprogramm mit vielen Interessenvertretern, das auf den Stärken der Einheit und der Vielfalt basiert. Darüber hinaus – auch wenn es für echte „Kultur“-Menschen seltsam klingt:

Stärkere Verbindungen zwischen den europäischen Verteidigungspolitiken (Hard Power) und Europas auswärtigen Kulturbeziehungen (Smart Power) müssen Europas demokratisches und humanistisches Selbstverständnis und seine Diversität mitbedenken.

Es gibt so viel zu tun. Aber in Anbetracht der aktuellen Situation, der prozessorientierten auswärtigen Kulturbeziehungen der EU und der zur Verfügung stehenden Mittel und Werkzeuge, gibt es nur einen praktikablen und realistischen Weg: Entwicklung durch Pilotprojekte. Nur über Pilotprojekte kann unter zentralen europäischen Akteuren im Hinblick auf Inhalt und Management eine aktive und widerstandsfähige Kooperation aufgebaut werden.

Pilotprojekte sollten sich auf drei wesentliche Bereiche konzentrieren. Der erste umfasst die geopolitischen Notwendigkeiten: strategische europäische Pilotprojekte in speziellen Regionen mit kulturellen Partnern aus diesen Regionen und der Diaspora an „neutralen Orten“ (z.B. Türkei, Naher Osten/Syrien, MENA-Region, Iran, USA, Kolumbien).

Der zweite Bereich umfasst Notwendigkeiten im Management: strategische europäische Pilotprojekte, um Modelle von Shared Ownership und effektives Management zu testen, etwa die Häuser europäischer Kulturen, für eine begrenzte Testphase von sagen wir fünf Jahren; internet-basierte europäische Kunst- und Medieninitiativen; multilaterale

„Nur über Pilotprojekte kann unter zentralen europäischen Akteuren im Hinblick auf Inhalt und Management eine aktive und widerstandsfähige Kooperation aufgebaut werden.“

Pilotprogramme (z.B. verbunden mit Mobilität oder Rückkehr kultureller Akteure nach einer Krise sowie ausgewählte Programme mit europäischen Delegationen in bestimmten Ländern/Regionen).

Der dritte Fokus sollte auf den thematischen Notwendigkeiten liegen: thematische Pilotprojekte wie etwa internationale Modelle der Zusammenarbeit in der Kreativwirtschaft, Kultur als Säule der Entwicklung, Kulturerbe als Quelle gesellschaftlicher und sozioökonomischer Entwicklung... Vor allem sollte es Pilotprojekte zu europäischen und globalen „Interessen“ geben und zur Kooperation in der Kultur.

### *Führungsfähigkeit entwickeln*

Jedes Pilotprojekt wäre kofinanziert von Mitgliedstaaten, Regierungseinrichtungen in Partnerländern, europäischen Institutionen und schließlich Kooperationspartnern aus den unabhängigen zivilen und privaten Sektoren.

EU und EUNIC müssten einen Arbeitsplan festlegen. Das Gesamtmanagement könnte an die „Plattform für Kultur in den auswärtigen Beziehungen“ delegiert werden. Die Mitgliedschaft in diesem Konsortium würde eine aktive Zusammenarbeit in einem Pilotprojekt erfordern sowie eine finanzielle Verpflichtung in Form eines bestimmten Prozentsatzes des jährlichen Budgets.

Zweifellos müssen die EU-Strukturen getestet und entwickelt werden. Führungskraft muss basierend auf dem weithin verstandenen und akzeptierten Konzept der Subsidiarität für Mitgliedstaaten, ihren Kultursektor, für Schutz und Entwicklung der europäischen kulturellen Vielfalt und starker Verbindungen entwickelt werden. Dies beinhaltet die Fähigkeiten von Menschen,

die dabei helfen können, einen Rahmen zu schaffen in einem weiten Feld unterschiedlicher Akteure und Kulturen, europäischer Institutionen und ihrer Generaldirektionen und Abteilungen. Es braucht neue Wege für die Aufsicht, Organisation, Verwaltung und Bewertung neuer Projekte. Und nach sagen wir fünf bis sieben Jahren sollten dem Europäischen Parlament und dem Rat Empfehlungen gegeben werden.

Drei Voraussetzungen sind für den Erfolg am Wichtigsten. Erstens müssen bestimmte Instrumente wie beispielsweise die „Plattform für Kultur in den Außenbeziehungen“ gestärkt werden, indem sie mit dem Projektmanagement-Kreislauf des Pilotprojekts betraut wird, unterstützt von den EU-Delegationen. Die zweite Voraussetzung ist die Unterstützung von Projektpartnerschaften mit NGOs und Stiftungen wie auch mit privaten Partnern, die einen soliden wirtschaftlichen Hintergrund haben und Interesse an einem angenehmen internationalen Klima zeigen.

Und schließlich ist wichtig, eine starke, flexible, zeitlich beschränkte EU-Arbeitseinheit zu schaffen, die von an Kultur-/Kreativindustrien und Außenbeziehungen beteiligten Abteilungen ergänzt wird, inklusive des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD), der Direktionen der Kommission für Bildung und Kultur (EAC), für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DEVCO) und für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR).

Der gesamte Prozess, aber besonders die Umsetzung muss vom Europäischen Parlament kritisch beobachtet werden. Dies klingt im Moment vielleicht ziemlich utopisch, aber konfrontiert mit wachsendem Druck vor Ort und dem steigenden Bedarf nach Instrumenten, die soft und smart sind, kann eine starke Führungskraft auf der institutionellen Ebene, die am meisten betroffen

## Agenda der Veränderung

ist (am offensichtlichsten ist dies Frau Mogherini, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Vizepräsidentin der Kommission und Vorsitzende des EAD) viel erreichen im Hinblick auf allgemeine strategische Analyse. Sie kann Aspekte vorantreiben und dem Prozess einen Rahmen geben, der andere relevante Generaldirektionen auf Augenhöhe einschließen würde.

Offensichtlich sind Experten auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturbeziehungen und jene, die an kollaborativen europäischen Agenden arbeiten, auf eine Reihe kontroverser und oftmals paradoxer Merkmale gestoßen, mit denen man sich ernsthaft beschäftigen muss. Zu diesen zählen methodologische Fragen wie Politik at arm's-length (in der Theorie und in der Wirklichkeit!) versus klare politische „Interessen“ sowohl auf der Ebene des Mitgliedstaates als auch auf EU-Ebene. Dann gibt es Themen, die mit nationaler „Ownership“ und/oder dem „Europäersein“ zu tun haben und damit, ob dies einen Einfluss darauf hat, wie man mit entsprechenden Interessen umgeht; und es gibt Fragen zur Definition von Kulturdiplomatie und paradigmatischen neuen Interpretationen von Kulturbeziehungen und Zusammenarbeit und was diese wirklich für den Diskurs über die Instrumentalisierung bedeuten. Und schließlich hat eine neue Debatte darüber begonnen, was europäische Interessen sind, durch den kritischen Blick auf globale kulturelle Ungerechtigkeiten.

Allgemein könnte es mehr Klarheit und Transparenz geben. Wenn es darum geht, Interessen und Autonomie ins Gleichgewicht zu bringen, Interessen zu definieren, insbesondere, wenn in kulturpolitischen Debatten sozioökonomische, politische und sicherheitstechnische Interessen auf dem Spiel stehen. Selbst Forderungen gegenüber der Kultur in den auswärtigen Beziehungen – wie „Sicht-

barkeit erhöhen“, „helfen, eine Marke zu schaffen“, „das Image verbessern“ – sind für einige Puristen der Kultur und Künste Ärgernisse. Es herrscht immer noch die weitverbreitete Angst, instrumentalisiert zu werden oder zumindest von den falschen Politikern/Geschäftsgruppen aus den falschen Gründen instrumentalisiert zu werden.

### *Gleichgewicht zwischen Interessen und Autonomie*

Man muss auch den Unterschied zwischen „grober“ Instrumentalisierung (direkt und energisch) einerseits und intrinsischen und nuancierteren „Vereinbarungen“ zwischen dem (öffentlichen oder privaten) Sponsor und der umsetzenden Agentur oder dem Künstler andererseits im Auge behalten.

Abgesehen von der Tatsache, dass über dieses ewige Thema immer debattiert werden wird, steht es wahrscheinlich auf dem Gebiet der Außenpolitik besonders im Vordergrund. Einer der Gründe dafür ist die Tatsache, dass Künstler, Kulturakteure und ihre entsprechenden Einrichtungen und Netzwerke niemals ausreichend an der strategischen Planung und Entwicklung von Außenpolitik beteiligt waren. Sie stoßen gewöhnlich auf eine Landkarte, die bereits von Diplomaten und Experten für globale Themen gezeichnet worden ist. Sie wurden eingeladen, nach X oder Y zu reisen, mit A oder B zu arbeiten und waren oftmals glücklich, dies tun zu können; nach dem Projekt kehren sie zu ihrer täglichen Arbeit auf lokaler oder nationaler Ebene zurück, wo – anders als in den auswärtigen Kulturbeziehungen – Verhandlungen über Raum, Zeit, Aufmerksamkeit und Finanzierung Teil des Alltags sind. Hier kennen sie oft die politischen und administrativen Partner von Künstlern und die Kanäle, um diese zu

erreichen und die Kommunikation hat ihren eigenen Rhythmus und ihre eigenen Regeln.

### *Die Abkehr vom Mantra der Instrumentalisierung*

Es ist an der Zeit, Künstler/Kulturakteure und ihre Netzwerke sowie Denker und Leiter relevanter, weltweit agierender Kulturinstitutionen in Europa in den Raum der Außenpolitik und in die Entwicklung neuer politischer Vorgehensweisen einzubinden. Bislang haben Kulturinstitute, staatliche Agenturen oder halbstaatliche Institutionen den externen Kulturdiskurs mit Europa monopolisiert. Es ist nicht leicht, Beteiligung, Ownership und Mitarbeit auf produktive und schlüssige Art zu ermöglichen, aber es müssen neue Arten der Zusammenarbeit ausgetestet werden, zum Beispiel im Einklang mit den drei Gruppen von Pilotprojekten.

Es geht jedoch nicht nur um individuelle Freiheit und Autonomie. Es gibt noch viel stichhaltigere Argumente für das „Teilen“: Diese neue Politik beschäftigt sich mit zentralen globalen Herausforderungen und Möglichkeiten, mit transformatorischen Risiken

„Diese neue Politik beschäftigt sich mit zentralen globalen Herausforderungen und Möglichkeiten, transformatorischen Risiken und politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedrohungen; wir brauchen Strategien, um sie zu produktiven strategischen Optionen zu machen, zu Lösungen, die am Ende jeden angehen.“

und politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedrohungen; wir brauchen Strategien, um sie zu produktiven strategischen Optionen zu machen, zu Lösungen, die am Ende jeden angehen. Was tatsächlich auf dem Spiel steht, ist allgemein eine bessere Regierungsführung – und entsprechend die „Kultur der Zukunft“, die „Kultur des globalen Zusammenlebens“, die „Kultur der Regierungsführung“ in einem sehr komplexen Umfeld.

Auswärtige Beziehungen und Kulturbeziehungen sind fester Bestandteil der Verhandlung über neue Bedingungen des Zusammenlebens, über transnationale Verbreitung von Ideen und Alternativen zu gefährlichen Entwicklungen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene. Die Tatsache, dass eine neue Kulturdiplomatie wichtiger wird, liegt genau begründet in dieser allgemeinen Entwicklung, aber kann nur als Teil eines erweiterten gesellschaftlichen und kulturellen Dialogs erfolgreich sein.

Dialog hilft, Interessen zu klären – individuelle und kollektive, eigennützige und gemeinsame – sowie die verbesserte, aber sich oftmals verändernde Wahrnehmung dessen, was dem gemeinsamen Wohl dient.

Diese Art von Dialog über dringende Themen auf der ganzen Welt reicht logischerweise über nationale Grenzen hinaus, ohne die Bedeutung lokaler Zugehörigkeiten und lokaler Lebens- und Schaffensräume zu schmälern. Es sind der berühmte „glokale“ Geist und die „glokale“ Arbeitsweise in unserer globalisierten Welt. Lokaler und globaler Dialog, eine gemeinsame Suche nach Ideen und kollaborative Produktionen zu überlebenswichtigen Angelegenheiten helfen uns, die Bedingungen auszuhandeln, wie wir lokal, national und global zusammenleben. Aufgeklärte politische Entscheidungsträger auf der Mitgliedstaat- und EU-Ebene beschäftigen sich mit den Angelegenheiten der Künstler;

## Agenda der Veränderung

sie haben mehr Gemeinsamkeiten als Dinge, die sie trennen; und wenn die Rollen klar sind (Entscheidungsfinder schaffen keine Kunst, Künstler sind keine Diplomaten) und sie zu der Art der Projekte in den Außenbeziehungen in bestimmten lokalen, regionalen und transregionalen Umgebungen ein ganzheitliches Gespräch beginnen, dann ist die bloße Gegenüberstellung von „Autonomie“ auf der einen und „Interessen“ auf der anderen Seite viel weniger bedrohlich, oder sie verschwindet zumindest teilweise.

Künstler verteidigen auch ihre Freiheit, indem sie aktive Mitglieder einer Gemeinschaft von Menschen werden, die sich mit globalen Krisen und Gefahren beschäftigen. Und Politiker lernen die Kraft der Kultur und der Künste bei der Verbesserung globaler Beziehungen wertzuschätzen.

Heute kommt es nicht nur zwischen Akteuren in einzelnen Ländern zum Dialog über dringliche globale Angelegenheiten. Sehr oft ist es unmöglich, sich Projektarbeit, Ergebnisse und Output ohne deutliche europäische Beteiligung oder, in vielen Fällen, starke gemeinsame Führung vorzustellen. Hier trifft das Gleiche zu: Künstler lernen, sich der europäischen Suche nach „einer besseren Welt“ anzuschließen oder zumindest nach einer weniger bedrohlichen Welt. Sie lernen, Interessen zu teilen und ihre Partner auf der politischen Seite lernen, mit Künstlern zu arbeiten.

Wenn man Inhalte für die engere Zusammenarbeit zwischen Europäern in den auswärtigen Kulturbeziehungen konzipiert, ist es wichtig, mit Künstlern, Intellektuellen, Kulturakteuren, Ausbildern, Ökonomen, Politikwissenschaftlern und Politikern eine echte Debatte über Interessen zu führen. Welche Interessen haben wir als Europäer in der Welt? Was haben wir gemeinsam? Wo sind wir nicht einer Meinung? Wie eröffnet die Stimme und Phantasie des Künstlers Perspek-

tiven, die nicht von anderen geboten werden?

Eine andere Frage ist ebenso wichtig, wenn nicht sogar dringender: Welche Interessen haben wir als Weltbürger? Was haben wir gemeinsam? Wo sind wir nicht einer Meinung? Wie eröffnet die Stimme und Phantasie des Künstlers Perspektiven, die nicht von anderen geboten werden?

Die letzte Frage ist hart, denn sie scheint unausweichlich zu Selbstreflexion und Kritik zu führen, indem sie quasi unsere privilegierte, destruktive, imperiale Lebensart infrage stellt, die die Kosten der Krise externalisiert. Die deutschen Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen meinen, der Grad der Identifikation mit dem aktuellen System im globalen Norden (und mehr und mehr in einigen der sich schnell entwickelnden, erfolgreichen Staaten) hängt sehr stark ab von der Externalisierung billiger Arbeit und zerstörerischer ökologischer Folgen für die große Mehrheit im Süden. Unser imperialer Lebensstil und die Ungerechtigkeiten und Risiken, die mit ihm verbunden sind, stellen also das „System“ infrage, aber auch unser individuelles Verhalten (vgl. Brand, Wissen, Imperiale Lebensweise, öekom 2017).

Wenn man dieser Sache noch weiter nachginge, würde sich zeigen, dass es tatsächlich immer um die Kultur des Zusammenlebens, die Kultur von Dialog und Konflikt geht. So werden auswärtige Kulturbeziehungen zu globaler Kulturpolitik – die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis und gemeinsamen Strategien für eine bessere Zukunft aller. Natürlich wird das nicht gemächlich; es wird Konflikte geben; aber befinden wir uns nicht längst inmitten einer wichtigen globalen Konversation über Interessen – sowohl über die gemeinsamen als auch über die gegensätzlichen?

Man könnte meinen, dass die europäischen auswärtigen Kulturbeziehungen diese

schwierige Frage in einer mutigen und zielgerichteten Debatte beantworten sollten. Europäische Interessen zu definieren, meint heute, die Debatte auf das gemeinsame globale Interesse auszudehnen und zu verhandeln – Schritt für Schritt, wissenschaftlich, politisch und kulturell. Offenheit für Unterschiede, Transparenz bei abweichenden Interpretationen und Konflikt sind produktiver als heimliche Spannungen und „nur schöne Worte“. Diese Untersuchung gemeinsam mit Menschen aus der Welt der Kultur durchzuführen, könnte diese im besten Sinne des Wortes radikal machen.

### *Die Aufgaben von EUNIC*

Dieser Beitrag bekennt sich in den auswärtigen Kulturbeziehungen zu mehr Europa und zu mehr selbstkritischen, gemeinschaftlichen Debatten über gemeinsame globale Interessen mit der Bereitschaft, unsere europäischen hegemonialen Ansichten und Verfahrensweisen infrage zu stellen.

Es wäre gut, wenn Netzwerke und Organisationen, die wie EUNIC an den europäischen auswärtigen Beziehungen beteiligt sind, stärker Inhalte betonen würden, die aus einer globalen Perspektive wichtig sind und bei denen Europa ernsthaft herausgefordert ist, aber auch etwas Ernsthaftes zu sagen hat.

Es bleiben viele wertvolle Aktivitäten: Kapazitätsbildung, Kultur in der Entwicklung, die Kultur- und Kreativwirtschaft, Mobilität von Künstlern, Rahmenwerke für bessere Kooperation und Mitgestaltung usw. Es stehen jedoch Themen auf dem Spiel, bei denen ein wahrhaft europäischer Ansatz wichtiger ist als bei anderen Beziehungsebenen.

Wenn Europa zudem eine einzigartige Position im globalen Kulturdiskurs hat, verdankt sich dies einer langen Geschichte der

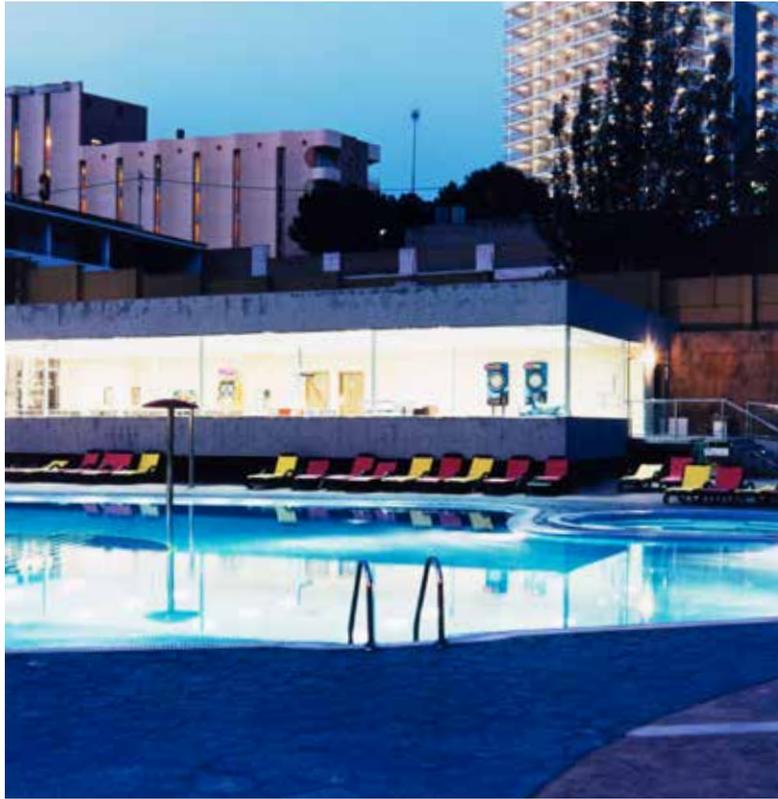
Selbstreflexion, Aufklärung und Kritik. Wir hoffen, dass dies mit immer mehr Partnern so weitergehen wird.

Mein Vorschlag lautet, einen interdisziplinären, globalen kulturell-politischen Diskurs zu starten und in Bezug auf die europäischen und globalen Interessen einen künstlerischen Weg zu gehen. Ich habe die Notwendigkeit betont, über Übereinstimmungen und Unterschiede transparent zu verhandeln. Im Idealfall könnte dieser Verlauf in Pilotprojekten und organisatorischen Tests neuer Formen transnationaler und effektiver Kooperation praktisch umgesetzt werden.

Ich weiß nicht, ob innerhalb der Agenturen, die für die europäischen auswärtigen Kulturbeziehungen führend sind, Raum und Zeit für ein solches Paradigma vorhanden sind. Ich denke jedoch, es gibt gute Gründe, mit Inhalten von globaler Dringlichkeit eine neue Ära zu beginnen. Dies würde dabei helfen, eine institutionelle/organisatorische Entwicklung anzukurbeln, die vielleicht etwas ambivalent geworden ist und zwischen Bescheidenheit und halbherziger „Investition“ changiert.

**Gottfried Wagner** ist freischaffender Kulturberater. Er hat für den privaten Nonprofit-Sektor und den öffentlichen Sektor gearbeitet, in nationalen und transnationalen Organisationen und Institutionen im Bereich Bildung und Kultur. Er war von 2002 bis 2009 Direktor der Europäischen Kulturstiftung. Vorher war er Direktor von Kulturkontakt Austria, einer Nonprofit-Vereinigung für die Zusammenarbeit in Bildung und Kultur mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa.





## EUNIC und die Kulturinstitute – Wie sie sich weltweit engagieren

**Die europäische Kulturpolitik im In- und Ausland: Ein Gespräch – Kulturaustausch mag eine lange Tradition haben, doch die internationale Kooperation ist erst seit der Globalisierung, die vor etwa 30 Jahren einsetzte, eine übliche Praxis. Von Imagepolitik über Integrationsmaßnahmen bis europäische Werte: Was sind die aktuellen Herausforderungen europäischer Außenkulturpolitik? Welchen Anforderungen – von Wirkungsmessung bis zu Überschneidungen zur Entwicklungspolitik – muss sie genügen? Walter Zampieri, Andrew Murray und Koen Verlaeckt tauschen sich aus.**

*Europa ist vor allem ein wirtschaftliches Projekt. Und die Kulturpolitik bewegt sich in Richtung der Kreativindustrien, einem Sektor, der für den Arbeitsmarkt wichtig geworden ist. Europa befindet sich dabei im Wettstreit mit Nordamerika und Asien, die den Sektor bisher dominierten. Europa arbeitet an einem neuen europäischen Projekt und dies regt auch die Debatte über europäische Kulturpolitik an. Das British Council veröffentlichte 2014 „Culture matters: Why culture should be at the heart of future public policy“. Der belgische Soziologe Pascal Gielen gab ein Buch mit dem Titel „No culture, no Europe“ heraus. Wo stehen wir heute in der Reflexion über das europäische Projekt? Herr Zampieri, was ist der aktuelle Stand hinsichtlich der Absichten, Kultur zum Kern des europäischen Projekts zu machen?*

**Walter Zampieri:** Vor elf Jahren begann die Europäische Union (EU) damit, Kultur im Hinblick auf die Politik zu betrachten. Damals herrschte mehr Optimismus. Vor der Krise dachten wir wahrscheinlich, dass sich die Dinge automatisch ergeben würden. Kultur wurde eher als ein Luxus betrachtet. Die Prioritäten waren „harte“ Projekte im Bereich der Wirtschaft. Ich glaube, heute gibt es ein Bewusstsein dafür, dass man sich auch mit kulturellen Spaltungen auseinandersetzen muss. Und das geht nur auf indirekte Weise, langfristig und über die Kultur. Die Göteborger Mitteilung nach dem Gipfel im November 2017 betonte, wie wich-

tig es ist, die europäische Identität durch Bildung und Kultur zu stärken. Dies war bedeutsam, denn zum ersten Mal sagten wir deutlich, dass Kultur ein wichtiger Bestandteil aktiver Bürgerschaft, europäischer Integration, von Identität und Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft ist. Wir schätzen unsere Vielfalt, die ein wesentliches Merkmal des europäischen Projekts darstellt. Aber Vielfalt sollte uns unterscheiden. Es gibt noch viel zu tun, insbesondere, um die Verbreitung von Kunstwerken und die Mobilität von Künstlern und Kulturakteuren zu fördern. Die Berliner Philharmoniker touren durch Europa und die Welt. Aber für weniger bekannte Künstler ist es schwierig, Teil des kulturübergreifenden Gesprächs zu sein, das die Essenz der Kultur ausmacht. Kultur ist das Gespräch, das den öffentlichen europäischen Raum unterstützt. Wir klagen darüber, es gäbe keinen solchen. Wenn man sich aber das Kulturreport der Zeitungen ansieht, wird klar, dass es ihn gibt. Es hat ihn schon immer gegeben. In Göteborg unterzeichneten wir unseren „Vertrag“ für eine Zusammenarbeit auf EU-Ebene in kulturellen Angelegenheiten. Und natürlich sind auch die internationale Dimension, unsere Beziehungen mit anderen Ländern und Regionen eine mit anderen Mitgliedstaaten geteilte Verantwortung.

*Bedeutet dies, dass es ein größeres Budget für Kultur geben wird?*

**Walter Zampieri:** Das Budget für Europa ist nicht nur Creative Europe (1.46 Milliarden Euro). Wenn man den Strukturfonds dazu nimmt, sind wir schon bei etwa einem Prozent des europäischen Budgets. Selbst in Bezug auf den Brexit möchte ich optimistisch sein: Ich werde die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich Großbritannien möglicherweise weiterhin am kulturellen Austausch beteiligt. Es wäre sehr seltsam, wenn Großbritannien aus den Bildungs- und Kulturprogrammen komplett aussteigen würde.

*Richten wir den Blick nun auf die flämische Regierung. Herr Verlaeckt, wir haben eine Veränderung in der Politik beobachtet, die nun die Bedeutung des „Nation Branding“ und die Rolle der Kultur in der Zivilgesellschaft betont.*

**Koen Verlaeckt:** Ich denke, es gibt vor allem drei Aspekte. Da ist zum einen die internationale Kulturpolitik. Diese Politik wird vom Kulturministerium der flämischen Regierung bestimmt. Und dabei geht es darum, die Prioritäten der einheimischen Kulturpolitik zu internationalisieren. Es gibt Überschneidungen mit anderen Feldern, bei denen auswärtige Angelegenheiten der bestimmende Faktor sind. Beim zweiten Aspekt geht es um Nation Branding. Das ist der „Old-School“-Ansatz, bei dem sich Kultur und auswärtige Angelegenheiten treffen. Ich erinnere mich an die Zeiten, als Luc Van den Brande Ministerpräsident von Flandern war (1992-1999). Er ernannte Kulturbotschafter mit einem großen Batzen Geld. Nach Ende der Amtszeit von Herrn Van wurde das Geld auf das Kulturministerium übertragen und so verschwand die gesamte Vorstellung von Kultur als Instrument des Nation Branding aus dem politischen Scheinwerferlicht. Die dritte Dimension ist die, bei der wir versuchen – und ich weiß, dass dies gefährlich ist – Kultur zu instrumentalisieren. Wir nutzen sie,



Kunstenpunt, das Flanders Art Institute, lud drei Gesprächspartner ein, um über Zivilgesellschaft, aktive Bürgerschaft, transnationale Realitäten und interkulturellen Dialog zu diskutieren: **Walter Zampieri**, Leiter der Abteilung Kulturpolitik der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, **Andrew Murray**, Direktor der EUNIC Global Office, EUNIC ist das Netzwerk der nationalen Kulturinstitute in der Europäischen Union, sowie **Koen Verlaeckt**, Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Flanderns. Er ist auch der aktuelle Präsident von EUNIC Global.

Das Interview führte Dirk De Wit, Koordinator für internationale Beziehungen bei Kunstenpunt, wo es zeitgleich erscheint. Karl van den Broeck (BOZAR) hat es aufgeschrieben.

um unsere bilateralen Verbindungen mit anderen Ländern zu intensivieren. Wenn man die wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA fördern möchte und eine Wirtschaftsdelegation das Land besucht, erzeugt man einen Mehrwert, wenn man sie anschließend zu einem Konzert einladen kann. Dann gibt es die Kultur in der Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne die Rolle von EUNIC herausstellen. Im Dezember 2016 fand bei BOZAR in Brüssel die Konferenz „European Angst“ statt. Es war eine der ersten Veranstaltungen mit großer Sichtbarkeit, bei der die Rolle, die Kultur in der gesellschaftlichen Debatte spielen kann, wirklich ins Zentrum gerückt wurde. Aber da gibt es auch das Programm zur Kapazitätsbildung, das die flämische Regierung in den 1990er Jahren eingerichtet hat. Wir haben uns stark auf die „neuen“ Mitgliedstaaten (Polen, Ungarn, Baltische Staaten usw.) konzentriert. Unsere Regierung investierte jährlich drei bis vier Millionen Euro in ein Programm, das auf Kapazitätsbildung abzielte und gleichzeitig den Dialog eröffnete. Wir investierten auch in unsere Beziehungen mit der Ukraine. Eine der Botschaften, die ich in Erinnerung behalten werde, lautet, dass der Weg, auf dem die Russen und Ukrainer weiterhin miteinander sprechen werden, der gemeinsame kulturelle Austausch ist. Er bleibt für sie die einzige Rettungsleine.

**Andrew Murray:** Die 1990er Jahre waren sehr wichtig. Ich arbeitete in dieser Zeit für das British Council in Rumänien und Polen. Die britische Regierung richtete den UK Know How Fund ein, um den Erweiterungsprozess zu unterstützen und als Teil dieses Prozesses dabei zu helfen, einen unabhängigen Kultursektor zu schaffen. Das war ein wichtiges gemeinsames Ziel und Teil einer sorgfältig durchdachten Strategie. Heute verfolgen wir einen strategischen Ansatz in den internationalen Kulturbeziehungen

der EU, aber wir haben noch keine Strategie. Wir brauchen eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten, den europäischen Institutionen und dem Kultursektor, wie wir diesen Ansatz umsetzen. Das Hauptziel besteht darin, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen Menschen zu fördern. Wir brauchen auch eine ganzheitliche Definition von Kultur. Es geht dabei nicht nur um Kunst, sondern auch um Bildung, Wissenschaft, Sport, Tourismus und Kulturerbe. Momentan versuchen wir herauszuarbeiten, welche Rollen und Verantwortlichkeiten diese drei Akteure haben und wie sie ihre Ressourcen bündeln sollten. Ein großes Problem besteht darin, dass Kultur und Bildung in den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten fallen. Wie können wir zum Geist der 1990er Jahre zurückfinden, als wir den Ehrgeiz hatten, mit unseren Partnerländern einen unabhängigen Kultursektor aufzubauen und zu stärken?

*Wie geht EUNIC mit Ländern um, die den Nationalismus fördern? Der unabhängige Kultursektor in diesen Ländern wird von Regierungen vereinnahmt oder muss mit deutlichen Budgetkürzungen rechnen.*

**Andrew Murray:** Wir können Argumente für Kultur in einem erweiterten Sinn und für ihre Bedeutung im europäischen Projekt vorbringen. Die meisten Mitgliedstaaten unterstützen diese Sicht. Fragen kommen oft dann auf, wenn wir versuchen, europäische Werte zu definieren. Werte sind als Konzept wirklich schwer zu definieren und darzulegen. Oftmals werden sie in einer vorschreibenden Weise definiert und eher dazu genutzt, Menschen zu trennen als Brücken zu bauen. Ich würde Werte eher nutzen, um zu beschreiben, was Menschen selbst wertschätzen. Wenn man Werte vorschreibt, um ein Gefühl von Identität zu erzeugen, riskiert man dabei nicht nur, Mauern zwischen Europäern

aufzurichten, sondern auch zwischen Europäern und dem Rest der Welt.

**Walter Zampieri:** Welche sind die europäischen Werte? Sie sind im Vertrag aufgelistet. Ich stelle sie mir gerne als „Rahmenwerte“ vor, wie es der Politikphilosoph John Rawls vorschlägt: Alles, was wir für eine funktionierende Demokratie brauchen, ist ein „Rahmenwerk“. Wenn man sich die Werte ansieht, die im EU-Vertrag stehen, sind das Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Diskriminierungsverbot, Geschlechtergerechtigkeit. Diese sind die Rahmenwerte, die ein freies Gespräch erlauben, aber nichts zum Inhalt oder auch nur dem Ton dieses Gesprächs vorschreiben. Aber man muss sich an diesen Rahmen anpassen. Wenn die Kommission glaubt, dies sei nicht der Fall – und es gab in jüngerer Zeit solche Fälle, in Polen und in Ungarn –, dann wird gehandelt, um die Situation möglichst in den Griff zu bekommen. Unsere Werte machen uns weltweit zu glaubwürdigeren Partnern. Wir bringen keine französischen oder deutschen Werte vor. Wir fördern europäische Werte. Dies ist auch eine Chance für die Mitgliedstaaten. Nation Branding ist etwas für die Mitgliedstaaten; meine Aufgabe besteht eher darin, nach dem Mehrwert der EU zu schauen. Aber Nationalstaaten können sich auch als Länder darstellen, die verantwortungsbewusste und wichtige Player in Europa sind. In diesem Fall macht es Sinn, mit der EU zusammenzuarbeiten.

*Sie erwähnten den öffentlichen kulturellen Raum. Dies ist ein komplexes Konzept in einer Zeit, in der Migration eine große Rolle spielt. Migranten möchten sich mit der Kultur, in der sie leben, identifizieren, aber sie bleiben im Kontakt mit der Kultur ihres Herkunftslands. Wie geht man mit dieser Komplexität um?*

**Walter Zampieri:** Da findet vor unseren Augen ein großformatiges Experiment statt. Niemals zuvor in der Geschichte ist es so schnell und in

einem so breiten Rahmen geschehen. Andererseits stellt Migration kein völlig neues Phänomen dar. Ich bin mir nicht sicher, ob es wirklich ein Hindernis für die Integration darstellt, die Verbindungen zur eigenen Community im „alten Land“ aufrechtzuerhalten. Schauen wir uns die Erfahrungen der chinesischen und italienischen Communities in Europa und in den USA an: Sie hielten ihre Verbindungen mit ihren Ursprungsländern aufrecht, aber sie identifizieren sich auch mit dem Land, in dem sie leben. In den USA sagten viele Menschen, dass die Hispanoamerikaner nicht Englisch lernen würden, weil sie ständig lateinamerikanische Medien nutzen. Aber tatsächlich sehen wir, dass sie Englisch lernen. Zugang zur eigenen Kultur zu haben, bedeutet nicht, dass man nicht dazu bereit ist, sich in eine neue Kultur zu integrieren – vorausgesetzt, diese ist interessant und attraktiv und lehnt dich nicht ab. Ich denke, das ist der springende Punkt. Wenn man die Menschen ablehnt, werden sie innerhalb der Grenzen der eigenen Communitys bleiben. Wenn wir die Möglichkeiten zum Austausch multiplizieren, wird es nicht dazu kommen. Ich denke, das endgültige Ergebnis wird dann besser sein.

*Eine Studie der Universität Antwerpen ergab, dass sich Migranten wohler damit fühlen, sich mit Europa zu identifizieren als mit Belgien oder Flandern. Eine Chance für Europa?*

**Walter Zampieri:** Bei aller nötigen Vorsicht sind wir zuversichtlich, dass Europa attraktiv ist. Herr Verlaeckt, wie geht Flandern mit „Hybridisierung“ oder „Transnationalismus“ um?

**Koen Verlaeckt:** In Flandern beschäftigen wir uns nicht direkt mit diesen Themen, denn dort gibt es eine Trennung von Zuständigkeiten zwischen uns und dem Föderalen Außenministerium und den Kollegen, die mit Asyl und Migrationsprozessen zu tun haben. Auf der flämischen Ebene geht es

mehr um Integrationspolitik, die nicht in die Zuständigkeiten meines Ministeriums fällt. Auf der politischen Ebene sehen wir nun eine stärkere Betonung darauf, die Interessen unserer eigenen lokalen Bevölkerung zu verteidigen. In Diskussionen über Integrationspolitik in Flandern oder Belgien hört man immer wieder: „Wir respektieren voll und ganz die Kultur der Menschen, die in unserem Land ankommen, aber sie müssen sich an unsere Werte anpassen. Dies führt uns wieder zurück zum gleichen Problem. Welche Werte haben wir? Die typischen europäischen Werte der Aufklärung. Vor Kurzem trat eine iranische Menschenrechtsaktivistin, Darya Safa, der politischen Partei N-VA bei. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, eine Frau anzuhören, die aufgrund ihrer Probleme mit dem Regime bei ihrer Verteidigung der Rechte der Aufklärung aus dem Iran geflohen ist. Unsere Regierung versucht eine Reihe von Diaspora-Communitys zu erreichen. Da gibt es das Darna-Projekt (früher bekannt als Dar-kom). Das war ein Haus für marokkanisch-flämische Kulturbeziehungen im Zentrum Brüssels. Das wurde ersetzt durch ein viel flexibleres Programm von Kulturaktivitäten. Aber wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass Länder wie Marokko eine sehr explizite Diaspora-Politik verfolgen, die nicht so neutral ist. Da besteht immer das Risiko einer heimlichen Agenda. In Ländern wie Ungarn und Polen sorgen wir dafür, unsere Unterschiede aus der Interaktion zwischen den Regierungen herauszuhalten. Wir setzen nur neutrale Themen auf die Agenda: wirtschaftliche oder akademische Zusammenarbeit. Die Kulturelle ist eines der Kapitel, aber in einer leichteren Dimension: der Austausch von Tänzern, Musikfestivals. Ergänzend zu diesem Dialog zwischen Regierungen versuchen wir direkt in die Zivilgesellschaft zu investieren. Das tun wir unter dem Radar. Die Botschaften dieser Länder werden angewiesen, sich auf die wei-

cheren Themen der Zusammenarbeit zu konzentrieren. Sie geben einfach vor, dass alles in Ordnung ist, was mir ziemlich unangenehm ist.

*Halten Sie es für möglich, unter dem Radar zu arbeiten, also auf zwei Ebenen zu agieren?*

**Koen Verlaeckt:** Ja, das tun wir in einigen Ländern und wir versuchen, beides miteinander zu verbinden. Ich glaube, das Dummste wäre, die Kommunikationskanäle mit der Regierung zu schließen. Man sollte sie sich nicht zum Antagonisten machen. Man muss den doppelten Zugang nutzen.

**Andrew Murray:** Es gibt einen Platz für traditionelle Kulturdiplomatie. Im Iran zum Beispiel kann man im Moment nur über die Botschaften agieren. Wir müssen die Werkzeuge nutzen, die uns in einem bestimmten Kontext zur Verfügung stehen. Es gibt eine Vielzahl verschiedener Herangehensweisen für die Praktiker der Kulturdiplomatie und der Kulturbeziehungen: vom traditionellen Nation Branding zum „Arm's length“-Ansatz, bei dem quasi Kulturakteure in die Lage versetzt werden, miteinander ohne Einmischung ihrer Regierungen zu arbeiten und zu agieren.

*EUNIC arbeitet in Rabat (Marokko) mit europäischen Kulturinstituten, inklusive des British Council, des Goethe-Instituts, des Institut Français, des Instituto Cervantes und anderen, die zum kollaborativen „Cluster“ von EUNIC gehören. Andererseits haben wir Organisationen wie Darna, die mit marokkanischen Communitys in Brüssel arbeiten. Wie können sich die beiden aufeinander beziehen?*

**Andrew Murray:** Wir nutzen diese Verbindungen zwischen Zivilgesellschaften in der EU und in der südlichen Nachbarschaft nicht genug. Die Arbeit von Kunstpunkt, die diese Verbindungen zwischen Marokko und Flandern aufzeigt, ist für uns sehr interessant. Uns fehlen Daten und Belege. Ich glaube, im Moment lernt EUNIC noch,

wie man mit den Organisationen der Zivilgesellschaften zusammenarbeiten könnte. Es ist eine sehr junge Organisation, sie besteht erst seit zehn Jahren. Sie setzt sich zusammen aus unterschiedlichen Mitgliedern, von Ministerien bis zu „Arm's-Length“-Instituten. Sie lernen noch, wie sie miteinander arbeiten können. Ich glaube, die EU-Institutionen können uns damit helfen – als Katalysator. In Ländern wie Marokko und Tunesien fangen die EU-Partner an zu verstehen, dass wir ein gemeinsames Ziel verfolgen: den Aufbau eines unabhängigen Kultursektors. Das Paradoxe ist, dass die EUNIC-Mitglieder außerhalb Europas enger kooperieren. Wir haben dort ein klares gemeinsames Ziel, das wir oft nicht sehen, wenn wir in der EU arbeiten.

*Herr Zampieri, vor Kurzem hat die EU einen Extra-Fonds für Tunesien eingerichtet. Das Geld wird über die EUNIC-Cluster an tunesische Bewerber verteilt. Welche Möglichkeiten eröffnet dieser neue Fonds?*

**Walter Zampieri:** Für uns ist das ein Langzeitprojekt. Wir müssen sehen, was der Mehrwert der EU ist. Wir können als Plattform für nationale Kulturinstitute und Kulturakteure aus Europa dienen. Der Welt der Kultur fehlen Multiplikatoren. Wenn man sich die Bildungspolitik anschaut, dann gibt es Universitäten, die den gleichen Auftrag haben. In der Welt der Kultur ist es nicht so einfach, gute verlässliche und effektive Multiplikatoren zu finden. Wir denken, nationale Kulturinstitute können in dieser Hinsicht eine sehr gute Arbeit leisten. Deshalb wollen wir mit ihnen arbeiten. Tunesien ist ein Experiment. Uns fehlen die Instrumente, um so etwas in einem größeren Rahmen tun zu können. Creative Europe ist begrenzt. Wir können nur in Europa und in Nachbarländern arbeiten. Natürlich gibt es mehr Ressourcen in anderen Generaldirektionen wie der DG DEVCO (Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit) und der DG

NEAR (Generaldirektion für Nachbarschaftspolitik und Erweiterung), aber dieses Geld ist nicht für den Kulturaustausch bestimmt. Das ist das Problem, wenn wir Aktivitäten in bestimmten Ländern fördern wollen. Wir sehen, dass die DG DEVCO Aktivitäten dort finanzieren kann, wir können Aktivitäten hier finanzieren, aber es ist unmöglich, ein Projekt zu finden, das die beiden zusammenführt.

*Man hört, dass Menschen in Tunesien Angst vor der negativen Wahrnehmung haben, dass das Geld wieder von früheren Kolonialmächten verwaltet wird.*

**Walter Zampieri:** Was den Post-Kolonialismus betrifft – das sind wir, das ist unsere Geschichte. Wir können nur offen und transparent damit umgehen. Und es ist wahrscheinlich besser, dort als Europäer hinzugehen, denn als Briten, Italiener oder Franzosen.

**Andrew Murray:** Betrachten wir das aus einer anderen Perspektive. Wenn das Ziel darin besteht, einen unabhängigen Kultursektor in Marokko oder Tunesien oder irgendwo sonst in der MENA-Region (Nahe Osten und Nordafrika) zu unterstützen, wollen das die Regierungen dieser Staaten vielleicht nicht unbedingt, weil ein unabhängiger Kultursektor die Regierung kritisieren könnte. Wenn man das Geld direkt der Regierung geben würde, dann würde es möglicherweise nicht für diesen Zweck eingesetzt, also braucht man einen Vermittler. Und im Moment ist dies das Experiment. Wir denken an europäische Kulturinstitute, um als Vermittler zwischen dem Kultursektor und der Regierung zu arbeiten. Das Gleiche tun wir in der Ukraine. Indem wir kleine Fördergelder, die von der EU zur Verfügung gestellt werden, über die Kulturinstitute laufen lassen, kann der Kultursektor wachsen und lernen, sich selbst zu unterhalten. Dann gibt es auch den Privatsektor. In der MENA-Region gibt es Stiftungen wie die Kamel Lazaar Stiftung in Tunis, die sich um Bildung und Kunstarchi-

vierung kümmert. Sie tun es, weil die Regierung es nicht tut. Gibt es da eine Möglichkeit der Zusammenarbeit?

**Koen Verlaeck:** Sie könnten Partner des lokalen EUNIC-Clusters sein. Das sollte kein Problem darstellen.

**Andrew Murray:** Ein gutes Beispiel ist die Anna Lindh Foundation (ALF), die Gelder von der EU bekommt. Wir arbeiten mit Anna Lindh in unserem Cluster in Athen, wo der EUNIC-Vorsitzende auch der von Anna Lindh ist.

**Walter Zampieri:** Da gibt es das Thema der Sichtbarkeit von Hilfe. Wir sollten sicherstellen, dass die Menschen wahrnehmen, dass die Hilfe aus Europa kommt, und dies gilt auch für die Interventionen, die EUNIC anführt. In vielen Ländern würde dann besser wahrgenommen werden, was wir tun. In manchen Fällen ist es notwendig, sich im Hintergrund zu halten, aber ich sehe das nur in wenigen Fällen.

**Andrew Murray:** Wir müssen uns vor Augen halten, dass die meisten Gelder für Kulturdiplomatie und Kulturbeziehungen von den Mitgliedstaaten ausgehen werden. Die zentrale Herausforderung für Mitgliedstaaten besteht darin, einige dieser bilateralen Gelder für die multilaterale Finanzierung umzuverteilen, um damit die europäischen Kulturbeziehungen zu unterstützen. Das geschieht in Tunesien und es zeigt, dass wir mit diesem bisschen Geld sehr viel erreichen können. Wir können sogar noch mehr erreichen, wenn wir damit anfangen wollen, einige der bilateralen Gelder zu nutzen, die hauptsächlich für traditionelle Kulturdiplomatie eingesetzt werden. Es ist wichtig, die Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, für Kultur und Entwicklung in den Mitgliedstaaten dazu zu bringen, zusammenzuarbeiten. Die Niederländer sind ein gutes Beispiel, sie haben einen ganzheitlicheren Ansatz als die meisten anderen Mitgliedstaaten. Können die EUNIC-Cluster in westlichen Ländern von den EUNIC-Clustern in Rabat, Tunesien, oder in der

Türkei lernen? Sie arbeiten in der Türkei nun äußerst gut zusammen.

**Andrew Murray:** Wir haben 40 Cluster innerhalb und ungefähr 70 außerhalb der EU. Im Laufe der letzten Jahre haben wir uns mehr auf den Raum außerhalb der EU konzentriert. Was sollte unsere Priorität innerhalb der EU sein? Die Präsidenten unserer EU-Cluster haben sich darauf geeinigt, dass es die soziale Inklusion sein sollte. Einige Cluster beschäftigen sich auch mit Populismus und Nationalismus. Hier in Brüssel wurde auf der Konferenz „European Angst“ angefangen, darüber nachzudenken, wie wir auf diese Herausforderung reagieren können.

**Walter Zampieri:** Wir wollen mehr für die Mobilität von Künstlern und Fachleuten im Kulturbereich innerhalb Europas tun. Wir werden nie das Geld haben, das Erasmus zur Verfügung steht. Andererseits gibt es viele kleinere Aktivitäten in EU-Staaten, auch dank der Städte und Kulturinstitutionen.

**Koen Verlaeck:** Nehmen wir das Beispiel Tunis. Das Programm wird von einem lokalen Cluster durchgeführt, das aus den Organisationen vor Ort besteht. Die Frage ist: Wie können EUNIC-Mitglieder wie Flandern und die Niederlande von diesen Erfahrungen profitieren? Ich denke, es könnte auch helfen, der Vorstellung „die alten Kolonialherren sind zurück“ entgegenzuarbeiten. Wenn mein Kulturministerium oder mein Außenministerium sehen würde, dass dieser Dialog für uns sinnvoll ist, wären sie willens, Gelder dafür zu finden. Man muss diese Botschaft seinen politischen Anführern verkaufen. Wenn man nur die Botschaft der Kulturkooperation oder des Nation Branding verkaufen will, werden sie sagen, es sei nicht essenziell in „diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten“. Alles ist anders, wenn man sagt, dass man in den Kulturdialog investiert und in einen unabhängigen Kultursektor. Die marokkanische Regierung möchte unser erster Verbündeter in Nordafrika sein. Wir haben Probleme mit der

Ausbildung und dem Training von Imamen in unseren lokalen Moscheen. Sie können uns helfen, da eine Lösung zu finden. Und es geht darum, diese Botschaft zu verkaufen.

**Andrew Murray:** Wir haben noch keine Indikatoren gefunden, über die wir die Wirkung der Förderung von Kultur bewerten können, damit wir Finanzminister davon überzeugen können, mehr für die Kultur auszugeben.

**Koen Verlaeck:** Man sollte versuchen, diese Wirkung zu messen. Selbst wenn das Ergebnis nur Statistiken sind. Wir haben etwas mit dem flämischen University Council unternommen. Wir führten eine Studie über die Wirkung von Universitäten auf die flämische Gesellschaft durch. Die Studie ergab, dass für jeden investierten Euro sechs Euro herauspringen und das ist eine konservative Schätzung.

**Koen Verlaeck:** Wir sollten das Konzept der Kulturdiplomatie den Leuten erklären, die nächstes Jahr für das Europäische Parlament kandidieren. Man könnte sich dafür einsetzen, dass dieses Konzept Eingang in die Parteiprogramme findet. Das ist wirklich eine dringende Aufgabe, denn diese Programme werden geschrieben, während wir hier sprechen.

*Wie wichtig ist es, die Definition von Kunst und Kultur zu erweitern?*

**Andrew Murray:** Sie wird allmählich erweitert. Die Europäische Kommission hat zum Beispiel das Europäische Jahr des Kulturerbes mit rund acht Millionen Euro gefördert. Ich bin davon beeindruckt, wie das Programm für das Jahr des Kulturerbes zusammengestellt wurde. Ihrem Ehrgeiz sollte man applaudieren. Und in ihrer Vision geht es um die Zukunft, nicht um die Vergangenheit. Beim Kulturerbe geht es darum, wie man eine bessere Zukunft gestaltet. Es wird interessant sein, zu sehen, was am Ende des Jahres passiert. Was wird das Vermächtnis sein? Wie wird der Ertrag der Investitionen ausfallen?

## EUNIC 2017

2017 war ein entscheidendes Jahr für EUNIC, denn es machte einen großen Schritt nach vorne: Durch die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Auswärtigen Europäischen Dienst und der Europäischen Kommission wurde EUNIC Wahlpartner für die EU-Institutionen. Nun sind die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Pilotaktionen zwischen EUNIC-Clustern und EU-Delegationen (EUD) möglich, wie in der gemeinsamen Mitteilung „Auf dem Weg zu einer EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen“ (Juni 2016) empfohlen. EUNIC Global war eingeladen, beim Treffen des Ministerrats zu sprechen, der im Mai 2017 der Gemeinsamen Mitteilung zugestimmt hatte.

Die Beziehung zwischen EUNIC und EU-Delegationen intensivierte sich, da viele EUD-Kollegen regionale EUNIC-Treffen mit Clustern besuchen. Im März hielt EUNIC Global den ersten afrikanischen Workshop eines regionalen Clusters in Addis Abeba ab, der von Cluster-Mitgliedern aus Südafrika, dem Sudan, aus Namibia, Mozambik, Senegal, Kamerun und aus der Demokratischen Republik Kongo besucht wurde. EUNIC lernte, dass es trotz unterschiedlicher Herangehensweisen an Kultur und Entwicklung ein wachsendes Interesse gibt, wie unsere Mitglieder untereinander und mit EU-Delegationen und DEVCO besser kooperieren können. EUNIC-Cluster haben Verträge mit EU-Delegationen im Sudan, Kongo und im Senegal unterzeichnet, um die Kapazität des lokalen Kultursektors zu stärken. EUNIC Global ließ Besuche nach Kinshasa und Senegal folgen, um den Menschen dort zu helfen, ihre gemeinsame Strategie mit ihrer EU-Delegation zu entwickeln. Ein neues Cluster wurde in Abuja genehmigt, in Kenia, Ruanda und Madagaskar werden solche erwogen.

EUNIC konzentrierte sich darauf, das Netzwerk der Cluster durch einen Cluster-Governance-Reformprozess weiterzuentwickeln, um Cluster einsetzbarer zu machen und in die Lage zu versetzen, das strategische Rahmenwerk zu erfüllen, indem sie anderen Clustern Unterstützung anbieten. Bis zum Ende des Jahres hatten 77 von 105 Clustern ihre Strategien in den Kulturbeziehungen entweder umgesetzt oder geplant. Dies wurde zum Teil erreicht über das Cluster-Entwicklungsprogramm, das regionale Workshops mit Clustern in der EU, der östlichen und südlichen Nachbarschaft, auf dem Balkan und in Subsahara-Afrika organisierte sowie durch einen neuen strategischeren Cluster Fonds. Der Cluster Fonds unterstützte Projekte wie Künstlerresidenz-Programme im Iran und in Serbien, experimentelle Theaterstücke zu Privatheit in der aktuellen digitalen Ära, zur Kapazitätsbildung des ukrainischen Museumssektors und bot Hilfen für die EU-Präsidentschaft der bulgarischen Regierung an.

Als Teil seines Forschungsprogramms organisierte EUNIC 2017 das Siena Forum zu Kulturbeziehungen, das Akademiker, Praktiker und politische Entscheider zusammenführte, um Themen zu diskutieren, die mit der Umsetzung der gemeinsamen Mitteilung zu tun haben. In der Arbeit mit der Universität von Siena erhielt EUNIC Jean-Monet-Mittel, um vier weitere Veranstaltungen zu organisieren, die mit dem zweiten Siena Forum zu Kulturbeziehungen im Sommer 2019 ihren Höhepunkt erreichen. EUNIC führte sein Programm von Wissenstransfer-Workshops fort. Camões war der Gastgeber einer Session über Kultur und Entwicklung und EUNIC Global trug die Ergebnisse bei einem Arbeitsgruppen-Treffen in Luxemburg vor. In seiner Arbeit mit Mitgliedern

reformierte EUNIC seine Governance, um Kooperation zu intensivieren und die Entscheidungsfindung zu verbessern. Das Direktorium erweiterte sich auf sechs Mitglieder und nutzt besser das Wissen und die Erfahrungen der Vorsitzenden. Treffen zu zentralen Punkten ersetzen die Strategiegruppe und erlauben so einen umfassenderen Ansatz in der Strategieberatung. Im Laufe des Sommers erstellte EUNIC Global einen Business-Plan, um die Nachhaltigkeit der Organisation in den nächsten vier Jahren zu sichern. Die Generalversammlung stimmte dem im Dezember zu und entschied, die Mitgliedsbeiträge um 15 Prozent anzuheben. Für die digitalen Kulturbeziehungen wie auch mit dem Start der neuen EUNIC-App „Unsichtbare Stadt“ entwarf EUNIC eine neue Webseite und für Mitglieder eine Serie von Web-Seminaren zu etlichen Themen, angefangen mit der Entwicklung von Social-Media-Strategien bis zur Frage, wie man die neue EUNIC-App einem lokalen Publikum vermarktet.

EUNIC verbesserte seinen finanziellen Spielraum bis 2021, indem es sich für sein Programm „Crossroads for Culture“ erfolgreich um Finanzierung innerhalb des Programms Creative Europe bewarb. In den letzten drei Jahren hatte die Finanzierung es EUNIC ermöglicht, das Team von EUNIC Global zu stärken; es finanzierte das Entwicklungsprogramm für Cluster, die EUNIC-Treffen zu zentralen Punkten, unsere Arbeit mit Mitgliedern und Experten zur Politik der Kulturbeziehungen und die Entwicklung einer neuen Version der EUNIC-App, die gestartet und zugänglich gemacht wurde für unsere Interessensvertreter in Städten auf der ganzen Welt. Ab 2017 wird EUNIC die Finanzierung durch Creative Europe nutzen, um dabei zu helfen, einen europäischen Sektor für Kulturbeziehungen zu gründen sowie weiterhin Mitglieder und Cluster darin zu unterstützen, ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen.

## Spotlight EUNIC: Das Netzwerk lebt – Berichte und Features aus aller Welt

### ITmakES

ITmakES (Italy and Spain making together) ist ein Programm mit dem Ziel, in den dynamischsten kreativen Bereichen neue Kanäle für den Dialog zwischen Italien und Spanien zu eröffnen.

Seit 2016 haben die Italienische Botschaft in Madrid zusammen mit den Italienischen Kulturinstituten in Madrid (das 2016-2017 die Präsidentschaft der lokalen EUNIC-Cluster innehatte) und Barcelona und in Partnerschaft mit spanischen öffentlichen und privaten Partnern das Programm ITmakES gefördert, um gemeinsame Projekte zu entwickeln, an denen sich junge italienische und spanische Berufstätige beteiligen, die in Design-Studios, Architektur-Projekten und „fab-lab“-Laboratorien zur digitalen Fabrikation arbeiten.

Das Programm beinhaltet Vivace, eine offene Ausschreibung für junge Designer, das darauf abzielt, die Arbeit von Fachleuten in den Kreativsektoren von Madrid und Barcelona zu fördern. The Fab Linkage wählte neun italienische und spanische Fab Labs aus, die in Madrid zusammenkamen, um gemeinsame Projekte zu entwickeln. Diese wurden später beim Maker Faire Rome 2017 präsentiert, einem der wichtigsten Veranstaltungsorte für die europäische „Making“-Bewegung. 2018 liegt die Betonung auf Projekten mit Bezug zu den Themen: Leben & Gesundheit, Bildung, soziale Unterbringung, Mode & Wearable, Musik & Interaktion.

An der zweiten Phase von ITmakES beteiligten sich junge Fachleute aus dem Gebiet Essen & Wein, was eine Gelegenheit bot, Italiens öno-gastro-

nomische Kultur durch Initiativen zu präsentieren, die für wichtige Themen wie Nachhaltigkeit, Territorium, sozialer Zusammenhalt, Legalität, Reduzierung von Lebensmittelverschwendung oder Kreativität Aufmerksamkeit erregen sollen.

Nach zwei erfolgreichen Jahren wird der Ansatz ITmakES weitergeführt und auf neue Aktivitätsfelder ausgedehnt werden, etwa auf die bildenden Künste und das Kino.

.....

### Der Europäische Tag der Sprachen in Jordanien

Der Europäische Tag der Sprachen (EDL) 2017, koordiniert vom Institut français in Jordanien, brachte viele Länder zusammen, die sich alle begeistert darum bemühten, den Reichtum und die Vielfalt von Sprachen und Kulturen in Europa einem größtmöglichen Publikum zu demonstrieren. Vertreten waren die fünf Kulturinstitute in Jordanien (British Council, Instituto Cervantes, Societá Dante Alighieri, Goethe-Institut und das Institut français) sowie zum ersten Mal die Botschaften von Österreich, Belgien, Ungarn und der Schweiz. Die Wahl eines einzigen Schauplatzes außerhalb der europäischen Kulturinstitute half dabei, Länder ohne eigenen kulturellen Raum zu mobilisieren und auch, den Raum zu einem echten „europäischen Dorf“ werden zu lassen.

Da ein vielfältig nutzbarer Raum (ein Kulturzentrum für junge Leute) für die Organisation der Veranstaltung gewählt worden war, konnte es zum ersten Mal Aktivitäten wie Kochen, Theater und Comic-Workshops geben wie auch Spiele und Wettbewerbe. Für ein junges Publikum wurde ein französischer Zeichentrickfilm im Planetarium gezeigt, wo die meisten von ihnen zum ersten Mal waren. Besucher konnten auch etwas über Kulturdiplomatie lernen, indem sie Vertreter aus rund zehn Ländern trafen, die gekommen waren, um ihre Arbeit zu erklären und wie wichtig es ist, kulturelle Verbindungen zwischen Jordanien und europäischen Ländern herzustellen. Die Besucher wurden auch durch Mini-Sprachstunden für Anfänger in Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch und sogar Ungarisch in die europäische Kultur eingeführt.

Diese Auswahl an Aktivitäten zog eine Rekordmenge an Besuchern an: 800 Kinder und Schüler aus ganz Jordanien – viermal so viel wie beim EDL 2016. Es war ein echter Erfolg, teilweise deshalb, weil die Aktivitäten einem größeren Publikum offen standen. Zum ersten Mal war der Tag aufgeteilt worden: Der Morgen war für Kinder ab acht Jahren gedacht, um durch pädagogische Aktivitäten, die speziell von den teilnehmenden Ländern organisiert worden waren, europäische Sprachen zu entdecken. Der Nachmittag war für Jugendliche ab 15 Jahren.

Zudem konnten Studierende mehrerer Universitäten des Landes dank der Arbeit der Studentenverbindungen an den Aktivitäten teilnehmen. Und schließlich wollten wir die Werte der europäischen Inklusion und Vielfalt bewerben, indem wir zum ersten Mal, über Partnerschaften mit Verbänden, unterprivilegierte Kinder (Waisen und Flüchtlinge) einluden. „Zum ersten Mal hatten die Waisen, um die wir uns kümmern, eine Chance, etwas über die Kulturen europäischer Länder zu erfahren und sie waren begeistert davon, einige Wörter auf Französisch oder Deutsch zu lernen“, erklärt Faten Al-Malky, Gründer des Verbands One Love in Jordanien.

Alle Schüler erhielten einen „Sprachpass“, eine Broschüre mit Informationen zu jedem teilnehmendem Land und den dort gesprochenen Sprachen. Extraseiten waren hinzugefügt, sodass jedes Kind/jeder Schüler die während des Tages neu gelernten Worte aufschreiben konnte.

Der Tag endete mit einem interaktiven Quiz zu Bildern, Liedern und Videos über europäische Kulturen und Sprachen vor einem gefesselten Publikum, geleitet von Sally Shalabi, einer sehr renommierten Zeremonienmeisterin und Geschichtenerzählerin, die unter jungen Jordanern sehr beliebt ist. Die Gewinner erhielten acht Sprachkurse von Kulturinstituten in Jordanien und Geschenke von den Botschaften (Bücher, Comics, Gadgets usw.).

## Zuhause als physischer und mentaler Zustand

Mobile Home (mobiles Zuhause) 2017 war ein Joint Venture von vier Finnland-Instituten in Paris, Berlin, den Beneluxländern und London. Das Projekt ging den verschiedenen Bedeutungen von Zuhause nach, durch Erfahrungen, Architektur, Kunst und Soziologie und dies im Jahr 2017, in dem das unabhängige Finnland hundertjähriges Bestehen feierte. Jedes Institut nahm eine eigene, einzigartige Perspektive auf das Thema Zuhause ein und statt ähnliche Ausstellungen oder Installationen zu zeigen, wurden finnische Künstler und Architekten beauftragt, verschiedene Deutungen zu liefern.

Mobile Home 2017 war eine gemeinsame Initiative und ein Kollaborationsmodell, bei dem Institute im Hinblick auf Projektplanung, Geldbeschaffung und Kommunikation ihre Kräfte bündelten. Ein wichtiges Ziel bestand darin, die Projekte in Finnland zusammen zu präsentieren, um die Sichtbarkeit der Institute auch in ihrem Heimatland zu erhöhen. Mobile Home 2017 erhielt weltweit mediale Aufmerksamkeit, es gab über 600 Beiträge in den Medien.

Das Finnland-Institut in Paris näherte sich dem Thema über Gast-

freundschaft, Gemeinschaftlichkeit, Architektur und Design. Erdacht und kuratiert von der Designerin Linda Bergroth, verwandelte KOTI (Finnisch für „Zuhause“) den Projektraum des Instituts 100 Tage lang in ein Dorf designter Hütten. KOTI war eine lebendige Installation, die es Gästen ermöglichte, in einer finnischen Sommerhütte im Herzen der Stadt zu übernachten. Die Hütten beherbergten jede Nacht zwölf Gäste und konnten über Airbnb gebucht werden. Jeden Tag war die Installation der Öffentlichkeit für einen Besuch zugänglich. Nach Paris wurde die Installation 30 Tage lang in Helsinki präsentiert.

Beim Finnland-Institut in Deutschland wurden die Bedeutungen von Zuhause in unserem Zeitalter der globalen Mobilität durch bildende Kunst, Kultur und Wissenschaft aus räumlichen, mentalen und sozialen Perspektiven erforscht. Die für den Ausstellungsraum des Instituts geschaffene Installation des finnischen Künstlers Tuomas A. Laitinen und des deutschen Architektenkollektivs Raumlaborberlin beschäftigte sich mit den Themen der Bio- und Energiepolitik und der Vision von Zuhause in der Zukunft. Sie bestand aus Laitinens Installation Thermocene, die Überlebensstrategien, zukünftige Zuhause und die Architektur von Tieren und Wohnobjekten des Raumlaborberlins erforschte, die sich auf den Transport und die Schaffung von Zuhause durch Objekte konzentriert.

Mobile Home London kreierte Ideen für nachhaltige und innovative Holzkonstruktionen, die das Know-how des Holzbaus, Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Technologie verbinden. Mobile Home London wurde in Zusammenarbeit mit Architekten und Studierenden produziert und war ein integraler Bestandteil des Architekturstudiums an der University of Westminster. Unter Anleitung der Architekten Harry Charrington und Sami Rintala entwickelten Studieren-

de umweltfreundliche Baumaterialien und emissionsarme Modelle und konzipierten und bauten schließlich eine hölzerne Lastu-Unterkunft für einen Wildnis-Pfad im finnischen Forstmuseum Lusto in Punkaharju, Finnland.

Das Finnland-Institut für die Benelux-Länder erforschte über Migration und Obdachlosigkeit Konzeptionen des Zuhauses als physischem und mentalem Zustand. Das Projekt Mobile Home(less) orientierte sich an einem neuen Kunstwerk des Bildhauers Anssi Pulkkinen, das während des Frühlings und Sommers 2017 in der Benelux-Region und in Finnland ausgestellt war.

Street View (Reassembled) bestand aus Ruinen eines syrischen Zuhauses, das in den urbanen Raum Europas importiert worden war und eine zeitlich befristete karawanenartige Street View erzeugte. Es beschäftigte sich mit der Migration des Zuhauses sowie der Ästhetik und dem Symbolismus der Ruine. In seiner Arbeit untersuchte Pulkkinen die Bedeutungen, die das Bild von Ruinen in uns hervorruft.

## Kino Sunu: Die Vorstellung des senegalesischen Kinos

Senegalesische Behörden haben auf die mangelnde Professionalisierung junger Schauspieler in der Filmindustrie und insbesondere die Schwächen im Bereich des Drehbuchschreibens hingewiesen. Ab 2010 ergriff der senegalesische Staat eine Initiativmaßnahme für einen Neustart des Kinos, um es zu einer echten Kulturindustrie zu machen. Ziel ist, dem Sektor wieder Leben einzuhauchen und das Aufkommen einer neuen Generation senegalesischer Filmregisseure anzuregen.

Vor diesem Hintergrund startete das EUNIC-Cluster im Senegal das Projekt „Kino Sunu“, ein Programm, um

das Kino zu professionalisieren und zu fördern, verbunden mit der Absicht, Kurse zum Drehbuchscheiben zu unterstützen, Expertise und Fähigkeiten in lokalen Strukturen zu verbessern und effektiv zu einem Revival der senegalesischen Filmindustrie beizutragen.

Das EUNIC-Cluster ergänzt die Arbeit der senegalesischen Regierung, wozu die Gründung von FOPICA zählt (Senegals Förderfonds für die Film- und Rundfunk-Industrie), der ein Jahresbudget von einer Milliarde CFA-Francs hat (beinahe 1.525.000 Euro), das 2018 auf zwei Milliarden erhöht werden soll.

Das EUNIC-Cluster-Projekt selbst erhält 150.000 Euro von der EU-Delegation in Dakar. Das Projekt, das die Delegation Wallonie-Brüssel, das Goethe-Institut, das British Council, Aula Cervantes, die Spanische Botschaft, das Institut Camões und die Italienische Botschaft zusammenbringt, wurde vom Institut français im Senegal umgesetzt, das dem EUNIC-Cluster in Dakar vorsteht.

15 junge senegalesische Filmregisseure erhielten Unterstützung in Techniken des Drehbuchscheibens. Die Workshops werden am Place du Souvenir africain in Dakar veranstaltet; es gibt drei Einheiten mit je 15 Tagen, insgesamt also 315 Stunden Training. Sie werden von fünf europäischen und fünf senegalesischen Trainern geleitet, die jungen Menschen dabei helfen, ihre Drehbücher zu schreiben.

In Kooperation mit lokalen Schauspielern, Verbänden und Stadtbehörden wurden fünf Filmvorführungen in Gegenden organisiert, wo es eine dichte Bevölkerung und viele junge Menschen gibt, aber kaum Kinos. Diese lokalen Open-Air-Vorführungen in verschiedenen Vierteln Dakars (Mbao, Pikine, Grand Dakar, Yeumbeul und Cheikh Anta Diop University) waren aufgrund ihrer Nähe zur lokalen Bevölkerung sehr erfolgreich und zogen mehr als 3.000 Besucher an.

Die geplanten Aufführungen: Samba von Eric Tolédano und Olivier Nakache, Fuocoammare von Gianfranco Rosi, Le Sel de la Terre von Wim Wenders, I Am Not Your Negro von Raoul Peck sowie Félicité von Alain Gomis.

Für die Umsetzung des Projekts nutzte das EUNIC-Cluster Senegal die Expertise lokaler Fachleute:

- Moussa Touré, der seine eigene Produktionsfirma hat, Les films du crocodile, Regie führte bei „The Pirogue“ („Un certain regard“-Preis in Cannes 2012 und Bronze Stallion in Fespaco 2013) und über mehrere Jahre Vorführungen in Vororten von Dakar organisiert hat, um junge Menschen zum Kino zu führen und ihr kritisches Urteilsvermögen zu entwickeln.
- die Produktionsfirma Cinékap, die Alain Gomis' Film „Félicité“, produzierte (Silberner Bär bei der Berlinale und Golden Stallion in Fespaco 2017) und seit 2013 das Programm „Up Court-Métrage“ für Kurzfilme organisiert, um junge Regisseure auszubilden und zu unterstützen.
- das Studio Sankara für die Kommunikationskampagne, die führende senegalesische Produktionsfirma, die 2014 Stromaes Konzert in Dakar organisierte. Der international bekannte Sänger Didier Awadi ist der Chef des Studios.

Partnerschaften mit mehreren TV-, Radio-, Print- und Online-Medien und Pressekonferenzen ermöglichten eine gezielte Verteilung und führten zu einem großen Medieninteresse in allen Bereichen. Eine große digitale PR-Kampagne trug zum höheren Bekanntheitsgrad des Projekts bei; dazu gehörte eine Facebook-Seite mit über 8.800 Followern und ein YouTube-Kanal mit allen Videos des Projekts.

Das Programm „Kino Sunu“ ermöglichte 15 jungen senegalesischen Regisseuren ein komplettes Drehbuch

abzuschließen, das bei der nächsten Ausschreibung für FOPICA 2018 präsentiert wird, verschaffte ihnen aber auch die Werkzeuge und Methoden, um ein Filmprojekt zu realisieren. Die Bewohner der verschiedenen Stadtviertel von Dakar waren von den vorgeschlagenen Vorführungen begeistert und die Bürgermeister der einzelnen Orte dankten dem Cluster für diese Initiative und hoffen darauf, in Zusammenarbeit mit Moussa Touré Open-Air-Kinos einzurichten.

.....

## CREATIVE AUSTRIANS.

Vordenker\_innen für die Gesellschaft von morgen

„CREATIVE AUSTRIANS. Vordenker\_innen für die Gesellschaft von morgen“ ist eine neue Initiative für Talentförderung der Abteilung für internationale Kulturpolitik des Österreichischen Außenministeriums.

Während Österreichs Fläche und Bevölkerung relativ klein sind – und die meisten Rohstoffe, Ressourcen und Produktionsmittel begrenzt – gilt dies nicht für das Potenzial der Kreativität. Österreich wird in der ganzen Welt als führend in Kultur, Kreativität und Innovation anerkannt. Es ist ein kreatives Land, nicht nur in den Bereichen Kunst und Wissenschaft, sondern auch im Geschäftsleben. CREATIVE AUSTRIANS operiert an der Schnittstelle dieser Felder. Dies ist ein neuer Ansatz in der internationalen Kulturpolitik.

Das Programm unterstützt innovative und kreative Geister, die an sozialpolitisch relevanten Themen arbeiten und praktische Lösungen für künftige Entwicklungen anbieten, die sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene angewendet werden können. Es hilft dabei, dass progressive Denker über Österreich hinaus Anerkennung finden sowie Gelegenheiten erhalten, ihre Arbeit international zu präsentieren.

ren und relevante Kontakte zu knüpfen. Zudem zielt das Programm darauf ab, das internationale Interesse an Österreichs dynamischer Kreativindustrie zu wecken, insbesondere in dem wachsenden Kreis „mobiler Kreativer“.

Jedes Jahr kooperiert das Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur mit 4.500 Partnerinstitutionen weltweit und bietet eine Plattform, die es Österreich ermöglicht, die Netzwerkooptionen von CREATIVE AUSTRIANS im internationalen Diskurs zu verbessern, und Österreich gleichzeitig zu einem relevanten Impulsgeber und Ort des internationalen Austauschs macht, um für künftige Herausforderungen kreative Lösungen zu finden.

.....

## DutchCulture

Am 1., 2. und 3. Juni 2016 trafen sich Künstler und Intellektuelle aus ganz Europa zum ersten Europäischen Kulturforum in Amsterdam unter dem Motto Re: Creating Europe. Die Veranstaltung war eine Initiative von DutchCulture und De Balie. Das Forum war so erfolgreich, dass es 2018 vom 31. Mai bis 3. Juni wiederholt wird.

Das Forum beschäftigte sich mit Stärke, Wirkung und Wert von Kunst und Kultur in Europa. Welche kulturellen Werte verbinden uns? Wie können Kunst und Kultur kreative Lösungen für Probleme anbieten, die uns voneinander zu trennen scheinen? Wie können europäische Künstler die Zukunft Europas gestalten?

Das Programm beinhaltete einen ununterbrochenen zwölfstündigen Interview-Marathon von Rem Koolhaas, eine theatrale Reise durch die europäische Geschichte mit György Konrád, die Präsentation der Anthologie „Re:Thinking Europe“ mit Tom Holland, Philipp Blom, Stella Ghervas und Larry Siedentop sowie eine Auswahl überraschender Höhe-

punkte zeitgenössischer europäischer Kunst, ausgesucht von prominenten Kuratoren. Das außergewöhnlichste Ereignis war die Eröffnungsvorstellung unter der Regie des international gerühmten Ivo van Hove. Die Aufführung war speziell für Re: Creating Europe konzipiert worden. Dazu gehörte eine internationale Besetzung prominenter Schauspieler, etwa Jude Law.

Es gab Vorführungen, Vorträge und Debatten, Ausstellungen und Filmvorführungen in der Stadt Amsterdam, in Zusammenarbeit mit dem Stedelijk Museum, Het Concertgebouw, DeLaMar Theater, der Rijksakademie und vielen anderen Kultureinrichtungen. Das Europäische Kulturforum wurde gefördert durch private Beiträge u.a. von der Gieskes-Strijbis Fonds. Mehr Informationen zum Forum gibt es unter <https://cultureforum.eu/>.

.....

## Die Slowakei bei EUNIC Rom im Jahr 2017 – die Schönheit der Poesie und sprachlichen Vielfalt

Die Slowakei und ihre Kultur in einem Land zu präsentieren, in dem die künstlerische Tradition genauso alt ist wie das Land selbst, stellt eine echte Herausforderung dar. Rom, die Hauptstadt Italiens, ist eine Stadt voller Kunst, die ein reichhaltiges Spektrum kultureller und künstlerischer Veranstaltungen verschiedener Art und Genres bietet.

Hier ist auch das Slowakische Institut aktiv, das Kulturinstitut, das slowakische Kultur in Italien, Malta und San Marino fördert. Das Institut, ein langjähriges Mitglied des EUNIC-Clusters in Rom, bildet deshalb einen Teil der aus verschiedenen Kulturinstituten und anderen internationalen Organisationen bestehenden „europäischen Familie“, vereint in der Förderung von

Kultur und interkulturellem Dialog in der Hauptstadt Italiens.

2017 hatten wir die Möglichkeit, uns an zwei großen erfolgreichen Veranstaltungen zu beteiligen, die innerhalb des EUNIC-Clusters in Rom organisiert worden waren. Der Schwerpunkt bestand darin, die sprachliche und kulturelle Vielfalt europäischer Sprachen zu fördern.

Im März 2017 fand unter der Schirmherrschaft der Unesco und anlässlich des Welttags der Poesie eine Lesung von elf europäischen Dichtern in Rom statt. Die Slowakei wurde vertreten von der Dichterin Dana Podracká, deren Lesung in slowakischer Sprache sehr gefühlvoll war. Podracká rezitierte einige ihrer Gedichte voller archetypischen Figuren, mythischer Erzählungen und christlicher Symbolik, in denen sie gewöhnlich das Verhältnis zwischen innerer Sensibilität und Außenwelt analysiert. Dank der Übersetzungen der Gedichte in Nationalsprachen, die während der Lesungen gezeigt wurden, konnten das italienische und europäische Publikum die authentischen Gefühle erleben, die sich im Klang verschiedener EU-Sprachen ausdrückten, und sie mit der italienischen Version des jeweiligen Gedichts vergleichen.

Im September beteiligte sich unser Institut an einer anderen Veranstaltung zur Sprache, deren Zielgruppe Kinder waren. In den schönen Räumen von Roms Kindermuseum Explora organisierten wir zusammen mit dem Lektor für slowakische Sprache an der La Sapienza Universität in Rom und mit italienischen Studenten der slowakischen Sprache einen Workshop zu Origami-Tieren. Darin hatten die jungen Besucher nicht nur die Gelegenheit, das Falten von Origami-Tieren zu lernen, sondern auch neue Ausdrücke in der slowakischen Sprache. Wir hatten so viel Spaß! Mehr als 600 Kinder und 590 Erwachsene besuchten an diesem Tag das Museum Explora und entdeckten das sprachliche und kultu-

relle Erbe Europas. Die Veranstaltung von 2017, die von der Vertretung der Europäischen Kommission in Italien zusammen mit dem Museum Explora und den Botschaften und Kulturinstituten der teilnehmenden Länder organisiert worden war, legte den Fokus auf kleinere europäische Sprachen wie Slowakisch, Polnisch, Kroatisch, Litauisch und Georgisch.

Unser Jahr 2017 als Teil des EUNIC-Clusters Rom war voller bereichernder Erfahrungen und interessanter Möglichkeiten für interkulturellen Austausch. Wir sind gespannt, was 2018 bringen wird, aber sind sicher, dass der unablässige kulturelle Dialog und die Kooperation im heutigen Europa uns noch enger zusammenbringen werden.

.....

## Die Pflicht zur Erinnerung

Bei der Förderung der polnischen Kultur und Geschichte ist es unmöglich, nicht auch auf die Periode des Zweiten Weltkriegs Bezug zu nehmen, die das moderne Polen stark geprägt hat. Als Ergebnis ungunstiger Entscheidungen der Weltmächte am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Zentraleuropa durch den Eisernen Vorhang beinahe ein halbes Jahrhundert lang von den unabhängigen und demokratischen Staaten Westeuropas getrennt. Die fehlende „polnische Stimme“ im Diskurs über die Vergangenheit führte unter anderem zum Aufkommen und zur Verfestigung vieler negativer Stereotype über Polen und die Polen und in einigen Fällen zu Verfälschungen und Fehldarstellungen.

Sich Polens Beitrag zur Rettung von Juden während des Zweiten Weltkriegs wieder zu erinnern, war 2017 eine der größten Herausforderungen in der historischen Diplomatie für polnische Institute weltweit. Die polnisch-jüdischen Beziehungen

bilden ein ständiges und wichtiges Element der Public Diplomacy und der Kulturdiplomatie. Eine pädagogische Aktivität, welche die Komplexität der gemeinsamen Geschichte beider Völker beschreibt und die Erinnerung an die polnischen Gerechten wiederherstellt – oftmals namentlich nicht bekannte Polen, die ihr Leben riskierten, um während des Zweiten Weltkriegs Juden zu retten –, ist die beste Gelegenheit, uns von hartnäckigen Stereotypen und Vorurteilen zu befreien. Nur im besetzten Polen galt das Gesetz, das nicht nur Juden, die sich versteckten, zum Tode verurteilte, sondern auch ganze polnische Familien, die ihnen Unterschlupf boten. Trotz eines solch drakonischen Gesetzes gab es viele Polen, die für den Schutz von Familien, Freunden, Nachbarn oder sogar völlig Fremden bereit waren, dieses Risiko in Kauf zu nehmen.

Eine solche Geschichte beschreibt die Regisseurin Niki Caro in ihrem Film „Die Frau des Zoodirektors“ (basierend auf dem Buch von Diane Ackerman und den Tagebüchern von Antonina Żabińska). Der Film zeigt die wahre Geschichte, wie die Direktoren des Warschauer Zoos, Jan und Antonina Żabińscy, während der deutschen Besatzung Hunderten Menschen das Leben retteten. Innerhalb von drei Jahren flüchteten über den Zoo Hunderte aus Warschau. Die Heldenhaftigkeit von Żabiński und seiner Frau wurde vom israelischen Institut Yad Vashem anerkannt, indem man ihnen 1965 den Titel Gerechte unter den Völkern verlieh.

Teresa Żabińska, die Tochter der Familie, nahm an den Diskussionen und Treffen zu den Filmvorführungen teil, die von den Polnischen Instituten in Rom, Leipzig und Brüssel organisiert worden waren. Im Anschluss an die Vorführung von „Die Frau des Zoodirektors“ im Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums gab es eine Diskussion (zusammen mit dem Witold-Pilecki-Zentrum für die Er-

forschung des Totalitarismus) über die Heldenhaftigkeit von Polen, die Juden retteten, an der auch Teresa Żabińska und Dr. Birte Hewere teilnahmen. Die belgische Premiere von „Die Frau des Zoodirektors“ in Brüssel fand im Kulturzentrum Bozar statt. Unter den Teilnehmern waren Teresa Żabińska, der Historiker Michał Trębacz (Universität Warschau) und die belgischen Journalisten Hugues Dayeaz und Marc Peirsa. Aufgrund der Beteiligung der Polnischen Institute wurde der Film „Die Frau des Zoodirektors“ auch in Minsk, Brest, Kiew und Paris gezeigt.

.....

## Italienisch in die Welt

Die Società Dante Alighieri (SDA) wurde 1889 gegründet; der Auftrag der SDA besteht darin, die italienische Sprache und Kultur in Italien und im Ausland zu fördern. Die SDA hat ein globales Netzwerk; die lokalen Büros führen Italienisch-Sprachkurse durch und organisieren kulturelle Veranstaltungen.

PLIDA (Progetto Lingua Italiana Dante Alighieri) ist eines von vier italienischen Sprachzertifikaten, die vom italienischen Außenministerium anerkannt werden und die Sprachkompetenz über einen zunehmenden Schwierigkeitsgrad von sechs Stufen bewerten – von A1 bis C2 (entsprechend der Stufen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens). PLIDA B2 und PLIDA C1 werden von italienischem Bildungsministerium, Universität und Forschung als gültige Qualifikationen anerkannt, um sich für italienische Universitäten zu bewerben. SDA gehört zu CLIQ (Certificazione Lingua Italiana di Qualità), der italienischen Vereinigung der Sprachprüfer, die Qualität bei der Sprachprüfung garantiert und allgemeine Richtlinien für Sprachtests ausgibt. ADA ist der lehrplanmäßige Ablauf der italie-

nischen Sprachkurse der SDA, in dem Richtlinien für die Kursorganisation und Kursplanung sowie Referenzrahmen für Lehrer und sogenannte Director of Studies angeboten werden.

Die SDA organisiert jedes Jahr Auffrischungskurse für Italienischlehrer und Trainings für PLIDA-Prüfer.

### **Wissen und Identität – Italienische Kulturlektionen für das Internet-Publikum**

Die Società Dante Alighieri hat als Teil ihres neuen Kulturprogramms für Studenten und Stipendiaten aus aller Welt eine neue Videoproduktion gestartet.

Diese Produktion beinhaltet eine Reihe kurzer Video-Lektionen (in einer Länge von sechs bis zehn Minuten), „Le Pillole della Dante“, die auf der Webseite [www.ladante.it](http://www.ladante.it) frei abrufbar sind. Die Unterrichtseinheiten werden von emeritierten Professoren abgehalten, die über verschiedene Themen aus den Bereichen Geschichte, Literatur, Kunstgeschichte, Musik und vielen anderen Disziplinen sprechen. Alle Videos werden von Lamberto Lambertini gedreht.

Der Verzicht auf Fachsprache, verbunden mit dem Einsatz atmosphärischer Bilder, öffnet das Projekt für ein größeres Publikum, auch für nichtmuttersprachliche Sprecher des Italienischen. Die Videos können sowohl in Italien als auch im Ausland für nationale und internationale kulturelle Veranstaltungen genutzt werden, etwa für Konferenzen, literarische Begegnungen und Runde Tische. Webseite: [www.ladante.it](http://www.ladante.it)

### **IRLAND**

Culture Ireland fördert die irischen Künste in der ganzen Welt. Wir schaffen und unterstützen Möglichkeiten für irische Künstler und Ensembles,

ihre Arbeit auf bedeutenden internationalen Festivals und an entsprechenden Veranstaltungsorten zu zeigen und zu bewerben. Durch Vorzeigeprojekte bei wichtigen globalen Kunstveranstaltungen, inklusive der Edinburgh Festivals und der Biennalen in Venedig, entwickelt Culture Ireland Plattformen, um einem internationalen Publikum irische Kunst zu zeigen. 2018 legt Culture Ireland, als Teil seiner Aufgabe, spezielle Kulturinitiativen weltweit zu präsentieren, ein Jahr lang einen Schwerpunkt auf irische künstlerische Aktivität in Großbritannien.

### **Kultur als Katalysator für sozialen Wandel**

Da das Schwedische Institut (SI) im Ausland nur ein Büro hat, in Paris, sind die schwedischen Aktivitäten in den EUNIC-Clustern der Welt hauptsächlich abhängig von der Aktivität der Schwedischen Botschaften.

Die Schwedische Botschaft in Serbien blickt auf eine lange Geschichte der Zusammenarbeit in den Kulturbeziehungen zurück. Zwischen 2013 und 2015 führten die Botschaft und das Schwedische Institut zusammen mit dem örtlichen Design-Hub Nova Iskra und der Literaturorganisation Krokodil das bilaterale Residenzprogramm Create in Residence mit zufriedenstellenden Ergebnissen durch.

Dank der Arbeit der Schwedischen Botschaft und mit finanzieller Unterstützung des SI und des EUNIC-Cluster-Fonds entwickelte sich das Projekt im Laufe des Jahres 2017 zum europäischen Projekt EUNIC Artists in Residence. Mehrere EUNIC-Mitglieder beteiligten sich daran. Das Projekt läuft 2018 weiter und ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Schwedische Institut arbeitet. Es unterstützt die Schwedischen Botschaften dabei, existierende, gut funktionierende Ko-

operationen auszubauen und schafft damit den Mehrwert, aus einer europäischen Perspektive zu agieren und Kultur als Katalysator für sozialen Wandel zu nutzen.

In den kommenden Jahren wird das Schwedische Institut seine Strategie weiterverfolgen, eine verbesserte europäische Zusammenarbeit und das schwedische Engagement bei EUNIC zu ermöglichen, indem es allen schwedischen Auslandsvertretungen in der Welt finanzielle und ideelle Unterstützung anbietet.

### **Der 100. Jahrestag des Großen Krieges: ein interdisziplinäres Erinnerungsprojekt**

Flanderns Departement für Auswärtige Angelegenheiten

Der Erste Weltkrieg, auch bekannt als „der Große Krieg“, war der erste internationale Konflikt globalen Ausmaßes. Flandern erlebte alle Aspekte dieses globalen Konflikts ganz unmittelbar: den Einmarsch, die Besetzung, den vier Jahre andauernden Grabenkrieg und schließlich die Befreiung. Die Regierung von Flandern ist durch verschiedene Aktivitäten in Erbe und Kultur aktiv beteiligt an der Erinnerung an den Großen Krieg.

Es sind keine Veteranen mehr da, die als direkte Zeugen agieren könnten. Doch wir haben immer noch ein wichtiges Medium zur Verfügung: die Hinterlassenschaften. In ganz Flandern – insbesondere im Bereich der Front der Westhoek-Region – stehen Hunderte von Militärfriedhöfen, Mahnmale, Kriegsdenkmäler, Verteidigungsstrukturen und Landschaften unter offiziellem Schutz. Mit dem Projekt „Erbe des Großen Krieges“ entwickelt Flandern eine Strategie, damit dieses Erbe weiter erhalten bleiben kann. Flan-

dern stellt Akteuren aus dem Bereich des Kulturerbes Projektstipendien zur Verfügung. Eine Reihe wichtiger Museen über den Ersten Weltkrieg erhält strukturelle Unterstützung. Flandern hat damit begonnen, eine Liste mit außergewöhnlichen Stücken zu erstellen, die mit dem Erbe des Ersten Weltkriegs zu tun haben. Damit soll wertvolles Erbe wie Poster, Tagebücher, Fotografien, Dokumente und Kunstobjekte erhalten bleiben. Zudem führt Flandern das Projekt „Nachrichten des Großen Krieges“ durch. Teil dieses Projekts ist es, die belgische Presse aus dem Ersten Weltkrieg, inklusive der Trench-Zeitungen und Pamphlete, zu digitalisieren.

Detaillierte Informationen gibt es auf der Seite <http://fdfa.be/en/the-great-war-centenary>.

## Werkzeug der tschechischen Außenpolitik

Die Tschechischen Zentren sind eine unterstützende Organisation des Außenministeriums der Tschechischen Republik, um die Tschechische Republik im Ausland zu bewerben. Das Netzwerk der Tschechischen Zentren im Ausland ist ein aktives Werkzeug der tschechischen Außenpolitik auf dem Gebiet der Public Diplomacy. Diese Zentren vernetzen kulturelle Darbietungen und unterstützen die wirtschaftlichen Außenbeziehungen und den Tourismus. Sie stellen Informationen über die Tschechische Republik zur Verfügung. Das Netzwerk der Tschechischen Zentren besteht aus dem Hauptsitz der Tschechischen Zentren in Prag, 22 Zweigstellen im Ausland und dem Tschechischen Haus in Moskau.

Der Hauptsitz der Tschechischen Zentren übernimmt Management und Service. Er betreibt und beaufsichtigt die Aktivitäten der ausländischen

Zweigstellen, kommuniziert mit dem Gründer und informiert Partner in der Tschechischen Republik über die Aktivitäten der Tschechischen Zentren. Er plant und entwirft Projekte, die sich für Präsentationen im Ausland eignen.

Die Tschechischen Zentren im Ausland organisieren ihre eigenen Aktivitäten, bieten Service und Informationen, stellen Kontakte zwischen tschechischen und ausländischen Stellen her und fördern deren Zusammenarbeit. Die Tschechischen Zentren sitzen hauptsächlich in Städten, sind aber auch in anderen Regionen des jeweiligen Landes aktiv. Sie arbeiten mit diplomatischen und konsularischen Büros zusammen, insbesondere im Bereich der Public Diplomacy.

### Czech Season in Schottland

Die Czech Season in Schottland war eine Feier der tschechischen kulturellen Vielfalt in mehreren Sparten und lief durch das ganze Jahr 2017. Das tschechische Theater war seit 2008 regelmäßig beim Edinburgh Festival vertreten. Und im vergangenen Jahr präsentierte das Tschechische Zentrum London ein äußerst ambitioniertes Programm, das sich über das Festival und Theater hinaus zu einem innovativen Sound- und Multimedia-Projekt mit wichtigen zeitgenössischen tschechischen Künstlern auswuchs.

Die Czech Season begann mit einer Reihe von bejubelten Aufführungen und Installationen als Teil großer Kulturveranstaltungen in Edinburgh, zu denen auch das Konzert des Trios Fragile Bliss auf dem Edinburgh Jazz und Blues Festival gehörte sowie eine große Darbietung des tschechischen Tanzes auf dem renommierten Fringe Festival in Edinburgh. Sechs Shows gehörten zum Programm des vergangenen Jahres, darunter Cirk La Putyka, der beste tschechische Zirkus, Tanzvorführungen von 420people und der Spitfire Company, zwei der führenden tschechischen Tanzen-

sembles. Auch Lenka Vagnerova und Company und Dot504 zeigten ihre neuesten Shows. Diese Präsentation wurde zusammen mit dem Prager Kunstinstitut vorbereitet.

Danach gab es zwei Ausstellungen von zeitgenössischer tschechischer Fotografie in Glasgow. In Street Level Photoworks wurden die retrospektiven Arbeiten der Künstler Aleksandra Vajd und Marketa Othova in einer subtilen und komplizierten kuratorischen These zusammengeführt. An einem anderen Ort – River Clyde – war Radek Brousil's Solo-Show Red Naomi die zweite der zwei Ausstellungen des Fotografie-Programms von Czech Season.

Cryptic, die renommierte schottische Organisation für die Förderung von Ton- und Videokunst, hat zwei tschechische Arbeiten für das Festival Sonica 2017 ausgewählt. Der Musiker Tomáš Dvořák alias Floex und der bildende Künstler Daniel Gregor präsentierten ihr audio-visuelles Werk Archifon IV in der Memorial Chapel der Universität von Glasgow. Ihre Erneuerung im Bereich des Video Mapping ist das „Sonic Mapping“. Den Besuchern wurden Laserpointer ausgehändigt und sie konnten, indem sie diese auf die Vorderseite der Kapelle richteten, sie musikalisch und visuell hervortreten lassen. Die zweite Arbeit bei Sonica war ein Stück der Gruppe Maculan namens The Hidden Towers, das sich auf die Steampunk-Kultur bezog. Webseite: [www.czechcentres.cz](http://www.czechcentres.cz)

### Where Strangers Meet: Kunst im öffentlichen Raum

Where Strangers Meet (Wo Fremde sich treffen) heißt eine internationale Sammlung recherchierter Essays und Reflexionen über die sich wandelnde Form der Kunst im öffentlichen Raum, herausgegeben von Claire Doher-

ty, Direktorin von Arnolfini Bristol, in Auftrag gegeben und entworfen in Zusammenarbeit mit dem British Council.

„Der öffentliche Raum ist ein Ort, an dem Fremde sich treffen“. Diese Worte des Städtetheoretikers und Soziologen Richard Sennett beschreiben den Kern einer zunehmend verbundenen, interaktiven und städtischen Welt, in der wir uns begegnen. Bis zum Jahr 2026 wird über die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten leben. Diese Konzentration des Raums, der Vielfalt und der Produktivität inspiriert neue und notwendige Wege, auf denen Menschen und Künstler leben und zusammen gestalten.

Es gab eine offene Ausschreibung für einen Herausgeber, der Künstler und Autoren aus der ganzen Welt dazu aufrufen sollte, sich neu auszumalen, welche Rolle die Kunst auf dem Weg ins erste urbane Zeitalter in urbanen Räumen und Gesellschaften spielen kann. Die Beitragenden wurden aus einer langen Liste bildender Künstler, Architekten, kultureller Visionäre, politischer Entscheidungsträger und Aktivisten ausgewählt, um Fallstudien zu präsentieren, die ihre eigene Arbeit reflektieren sowie die für ihre städtische Umgebung relevanten Themen.

Von der Beschreibung des Aufbaus eines Kultursektors aus dem Nichts in Dubai über Jeremy Dellers lebendes Erster-Weltkriegs-Denkmal „We’re Here Because We’re Here“ („Wir sind hier, weil wir hier sind“) bis hin zum Theater als Mediator zwischen der Polizei und der aufrührerischen Gewalt in den brasilianischen Favelas präsentierten die Ideen für die Essays ein dynamisches und ehrgeiziges Bild davon, wie die Tradition statischer öffentlicher Kunst heute ein Nährboden für Herausforderung und Wandel darstellt.

Die sich daraus ergebenden Provokationen von Künstlern, Akademikern und Stadttheoretikern aus zwölf

Ländern erforschen, wie sich der Charakter der öffentlichen Künste wandelt – von der gemeißelten zu einer veränderten Form durch die Medien Installation, Protest, partizipatorische Künste und digitale Intervention, um nur einige zu nennen. Die Sammlung formte die Grundlage einer Diskussion beim Festival of the Future City in Bristol mit dem Herausgeber, mit Autoren aus Lagos in Nigeria, Kapstadt in Südafrika und dem Historiker David Olusoga über die Frage, wie Kunst im öffentlichen Raum eine Form der Erinnerungskultur, öffentlichen Kampagne, politischen Auseinandersetzung und Erneuerung sein kann. Ein interessantes Publikum aus Großbritannien und dem internationalen Kultursektor beteiligte sich an der Debatte in Bristol, die in einer Reihe zukünftiger Veranstaltungen und zwar mit Partnern wie dem Theatrum Mundi des Zentrums LSE Cities ab Juni 2018 beim Londoner Architektur-Festival weitergeführt wird. Neben den Essays werden Kurzfilme, digitale Fotos und eine live präsentierte Klangwelt die Interventionen und verschiedenen Städte, die einzelne Kapitel darstellen, lebendig werden lassen und auch Teilnehmer dazu befragen, was Begegnungen mit der Kunst im öffentlichen Raum für sie bedeuten. Die Essays sollen im Juni 2018 in verschiedenen Sprachen, unter anderem auf Englisch, online veröffentlicht werden.

### Ein Online-Spiel, das Nationalität infrage stellt

Das Goethe-Institut ist das Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland mit einer globalen Reichweite. Wir fördern Wissen über Deutschland im Ausland, regen den internationalen Kulturaustausch an und vermitteln ein umfassendes Deutschlandbild.

Seit über 60 Jahren eröffnen wir

Zugang zur deutschen Sprache und Kultur und arbeiten für einen gemeinsamen Dialog mit den Zivilgesellschaften und künstlerischen Szenen unserer Gastländer. Neben anderen relevanten Themen beschäftigen sich die Institute in ihren Kultur- und Bildungsprogrammen und Informationsdiensten mit Europa, Nachhaltigkeit, Gender und Digitalisierung.

Die Arbeit des Goethe-Instituts wird unterstützt von Deutschen Auswärtigen Amt und unabhängig, ohne jegliche Parteibindungen, durchgeführt. Das Institut generiert ungefähr ein Drittel seines Budgets selbst durch Sprachkurse und Prüfungen. Aktuell unterhält das Goethe-Institut 159 Institute in 98 Ländern, zwölf davon befinden sich in Deutschland. Das Netzwerk des Goethe-Instituts beinhaltet mehr als 1.000 Kontaktstellen, bestehend aus Bibliotheken, Informationszentren, Goethe-Zentren und Sprachlernzentren.

### Collecting Europe

Gehen Sie auf eine Reise – 2.000 Jahre in die Zukunft... um zurückzuschauen auf unsere heutige Welt.

Collecting Europe war eine Zusammenarbeit zwischen dem Goethe-Institut und dem Victoria & Albert Museum (V&A) in Partnerschaft mit dem British Council. Es lud Menschen und Künstler aus der ganzen Welt ein, sich vorzustellen, wie unsere Gegenwart aus der Zukunft betrachtet werden würde.

Collecting Europe forderte Menschen dazu heraus, Konzepte von Grenzen, Identität und Nationalität infrage zu stellen – Themen, die global ebenso relevant sind wie für die Debatte über Europa. Zum Start des Projekts wurden zwölf internationale Künstler beauftragt, sich vorzustellen, wie Europa in 2.000 Jahren aussehen könnte. Die zwölf künstlerischen Auf-

tragsarbeiten wurden im V&A ausgestellt. Weitere Aufträge, Workshops, Debatten und andere Veranstaltungen begleiteten sie und werden in digitaler Form weitergeführt.

Die drei Organisationen haben die Webseite [collectingeurope.net](http://collectingeurope.net) eingerichtet, die eine sich ständig weiterentwickelnde digitale Ausstellung der Aktivitäten beinhaltet, die als Teil des Programms Collecting Europe stattfinden sowie ein Quiz, bei dem Usern eine Reihe von Fragen zu Grenzen und Identität gestellt werden: Können Sie sich eine Welt ohne Länder vorstellen? Würden Sie zustimmen, dass nationale Identitäten durch digitale Bürgerschaft ersetzt werden könnten? Würden Sie eine romantische Beziehung mit einem Roboter führen?

Indem User diese Fragen beantworten, kreieren sie eine farbige Form, eine Welt, die aus ihren eigenen Konzepten von Begrenzungen und Grenzen gebaut ist. Ihre Antworten werden dann Teil einer gemeinsamen Form, was es ihnen ermöglicht, ihre Antworten mit denen anderer zu vergleichen und zu erkunden, wie Menschen aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Alters jede Frage beantwortet haben.

Das Online-Spiel ist in Englisch, aber auch auf Arabisch, Chinesisch, Französisch, Deutsch, Griechisch, Italienisch, Japanisch, Koreanisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch und Türkisch verfügbar.  
Webseite: <http://www.goethe.de>





Kulturreport EUNIC-Jahrbuch 2018

Herausgeber: EUNIC (European National Institutes for Culture) und Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa)

Redaktion und Projektleitung: William Billows, Sebastian Körber  
Mitarbeit: Carmen Eller (Lektorat), Andrew Murray  
Gestaltung: Eberhard Wolf  
Übersetzung: William Billows, Carmen Eller, Romas Kinka (Text von Sigitas Parulskis aus dem Litauischen)

Adresse ifa: Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart

Die Beiträge geben die Meinungen der Autoren wieder.

Fotohinweise Bildstrecke:  
Edgar Zippel, Berlin

Autorenfotos: Dorothee Piroelle (von Jagoda Marinic)

Erste Auflage 2018

© 2018 bei den Fotografien  
© 2018 für die Texte bei den Autoren  
© 2018 für diese Ausgabe: Steidl Verlag, Göttingen

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Scans: Steidl image department  
Gesamtherstellung und Druck: Steidl, Göttingen

Steidl  
Düstere Str. 4 / 37073 Göttingen  
Tel. +49 551 49 60 60 / Fax +49 551 49 60 649  
mail@steidl.de

steidl.de

ISBN 978-3-95829-527-8  
Printed in Germany by Steidl

**Steidl**